

Joost Jongerden
Ahmet Hamdi Akkaya

Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung

Gesammelte Texte zur Einführung
in Geschichte und Gegenwart



WESTEND  academics

Joost Jongerden
Ahmet Hamdi Akkaya

Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung

Gesammelte Texte zur Einführung
in Geschichte und Gegenwart

Herausgegeben von Ali Çiçek

Aus dem Englischen von Hêlîn Dirik, Müslüm Örtülü,
Ramazan Mendanlioglu, Dominik Metzger

WESTEND  *academics*

Mehr über unsere Autor:innen und Bücher:
www.westendacademics.com

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 3.0; diese Lizenz erlaubt die private Nutzung,
gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung.
Weitere Informationen finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Print-ISBN: 978-3-949925-04-7
E-Pub-ISBN: 978-3-949925-05-4
<https://doi.org/10.53291/9783949925054>
© Westend Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2022
Umschlaggestaltung: Westend Verlag, Frankfurt am Main
Satz: Publikations Atelier, Dreieich
Printed in Germany

Prof. Dr. Joost Jongerden ist außerordentlicher Professor an der Universität Wageningen in den Niederlanden und Projektprofessor an der Asian Platform for Global Sustainability and Transcultural Studies an der Universität Kyoto in Japan. Seine Forschungen zum Thema „Do-It-Yourself-Development“ zielen darauf ab, Möglichkeiten einer alternativen Zukunftsentwicklung zu erforschen, die auf den täglichen Praktiken und den gegenwärtigen Kämpfen der Menschen beruhen. Er definiert „Do-It-Yourself-Development“ als einen dritten Ordnungsmodus, der analytisch von Staat und Markt als Ordnungsinstitutionen zu unterscheiden ist. Sein Hauptaugenmerk liegt auf der Türkei und Kurdistan.

Dr. Ahmet Hamdi Akkaya ist promovierter Politikwissenschaftler an der Universität Gent und arbeitete als Marie-Curie-Postdoktorand in der Forschungsgruppe „Raum und Macht“ an der Fakultät für Politikwissenschaften und Soziologie der Complutense-Universität Madrid. In seiner Dissertation „Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK): Nationale Befreiung, Aufruhr und radikale Demokratie über Grenzen hinweg“ untersuchte er die Entstehung und Entwicklung der PKK. Seine Hauptforschungsinteressen liegen in den Themenfeldern Identität und Nationalismus, Aufstand und Soziale Bewegungen.

Mit freundlicher Unterstützung von:

Academy of Democratic Modernity



Civaka Azad: Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit



Inhalt

	Vorwort	9
I	Einführung	17
	Ein Volk jenseits des Staates – Kurdische Bewegungen und Selbstbestimmung im 20. und 21. Jahrhundert	18
II	Entstehungshintergrund	55
	Eine räumliche Perspektive auf die Bildung politischer Gruppen in der Türkei nach dem Putsch von 1971: Die Arbeiterpartei Kurdistans in der Türkei (PKK)	56
	Aus der Linken geboren: Die Entstehung der PKK	93
	Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und kurdische politische Parteien in den 1970ern	124
III	Paradigmenwechsel	151
	Die Neuordnung des Politischen: Die PKK und ihr Projekt der radikalen Demokratie	152
	Aus Niederlagen lernen: Entwicklung und Herausforderung des „neuen Paradigmas“ innerhalb der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	186

IV Jüngere Entwicklung	219
Eroberung des Staates, Unterordnung der Gesellschaft: Eine kurdische Perspektive auf die Entwicklung des AKP-Autoritarismus in der Türkei.	220
Über Frieden reden und Krieg führen: Die Verhandlungen zwischen der Türkei und PKK .	249

Vorwort

Sandro Mezzadra: *Vorwort*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/1053291/CAEG4936>

Das Jahr 1978, in dem die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nach jahrelangen Vorbereitungen formell gegründet worden ist, wird von ihren Mitgliedern als „existentielle Periode“ in ihrer Geschichte bezeichnet. Zu diesem Zeitpunkt waren seit dem Militärputsch erst sieben, seit dem Triumph des antiimperialistischen Volkskriegs in Vietnam erst drei Jahre vergangen. Dieser Volkskrieg schien damals neue Räume für die sozialistische Revolution in Südostasien und anderswo in der Welt zu öffnen. Nach einem Jahrzehnt des Guerillakampfes starteten 1978 auch die Sandinisten in Nicaragua die endgültige Offensive gegen die Diktatur Somozas, die im folgenden Jahr zum Sieg der Revolution führte. Waren die anderen Länder Mittel- und Lateinamerikas, allen voran El Salvador, folglich dazu verurteilt, diesem Weg zu folgen?

Im Iran entstand ebenfalls eine revolutionäre Bewegung, die innerhalb weniger Monate zum Sturz des Schahs führte. Viele linke Beobachter:innen hielten die religiöse Dimension dieser Revolution, die von Ayatollah Khomeini verkörpert wurde, im Vergleich zu der Rolle, die die Kommunistische Partei (die Tudeh) und die Volksfedajin-Guerilla spielten, für unbedeutend.

Dabei handelte es sich zweifellos um einen dramatischen Fall von politischer Kurzsichtigkeit, aber das entsprach gewissermaßen dem Geist der Zeit. Rückblickend kann man wohl sagen, dass die späten 1970er Jahre den Anfang der neoliberalen Hegemonie markierten, die durch den Putsch von Pinochet in Chile 1973 vorweggenommen und später durch die Namen Thatcher und Reagan verkörpert wurde. Wenn man jedoch über Europa und den Westen hinausblickte, schien der Antiimperialismus erst am Ende einer historischen Entwicklung stehen zu können, wohingegen die sozialistische Revolution als eine absolut konkrete politische Möglichkeit betrachtet wurde.

Vietnam, Nicaragua und der Iran sind drei sehr unterschiedliche Länder mit jeweils sehr verschiedenen Geschichten und auch Verstrickungen in den Kolonialismus und Imperialismus (selbst im Fall des Iran, der nie offiziell kolonialisiert wurde). Die Revolutionen, die dort stattgefunden haben, warfen die drängenden Fragen zum Antikolonialismus, zur nationalen Selbstbestimmung und zum Nationalstaat erneut auf, die in den marxistischen Debatten seit dem frühen 20. Jahrhundert und insbesondere in den Anfangsjahren der Dritten Internationale eine wichtige Rolle gespielt hatten. Berühmte Kontroversen, wie jene zwischen Lenin und dem indischen Kommunisten Manabendra Nath Roy im Jahr 1920, schufen die Voraussetzungen für eine revolutionäre Politik außerhalb der westlichen Metropolen. Innerhalb dieser Debatten gab es viele verschiedene Standpunkte, und Lenin selbst schwankte zwischen verschiedenen Positionen in Bezug auf das Verhältnis zwischen nationalen Bewegungen und der kommunistischen Weltrevolution. Nach Lenins Tod jedoch wurde die Politik des Marxismus-Leninismus im Hinblick auf diese Themen brutal vereinfacht. Und insbesondere in der Frage der Sezession und Selbstbestimmung wurde das, was 1914 in vielerlei Hinsicht eine taktische Position Lenins gewesen war (mit dem Ziel, „den Nationalismus jeder Art, vor allem den großrussischen Nationalismus, zu bekämpfen“), zu

einer Art Dogma. „Selbstbestimmung“, so erklären Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya in ihrer Einleitung, wurde streng mit dem politischen Ziel verbunden, sich von „fremden nationalen Körperschaften“ abzuspalten und „einen unabhängigen Nationalstaat“ aufzubauen.

Man kann sagen, dass dadurch unter anderem Lenins vernichtende Kritik am Staat in seinem revolutionären Manifest von 1917 *Der Staat und die Revolution* ausgelöscht wurde. Sicher, das Verhältnis zwischen dieser Kritik und dem revolutionären Staatsaufbau der Sowjetunion in ihren Anfangsjahren ist seit Jahrzehnten ein Thema heftiger Kontroversen. Aber darum soll es hier nicht gehen. Hervorzuheben ist vielmehr die Tatsache, dass der Staat seitdem im Mittelpunkt kommunistischer Politik steht (während er schon lange vor der Spaltung der internationalen Arbeiter:innenbewegung nach 1917 als ausschließlicher Horizont klassischer sozialdemokratischer Politik verstanden worden war). Es versteht sich von selbst, dass es in der Geschichte der revolutionären Politik des letzten Jahrhunderts viele heterodoxe Erfahrungen gibt. In vielen Teilen der Welt hat die Arbeiter:innenautonomie Parteiorganisationen und ihre staatszentrierte Agenda infrage gestellt, die Tradition der Sowjets und Arbeiter:innenräte hat Experimente mit der Selbstverwaltung am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft genährt, spezifische Formen der Autonomiepolitik haben antikoloniale und postkoloniale Befreiungsprojekte von Indien bis Bolivien geprägt. Es ließen sich leicht weitere Beispiele aufzählen. Es bleibt jedoch Fakt, dass der Mainstream der sozialistischen und kommunistischen Politik im 20. Jahrhundert den Staat als vorrangiges Instrument für die gesellschaftliche Transformation betrachtet hat und demnach der politische Horizont beschränkt war. Wir wissen, dass die Ergebnisse, gelinde gesagt, nicht besonders erfreulich waren. Und dennoch prägt die Betonung der Zentralität des Staates auch heute noch zahlreiche politische Projekte der Linken.

Aus diesem Grund sind Geschichte und Gegenwart der PKK, die in diesem Buch mit wissenschaftlicher Sorgfalt und politischem Engagement rekonstruiert und diskutiert werden, auch über den kurdischen Kontext hinaus so wichtig. Es ist kein Zufall, dass die Doktrin und die Praktiken des „demokratischen Konföderalismus“, wie sie zum Beispiel im Experiment von Rojava zum Ausdruck kommen, an verschiedenen Orten der Welt Widerhall finden. Dies tun sie in einer Weise, die an die Zustimmung, die dem *Zapatismus*¹ nach dem Aufstand in Ciapas von 1994 entgegengebracht wurde, erinnert. Sowohl der *Zapatismus* als auch die PKK, die oft miteinander verglichen werden, liefern uns inspirierende Beispiele für Bewegungen, die in der Lage sind, die Geschichte und Erfahrung der Guerilla in eine Politik der Befreiung – jenseits des Staates – für das 21. Jahrhundert umzuwandeln. Insbesondere im Falle der PKK führte der politische Wandel, der von Abdullah Öcalan nach seiner Gefangennahme und Entführung aus Kenia im Jahr 1999 eingeleitet wurde, zunächst dazu, das Ziel eines unabhängigen kurdischen Nationalstaats durch eine Politik der Autonomie und Selbstverwaltung zu ersetzen. Trotz der vielen Widerstände in seiner eigenen Organisation sorgte Öcalans Projekt außerdem dafür, dass die Struktur der Partei grundlegend infrage gestellt und zudem die Bedeutung von Themen betont wurde, die bis dahin nicht auf der Agenda der PKK gestanden hatten – vom Feminismus bis zur Ökologie. Im Dialog mit verschiedenen radikalen Denker:innen, wie Murray Bookchin, Michael Hardt und Antonio Negri, arbeitet Öcalan seit mehr als zwanzig Jahren an einem Projekt der ‚radikalen Demokratie‘, das einen neuen kommunistischen Horizont eröffnen soll.

Im Mittelpunkt des vorliegenden Buches steht die Geschichte dieses Projekts, das auf der Grundlage der kurdischen Politik seit

1 Die Zapatistas sind aufständische indigene Personen und Gemeinden in Mexiko, die sich den Namen und die Forderung „Tierra y Libertad“ nach Land und Freiheit des Revolutionshelden Emiliano Zapata (1879–1919) angeeignet haben.

den 1970er Jahren entstanden ist. Unabhängig von der (Selbst-) Kritik Öcalans in den Anfangsjahren der PKK ist es wichtig festzustellen, dass die Partei seit ihrer Gründung eine wichtige Rolle dabei spielte, das Gefühl der Einheit der Kurd:innen trotz ihrer geografischen und sogar politischen Heterogenität zu fördern. Indem sie die Klassenpolitik fast aller marxistischen Gruppen und Organisationen in der Türkei infrage stellte, bestand die PKK auf etwas, das wir heute ein ‚Recht auf Differenz‘ innerhalb des Proletariats nennen können.

Die Betonung der spezifischen Ansprüche der kurdischen Gesellschaft sowie die Tatsache, dass ihre Existenz seit der Gründung der türkischen Republik mit allen Mitteln gelehrt worden ist, eröffnete ein neues Kampfterrain. In dieser Hinsicht muss es als entscheidender Schritt gelten, dass sie in den 2000er-Jahren die Verbindung zwischen Nation und Staat aufkündigten, die bei der Gründung der Partei noch als selbstverständlich angesehen wurde – aus Gründen, die leicht zu verstehen sind, wie ich zu Beginn dieses Vorworts erläutert habe. Die Geschichte der nationalen Befreiungsbewegungen im 20. Jahrhundert ist geprägt vom Schatten eines Staates, der sich – zunächst vom Wunsch getragen, unabhängig und souverän errichtet zu werden – allzu oft in eine Macht verwandelt, die die gesamte Politik monopolisiert, die revolutionäre Fantasie austrocknet und schließlich monströse Unterdrückungsapparate entwickelt. Erinnern wir uns an die Worte Frantz Fanons in *Die Verdammten dieser Erde* (1961): „Wenn der Nationalismus nicht erklärt, bereichert und vertieft wird, wenn er sich nicht sehr rasch in politisches und soziales Bewusstsein, in Humanismus verwandelt, dann führt er in eine Sackgasse.“ Es ist leider festzustellen, dass dieser Prozess der Erklärung, Bereicherung und Vertiefung nach der Unabhängigkeit in vielen Fällen (einschließlich des algerischen, auf den sich Fanon bezog) einfachhin an den Staat delegiert wurde. Mit bekanntem Ergebnis.

Das Projekt des demokratischen Konföderalismus stützt sich auf das kurdische Nationalbewusstsein und die ‚Identitäts-

politik‘, geht aber über ein exklusives Verständnis der Nation hinaus und erkennt die Bedeutung ethnischer, religiöser, sprachlicher und nationaler Unterschiede im vielfältigen Gefüge des Nahen Ostens im Allgemeinen und der kurdischen Gebiete im Besonderen an. Darüber hinaus impliziert die Kritik am Staat, wie Jongerden und Akkaya zu Recht betonen, immer schon eine Kritik an den Grenzen. Das radikaldemokratische Projekt der PKK, so schreiben sie, „zielt darauf ab, Grenzen flexibel und auf lange Sicht irrelevant zu machen“. Das ist tatsächlich ein ehrgeiziges und radikales Projekt, dessen Relevanz besonders durch die aktuellen Tendenzen zur Verstärkung und Militarisierung von Grenzen deutlich wird. Die Folgen dieser Entwicklungen werden besonders im Mittelmeer, nicht weit von den Gebieten Kurdistans entfernt, besonders dramatisch sichtbar. Eine solch radikale Haltung in Bezug auf Grenzen im Allgemeinen kündigt eine internationalistische Politik an, die auf anderen Grundlagen vollkommen neu erdacht werden muss.

Abschließend möchte ich sagen, dass dieses Buch die Widersprüche, Fehler und Fallstricke des Projekts der PKK keinesfalls verschweigt. Jongerden und Akkaya erwähnen zum Beispiel den „Mangel an Demokratie“ in den eigenen Reihen der Partei und übernehmen von Slavoj Žižek den Ausdruck „jakobinisches Paradoxon“, um die Spannungen zwischen dem Ziel einer radikalen Demokratie und der Anwendung von Gewalt als legitimes politisches Mittel zu deren Erreichung zu erörtern. Trotz dieser Problemfelder haben wir es hier mit einem realen politischen Projekt zu tun, dessen Gegenwart und Zukunft in Gebieten zu verwirklichen versucht wird, in denen Krieg herrscht: sowohl im türkischen Südosten, in den Bergen des Nordiraks als auch in Rojava. Innerhalb dieser Auseinandersetzungen darf zudem nicht vergessen werden, dass Öcalan seit 1999 im Gefängnis sitzt und ein wirklicher Friedensprozess in der Türkei nicht in Sicht ist.

Dieses Buch bietet den Leser:innen einen hervorragenden Überblick über die Geschichte sowie das aktuelle Projekt der

PKK. Ihre weitere Zukunft wird, wie immer bei revolutionärer Politik, daran gemessen werden müssen, wie effektiv sie auf das Ziel des Aufbaus einer demokratischen, sozialistischen, feministischen und ökologischen Gesellschaft hinarbeitet.

Sandro Mezzadra, Februar 2022

I | Einführung

Ein Volk jenseits des Staates – Kurdische Bewegungen und Selbstbestimmung im 20. und 21. Jahrhundert

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya: *Ein Volk jenseits des Staates – Kurdische Bewegungen und Selbstbestimmung im 20. und 21. Jahrhundert*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/1053291/LYGC7275>

Das Selbstbestimmungsrecht diente im 20. Jahrhundert als Organisationsprinzip für nationale Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt. Dies war bei den kurdischen politischen Bewegungen nicht anders, die von dem Grundsatz ausgingen, dass eine Nation ein Recht auf einen Staat hat, der die ausschließliche territoriale Kontrolle ausübt. Die nationale Selbstbestimmung wurde zur Grundlage des von ihnen beanspruchten Rechts, einen unabhängigen Staat Kurdistan zu gründen. Da die konstitutive Befugnis und die Rechtfertigung des Staates auf der Existenz einer sich selbst bestimmenden Nation beruhte (Keitner 2007: 2,5), formulierten die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen kurdischen politischen Parteien ihren Kampf in Begriffen der Staatsbildung. Allerdings verwandelte sich im Laufe des 21. Jahrhunderts die Hervorhebung der Kurd:innen als ein Volk *ohne* einen Staat in die Betonung der Kurd:innen als ein Volk *jenseits* des Staates. Dies drückt sich zum einen in der Rückentwicklung des Protostaats in der Region Kurdistan im Irak (Başur oder Südkurdistan) zu einer

familien- und stammesbasierten Politik aus, zum anderen in den Versuchen, in der Region Kurdistan in Syrien (Rojava oder Westkurdistan) eine Alternative zum Staat aufzubauen.

In diesem Kapitel diskutieren wir diese aktuellen politischen Entwicklungen mit Blick auf den historischen Kontext. Wir schauen dabei auf das Verhältnis der Kurd:innen und der kurdischen Politik zum Staat, sowohl als Objekt und als auch Ziel des politischen Kampfes. Bei der Betrachtung werden wir zwei starke Strömungen der kurdischen Politik der letzten Jahrzehnte unterscheiden. Die eine entwickelte sich aus der Tradition der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP, *Partiya Demokrat a Kurdistanê*)², mit Molla Mustafa Barzani als Ikone; die andere entstand aus der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK, *Partiya Karkerên Kurdistan*) und wurde inspiriert von den Ideen ihres seit 1999 inhaftierten Vorsitzenden, Abdullah Öcalan³. Die erste Strömung verstand die Verwirklichung der Selbstbestimmung weiterhin im Sinne der Staatsbildung – wie dies im Unabhängigkeitsreferendum in der irakischen Region

2 Zu dieser KDP-Tradition gehören die KDP in Irakisch-Kurdistan, aber auch die Patriotische Union Kurdistans (PUK, *Yekêtiy Nîştîmanîy Kurdistan*) und ihre Schwesterparteien in den Kurdistan-Regionen in Iran (z. B. die Kurdische Demokratische Partei Irans [KDPI, *Hîzbi Dêmuqrâtî Kurdistanî Êran*] und die Komala-Fraktionen), Syrien (z. B. Demokratische Partei Syrisch-Kurdistans [KDPS, *Hîzbi Dêmuqrâtî Kurdistanî Sûrye*], Kurdische Demokratische Fortschrittspartei in Syrien [KDPP, *Partiya Dîmoqrâtî Pêşverû*]) und Türkei (z. B. KDP oder Freiheitspartei Kurdistans [PAK, *Partî Azadî Kurdistan*]).

3 Die Tradition der PKK umfasst eine Reihe von politischen Parteien, die sich im Zuge eines 2002 eingeleiteten Dezentralisierungsprozesses gebildet haben. In diesem Jahr wurde die „Partei der Demokratischen Lösung Kurdistans“ (PÇDK, *Partî Çareserî Dîmuqrâtî Kurdistan*) gegründet, die sich auf den politischen Kampf in der Region Kurdistan im Irak konzentriert, gefolgt von der „Partei der Demokratischen Union“ (PYD, *Partiya Yekîtiya Demokrat*) im Jahr 2003, die sich auf den politischen Kampf in Syrien konzentriert, und der „Partei des Freien Lebens Kurdistans“ (PJAK, *Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê*) im Jahr 2004, die sich auf den politischen Kampf im Iran konzentriert. Bereits 1999 wurde eine Frauenpartei gegründet, die 2004 in „Partei der Befreiung der Frauen Kurdistans“ (PAJK, *Partiya Azadiya Jin a Kurdistan*) umbenannt wurde. Die PÇDK als Partei wurde 2014 aufgelöst und durch die im Oktober 2014 gegründete gesellschaftliche Organisation, die „Bewegung der freien Gesellschaft Kurdistans“ (*Tevgerî Azadî Komelgey Kurdistanê*), ersetzt.

Kurdistan im Jahr 2017 zum Ausdruck kam – und fiel in eine familienbasierte Politik zurück. Die zweite initiierte eine Bewegung, die begann, den Staat nicht als Ziel, sondern als Hindernis auf dem Weg zur Selbstbestimmung wahrzunehmen. So entwickelte sich in Irakisch-Kurdistan eine fragile (proto-)staatliche Struktur der kurdischen Regionalregierung (KRG) zum regierungsamtlichen Ausdruck von Familiennetzwerken, während die *Demokratische Föderation Nordsyrien* (DFNS, einschließlich Rojava) auf der Grundlage einer nicht staatlichen gesellschaftlichen Organisation gegründet wurde, die sich auf die zusammenhängenden Begriffe und Konzepte „demokratische Autonomie“ und „demokratischer Konföderalismus“ bezieht.

Das Kapitel besteht aus fünf Hauptabschnitten. Der erste Abschnitt bietet eine kurze Einführung in die Idee der Selbstbestimmung der Nation und des Staates und behandelt, wie diese in der kurdischen Politik Ausdruck fanden. Der zweite Abschnitt befasst sich mit den Kurd:innen und der Staatsbildung aus einer historischen Perspektive und beschreibt das Verhältnis der Kurd:innen zum Staat im Sinne einer „umgekehrten“ Staatsbildung in Kurdistan, die Integration der Kurd:innen in die zentralisierten Verwaltungen der umliegenden Länder wie auch die Geschichte der mit diesem Prozess verbundenen Rebellionen. Der dritte Abschnitt diskutiert die beiden Hauptströmungen in der kurdischen Bewegung – die eine repräsentiert durch die PKK, die andere durch die KDP – und konzentriert sich auf ihre Herangehensweisen an die kritische Frage der kurdischen Politik bezüglich der Staatlichkeit. Der vierte Abschnitt befasst sich mit den Erfahrungen der *Regionalregierung Kurdistans (KRG)* und der Verwaltung von *Rojava* in Bezug auf Staatlichkeit. Der fünfte und letzte Abschnitt des Kapitels ist den Ausblicken und Schlussfolgerungen vorbehalten, wozu auch die Herausforderungen und Kontingenzen der beiden Modelle gehören.

Selbstbestimmung und Nationalstaat

Die Beziehung zwischen Nation und Staat entstand vor dem Hintergrund des Wandels in Europa, bei dem Reiche zu Nationalstaaten wurden, und der damit verbundenen Frage nach den Eigenschaften der Untertanen in der Verwaltung dieser neuen Entitäten. Es entstand eine Bevölkerungspolitik, die sich an der Idee des Nationalismus orientierte, einem politischen Konzept, das davon ausgeht, dass die Grenzen politischer Einheiten (Staat) und kultureller Einheiten (Nation) übereinstimmen sollten, und das lehrt, dass die Macht eines Staates davon abhängt, inwieweit seine Untertanen dem Ideal der besonderen kulturellen Identität entsprechen, die die Nation kennzeichnen soll (Koehl 1953). Der Nationalismus hatte sich also im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem lebhaften und vielschichtigen politischen Imaginären entwickelt, in dem „die Nation“ zu einer Grundlage für politische und territoriale Ansprüche wurde. Jede sich selbst identifizierende Nation sollte die Kontrolle über einen Staat haben, der die ausschließliche territoriale Kontrolle ausübte (Keitner 2007: 2–3). Jedes Arrangement, das die Grenzen des Staates nicht mit denen der Nation gleichsetzte, wurde als suboptimal (Keitner 2007), als Zeichen der Unterlegenheit (Clastres 1989) oder als Ungerechtigkeit (Challiand 1993) betrachtet.

In diesem Kontext erklärten die kurdischen nationalen Befreiungsbewegungen, welche nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, die Gründung eines unabhängigen Staates zu ihrem politischen Endziel. Damals basierten die Unabhängigkeitsbestrebungen auf einem marxistisch-leninistischen Ansatz zur Frage der Selbstbestimmung, wie er insbesondere von Lenin vertreten wurde, der geschrieben hatte, dass die „Selbstbestimmung der Nationen die politische Trennung dieser Nationen von fremden nationalen Körpern und die Bildung eines unabhängigen Nationalstaates“ bedeute (Lenin 1914). Die Behandlung dieser

Frage der nationalen Selbstbestimmung durch den Führer der Kurdischen Demokratischen Partei Irans (KDPI, *Hîzbî Dêmu-kratî Kurdistanî Êran*), Abdul Rahman Ghassemlou, in seinem Buch *Kurdistan and the Kurds*, das von der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht wurde, ist typisch für die Art und Weise, wie die vom Marxismus-Leninismus inspirierten kurdischen politischen Parteien den Status Kurdistans und das Endziel der Befreiungskämpfe seit den 1960er Jahren betrachteten:

„Der Marxismus-Leninismus bekennt sich zum Selbstbestimmungsrecht jeder Nation, und dieses Recht hat für sie einen konkreten Inhalt. Lenin hat in seiner Polemik mit den Reformisten und Abweichlern vom Marxismus deutlich gezeigt, dass die Selbstbestimmung der Nationen die politische Trennung dieser Nationen von fremden nationalen Körperschaften und die Bildung eines unabhängigen Nationalstaates bedeutet. (...) Die Selbstbestimmung der Nationen im Programm der Marxisten kann keine andere Bedeutung haben als die politische Selbstbestimmung, die politische Unabhängigkeit und die Bildung eines Nationalstaates. (...) [Lenin] rügte jeden, der dieses Recht leugnete oder es anders als ein Recht auf Trennung betrachtete. ‚Ein Sozialist, der Mitglied einer dominierenden Nation ist‘, schreibt Lenin, ‚und somit weder im Frieden noch im Krieg das Recht der unterdrückten Nationen auf Trennung fördert, ist weder Sozialist noch Internationalist, sondern Chauvinist“ (Ghassemlou 1965: 246).

Das Recht auf Selbstbestimmung wurde sowohl als eine Frage der Trennung als auch der Vereinigung betrachtet; eine Trennung Kurdistans von den postimperialen (safawidischen und osmanischen), nach dem Zweiten Weltkrieg kolonisierenden Staaten (Türkei, Iran, Irak und Syrien) und die Vereinigung dieser Teile zu einem einzigen, nämlich Kurdistan (Ghassemlou 1965: 247). Darüber hinaus wurde eine Vereinigung mit anderen Völkern

im Nahen Osten als abhängig von einer Trennung betrachtet, da eine „Brüderlichkeit“ nicht im Rahmen einer kolonialen Beziehung entstehen könne. Selbstbestimmung in Form von Staatsbildung wurde als Teil eines weltweiten Kampfes für die Befreiung der unterdrückten Völker gesehen, wie es im Manifest der PKK von 1978 zum Ausdruck kam:

„Unter den heutigen Bedingungen ist ein unabhängiger Staat der einzig wahre und richtige Weg und daher die einzige revolutionäre These; andere Thesen und Fahrpläne sind reformistisch, weil sie die Staatsgrenzen nicht berühren, und weil sie reformistisch sind, sind sie reaktionär. Mit dem Ziel, ein politisch, wirtschaftlich und in anderer Hinsicht unabhängiges Land zu schaffen, wird die Befreiungsbewegung Kurdistans, zunächst in Beziehung zu den Nachbarvölkern, dann zu den Völkern in der Region und der Welt, im Interesse einer proletarischen Weltrevolution arbeiten“ (PKK 1978: 128).

Diese doppelte Legitimation des Kampfes durch das Recht auf nationale Selbstbestimmung und durch den Marxismus-Leninismus bot einen Rahmen, in dem die kurdischen Befreiungsbewegungen und politischen Parteien ihren besonderen Fall mit universalistischen Prinzipien verbanden (Casier 2009: 11). Der Kampf für die Unabhängigkeit verknüpfte den Fall eines kurdischen Nationalstaates mit dem universellen Prinzip der Selbstbestimmung (wobei die Verweigerung des Rechts auf die Gründung eines Staates die Verweigerung eines universellen Prinzips der internationalen Politik wäre), während der Marxismus-Leninismus den kurdischen Fall in den breiteren Kontext einer Dialektik zwischen Unterdrücker und Unterdrückten stellte (wobei die Beendigung dieser unterdrückerischen Beziehung beide befreien und ihnen so ermöglichen würde, neue Beziehungen auf der Grundlage der Gleichheit zu etablieren).

Inverse Staatsbildung und sich entwickelndes nationales Bewusstsein

Der Anspruch auf einen Nationalstaat ist ein modernes Phänomen (Gellner 1997: 236). Jahrhunderte lang hatten Großreiche Europa und den Nahen Osten beherrscht. Das Osmanische Reich, das sich über Teile Europas, Nordafrikas und des Nahen Ostens erstreckte, war ein Gefüge von direkter und indirekter Herrschaft. Die einzigen Gebiete, die tatsächlich zentralisiert waren, bildeten Teile des Balkans und Ägyptens sowie wichtige Verkehrswege, während die übrigen Territorien größtenteils selbst verwaltet wurden. Dies war auch bei der Kurdistan-Region innerhalb des Osmanischen Reiches der Fall, die aus Emiraten bestand, welche von kurdischen *Mirs* regiert wurden. Im Versuch, das Reich zu modernisieren und zu stärken, wurden die kurdischen Emirate jedoch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgelöst (Eppel 2008; van Bruinessen 1978).

Mit Blick auf das Kurdistan vom fünfzehnten bis zum 20. Jahrhundert charakterisiert van Bruinessen (1978: 194f) die politischen Entwicklungen als einen in umgekehrten Bahnen verlaufenden Staatsbildungsprozess, bei dem die kurdische Gesellschaft die „Stufen“ vom (Ur-)Staat zum Häuptlingtum und dem Stamm zurück durchlief. Der Zerfall größerer politischer Institutionen in Kurdistan und die Aggressivität des aufkommenden türkischen, persischen und arabischen Nationalismus bedrohten die kurdische nationale Identität mit dem Auslöschen. Als Reaktion auf diesen Prozess führten kurdische Elitegruppen, die sich um Scheichs und Aghas organisierten, verschiedene kurze und langwierige Kämpfe. Diese zielten darauf ab, eine gewisse Form der Autonomie von den Zentralverwaltungen, in die sie eingegliedert waren, zu beanspruchen und aufrechtzuerhalten und somit eine kurdische Identität zu verteidigen, die gleichzeitig als politische Dynamik parallel zu den anderen Nationalismen zum Ausdruck kam. Die Rebellionen waren je-

doch geografisch begrenzt und im Allgemeinen politisch auf die Anhänger:innen bestimmter religiöser und stammesbezogener Führer beschränkt.

Die wichtigsten Aufstände waren die von Scheich Ubeydullah in Colemery 1880 (Osttürkei), Scheich Mahmud in Silêmanî 1919–22 (Nordostirak), dem Stammesführer Simko 1919–22 in der östlichen Region Urmia (Nordwestiran); dann der Aufstand von Scheich Said 1925 in Diyarbakir (Südosttürkei), der Agri-Aufstand⁴ 1929 (Osttürkei) und der Aufstand von Seyid Riza 1935–38 in Dersim (Südosttürkei) sowie der Aufstand von 1932 in der Region Barzan (Nordirak) unter Führung von Scheich Ahmad. Obwohl die Aufstände als Reaktionen der Eliten von einem nationalen Bewusstsein gegen die Bedrohung etablierter Lebensweisen geprägt waren (Olson 1989; Tejel 2009), kämpfte die Mehrheit der Anführer für lokale oder regionale Interessen – ein Partikularismus, welcher die Schaffung eines umfassenderen politischen Programms verhinderte (Jwaideh 2006: 292f).

Zwar führte der Prozess der umgekehrten Staatsbildung dazu, dass Stämme und ihre Untergliederungen im 19. und 20. Jahrhundert zu den wichtigsten sozialen und politischen Einheiten in Kurdistan wurden, es gab jedoch auch viele Kurd:innen, die keine Stammeszugehörigkeit hatten. Ferner gab es Regionen, in denen der Stammesgedanke keine bedeutende Rolle spielte, jedoch die Stammesdominanz infolge der kolonialen Intervention wiederhergestellt wurde. Zum Beispiel förderte das von den Briten um die Jahrhundertwende in Silêmanî aufgebaute Verwaltungssystem die Wiederbelebung eines auf persönlichen und stammesbezogenen Loyalitäten basierenden Systems, das in der Folge als Rückschritt dargestellt wurde (Jwaideh 2006: 163–73). Auch die Zentralverwaltungen der vier Staaten mit Sitz in An-

⁴ Die Agri-Rebellion wurde nicht von Aghas oder Scheichs angeführt, sondern „von einer modernen und säkularen Organisation, Hoybun, geleitet und befohlen“, die die Unzufriedenheit der Stämme organisierte (Bajalan 2009; Yeğen 2017).

kara, Teheran, Bagdad und Damaskus nutzten Stammesloyalitäten als Mittel für eine indirekte Herrschaft.

Auch wenn eine umgekehrte Staatsbildung stattgefunden hat, kann dies nicht für die Entwicklung einer nationalen Identität behauptet werden. Im Laufe des 20. Jahrhunderts bildete sich unter den Kurd:innen ein immer stärkeres Gefühl der nationalen Zugehörigkeit heraus – wenn auch in einer im Vergleich zu den benachbarten (türkischen, arabischen und persischen) Nationalismen eher späten und relativ schwachen Form. Im Gegensatz zur türkischen Nationalbewegung waren die Kurd:innen zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches am Ende des Ersten Weltkriegs weder politisch noch militärisch gut organisiert, was sie zu einem schwachen Akteur bei den Verhandlungen zur Neuordnung des Nahen Ostens machte. Der Vertrag von Sèvres von 1920 und der an seine Stelle tretende Vertrag von Lausanne von 1923 legten neue Grenzen fest – im Wesentlichen die der Türkei und der unter britischer und französischer Herrschaft stehenden Gebiete, aus denen die modernen Staaten Irak und Syrien hervorgingen – und ließen die Kurd:innen geteilt zurück. Die Tatsache, dass ein wachsendes Nationalbewusstsein nicht automatisch zu einem Staatsbewusstsein führt, wird insbesondere durch die Haltung der kurdischen Delegation auf der Lausanner Konferenz deutlich. Obwohl sich die kurdischen Delegierten ihrer kurdischen Identität durchaus bewusst waren, verteidigten sie die Eingliederung in die neue Republik Türkei und erhoben sogar den Anspruch, dass Mossul Teil der Türkei werden sollte (Jwaideh 2006).

Die Entstehung zweier Traditionen in der kurdischen Politik

Auf die Gefahr hin, zu sehr zu vereinfachen, können wir die Entstehung zweier Haupttraditionen in der kurdischen Politik

seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg unterscheiden, welche in verschiedenen Zonen Kurdistans verankert sind: eine im östlichen Teil des Irans und im Nordirak (Süd- und Ostkurdistan), die aus der KDP hervorgegangen ist, und die andere im Südosten der Türkei (Nord- und Westkurdistan), hervorgegangen aus der PKK.

Süd- und Ostkurdistan

Die erste Tradition hat ihre Wurzeln in der Republik Mahabad, wo namhafte Persönlichkeiten die KDPI gründeten und mit Unterstützung der Sowjetunion am 22. Januar 1946 die Gründung der Republik Mahabad verkündeten. Obwohl sie nur von kurzer Dauer war – iranische Truppen marschierten im Dezember desselben Jahres in die Stadt ein und der Präsident der Republik, Qazi Mohammed, sein Bruder Sadr und sein Cousin Sayf Qazi wurden am 31. März 1947 gehängt –, wurde die Republik Mahabad zu einem inspirierenden Symbol für viele Kurd:innen. Einer ihrer Generäle, der Stammesführer Molla Mustafa Barzani, wurde zum Anführer einer kurdischen Nationalbewegung im Irak und zum Symbol für die kurdischen Bestrebungen nach Selbstbestimmung.

In den 1960er und 1970er Jahren dominierte die von Barzani geführte KDP nicht nur die Politik in Südkurdistan (Nordirak), sondern war auch der wichtigste Akteur in der kurdischen Politik anderswo. Obwohl die Träume von der Unabhängigkeit aufrecht blieben, nahm die KDP im Irak Verhandlungen mit den nachfolgenden Regierungen über Autonomie auf, während sich die KDPI im Iran unter dem Slogan „Demokratie für den Iran, Autonomie für die Kurd:innen“ organisierte (Entessar 1984). Schließlich führte dieser jahrzehntelange militärische und politische Kampf 1970 zur Anerkennung der kurdischen territorialen Autonomie im Irak.

Die feindseligen Auseinandersetzungen gingen dennoch weiter und mündeten schließlich in einen ausgewachsenen Krieg zwischen der KDP und dem irakischen Regime. Dieser endete erst, als der Iran, der die Kurd:innen unterstützt hatte, ein Abkommen mit dem Irak schloss, in dem er die logistische Unterstützung im Gegenzug für die (für den Iran) günstige Beilegung eines Grenzstreits einstellte (Bengio 2006). Auf die Auflösung der territorialen Autonomie der Region Kurdistan folgten ein von Bagdad aus unter Sadamm organisiertes langwieriges Programm der Arabisierung, Aufruhr und schließlich die Schrecken der chemischen Angriffe und Massendeportationen in den Jahren 1987 und 1988, die zu einer effektiven Niederlage der kurdischen Guerillas im Irak führte (HRW 1993; van Bruinessen 1994: 16, 21).

Die Bedingungen für die Kurd:innen im Irak änderten sich nach dem Ersten Golfkrieg 1991 unter Führung der USA, als die Operation „Desert-Storm“ gegen die irakische Besetzung Kuwaits gestartet wurde. Nach der faktischen Niederlage der irakischen Armee am 28. Februar 1991 und ermutigt durch die Bush-Regierung, Saddam Hussein zu stürzen, brachen im (schiitischen) Süden und (kurdischen) Norden des Irak Volksaufstände aus. Im Norden begann der Aufstand am 4. März 1991 in Raniya, im Gouvernement Silêmanî, und breitete sich rasch über die gesamte Region aus. In weniger als zehn Tagen war der größte Teil von Irakisch-Kurdistan unter der Kontrolle der Rebellen (McDowall 2000: 371).

Als die Bush-Regierung schnell einen Rückzieher machte (Romano 2006), gewann die irakische Armee die Kontrolle über einen Großteil des Gebiets zurück, was zu einer Massenfucht von Kurd:innen in die Türkei und den Iran führte. Am 6. April 1991 führten die Streitkräfte der internationalen Koalition die Operation „Provide-Comfort“ durch, um den Geflüchteten humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, und richteten zu ihrem Schutz eine Flugverbotszone (NFZ) nördlich des 36. Breiten-

grades ein (Chorev 2007; Romano 2006). Es war diese NFZ, welche die autonome Region Kurdistan ins Leben rief (Gunter 2008; McDowall 2000; Romano 2006; Yoshioka 2015). Als die USA 2003 den Irak besetzten (Zweiter Golfkrieg), wurden die Grenzen der Region Kurdistan weiter nach Süden verschoben (Yoshioka, 2015: 22f), und 2014, als die irakische Armee in Mosul unter dem Angriff des Islamischen Staates im Irak und in der Levante (ISIL) – jetzt nur noch Islamischer Staat (IS) – zusammenbrach, rückten die kurdischen Streitkräfte (Peschmerga) weiter nach Süden vor und übernahmen die Kontrolle über die lange umstrittene Stadt und das ölfreiche Gebiet von Kirkuk.

Betrachtet man die Entwicklung im Rückblick, so wurde 1991 eine neue territoriale Einheit geschaffen, welche die Gouvernements Silêmanî (Sulaymaniyah), Hewlêr (Erbil) und Dihok (Dohuk) umfasste⁵. Diese Region wurde als „Region Kurdistan im Irak“ oder „Autonome Region Kurdistan“ bezeichnet. Mit der Abhaltung von Parlamentswahlen im Jahr 1992 und der Einrichtung der *Regionalregierung Kurdistans* (KRG) wurde ein Prozess der Staatsbildung eingeleitet. Leider wurde dieser Prozess jedoch durch die Auseinandersetzungen zwischen den beiden wichtigsten politischen Parteien, der KDP und der PUK, zwischen 1994 und 1998 unterbrochen und führte zu einer Teilung der Region Kurdistan, wobei der westliche Teil unter der Kontrolle der KDP und der östliche unter der der PUK stand.

Nord- und Westkurdistan

Die zweite Strömung in der kurdischen Bewegung entstand in den 1970er Jahren durch die PKK und wurde ab den 1990er Jahren im kurdisch besiedelten Südosten der Türkei (Akkaya 2013)

⁵ Teile von Nineva oberhalb der NFZ wurden verwaltungstechnisch Dihok eingegliedert, während der nördliche Rand von Diyala Silêmanî inkuldiert wurde.

und dann ab den 2010er Jahren in Syrien hegemonial. Vor dem Hintergrund der gezielten Bemühungen, die kurdische Identität zu vernichten, und des Fehlens legaler Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, vertrat die PKK als vorrangige Ziele das Recht auf Selbstbestimmung, das damals als Errichtung eines unabhängigen und vereinigten Kurdistan verstanden wurde, wie auch eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft (Bozarslan 2004; Gunes 2012). Die PKK glaubte, dass nur ein lang anhaltender Volkskrieg gegen die Kolonialisierung durch die Türkei, den Iran, den Irak und Syrien den gewünschten gesellschaftlichen Wandel herbeiführen könnte, und zog sich aufs Land und außerhalb der türkischen Grenzen zurück, um dem harten Vorgehen der Armee nach dem Militärputsch von 1980 zu entgehen.

Die Geschichte der PKK kann in mehrere Phasen eingeteilt werden. Die Jahre von 1973 bis 1977 können als Periode der ideologischen Gruppenbildung und die von 1977 bis 1979 als Phase des Parteaufbaus beschrieben werden; in der Zeit von 1979–84 wurde der Guerillakrieg für die Errichtung eines unabhängigen Kurdistan und die Beendigung der ausbeuterischen feudalistischen, auf Landbesitz basierenden Verhältnisse innerhalb der kurdischen Gesellschaft vorbereitet und organisiert, während die Zeit von 1984–99 von aktiven Kämpfen geprägt war. In den Jahren 1999–2004 kam es zu einer Krise und Neupositionierung, ausgelöst durch die Ausweisung des Parteiführers Abdullah Öcalan aus Syrien 1998 und seine Gefangennahme und Entführung aus Kenia 1999. Nach der Krise und den Unruhen innerhalb der Partei (Akkaya und Jongerden 2012) gründete sich die PKK 2004 auf der Grundlage einer Neukonzeption der Selbstbestimmung im Sinne eines Projekts nicht der Staatsbildung, sondern der Rätedemokratie, inspiriert durch die Arbeit des libertären Denkers Murray Bookchin, neu. Während die PKK ursprünglich die Errichtung eines vereinigten sozialistischen Staates Kurdistan anstrebte (PKK 1978), wird das letztendliche Ziel der Selbstbestimmung heute durch die Entwicklung eines Projekts der radikalen

Demokratie verfolgt (Akkaya und Jongerden 2012). Die Partei hat sich zu einem Friedensprozess verpflichtet und ihre Guerilla als Selbstverteidigungskräfte reorganisiert.

Etwa zwanzig Jahre nachdem die kurdischen politischen Parteien im Irak die Kontrolle über den größten Teil der Region Kurdistan im Irak erlangt hatten, eröffnete das gewaltsame Chaos, in das Syrien geriet, der kurdischen Bewegung dort neue Möglichkeiten. Obwohl die kurdischen politischen Parteien in Syrien mehrere Jahrzehnte lang unter der Ägide der KDP und der PUK gestanden hatten, schwelte seit den 1990er Jahren eine Krise innerhalb des kurdischen Parteiensystems, die zu einem Popularitätsverlust der beiden Hauptparteien führte. Dies war zum Teil auf den Fraktionismus zurückzuführen, aber auch auf die Dominanz von personellen Fragen und die Unfähigkeit der Parteien, Zugeständnisse vom Staat zu erwirken (Allsopp 2014: 176f). Das Krisengefühl wurde noch weiter verstärkt, da die Unterstützung für die Parteien abgenommen hatte, während das kurdische Nationalbewusstsein und der Aktivismus der Jugend zunahmen. Aus diesem Widerspruch – einer Krise der traditionellen Politik der Parteien und einem gestiegenen politischen Bewusstsein – entstand eine neue politische Partei, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD, Partiya Yekîtiya Demokrat). Orientiert an der Ideologie von Abdullah Öcalan konnte die PYD eine politische Alternative entwickeln, eine Perspektive für ein System der Selbstverwaltung von unten nach oben, was sich gut mit dem Basisaktivismus der Jugend verbinden ließ.

Im Januar 2011 kam es im Anschluss an die Proteste im „Arabischen Frühling“, welche Nordafrika und den Nahen Osten von Tunesien und Ägypten ostwärts durchzogen, auch in Syrien zu Massenprotesten mit gewaltsamen Aktionen und Reaktionen. Innerhalb von drei Monaten hatten sich die syrischen Proteste zu einem Aufstand entwickelt. Das Regime in Damaskus glaubte, die Proteste wie in der Vergangenheit durch eine Kombination aus politischen Gesten und brutaler Gewalt eindämmen und

unterdrücken zu können, doch diesmal hatte sich der internationale Kontext erheblich verändert. Es entwickelte sich ein aktiver Aufstand, welcher von den Muslimbrüdern dominiert und dann durch das Auftauchen von Al-Qaida und dem Islamischen Staat (IS) zerrissen wurde. Mit der Intervention westlicher (u. a. USA, Russland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande) sowie regionaler staatlicher (u. a. Türkei, Katar, Saudi-Arabien) und nicht staatlicher (u. a. Hisbollah) Akteure, entstand ein zunehmend gewalttätiges Geflecht von miteinander verknüpften Konflikten an verschiedenen Orten mit Armeen und Milizen, welche sich aus verschiedenen unabhängigen und stellvertretenden Kräften zusammensetzten und in denen sich keine einzelne Kraft durchsetzen konnte. Da die meisten Fraktionen eine militärische Lösung anstrebten, die sie nicht erreichen konnten, zog sich der Hobbes'sche Krieg aller gegen alle in die Länge (van Dam 2017: 183).

Die Kurdistan-Region in Syrien hat ihre eigene Geschichte des Widerstands gegen die repressive Politik des syrischen Staates unter Hafez al-Assad und später seinem Sohn Bashar, wozu der Widerstand gegen die Arabisierung und die sie betreffende Aberkennung der Staatsbürgerschaft gehören. Im Jahr 2012 brachen im syrischen (West-)Kurdistan Proteste aus, und da sich das Regime in der Hauptstadt einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt sah, zerfiel seine lokale Autorität in diesem peripheren, aber landwirtschaftlich wichtigen Gebiet. Die mit der PYD verbündeten Volksverteidigungseinheiten (YPG, Yekîneyên Parastina Gel) nahmen am 19. Juli die Stadt Kobanê ein, gefolgt von Amûdê und Afrin am 20. Juli sowie Derik und Qamişlo in den Tagen danach. Innerhalb von zwei Wochen zogen sich die Regimekräfte in den Süden von Rojava zurück, wobei sie jedoch in Hochburgen in Hasakeh und Qamislo verblieben (Knapp, Flach und Ayboga 2014; Knapp und Jongerden 2016). In den darauffolgenden Jahren gelang es den YPG-Kräften – und später auch den 2013 gegründeten Frauenverteidigungseinheiten (YPJ, Ye-

kineyên Parastina Jin) und den Demokratischen Kräften Syriens (SDF), einem Zusammenschluss von Streitkräften, der sich um die YPG herum bildend zu einem breiteren, fortschrittlichen, multiethnischen und multireligiösen Bündnis entwickelte –, in den von ihnen kontrollierten Regionen das Gewaltmonopol zu erlangen und relativ stabile und funktionierende Verwaltungen aufzubauen.

Im Gegensatz zu anderen Konfliktparteien ging es der PYD und ihrem politischen Dachverband, dem Syrischen Demokratischen Rat (SDC), nicht um einen Regimewechsel in Syrien oder um die Eroberung und den Aufbau eines Staates (im Falle des IS durch die Beseitigung der syrisch-irakischen Grenze). Nicht die Absetzung von (Baschar) al-Assad wurde als elementar betrachtet, sondern eine Veränderung des politischen Systems, aus dem Diktaturen und Dynastien hervorgehen würden. Die PYD trat für eine radikale Veränderung der politischen Formation ein, welche der Unterdrückung in Syrien und im gesamten Nahen Osten zugrunde liegt, und zwar durch den Aufbau echter demokratischer Institutionen zur Stärkung der Gesellschaft.⁶ Im Gegensatz zur etatistischen politischen Perspektive der kurdischen Parteien in Irakisch-Kurdistan konzentrierte sich die der PYD daher auf eine Stärkung der Gesellschaft (gegenüber dem Staat) mittels aktiver Bürgerschaft und Selbstverwaltung. Eine im Gegensatz zu al-Assads Ziel der Wiederherstellung von zentralisierter staatlicher Herrschaft stehende nicht staatliche, oder besser gesagt, nicht staatsgebundene Demokratie (Allsopp 2014; Knapp Flach und Ayboga 2014; Lowe 2014; Maur und Staal 2015; Schmidinger 2014).

Diese Ausrichtung der PYD-SDC auf einen Systemwandel begründete ihr Misstrauen gegenüber dem Syrischen Na-

6 Zum Beispiel Salih Muslim (2011): „Wir wollen eine grundlegende Änderung des repressiven Systems. Es gibt einige, die den Slogan ‚Sturz des Regimes‘ hochhalten. Unsere Probleme sind nicht von den Machthabern. Die Machthaber in Damaskus kommen und gehen“ (Allsopp 2014: 209).

tionalrat (SNC), einer von der Türkei unterstützten, von den Muslimbrüdern dominierten Organisation, die zwar einen Regimewechsel forderte, sich aber deutlich weniger für einen Systemwandel aussprach. In ähnlicher Weise wurde die Politik der PYD-SDC vom Kurdischen Nationalrat (KNC) abgelehnt, einer 2011 unter der politischen Führung von KRG-Präsident (Massoud) Barzani gegründeten Dachorganisation, die mit der syrischen Opposition gegen al-Assad zusammenarbeitete. Die Spannungen zwischen der KNC-SNC auf der einen Seite und der PYD-SDC auf der anderen Seite waren Ausdruck einer fundamentalen Spaltung zwischen den beiden sich inzwischen entwickelten Traditionen der kurdischen Politik. Tatsächlich brachte diese zuweilen in einem offenen Konflikt ausgetragene Spaltung zwei sehr unterschiedliche Auffassungen in puncto Staat deutlich auf den Punkt.

Protostaatliche Entwicklung in Irakisch-Kurdistan

Am 25. September 2017 hatten die Wähler:innen der Region Kurdistan im Irak die Möglichkeit, auf die Frage „Wollen Sie, dass die Region Kurdistan und die kurdischen Gebiete außerhalb der Verwaltung der Region ein unabhängiger Staat werden?“ zu antworten. Auf einer Kundgebung in Hewlêr drei Tage vor dem Referendum hatte Barzani erklärt: „Seit dem Ersten Weltkrieg bis heute sind wir kein Teil des Irak“, und weiter: „Wir weigern uns, uns unterzuordnen“ (Chulov und Johnson 2017).

Trotz ihres seit Langem gehegten Traums von unabhängiger Staatlichkeit und der Erlangung einer nahezu faktischen Unabhängigkeit von der Zentralregierung seit 1991 hatten die dominierenden politischen Parteien, die KDP und die PUK, in der Frage der autonomen Administration an einem föderalen Ansatz festgehalten. Die beiden Parteien waren Mitglieder des Irakischen Nationalkongresses, einer Koalition von Oppositions-

gruppen, die einen föderalen Irak nach Saddam befürworteten (Yildiz 2004: 116), und beschlossen 2005, in einem föderalen Irak zu verbleiben. Dies, obwohl die meisten Kurd:innen der Wiedereingliederung misstrauisch gegenüberstanden und bereits in einem informellen Referendum, das parallel zu den Parlamentswahlen im selben Jahr stattfand, für die Unabhängigkeit gestimmt hatten (Ahmed 2013: 112, 131).

Da die USA Druck auf die Kurd:innen ausübten, im irakischen Staate zu verbleiben und als stabilisierende Kraft zu wirken, arbeiteten KDP und PUK in Zusammenarbeit mit dem Obersten Rat für die Islamische Revolution im Irak (SCIRI)⁷ die neue irakische Verfassung aus. Mit den Artikeln 117 und 141 der neuen Verfassung wurde die Region Kurdistan formell gegründet und das kurdische Parlament und die dort erlassene Gesetzgebung anerkannt (Ahmed 2013; Danilovich 2014; Kane Hiltermann und Alkadiri 2012; Katzman 2010; Stansfield 2006, 2017; Stansfield und Anderson 2009; Yoshioka 2015). Die Verfassung wurde mittels eines Referendums am 15. Oktober 2005 angenommen. Während die Bevölkerung in den mehrheitlich schiitischen und kurdischen Regionen sie begrüßte, stieß die neue Verfassung auf heftigen Widerstand der Sunniten, deren Anführer nicht aktiv an der Ausarbeitung beteiligt waren. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch klar, dass unterschwellig eine schiitische politische Führung eine einfache Mehrheitsregierung in einem zentralisierten Einheitsstaat befürwortete (Gunter 2008: 20). In den folgenden Jahren nahm der Antiföderalismus unter der schiitischen Führung zu, sodass viele Artikel der Verfassung verletzt oder nicht implementiert wurden.⁸ Große Sorge bereitete den Kurd:innen die Weigerung der irakischen Zentralregierung, Artikel 140 umzusetzen, der sie dazu verpflichtete, „eine Volkszählung durchzuführen und durch eine Volksabstimmung

7 Umbenennung in *Islamischer Oberster Rat des Irak* (ISCI) im Jahr 2007.

8 Etwa fünfundfünfzig Artikel der Verfassung wurden nach Angaben kurdischer Offizieller von Bagdad missachtet.

in Kirkuk und anderen umstrittenen Gebieten den Willen ihrer Bürger zu ermitteln“. Das entsprechende Referendum hätte vor dem 31. Dezember 2007 durchgeführt werden müssen. Während die Kurd:innen die Nichtdurchführung des Referendums als Verstoß gegen die Verfassung ansahen, betrachteten die irakischen Verantwortlichen den Paragraphen als verfallen (Park et al. 2017: 201). Obwohl die treibende Kraft eines föderalen Systems eine Politik der Anerkennung von Unterschieden und Vielfalt ist (Burgess 2017), wurde die Politik im Irak zunehmend sektiererisch und exklusiv. Wenn ein föderales System „institutionelle Lösungen bieten soll, die es den verschiedenen Segmenten unterschiedlicher Gesellschaften ermöglichen, ihr Streben nach Selbstbestimmung zu verwirklichen und gleichzeitig die soziale und territoriale Integrität der bestehenden Staaten insgesamt zu bewahren“ (Wolff 2009: 28), dann kann die Nichtumsetzung von Artikel 140 als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht betrachtet werden.

Obwohl die KDP und die PUK bei der Ausarbeitung der Verfassung von 2005 gemeinsam gehandelt hatten, waren sie zum Zeitpunkt des Referendums hoffnungslos zerstritten. Die PUK war zunehmend anfällig für Spaltungen und Abspaltungen, was durch die Abwesenheit und Krankheit ihres im Oktober 2017 verstorbenen Führers Jalal Talabani noch verschärft wurde. Dies hatte bereits 2009 zur Gründung der abtrünnigen PUK-Partei Goran (Wandel) geführt, wodurch ein fünfzehn Jahre altes Abkommen über die Teilung der Macht zwischen der KDP und der PUK, das die kurdische Politik dominiert hatte, unterbrochen wurde. Goran setzte sich für eine Stärkung der Regierungsorgane, die Integration von Partei- und Privatmilizen in die Peshmerga (die dem Verteidigungsministerium unterstellt sind) und gegen Korruption ein. Genau dieses Versagen bei der Schaffung politischer Kohärenz durch staatliche Institutionen wurde bei der Vorbereitung des Referendums und im Anschluss daran deutlich.

Das Scheitern der Herstellung einer geschlossenen Selbstregierung geht auf eine Vereinbarung zur Teilung der Macht zurück, die von den beiden dominierenden Parteien nach den ersten allgemeinen Wahlen in der Region Kurdistan im Jahr 1992 getroffen wurde. Nachdem die KDP und die PUK 50 Prozent bzw. 48 Prozent der Stimmen erhalten hatten, einigten sie sich auf eine Machtteilung und teilten die Regierungsfunktionen untereinander auf (Anderson und Stansfield 2005; McDowall 2000). Parallel zum Aufbau staatlicher Institutionen hatten die starken Männer in den Parteien jedoch Machtbeziehungen durch klientelistische Netzwerke aufgebaut, die von ihren loyalen Milizen gestützt wurden. Diese dominanten Familien bildeten auch das Schlüsselement bei der Herstellung persönlicher Verbindungen zwischen der Regierung und dem Privatsektor (Aziz 2017: 110). Im Schatten der staatlichen Institutionen wurde die Macht daher in familiären Netzwerken angesiedelt. In der KDP bildeten sich solche Netzwerke nicht nur um Massoud Barzani, der die Führung von seinem Vater geerbt hatte, sondern auch um seinen Sohn Masrour Barzani und seinen Neffen Necirvan Barzani, die ihrerseits in einen ruhenden Nachfolgekampf verwickelt sind. In der PUK entwickelten sich solche Netzwerke unter anderem um Hero Talabani, die Frau des legendären PUK-Führers Jalal Talabani, Kosrat Rasul, Mala Bakhtiar und Scheich Jafaar.⁹

Der Aufbau und die Aufrechterhaltung dieser klientelistischen Netzwerke waren in hohem Maße von der Verfügbarkeit von Ressourcen abhängig (van Wilgenburg und Fumerton 2015: 5). Der ungleiche Zugang zu den für die Aufrechterhaltung dieser Netzwerke erforderlichen Ressourcen verschärfte den Wettbewerb zwischen den beiden wichtigsten Parteien. Die KDP kontrolliert den Ibrahim-Khalil-Grenzposten zur Türkei, der

9 Der Hauptunterschied zwischen den beiden großen Parteien besteht darin, dass die KDP eine zentralisierte Organisation oder Dynastie ist, während die PUK eher eine Dachorganisation oder ein Netzwerk von Funktionären ist (Aziz 2017: 117–18).

wesentlich höhere Einnahmen bringt als die PUK, die die Grenze zum Iran kontrolliert (Chorev 2007: 4). Zwischen der KDP und der PUK herrscht ein ständiger Wettstreit darüber, wer die ölreichen Gebiete in der Region kontrolliert. Die internationale Gemeinschaft hat diesen Wettbewerb scheinbar noch verstärkt, indem sie mit Politikern aus der Region als Parteiführern und nicht als Regierungsvertretern der KRG verhandelt hat (Yoshioka 2015: 33). Dann, mit dem Aufstieg des IS im Jahr 2014, brachen die Investitionen und Einnahmen ein, während die Ölpreise fielen, was zu ernsthaften Geldflussproblemen für die Aufrechterhaltung der entstandenen Machtstrukturen führte. Die klientelistischen Netzwerke hatten also ein demokratisches, institutionalisiertes Regierungssystem unterminiert, und ihre reduzierte Macht führte zu einer weiteren Schwächung desselben.

Die ohnehin schon schwachen Regierungsinstitutionen wurden durch die Entscheidung des Präsidenten der autonomen Region Kurdistan im Jahr 2015 weiter geschwächt, dem Parlamentsvorsitzenden die Einreise nach Hewlêr, dem Sitz des Parlaments, zu verweigern, sodass das Parlament zwei Jahre lang nicht zusammentreten konnte. Die Partei des Parlamentsvorsitzenden, Goran, hatte den Präsidenten der autonomen Region Kurdistan beschuldigt, unrechtmäßig zu handeln, da seine Amtszeit bereits seit zwei Jahren abgelaufen war. Dieser Konflikt über die Legitimität des Präsidenten spiegelte sich in seiner einseitigen Entscheidung wider, ein Unabhängigkeitsreferendum durchzuführen. Goran, die Talabani-Fraktion innerhalb der PUK¹⁰, die Islamische Gruppe Kurdistans und die Bewegung „Neue Generation“ unter der Führung des Geschäftsmanns und ehemaligen Medienunternehmers Shaswar Abdulwahid Qadir¹¹

10 Die Kreise um die prominenten PUK-Politiker Kosrat Rasul und Najmaldin Karim, unter anderem, unterstützten das Referendum.

11 Shaswar Abdulwahid Qadir war ein Bauunternehmer und der Gründer von Nalia Media and Radio im Jahr 2010, der Muttergesellschaft der unabhängigen Medienorganisation NRT.

stellten das Referendum infrage oder lehnten es ab.¹² Dies geschah jedoch nicht aufgrund einer Ablehnung des Rechts auf unabhängige Staatlichkeit, sondern weil sie davon überzeugt waren, dass das Referendum instrumentalisiert wurde, um Unterstützung für einen von Legitimitätsproblemen geplagten Präsidenten zu gewinnen (Anczewski 2017). Shaswar Abdulwahid Qadir drückte die Ablehnung wie folgt aus:

„Der Zweck dieses Referendums ist nicht die Schaffung eines unabhängigen Staates. Wir glauben, dass es nur eine Ausrede unseres Führers ist, um die internen Probleme zu vertuschen. Es ist ein Vorwand, um die Probleme innerhalb des Landes zu verbergen (...) Ohne das Referendum würde die politische Agenda von der Forderung nach einer dringend notwendigen Anti-Korruptionskampagne, [der Untersuchung] der Behinderung des Parlaments, der [fehlenden] Trennung zwischen Justiz und Exekutive, dem Nichtbestehen einer geeinten Armee [und] der mangelnden Achtung der Menschenrechte und der Redefreiheit bestimmt werden.“¹³

Betrachtet man den Zeitraum 1991–2017, so wird man Zeuge eines doppelten Prozesses des gescheiterten Staatsaufbaus in der autonomen Region Kurdistan. Während zum einen die Staatsbildung als Teil des Irak an den zentralistischen und sektiererischen Tendenzen in Bagdad scheiterte, prägten zum anderen in der föderalen Teilregion Klientelismus und Patronage das Gemeinwesen. Dies war die Folge einer Vereinbarung über die Aufteilung der Macht zwischen den beiden politischen Parteien, die wiederum nur von einigen wenigen Familien beherrscht wurden, deren Hauptanliegen die Aneignung von Ressourcen

12 Das Parlament der autonomen Region Kurdistan im Irak hat das Referendum erst zehn Tage vor seiner Abhaltung gebilligt, obwohl aufgrund eines Boykotts der größten Oppositionspartei Goran nur 68 von 111 Abgeordneten an der Sitzung teilnahmen.

13 Shaswar Abdulwahid Qadir, 24. September 2017, persönliche Mitteilung, in seinem Haus im „Deutschen Dorf“ in Silêmani.

für die Aufrechterhaltung klientelistischer Netzwerke war. Das Scheitern des Staatsaufbaus wurde durch die Folgen des Referendums schmerzlich deutlich (International Crisis Group 2019). Die KRG erwies sich als gescheitert, was blieb, waren klientelistische Parteipersonen-Miliznetzwerke, die nicht in der Lage waren, gemeinsam zu handeln.

Nicht staatliche Verwaltung in Rojava

Wo Staatsbildung und föderale Autonomie in Irakisch-Kurdistan ganz oben auf der Tagesordnung standen, problematisierte das politische Denken der PYD, das durch die Arbeit von Abdullah Öcalan nach 1999 inspiriert wurde, das Konzept des Staates. Öcalan (2013, 2015) argumentiert, dass soziale Ungleichheiten und kulturelle Ungerechtigkeiten in direktem Zusammenhang mit dem Prozess der Staatsbildung stehen, der seine historischen Hintergründe in der Idee des „starken Mannes“ und der Entstehung der Geschlechterhierarchie hat. In *Befreiung des Lebens* argumentiert Öcalan (2013: 55), dass der Kampf für Gerechtigkeit „die Schaffung politischer Formationen beinhaltet, die auf eine demokratische, geschlechtergerechte und ökologische Gesellschaft abzielen, in der der Staat nicht das zentrale Element ist“. Der Staat, von Nietzsche als „das kälteste aller kalten Ungeheuer“ (Merrifield 2006: 157) bezeichnet, wird von Öcalan (2010: 193) als eine Institution kritisiert, die nicht für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte steht, sondern für deren Verweigerung.

Kurz gesagt, Öcalans Kritik am modernen Staat hat zwei analytische Stränge. Der erste ist eine Staatskritik, die den Verwaltungsstaat und die Bürokratie als herrschende Klasse problematisiert, worin der Hauptwiderspruch zwischen dem Volk und dieser herrschenden Klasse besteht. Als Alternative wird ein System lokaler Selbstverwaltung vorgeschlagen, um dieses

Problem zu lösen. Die zweite ist eine Staatskritik, die die nationalstaatliche Form problematisiert, da sie letztlich darauf abzielt, die Bevölkerung durch Assimilation an eine dominante Identität zu homogenisieren und damit Vielfalt und Unterschiede auszulöschen. Damit folgte Öcalan Franz Fanon und Ho Chi Minh, die, wie er selbst, als ehemals kolonisierte Subjekte der Staatsmacht misstrauten (Kohn und McBride 2011: 56). Die Idee der Autonomie war das Recht kultureller, ethnischer, geschlechtlicher und religiöser Gruppen, sich selbst zu organisieren und ihren Interessen und Identitätszielen Ausdruck zu verleihen, um dieses Problem bewältigen zu können – dies war Selbstbestimmung, die darauf beruhte, dass die Menschen selbst das Gebot der Unabhängigkeit aufgriffen (Kohn und McBride 2011: 57).

Mit seiner Ablehnung des Verwaltungsstaates und des Nationalstaates schlägt Öcalan (2014: 32) also ein neues Modell vor:

Die Menschen sind direkt in den Entscheidungsfindungsprozess der Gesellschaft einzubeziehen. Dieses Projekt stützt sich auf die Selbstregierung der lokalen Gemeinschaften und ist in Form von offenen Räten, Stadträten, lokalen Parlamenten und größeren Kongressen organisiert. Die Bürger sind die Akteure dieser Art von Selbstverwaltung und nicht die staatlichen Institutionen. Das Prinzip der föderativen Selbstverwaltung kennt keine Grenzen. Es kann sogar grenzüberschreitend fortgesetzt werden, um multinationale demokratische Strukturen zu schaffen. Der demokratische Konföderalismus bevorzugt flache Hierarchien, in denen Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse innerhalb lokaler Gemeinschaften stattfinden (...) Er bietet einen Rahmen, in dem sich Minderheiten, Religionsgemeinschaften, kulturelle Gruppen, geschlechtsspezifische Gruppen und andere gesellschaftliche Gruppen selbstständig organisieren können.

Bookchin (1991) folgend, verwendet Öcalan den Begriff der *demokratischen Autonomie*, um sich auf die Entscheidungsfähig-

keit und Verantwortung der Menschen selbst zu beziehen, eine Politik, die im Wesentlichen auf einer engagierten Beteiligung beruht – eine primär partizipatorische und nicht repräsentative Demokratie (Akkaya und Jongerden 2013). Ferner bezieht sich das Prinzip des *demokratischen Konföderalismus* auf den interkonnektiven Kontext, worin die Selbstverwaltung stattfinden sollte und der ein vielschichtiges Netzwerk lokaler Versammlungen als Prinzip einer sozialen Organisation umfasst, was darauf abzielt, „die Interdependenz zu demokratisieren, ohne das Prinzip der lokalen Kontrolle aufzugeben“ (Bookchin 1991). So wird ein von unten nach oben verlaufender Ausdehnungsprozess, der mit der Einrichtung „direktdemokratischer Volksversammlungen auf Gemeinde-, Stadt- und Stadtteilebene“ beginnt, durch die entstehende konföderierte Form zu einer Alternative zum Staat. Dies sei „eine Politik, die versucht, eine vitale lokale politische oder bürgerschaftliche Sphäre neu zu schaffen“ (Bookchin 1991: 13). In größeren Regionen würden sich diese Versammlungen zusammenschließen und, wenn sie an Stärke gewinnen, den zentralisierten Nationalstaat herausfordern. Parallel dazu plädiert Bookchin für eine Kommunalisierung (anstelle einer Marx’schen Verstaatlichung) der Wirtschaft, um dem gegenwärtigen kapitalistischen System des Eigentums und des Unternehmertums etwas entgegenzusetzen (Simkin 2014).

Indem er sich diese Ideen zu eigen machte, kam Öcalan zu der Frage, ob die Unabhängigkeit wirklich in Form eines Staatsaufbaus konzipiert und praktiziert werden sollte. Nach einer Kritik und Selbstkritik am Charakter der nationalen Befreiungskämpfe und des „real existierenden Sozialismus“ in den 1990er Jahren entwickelte Öcalan eine neue politische Philosophie für den Nahen Osten (Jongerden 2016). In der Folge begannen die von seinem Denken inspirierten Organisationen der kurdischen Bewegung nach 2005, eine ideologische Architektur der politischen Gesellschaft zu entwickeln, die auf der Grundlage einer

nicht staatlichen Selbstverwaltung aufgebaut ist. So wurde in der Region Kurdistan in der Türkei der *Kongress der Demokratischen Gesellschaft* (DTK, Kongra Civaka Demokratik) gegründet, der die Entwicklung eines Rätensystems in der Region Kurdistan in der Türkei koordiniert, die *Demokratische und Freie Gesellschaft Ostkurdistan* (KODAR, Komalgeya Demokratik û Azad a Rojhilatê Kurdistanê) wurde mit demselben Ziel für die Region Kurdistan im Iran gegründet, während *Tevgera Azadi* (Freiheitsbewegung) und die *Bewegung für eine demokratische Gesellschaft* (TEV-DEM, Tevgera Civaka Demokratik) für die Entwicklung eines Rätensystems in der Region Kurdistan im Irak und in Syrien aufgestellt wurden.

Ein erster Schritt zur Umsetzung dieses Ansatzes wurde in der Türkei unternommen, wo kommunale Räte neben (gemeinsam und parallel) den von der pro-kurdischen Partei kontrollierten lokalen Verwaltungen arbeiteten. Die Zerstörung dieser Selbstverwaltungsstrukturen war der Hauptgrund für die Ersetzung von mehr als 100 gewählten Bürgermeister:innen in der Region Kurdistan durch staatliche Verwalter:innen im Jahr 2016 und die Eskalation der Gewalt im Anschluss an die Barrikaden, die in verschiedenen kurdischen Städten errichtet wurden, nachdem sich der Staat aus dem Prozess der Gespräche und Verhandlungen mit der PKK zurückgezogen hatte.

Sehr unterschiedlich war die Situation im relativen Vakuum in Syrisch-Kurdistan, wo die staatlichen Kräfte verdrängt wurden und sich größtenteils zurückgezogen hatten. Nachdem große Teile von Rojava 2012 unter die Kontrolle der YPG gekommen waren, wurden lokale (Nachbarschafts-)Versammlungen eingerichtet, um eine Form der Regierung zu gewährleisten. Die Versammlungen organisierten die Erbringung von Dienstleistungen, angefangen bei der Verteilung von Lebensmitteln und Brennstoffen bis hin zur Bereitstellung von Bildung und Selbstverteidigung. Mit anderen Worten: Die Räte übernahmen staatliche Funktionen, zumindest was die lokale

Sicherheit und die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen betrifft.

Die Etablierung von Räten war nicht nur eine alleinige Angelegenheit von Rojava. Im Zusammenhang mit den Bürgerprotesten, der Unordnung in der Verwaltung und dem Zusammenbruch der Regierung, als der Staat al-Assads abgelehnt und seine Vertreter:innen in ganz Syrien vertrieben wurden, entstanden in den Jahren 2011 und 2012 im ganzen Land Hunderte von Räten. In der Darstellung des syrischen Bürgerkriegs als gewaltsamer Abstieg ins Chaos wird dieser konstruktiven Seite des Aufstands nur selten Aufmerksamkeit geschenkt.

Diese Räte, die auf vielfältige Weise miteinander vernetzt waren – z. B. über WhatsApp-Gruppen mit gleichgesinnten Räten und Organisationen –, bildeten wiederum überall das kreative Produkt lokaler Bedürfnisse; eine unmittelbare Reaktion auf das Fehlen lokaler Regierung im Kriegskontext und das Regierungsvakuum, welches durch das plötzliche Fehlen staatlicher Verwalter:innen entstand – entweder durch deren kriegsbedingt erzwungenen Abzug und/oder die Ablehnung ihres Amtes vonseiten der Bevölkerung. Die lokalen Räte in der ethnisch vielfältigen Stadt Manbij wurden beispielsweise als „überzeugendes Beispiel für eine erfolgreiche Basisverwaltung in den zwei Jahren zwischen dem Rückzug des syrischen Regimes aus der Stadt im Jahr 2012 und der Übernahme durch den Islamischen Staat im Jahr 2014“ beschrieben (Munif 2017)¹⁴.

Die Räte, die im Frühjahr in Syrien insgesamt entstanden waren, unterschieden sich jedoch von denen, die spezifisch in Rojava auftraten. Der Unterschied bestand vor allem in der politischen Stärke, die sich in der ideologischen Ausrich-

¹⁴ Der IS wurde 2016 von den SDF vertrieben; die Politik des Regimes bestand im Allgemeinen darin, die Gehälter lokaler Beamter weiter zu zahlen und damit zu signalisieren, dass es die neuen Regelungen nicht akzeptiert und die Absicht hat, (der Kontrolle des bzw.) dem Staat irgendwann in der Zukunft wieder Geltung zu verschaffen.

tung, der politischen Entschlossenheit und der Fähigkeit zur Organisation einer kohärenten Selbstverteidigung ausdrückte. Zusammen mit der Einrichtung der ersten Räte in Rojava initiierte die PYD die Gründung der *Bewegung für eine demokratische Gesellschaft* (TEV-DEM, Tevgera Civaka Demokratik), einer Plattform von politischen Parteien, beruflichen und gesellschaftlichen Organisationen und Vertreter:innen der Räte zur Beratung und Koordinierung (Knapp, Flach und Ayboga 2014). Auf ideologischer Ebene vertrat die TEV-DEM nachdrücklich die Auffassung, dass sie einen „konstitutiven Pluralismus“ fördere, der auf dem „Recht aller ethnischen und religiösen Gruppen beruht, sich nach ihrem eigenen freien Willen zu verwalten“ (Kurdish Question 2015). Sie argumentiert, dass ein solcher Pluralismus in Syrien in seiner Form als zentralisierter Staat nicht möglich sei.

In Rojava wurden auf der Ebene von Wohnstraßen, Stadtteilen, Dörfern, Bezirken, Städten, Kantonen und Regionen sowie jetzt auch auf der Ebene der *Demokratischen Föderation Nordsyrien* (DFNS) Räte für die Entscheidungsfindung und Verwaltung eingerichtet. Sie alle haben eine 40-prozentige Geschlechterquote. Die kleinste Einheit dieser Föderation ist die *Kommune*, die aus mindestens einigen wenigen und bis zu 400 Haushalten besteht und eine oder mehrere Wohnstraßen oder ein Dorf umfasst. Jede Kommune hat eine Exekutive, die sich aus den Ko-Vorsitzenden (einem Mann und einer Frau) und weiteren Mitgliedern zusammensetzt. Sie tritt wöchentlich zusammen und verfügt idealerweise über Kommissionen für Frieden, Selbstverteidigung, Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft oder Bildung. Nicht alle Kommissionen sind überall eingerichtet worden, aber die Friedens- und Selbstverteidigungskomitees sind weit verbreitet. Ein Nachbarschaftsrat setzt sich aus mehreren Dörfern oder einem Stadtviertel zusammen, und seine Mitglieder sind die Vertreter:innen der Kommunen. Die Nachbarschaftsräte haben einen Ko-Vorsitz und weitere Kommissionen

(Knapp, Flach und Ayboga 2014: 87). Dies wiederholt sich auf der Ebene des Stadtrats, der Kantone und Regionen (Cezîre, Euphrat und Afrin) und des DFNS.

Ein Gesellschaftsvertrag, der im Januar 2014 in Rojava ausgearbeitet und angenommen wurde, beginnt mit einer Absage an den Nationalstaat: „Wir, die Völker der autonomen Regionen, vereinen uns im Geiste der Versöhnung, des Pluralismus und der demokratischen Teilhabe, damit sich alle im öffentlichen Leben frei äußern können. Beim Aufbau einer Gesellschaft, die frei von Autoritarismus, Militarismus, Zentralismus und der Einmischung religiöser Autoritäten in öffentliche Angelegenheiten ist“ (Charta des Gesellschaftsvertrags 2014). Erweitert um nicht kurdische Gebiete unter dem Dach des DFNS, wurde 2016 als übergeordnetes Ziel die Errichtung „einer neuen demokratischen Struktur anstelle des aufgelösten Staates Syrien“ angekündigt (Sherko 2016). Dies war die Idee des demokratischen Konföderalismus, der durch die Struktur des DFNS geschaffen wurde. So wurden am 22. September 2017, drei Tage vor dem Unabhängigkeitsreferendum in Irakisich-Kurdistan, Wahlen für die Ko-Vorsitzenden der DFNS-Kommunen organisiert. Wir sehen also, dass im selben Monat des Jahres 2017 versucht wurde, in einem Teil Kurdistans einen unabhängigen Staat zu errichten und in dem anderen Teil die Selbstverwaltung zu stärken. Ersteres war nicht erfolgreich, im Gegenteil und schlimmer noch: Nicht nur die nationalen und internationalen Reaktionen führten dazu, dass die Abstimmung unbeachtet blieb, sondern auch interne Spaltungen und verschiedene unterschiedliche und konkurrierende Interessen in Kombination mit einer harten Reaktion aus Bagdad führten dazu, dass Gebiete von Bagdad zurückerobert wurden. In Rojava hingegen erregten die lokalen Wahlen der Ko-Vorsitzenden keine internationale Aufmerksamkeit; sie waren jedoch ein wichtiger Schritt beim schrittweisen Aufbau einer alternativen und vernetzten Regierungsform von unten.

Fazit

Unser Hauptaugenmerk galt dem Verhältnis kurdischer politischer Parteien und breiterer Bewegungen zum Staat, und zwar nicht nur den Beziehungen zu den Staaten, in die sie integriert waren und gegen die sie kämpften, um ihre Identität zu verteidigen und ihre Rechte durchzusetzen, sondern auch und darüber hinaus, wie sie sich zur Idee der staatlichen Konstituierung verhalten. Wir haben argumentiert, dass die Region Kurdistan im 15. bis 19. Jahrhundert einem Prozess der umgekehrten Staatsbildung unterworfen war und dass die kurdischen Eliten zwar autonom waren, ein Staatsbewusstsein aber nicht gut entwickelt war – in den meisten Fällen verteidigten die rebellierenden Eliten lokale Interessen und hatten kein breiteres politisches Programm. Seitdem hat sich parallel zur Nicht-Identifikation mit dem Staat (insbesondere mit den vier Staaten, über die sich das kurdische Gebiet erstreckt) ein kurdisches Nationalbewusstsein entwickelt.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg formulierten die kurdischen Befreiungsbewegungen ihren Kampf zunehmend unter dem Aspekt der Selbstbestimmung. Da Nationen das Recht auf einen Staat haben, der die ausschließliche Kontrolle über ein Territorium ausübt, muss demnach auch die kurdische Nation das Recht haben, einen Staat zu gründen. Die besondere Notlage der Kurd:innen wurde durch ein universelles Recht legitimiert, während ihr Kampf durch einen marxistisch-leninistischen Ansatz gerahmt wurde, der den untergeordneten Status der Kurd:innen in einer umfassenderen Analyse des Imperialismus und Kolonialismus erklärte. In den 1990er und 2000er Jahren vollzog sich dann ein Wandel, bei dem die Kontrolle der Staaten gegenüber den Ansprüchen und der wachsenden Stärke der Kurd:innen schwächer wurde (mit der fragwürdigen Ausnahme des Iran, wo Teheran im Allgemeinen seinen Einfluss auf das kurdische Gebiet beibehalten hat).

In der Region Kurdistan im Irak ist ein Proto-Staat im Entstehen begriffen. Diese Formierung findet auf der formalen Ebene statt, während sich hinter den Kulissen der Tagespolitik ein Machtsystem herausbildet, das auf familiären Netzwerken und Klientelismus beruht. Dies hat zu einer effizienten Teilung der KRG in zwei getrennte Einheiten geführt, was die Entwicklung von de facto nicht mehr existierenden Institutionen zur Folge hatte. Während familiäre Loyalität und Klientelismus die Situation in der Region Kurdistan im Irak kennzeichnen, hat sich anderswo eine andere, „jenseits des Staates“ liegende Politik entwickelt. In der Region Kurdistan in der (südöstlichen) Türkei wurde ein im Entstehen begriffenes System von Nachbarschaftsversammlungen, die parallel zu den von der wichtigsten kurdischen Partei geführten lokalen Behörden arbeiteten, durch die Staatsmacht und die Wiederaufnahme des bewaffneten Konflikts zwischen Staat und PKK ausgelöscht, und ihre Funktionen wurden vor den Kommunalwahlen 2019, als die Demokratische Partei der Völker (HDP, Halkların Demokratik Partisi) wieder an die Macht kam, von zentral ernannten Gouverneuren übernommen. In der Region Kurdistan in Syrien hingegen bot das durch den Bürgerkrieg entstandene Machtvakuum den Raum für die Entwicklung des Projekts der demokratischen Autonomie sowie des demokratischen Konföderalismus und den potenziellen Beginn einer neuen Art des politischen Handelns.

Die Politik „jenseits des Staates“ ist in Rojava keine Bewegung in Richtung Familienpartikularismus (wie in der Region Kurdistan im Irak), sondern die Entwicklung eines neuen politischen Imaginären, in dem das kurdische Anliegen der Selbstverwaltung in eine Kommune/kommunale Tradition bürgerbasierter oder direkter Formen der Demokratie eingebettet ist. Dies ist eine Form der Selbstverwaltung, die von sich aus autonom ist. Sie geht nicht von individualisierten und vertikalen Beziehungen zwischen Subjekten und einer staatlichen Instanz

aus, sondern stellt die Frage in den Vordergrund, wie die Menschen zueinander in Beziehung treten sollen. Eine solche Alternative vertikaler Staat-Subjekt-Beziehungen durch eine Form der Verwaltung in Netzwerken impliziert ein Umdenken in Bezug auf das Regieren nicht nur jenseits des Staates, sondern darüber hinaus als eine tiefgreifende Transformation des Wesens des politischen Körpers (Knapp und Jongerden 2016), wobei die Fähigkeiten der Bürger:innen als wahre Form der Selbstbestimmung und nicht die Struktur der Institutionen betont werden (Kohn und McBride 2011). Auch wenn dabei der Staat nicht im Mittelpunkt steht und es nicht darum geht, Grenzen neu zu ziehen, könnte die Entwicklung eines Netzwerks von Räten diese Grenzen beeinflussen, indem sie sie unbedeutend werden lassen (Karasu 2009). Schließlich ist das Versprechen dieser neuen politischen Formation das eines jenseits des Staates agierenden Volkes.

Quellen

- Ahmed, M. M. A.: *Kurdish spring, Iraqi Kurdistan*, in: Ahmed, M. M. A.; Gunter, M. (Hrsg.): *The Kurdish Spring: Geopolitical Changes and the Kurds*, S. 93–133, Costa Mesa 2013.
- Akkaya, A. H.: *Kürt Hareketinin Örgütlenme Süreci Olarak 1970'ler*, in *Toplum ve Bilim*, S. 127, 88–120, 2013.
- Akkaya, A. H., Jongerden, J.: *Reassembling the political: The PKK and the project of radical democracy*, in: *European Journal of Turkish Studies* 12, S. 1–56, 2012.
- Akkaya, A. H.; Jongerden, J.: *Confederalism and autonomy in Turkey: The Kurdistan Workers Party and the reinvention of democracy*, in: Guner, C.; Zeydanlioglu, W.: *The Kurdish Question in Turkey: New perspectives on violence, representation and reconciliation*, London 2013.
- Allsopp, H.: *The Kurds of Syria*, New York 2014.
- Anczewski, A.: *Kurdish independence vote: Status quo or powder keg?*, in: *Foreign Brief*, 27 August, 2017.
- Anderson, L.; Stansfield, G.: *The implications of elections for federalism in Iraq: Toward a five-region model*, in: *Publius*, 35, S. 359–82, 2005.

- Aziz, S.: *The economic system(s) of the Kurdistan Regional Government, Iraq*, in: Gürbey G.; Hofmann, S.; Seyder, F. I. (Hrsg.): *Between State and Non-state: Politics and Society in Kurdistan-Iraq and Palestine*, S. 103–122, New York 2017.
- Bajalan, D. R.: *Pan-Kurdish nationalism: Theory or praxis?*, ASEN conference paper, London 2009.
- Bengio, O.: *Autonomy in Kurdistan in historical perspective*, in: O’Leary B., McGarry J., Salih K. (Hrs.), *The Future of Kurdistan in Iraq*, S. 173–185, Philadelphia 2006.
- Bookchin, M.: *Libertarian municipalism: An overview*, in *Green Perspectives*, 1991 online unter: http://dwardmac.pitzer.edu/Anarchist_Archives/bookchin/gp/perspectives24.html, abgerufen am 28.11.2021.
- Bozarslan, H.: *Violence in the Middle East, the political struggle to self-sacrifice*, Princeton 2004.
- Bruinessen, M. v.: *Agha, Shaikh and State: on the social and political organization of Kurdistan*, Utrecht 1978.
- Bruinessen, M. v.: *Genocide in Kurdistan? The Suppression of the Dersim Rebellion in Turkey (1937–38) and the Chemical War Against the Iraqi Kurds (1988)*, in: Andreopoulos G. J. (Hrsg) *Conceptual and historical dimensions of genocide*, Philadelphia 1994, S. 141–170.
- Burgess, M.: *Federalism and Federation: Putting the Record Straight?*, in: *50 Shades of Federalism* 2017, online unter: <http://50shadesof-federalism.com/case-studies/spain-federal-country/>, abgerufen am 28.11.2021.
- Casier, M., Jongerden J., Hiltion A.: *„Road Maps“ and Roadblocks in Turkey’s Southeast*, in *Middle East Report* Oktober 30, 2009.
- Challiand, G.: *A People without a country: The Kurds and Kurdistan*, London 1993.
- Charter of the Social Contract, 2014, online unter: <https://peaceinkurdistancampaign.com/charter-of-the-social-contract/>, abgerufen am 28.11.2021.
- Chorev, M.: *Iraqi Kurdistan: The internal dynamics and statecraft of a semistate*, in al Naklah, the Fletcher School online journal for issue related to Southwest Asia and Islamic Civilization (Fall 2007): S. 1–11, 2007, online unter: https://ciaotest.cc.columbia.edu/journals/aln/v2007i9/f_0001642_854.pdf, abgerufen am 27.11.2021.

- Chulov, M.; Johnson, P.: *Barzani on the Kurdish referendum: „We refuse to be subordinates“*, 2017, in: The Guardian vom 22. September, online unter: www.theguardian.com/world/2017/sep/22/masoud-barzani-on-the-kurdish-referendum-iraq-we-refuse-to-be-subordinates, abgerufen am 28.11.2021
- Clastres, P.: *Society against the State, essays in political anthropology*, New York 1989.
- Dam, v. N.: *Destroying a Nation: The Civil War in Syria*, London 2017.
- Danilovich, A.: *Iraqi Federalism and the Kurd: Learning to Live Together*. London 2014.
- Entessar, N.: *The Kurds in post-revolutionary Iran and Iraq*, in *Third World Quarterly*, 6, 1984, S. 911–33.
- Eppel, M.: *The Demise of the Kurdish Emirates: The Impact of Ottoman Reforms and International Relations on Kurdistan during the First Half of the Nineteenth Century*, in *Middle Eastern Studies* 44 (2), 2008, S. 237–258.
- Gellner, E.: *The Turkish Option in Comparative Perspective. Rethinking Modernity and National Identity in Turkey*, London 1997.
- Ghassemilou, A. R.: *Kurdistan and the Kurds*, Prag 1965.
- Gunes, C.: *The Kurdish national movement in Turkey: from protest to resistance*, London 2012.
- Gunter, M.: *The Kurds Ascending: The evolving solution to the Kurdish issue in Iraq and Turkey*, New York 2008.
- HRW (Human Rights Watch): *Genocide in Iraq: The Anfal Campaign against the Kurds*, New York 1993.
- International Crisis Group (2019). After Iraqi Kurdistan's Thwarted Independence Bid. Brussels, Middle East Report 199.
- Group: *After Iraqi Kurdistan's Thwarted Independence Bid*, in: Middle East Report 199, Brussels 2019.
- Jongerden, J.: *Colonialism, self-determination and independence: The new PKK paradigm*, in: Guter, M. (Hrsg.): *Kurdish Issues: Essays in Honor of Robert W. Olson*, S. 106–120, Costa Mesa 2016.
- Jwaideh, W.: *The Kurdish national Movement: its origins and development*, New York 2006.
- Kane, S.; Hiltermann, J. R.; Alkadiri, R.: *Iraq's Federalism Quandary*, in: *The National Interest* 2012, online unter: <https://nationalinterest.org/article/iraqs-federalism-quandary-6512>, abgerufen am 28.11.2021.
- Karasu, M.: *Radikal Demokrasi*. Neus 2009.

- Katzman, K.: *The Kurds in Post-Saddam Iraq*, in: CRS Report for Congress 2010, online unter: <https://sgp.fas.org/crs/mideast/RS22079.pdf>, abgerufen am 28.11.2021.
- Keitner, C. J.: *The Paradoxes of Nationalism: The French Revolution and its Meaning for Contemporary Nation-Building*, New York 2007
- Knapp, M.; Flach, A.; Ayboga E.: *Revolution in Rojava. Democratic Autonomy and Women's Liberation in Syrian Kurdistan*. London 2016.
- Knapp, M., Jongerden, J.: *Communal Democracy: The Social Contract and Confederalism in Rojava*, in: Comparative Islamic Studies Vol. 10 No. 1, 2014.
- Koehl, R. L.: *The Politics of Resettlement*, in The Western Political Quarterly 6, 1953, S. 231–242.
- Kohn, M.; McBride, K.: *Political Theories of Decolonization*, Oxford 2011.
- Kurdish Question: *TEV-DEM announces project for a democratic Syria*, online unter: <http://kurdishquestion.com/oldarticle.php?aid=tev-dem-announces-project-for-a-democratic-syria>, abgerufen am 28.11.2021.
- Lenin, V. L.: *The Right of Nations to Self-Determination*, 1914.
- Lowe, R.: *The Emergence of Western Kurdistan and the Future of Syria*, in: Romano, D; Gurses M (Hrsg.): Conflict, Democratization and the Kurds in the Middle East, S. 225–246, New York 2014.
- Maur, R. i. d.; Staal, J.: *Stateless Democracy*, Utrecht 2015.
- McDowall, D.: *A Modern History of the Kurds*, New York 2000.
- Merrifield, A.: *Henri lefebvre: A critical introduction*, London 2006.
- Munif, Y.: *Participatory democracy and micropolitics in Manbij: An unthinkable revolution*, 2017, online unter: <https://tcf.org/content/report/participatory-democracy-micropolitics-manbij/>, abgerufen am 28.11.2021.
- Öcalan, A.: *Demokratik Uygurlik Manifestosu: Ortaduğu'da Uygurlik Krizi ve Demokratik Uygurlik Çözümü*, Neuss 2010.
- Öcalan, A.: *Liberating Life: Woman's Revolution*. Cologne 2013.
- Öcalan, A.: *War and Peace in Kurdistan, Perspectives for a political solution of the Kurdish question*, Cologne 2014.
- Öcalan, A.: *Manifesto for a Democratic Civilization: The Age of Masked Gods and Disguised Kings*, Porsgrunn 2015.
- Olson, R.: *The Emergence of Kurdish Nationalism and the Sheikh Said Rebellion, 1880–1925*. Austin-Texas 1989.
- Park, B.; Jongerden, J.; Owtram, F.; Yoshioka, A.: *On the independence*

- referendum in the Kurdistan Region of Iraq and disputed territories in 2017*, in: *Kurdish Studies*, 5, S. 199–214, 2017.
- PKK: *Kürdistan Deverimin Yolu*, 1978, online unter: <http://leftkup.com/wp-content/uploads/2018/06/Abdullah-%C3%96calan-K%C3%Bcrdistan-Devriminin-Yolu-devkup.pdf>, abgerufen am 27.11.2021.
- Romano, D.: *The Kurdish Nationalist Movement: Opportunity, Mobilization and Identity*, Cambridge 2006.
- Schmidinger, T.: *Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan*, Wien 2014.
- Simkin, J.: *Murray Bookchin*, 2014 in: Spartacus International, online unter: <https://spartacus-educational.com/USAbookchin.htm>, abgerufen am 28.11.2021
- Sherko, F.: *Northern Syria's new democratic federal system*, in Fikra Forum, 2016, online unter: www.washingtoninstitute.org/fikraforum/view/northern-syrias-new-democratic-federal-system, abgerufen am 28.11.2021.
- Stansfield, G.: *Governing Kurdistan: The strengths of division*, in: O'Leary, B; MCGarry, J; Salih, K. (Hrsg). *The Future of Kurdistan in Iraq*, S. 195–218, Philadelphia 2006.
- Stansfield, G.: *The Kurdish Experience in Post-Saddam Iraq*, London 2017.
- Stansfield, G.; Anderson, L.: *Kurds in Iraq: The struggle between Baghdad and Erbil*, in: *Middle East Policy*, 16, S. 134–45, 2009.
- Tejel, J.: *The shared political production of the East' as a ,resistant' territory and cultural sphere in the Kemalist era, 1923–1938*, in *European Journal of Turkish Studies*, S. 1–60, 2009.
- Wilgenburg, V.W.; Fumerton, M.: *Kurdistan's Political Armies: The Challenge of Unifying the Peshmerga Forces*, Beirut 2015.
- Wolff, S.: *Complex power-sharing and the centrality of territorial self-governance in contemporary conflict settlements*, in: *Ethnopolitics*, 8, S. 27–45, 2009.
- Yeğen, M.: *Turkish nationalism and the Kurdish question*, in *Ethnic and Racial Studies*, 30, 2017, S. 119–51.
- Yildiz, K.: *The Kurds in Iraq: The Past, Present and Future*, London 2004.
- Yoshioka, A.: *The shifting balance of power in Iraqi Kurdistan: The struggle for democracy with uninstitutionalized governance*, in: *International Journal of Contemporary Iraqi Studies*, 9, S. 21–35, 2015.

II | Entstehungshintergrund

Eine räumliche Perspektive auf die Bildung politischer Gruppen in der Türkei nach dem Putsch von 1971: Die Arbeiterpartei Kurdistans in der Türkei (PKK)

Joost Jongerden

Joost Jongerden: *Eine räumliche Perspektive auf die Bildung politischer Gruppen in der Türkei nach dem Putsch von 1971: Die Arbeiterpartei Kurdistans in der Türkei (PKK)*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/1053291/PWUJ8104>

Abstrakt

Der fünfjährige Zeitraum vor dem Gründungskongress der Arbeiterpartei Kurdistans (Partîya Karkêren Kurdistan, PKK) im Jahre 1978 wird von den Mitgliedern der Partei als die „existenzielle Periode“ der Partei bezeichnet. In der „existenziellen Periode“ der PKK spielten öffentliche Räume wie Studierendenwohnheime und -kantinen sowie Studierendenverbindungen als Versammlungsorte eine wichtige Rolle. Die politische Formierung fand jedoch hauptsächlich in privaten Räumen, insbesondere in Privatwohnungen und -häusern, statt. Der vorliegende Artikel betrachtet diese frühe Geschichte der PKK aus einer räumlichen Perspektive. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich die „Revolutionäre Kurdistans“ – so der Name der Gruppe vor ihrer formellen Gründung – in einer Zeit räumlich behaupten konnte, in der das politische Leben durch das Kriegsrecht gelähmt war und einer Politik der Versicherheitlichung unterworfen wurde.

Die Daten für diesen Artikel wurden durch Interviews und das Studium von (auto-)biografischen Texten gesammelt.

Einleitung

Der fünfjährige Zeitraum vor dem Gründungskongress der Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkêren Kurdistan, PKK) im Jahre 1978 wird von den Mitgliedern der Partei als die „existenzielle Periode“ der Partei bezeichnet.¹⁵ In dieser Zeit fand ein Prozess der Gruppenbildung statt, in dem eine eigene Ideologie entwickelt, eine gemeinsame Geisteshaltung geschmiedet und eine politische Organisation aufgebaut wurde (Jongerden und Akkaya 2012: 9). Dieser Prozess der Gruppenbildung folgte auf den Militärputsch von 1971, der die Linke und eine neu entstehende kurdische Bewegung umfassend unterdrückte und demoralisierte (Ahmad 1993: 160; Gunes 2012). In der „existenziellen Periode“ der PKK spielten öffentliche Räume, wie Universitätswohnheime und -kantinen sowie Studierendenvereinigungen, als Treffpunkte eine wichtige Rolle. Allerdings fand die politische Formierung hauptsächlich in privaten Räumen, insbesondere in Privatwohnungen und -häusern statt (Akkaya, 2016). Der vorliegende Artikel betrachtet diese frühe Geschichte der PKK aus einer räumlichen Perspektive. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich die „Revolutionäre Kurdistans“, so der Name der Gruppe vor ihrer formellen Gründung, in einer Zeit, in der die Politik durch das Kriegsrecht¹⁶ gelähmt war und einer Politik der Versicherheitlichung unterworfen wurde (Ahmad 1993: 150), räumlich behaupten konnte. Auf der Grundlage von Interviews und (auto-)

15 Duran Kalkan in einem Interview mit Cihan Özgür, 25.11.2014, Stêrk TV. Siehe auch Akkaya, A. H. (2005): *Ateşten Tarih*, DVD-Dokumentation. Düsseldorf & Brüssel, BRD/Roj. Alle Übersetzungen sind von der Autorin selbst angefertigt.

16 Am 27. April 1971 wurde in Adana, Ankara, Eskişehir, Istanbul, Izmir, Kocaeli, Sakarya, Zonguldak, Diyarbakir, Hatay und Siirt das Kriegsrecht verhängt, das 31 Monate lang in Kraft blieb (Nye 1977: 219).

biographischem Material befasst sich dieser Beitrag vor allem mit den Gegebenheiten in Ankara von 1973 – 1977, wo der anfängliche Prozess der PKK-Gruppenbildung stattfand, bevor die Gruppe ihre Arbeit in diversen anderen Regionen aufnahm.

Die Analyse der kurdischen Frage in der Türkei aus einer räumlichen Perspektive ist zwar nicht ganz neu (siehe z. B. Öktem 2004, 2005; Gambetti und Jongerden 2015), aber sie sind noch relativ selten. Dies gilt auch für Studien über die PKK. Die meisten Studien bieten eine zeitliche Analyse, die sich mit der Entstehung und dem Aufstieg der PKK sowie mit den Veränderungen im Laufe der Zeit befassen. In diesem Artikel soll erörtert werden, wie die politischen Beziehungen entstanden sind, wobei davon ausgegangen wird, dass die politische und soziale Existenz auch eine räumliche Existenz ist. Es war der Denker Henry Lefebvre, der deutlich machte, dass eine soziale oder politische Existenz, die nicht ihren eigenen Raum produziert, dazu verurteilt ist, marginalisiert zu werden oder zu verschwinden:

„Any ‚social existence‘ aspiring or claiming to be ‚real‘, but failing to produce its own space, would be a strange entity, a very peculiar kind of abstraction unable to escape from the ideological or even the ‚cultural‘ realm. It would fall to the level of folklore and sooner or later disappear altogether, thereby immediately losing its identity, its denomination and its feeble degree of reality“ (Lefebvre 1991: 53).

Welcher Raum machte es also möglich, dass die PKK zu einem oder vielleicht sogar zum wichtigsten politischen Akteur der Linken und der kurdischen Bewegung zur Zeit des Militärputsches 1980 wurde?

Bevor wir uns diese räumliche Analyse anschauen, soll zunächst der historische Hintergrund skizziert werden, vor welchem die Gruppenbildung die PKK stattfand. Es handelt sich um einen Zeitabschnitt in der Türkei, in dem die Möglichkeiten

für legale Wege des politischen Wandels durch den Militärputsch 1971 endgültig verschlossen wurden. Gleichzeitig handelt es sich aber auch um eine Epoche, in welcher die politische Linke in der Türkei, aus der auch die PKK hervorging, begann, sich vom Kemalismus zu emanzipieren und eine autonome Position zu entwickeln. In den folgenden Abschnitten wird der räumliche Faktor bei der Neuorganisation der politischen Linken nach dem Putsch von 1971 erörtert, insbesondere in Hinblick auf die Entstehung der „Revolutionäre Kurdistans“. Es ist offensichtlich, dass, wenn der öffentliche Raum geschlossen oder nur mit staatlicher Genehmigung zugänglich gemacht wird (Cornwall 2004), wodurch das Unerwünschte ausgeschlossen (Baud und Nainan 2008) sowie Unzufriedenheit und Differenz unterdrückt werden (wie es in der Türkei nach den Putschen von 1971 und 1980 und nach dem gescheiterten Putsch von 2016 der Fall war), der private Raum zu einem wichtigen politischen Raum und Treffpunkt werden, aus dem Opposition und Widerstand hervorgehen (Polletta 1999: 6).

Der Putsch von 1971 und das Ende der öffentlichen Politik

Die PKK wurde zwischen den beiden Militärputschen von 1971 und 1980 gegründet, aber ein anderer Putsch, nämlich der von 1960, bestimmte die Rahmenbedingungen für den Prozess der Gruppenbildung. Der Putsch von 1960 brachte bedeutende und essenzielle Veränderungen mit sich, die in ihrem Kern einen mehrdeutigen Charakter haben. Die nach dem Staatsstreich verabschiedete Verfassung von 1961 räumte der Bevölkerung zwar mehr Rechte ein, festigte jedoch auch die Vormundschaft des Militärs. Einerseits stärkte sie die Zivilgesellschaft durch die ausdrückliche Anerkennung der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, der Garantie sozialer und wirtschaftlicher Rechte und einer

klaren Gewaltenkontrolle über die Exekutive, andererseits führte sie durch die Schaffung eines sogenannten Beratungsgremiums für das Kabinett, dem Nationalen Sicherheitsrat (Millî Güvenlik Kurulu, MGK), dem der Generalstabschef und die Kommandeure der Land-, Marine- und Luftstreitkräfte angehörten, einen militärischen Kontrollmechanismus für die politische Entscheidungsfindung ein (Ahmad 1993: 11). In den 1960er Jahren kam es nicht nur zu politischen Veränderungen, sondern auch zu einigen wichtigen sozialen Entwicklungen, wie z. B. einer wachsenden industriellen Arbeiterklasse (Zürcher 2004: 254), die vor allem auf die importsubstituierende Industrialisierung zurückzuführen war (Bayar 1996: 777), und einer steigenden Zahl von Studierenden, die auf ein von der Regierung gefördertes Stipendienprogramm zurückzuführen waren. Viele der Studierenden, die im Prozess der PKK-Gruppenbildung eine Rolle spielten, waren im Rahmen des staatlichen Stipendienprogramms nach Ankara gekommen.

Die Gründung der sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (Türkiye İşçi Partisi, TİP) durch die Gewerkschaften im Jahr 1961 war ein Zeichen für die sich verändernden politischen und sozialen Bedingungen. Als Ausdruck des Optimismus für Veränderungen und beflügelt durch die neue Verfassung, das Wirtschaftswachstum und ebenso das aufkommende politische Bewusstsein vertrat die Partei die Auffassung, dass der Kapitalismus in der Türkei fortgeschritten und deshalb ein friedlicher Übergang zum Sozialismus möglich sei. In der Türkei wurden Personen, die diese politische Position vertraten, als „sozialistische Revolutionäre“ bezeichnet (Lipovsky 1992; Zürcher 2004: 255; Jongerden und Akkaya 2012: 13). Eine weitere Strömung entstand um die Föderation der Denkklubs (Fikir Kulüpleri Federasyonu), eine sozialistische Studierenden- und Jugendorganisation, die 1965 an der Universität Ankara gegründet und 1969 in Revolutionäre Jugend (Devrimci Gençlik oder Dev-Genç) umbenannt wurde. In diesen Klubs wurde die Idee entwickelt,

dass die Türkei immer noch eine halbfeudale Gesellschaft sei, die von imperialistischen (US-)Kräften beherrscht werde. Es wurde argumentiert, dass eine national-demokratische Revolution auf der Grundlage eines Bündnisses von Arbeiter:innen, Bauern und Bäuerinnen und fortschrittlichen Kräften innerhalb der Bourgeoisie, die einen antifeudalen und antiimperialistischen Charakter hätte, einer sozialistischen Revolution vorausgehen sollte. Diese „national-demokratischen Revolutionäre“ waren überzeugt davon, dass Gewalt notwendig sei, um den erforderlichen Wandel herbeizuführen (Lipovsky 1992; Zürcher 2004: 255 f.; Jongerden und Akkaya 2012: 13). Da sie den Kemalismus als fortschrittliche Kraft betrachteten und Demokratie mit Autoritarismus konnotierten (Örmeci 2010), gingen jene national-demokratischen Revolutionäre davon aus, dass die Revolution wahrscheinlich durch einen Putsch fortschrittlicher Offiziere stattfinden würde.¹⁷

Im Zusammenhang mit der revolutionären Strategie und der Rolle des Militärs fand in den 1960er Jahren eine wichtige Debatte statt, die sich tiefgreifend auf die TİP auswirkte. Im Mittelpunkt dieser Debatte stand die Frage, ob der osmanische Staat ein Feudalstaat war, wie es die westlichen Länder waren, oder ob er als asiatischer despotischer Staat zu betrachten war. Diejenigen, die behaupteten, die Türkei sei ein (halb-)feudaler Staat, argumentierten, dass die nächste notwendige Stufe eine bürgerliche Revolution sei. Wenn das Osmanische Reich jedoch (nach Marx) durch ihre asiatische Produktionsweise (APW) charakterisiert werden sollte, konnte die Türkei kein halbfeudaler Staat sein (Ulus 2011: 76). Die Notwendigkeit einer bürgerlichen Revolution wäre damit hinfällig. Wenn es sich also um einen asiatischen despotischen Staat handelte, bestand der Hauptwiderspruch nicht mit der feudalen Klasse, sondern mit der

¹⁷ Die Kommunist:innen bildeten zwei weitere Strömungen, eine maoistische Gruppe und die prosovjetiche Kommunistische Partei der Türkei (Türkiye Komünist Partisi, TKP).

Staatsbürokratie als der dominierenden Klasse (Tuncer 2008: 93). Die Diskussion über die Produktionsweise stellte einen wichtigen Versuch dar, die Geschichte der Türkei in Abgrenzung zum Westen zu lesen. Dies markierte einen ideologischen Bruch mit dem Kemalismus, der sich stark am Westen orientiert hatte (Aydin und Ünüvar 2007: 1082; Tuncer 2008: 22).

In diesem Zusammenhang betrachteten die Verfechter:innen der APW-These die Kemalisten nicht als progressive Kraft, sondern als repressive Klasse. Diese These wurde von Sencer Divitçioğlu¹⁸ und Idris Küçükömer entwickelt (Kayalı 2007: 1103). Später verteidigte Mehmet Ali Aybar, der die TİP zwischen 1962 und 1969 anführte, die APW-These gegen diejenigen, die für einen Wandel durch einen Militärputsch und einen starken Staat eintraten. Es wurde argumentiert, dass der Hauptwiderspruch in der APW in der Beziehung zwischen dem Volk und einem repressiven Staat bestehe. Diejenigen, die das Osmanische Reich als feudal ansahen, plädierten für eine Revolution von oben, bei der das Volk im Bündnis mit einer fortschrittlichen Bürokratie und dem Militär und durch einen Staatsstreich einen Wandel herbeiführen sollte. In der Lesart der APW wurden das Militär und die Bürokratie als die herrschende Klasse selbst betrachtet und waren daher nicht in der Lage, eine revolutionäre Rolle zu spielen. Die APW-Analyse lieferte der Linken in der Türkei somit ein theoretisches Argument, um sich nicht nur autonom vom Staat, sondern auch in Opposition zum Staat zu entwickeln und sich von der kemalistischen Staatsvormundschaft zu emanzipieren (Ulus 2011: 80). Die Betonung des Widerspruchs zwischen Volk und Staat in der APW war einer der Gründe, warum sich kurdische politische Aktivist:innen zur TİP hinge-

18 Auf der Grundlage der APW-Analyse würde Sencer Divitçioğlu argumentieren, dass die CHP mit ihrer Verankerung in der Staatsbürokratie und der Armee eine rechtsgerichtete Partei und die Demokratische Partei mit ihrer Unterstützung durch die Bevölkerung eine fortschrittliche Partei war (Aydin und Ünüvar 2007: S. 1082–1088). In ähnlicher Weise charakterisierten Intellektuelle die AKP in ihren ersten Jahren als progressive Partei gegenüber der kemalistischen CHP.

zogen fühlten, die zur ersten legalen Partei wurde, welche die Existenz der Kurd:innen und die kurdische Frage als ein Produkt staatlicher Unterdrückung, Assimilation und Entrechtung anerkannte (Ulus 2011: 75–80). Die Partei wurde so zu einem autonomen Raum, in dem Unzufriedenheit und Differenzen diskutiert werden konnten – sie wurde jedoch nach dem Putsch 1971 verboten.

Innerhalb der Strömung der „national-demokratischen Revolutionäre“ kam es zu einem wichtigen Bruch über den Charakter des Kemalismus. 1970 entstanden aus der Strömung der „national-demokratischen Revolution“ zwei illegale Organisationen: die Volksbefreiungsarmee der Türkei (Türkiye Halk Kurtuluş Ordusu, THKO) und die Volksbefreiungspartei-Front der Türkei (Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi, THKP-C). Aus einer maoistischen Strömung ging 1972 die Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist, TKP/ML) hervor. Es handelte sich um Organisationen, die glaubten, dass nur ein bewaffneter Kampf unter der Führung einer politischen Partei die notwendigen Veränderungen im Land herbeiführen könne. Sie kritisierten die Vorstellung, dass eine sozialistische Revolution durch einen Staatsstreich verwirklicht werden könnte, und vertraten den Standpunkt, dass die Revolution proletarisch sein müsse, wobei die Bauern und Bäuerinnen die wichtigsten Unterstützer:innen sein müssten (THKO 1972; Çayan 2008). Alle drei Parteien, insbesondere aber die Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist, TKP-ML), vertraten einen kritischen Standpunkt gegenüber dem Kemalismus, den sie als eine Form des Faschismus betrachteten, der die Kompradoren-Bourgeoisie und die feudalen Großgrundbesitzer repräsentierte (STMA 1988: 2194).

Das Erstarken der Linken in den 1960er Jahren und ihre Emanzipation vom Kemalismus ging einher mit einer aufkeimenden kurdischen Bewegung, die ein besseres Leben und

politische Rechte forderte. Sie entwickelte sich entlang zweier (ineinandergreifender) Strömungen (Gündoğan 2015: 28 f.). Die erste war eine nationalistische kurdische Strömung, die von der Demokratischen Partei der Türkei-Kurdistan (Türkiye Kurdistan Demokratik Partisi, TKDP) vertreten wurde, einer Schwesterpartei der Demokratischen Partei Kurdistans im Irak (Partiya Demokrat a Kurdistanê, PDK). Die TKDP wurde 1965 gegründet und war bis Anfang der 1970er Jahre die einflussreichste, wohl aber auch die einzige kurdische politische Partei in der Türkei (Gunes 2012), bevor sie aufgrund von Machtkämpfen und ungeklärten Morden gegen ihre Führungsmitglieder zerfiel. Die zweite Strömung umfasste die TİP. Die Partei bot eine legale Plattform für politische Aktionen. Auf ihrem vierten Kongress beschloss die TİP die Einrichtung eines Konvents zur Untersuchung der kurdischen Frage, die bis dahin euphemistisch als „Frage des Ostens“ bezeichnet worden war.¹⁹ Die beiden Strömungen schlossen sich zusammen und arbeiteten an der Organisation der „Östlichen Versammlungen“, einer Reihe von Demonstrationen, die 1967 in kurdischen Städten organisiert wurden, um den kurdischen Forderungen gegen wirtschaftliche Ausbeutung und staatliche Repression Gehör zu verschaffen (Gündoğan 2015: 411). Im Jahr 1969 wurden die Revolutionäre Kulturvereinigungen des Ostens (Devrimci Doğu Kültür Ocakları, DDKO)²⁰ gegründet, eine legale Plattform für die Artikulation kurdischer Anliegen (Bozarlan 2009: 346).

Das kemalistische Regime definierte den Ruhm ihrer eigenen Nation an dem Maß, in welchem seine Bürger:innen dem Ideal der türkisch-kulturellen Identität entsprachen. Folglich wurden kulturelle Unterschiede, dazu gehört auch die bloße Erwähnung

19 Die Benennung der „kurdischen Frage“ als solche führte 1971 kurz nach dem Militärputsch zur dem Verbot der TİP.

20 DDKO wurde etwa sechs Wochen nach dem Putsch, am 26. April 1971, verboten (Doğanoğlu, 2106).

der kurdischen Identität, als Bedrohung der nationalen Sicherheit wahrgenommen.

Noch vor dem Putsch von 1970 hatte das türkische Militär Kommandooperationen im Südosten des Landes aufgenommen. Diese Operationen können als „Präventivschlag“ gegen die lauter werdenden Forderungen für die Rechte der Kurd:innen bezeichnet werden. Unter dem Vorwand, „Waffen zu konfiszieren“, brachten die Kommandoeinheiten Gewalt und Demütigung in die Dörfer, sammelten die Menschen mitten im Dorf, zogen Männer und Frauen nackt aus und schlugen sie, bis sie bluteten. Einige Dörfer wurden angeblich bis zu neun Mal im Jahr auf diese Weise von Kommandoeinheiten überfallen (Cem 1971). Die Militäroperationen in den 1970er Jahren hatten jedoch nur zu einer Radikalisierung der Kurd:innen und der Wahrnehmung, dass ihre Heimat Kurdistan eine Kolonie darstellt, geführt. Dies verstärkte das Gefühl in der Bevölkerung, dass die Aufnahme des antikolonialen Kampfes eine Notwendigkeit darstellt (Bozarslan 2009: 346 f.).

Während die Linke in der Türkei Anfang der 70er auf dem Vormarsch war, wirkte das Parlament in Ankara gespalten und die Regierung gelähmt. Am 12. März 1971 überreichte das Militär Ministerpräsident Süleyman Demirel ein Memorandum, in dem der Generalstab eine starke Regierung forderte, die den sozialen Unruhen ein Ende setzen und Reformen im kemalistischen Geist durchführen sollte (Zürcher 2004: 257). Das Militär machte Demirel dafür verantwortlich, dass das Land in „Anarchie, Bruderzwist sowie soziale und wirtschaftliche Unruhen“ getrieben wurde. Demirel wurde aufgefordert, „eine starke und glaubwürdige Regierung im Rahmen demokratischer Prinzipien zu bilden, welche die gegenwärtige anarchische Situation neutralisieren und, inspiriert von Atatürks Ansichten, die in der Verfassung vorgesehenen Reformgesetze umsetzen wird“ (Ahmad 1993: 148). Das Memorandum war eine kaum verhüllte Interventionsdrohung, sollte die Regie-

rung nicht freiwillig von der Macht abtreten. Demirel, der keinen Einfluss auf das Parlament hatte und nicht in der Lage war, seiner Regierung Anweisungen zu geben, reichte seinen Rücktritt ein und hinterließ ein Vakuum, das vom Militär gefüllt wurde. Es dauerte bis zu den Wahlen vom 14. Oktober 1973, also über 30 Monate, bis das Militär schließlich zurücktrat und einer neuen Koalitionsregierung ihren Platz überließ (Zürcher 2004: 258).

Viele erhofften sich, dass der Staatsstreich von radikal-reformistischen Offizieren organisiert worden war, also von denjenigen, die die Verfassung von 1961 unterstützt hatten. Diese Hoffnung stellte sich jedoch als falsch heraus; mit dem „Memorandum-Putsch“ wollte der Generalstab nicht nur der unfähigen Regierung Demirel ein Ende setzen, sondern auch einer möglichen Intervention junger progressiver Offiziere zuvorkommen. Laut einer Erklärung der neuen Regierung hatten vier Gefahren den Putsch notwendig gemacht: die extreme Linke, die Stadtguerilla, die extreme Rechte und der kurdische Separatismus (Olson 1973: 202). Die „Wiederherstellung von Recht und Ordnung“ wurde zur Priorität des Militärs, was in der Praxis mit der Zerschlagung der linken und kurdischen Organisationen einherging. Unter dem Einfluss der Militärs wurde die Verfassung zweimal geändert, wobei die Rechte des Einzelnen und die Befugnisse der Justiz beschnitten wurden, während die Macht der Exekutive und des Militärs gestärkt wurde. Die Ultrationalist:innen, die für einen Großteil der Gewalt auf den Straßen verantwortlich waren, blieben indessen unangetastet. Rechte Aktivist:innen praktizierten weiterhin Selbstjustiz und ihre Publikationen konnten frei zirkulieren. Ein essenzieller Grund, warum die Ultrationalist:innen ihre Aktivitäten fortsetzen konnten und die linken und kurdischen Organisationen ins Visier genommen wurden, war die Weigerung der Letzteren, die Probleme in der Türkei im Rahmen des Nationalismus-Diskurses zu behandeln (Ahmad 1993: 156).

Politische Räume neu gestalten

In den drei Jahren nach dem Staatsstreich von 1971 ermächtigte das Militär den Staat gegen die Zivilgesellschaft, stellte Universitäten unter politische Kontrolle und richtete Sondergerichte ein, um gegen Andersdenkende schnell und rücksichtslos vorzugehen zu können.

Ein Verbot von Versammlungen und Zusammenkünften sowie die Kriminalisierung von Streiks, die Verbote von Organisationen und die Verhaftung ihrer Führungspersonlichkeiten führten letzten Endes zum Zusammenbruch der organisierten Linken (Ahmad 1993: 156; Jongerden und Akkaya 2012: 18). Cemil Bayık, Mitglied der heutigen PKK-Führung, der 1971 in Ankara lebte, erinnert sich an diese Zeit wie folgt:

„Vor dem Putsch war eine Vielzahl linker Gruppen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universität aktiv. Nach dem Putsch wurden alle Organisationen verboten, die Mitglieder verhaftet und die revolutionäre Bewegung zerschlagen. Es kam zu ständigen Operationen gegen die Linke, zu Verhaftungen, Verfolgungen und Prozessen. Die organisierten Aktivitäten kamen zum Erliegen. In dieser Zeit war das politische Bewusstsein der Jugend stark ausgeprägt, aber die Menschen konnten nicht in organisierter Form aktiv werden, weil alle linken Organisationen durch den Putsch zerstört worden waren und es ein Verbot für alle Arten von politischen Versammlungen gab“ (Cemil Bayık, persönliche Kommunikation, 30.10.2014).

Die Schließung des öffentlichen Raums führte dazu, dass das Politische zu einer privaten Angelegenheit wurde. Bayık betont die individuellen Beziehungen als Grundeinheit der Politik nach dem Militärputsch und fährt wie folgt fort:

„Politik fand also im Rahmen persönlicher Bindungen statt. Es gab Gruppen von Freunden, von Schulfreunden, von

Leuten, die man aus der Heimatstadt kannte, die zusammenkamen, zusammen lasen, zusammen diskutierten. Das ging so bis Ende 1973. In diesem Zeitraum von 1971 bis 1973 waren die Bindungen also keine organisatorischen Bindungen, sondern Freundschaftsbande zwischen Menschen, die sich in der Schule, an der Universität, an der Fakultät trafen“ (Cemil Bayık, persönliche Kommunikation, 30.10.2014).

Der Zeitabschnitt nach dem Putsch von 1971 und vor den Parlamentswahlen von 1973 war also durch das Fehlen öffentlich sichtbarer und aktiver politischer Organisationen der Linken gekennzeichnet; was blieb, waren die freundschaftlichen Beziehungen. Reste der TKHO, der THKP-C und der TKP-ML existierten weiter, aber sie waren desorientiert und schwach. Ali Haydar Kaytan, der wie Cemil Bayık zur heutigen Führung der PKK gehörte und seit 1971 in Ankara lebte, erinnert sich:

„1971 begann ich mein Studium an der politikwissenschaftlichen Fakultät [der Universität Ankara]. (...) Schon am Gymnasium hatte ich Sympathien für die politische Linke. Als ich mich an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ankara einschrieb, öffneten sich meine Augen für die revolutionäre Bewegung. Die Universität Ankara war eine wichtige Uni. Es war die Schule, an der Mahir Çayan studierte. Daher war die THKP-C in dieser Zeit einflussreich, sowohl ideologisch als auch in Bezug auf Aktionen. Aber die meisten ihrer Kader waren im Gefängnis. Diejenigen, die eine wichtige Rolle in der Bewegung spielten, waren im Gefängnis. Diejenigen, die zurückblieben, waren hauptsächlich Sympathisanten.“²¹

Die Linke, ob reformistisch oder revolutionär, war am Boden. Diejenigen, die übrig waren, bestanden aus Gruppen von Menschen (çevreler), die sich durch familiäre oder regionale Bindungen (hemşerilik), aus früheren politischen Aktivitäten

21 Ali Haydar Kaytan in einem Interview mit Cihan Özgür, 25.11.2014, Stêrk TV.

oder vom Campus her kannten und hauptsächlich in Lese- und Diskussionsgruppen aktiv waren. Die geplanten Wahlen vom 14. Oktober 1973 schufen jedoch neue Möglichkeiten für politisches Handeln. Einige linke Kreise trafen sich im Rahmen der Kampagne der Republikanischen Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP) unter der Führung des jungen Bülent Ecevit, der sich für eine allgemeine Amnestie für die nach dem Putsch Verhafteten aussprach (Suat Bozkuş, persönliche Kommunikation, 24. April 2010). Eine Gruppe, die sich als „doktorcular“ bezeichnete, ergriff 1973 als Erstes die Initiative, um eine legale Vereinigung zu gründen.²² Es handelte sich um Anhänger:innen der politischen Denkschule des kommunistischen Führers und Theoretikers Hikmet Kıvılcım, eines ehemaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Türkei TKP. Die Initiative zur Gründung einer legalen Vereinigung stieß bei denjenigen auf Skepsis, die davon überzeugt waren, dass die formale Gründung und Registrierung einer Vereinigung in der Praxis nur eine Identitätsbekundung und eine Auslieferung an die Polizei bedeuten würde. Die „doktorcular“ beharrten jedoch auf ihren Weg.

„Zunächst versuchten wir, eine Vereinigung für Studierende der Technischen Universität des Nahen Ostens (Orta Doğu Teknik Üniversitesi, ODTÜ) zu gründen, aber wir bekamen keine Genehmigung von der Polizei. Es war nur eine Vereinigung pro Universität oder Fakultät erlaubt, und rechtsgerichtete Studierende hatten bereits eine gegründet, also beschlossen wir, eine Vereinigung für alle Studierende in Ankara zu gründen“ (Suat Bozkuş, persönliche Kommunikation, 24.04.2010).

Im November 1973 wurde zur Überraschung vieler die Gründung dieser Vereinigung genehmigt. Der Demokratische Hoch-

²² Später, am 16. Juni 1974, gründeten dieselben Kreise die Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei (Türkiye Sosyalist İşçi Partisi, TSİP).

schulverband Ankara (Ankara Demokratik Yüksek Öğrenim Derneği, ADYÖD) nahm seine Tätigkeit in einer Wohnung in der İzmir-Allee in Kızılay, im Zentrum von Ankara, auf (Suat Bozkuş, persönliche Kommunikation, 24. April 2010). Der Vorstand des Vereins bestand aus sieben Personen, drei Mitgliedern aus dem Kreis der „doktorcular“ sowie vier weiteren unabhängigen Mitgliedern. Nach der offiziellen Gründung der Vereinigung für alle (linken) Studierenden wurde argumentiert, dass die Vereinigung eine:n Vorsitzende:n haben sollte, der alle Studierenden repräsentiert und nicht allein die „doktorcular“. So wurde kurz nach der offiziellen Gründung des Verbandes beschlossen, ADYÖD in einen gemeinsamen Verband für die gesamte Linke umzuwandeln (mit Ausnahme einer maoistischen Gruppe um Doğu Perinçek, welche als Agenten des Staates betrachtet wurden). Es wurden Wahlen organisiert, an denen etwa 200 Delegierte teilnahmen, die angeblich das Zehnfache der Zahl der Studierenden vertraten. Hierbei wurden elf Vertreter:innen gewählt. Gemeinsam mit den sieben zuvor bestimmten Mitgliedern bildeten die gewählten Vertreter:innen den neuen Vorstand von ADYÖD. Zu diesen neuen Vorstandsmitgliedern gehörten Abdullah Öcalan und Haki Karer, die beide eine wichtige Rolle im Prozess der Gruppenbildung, der später zur Gründung der PKK führen wird, spielen sollten, sowie Nasuh Mitap und Taner Akçam, die aus der Tradition der THKP-C stammten und eine wichtige Rolle bei der Gründung der linken Bewegung Revolutionärer Weg (Devrimci Yol), der Vorläuferin der heutigen Partei für Freiheit und Solidarität (Özgürlük ve Dayanışma Partisi, ÖDP), spielten (Suat Bozkuş, persönliche Kommunikation, 24.042010). Duran Kalkan, der sich zu jener Zeit ebenfalls in Ankara aufhielt und heute zur Führung der PKK gehört, kommentiert diese Zeit wie folgt:

„In dieser Zeit hatten wir ständig Diskussionen. Das war ein Teil unseres Lebens. Nach der Amnestie [im Mai 1974]

wurde es auch einfacher, bestimmte Bücher zu finden und zu lesen. Wir diskutierten über die Situation in der Welt, in der Türkei, die Haltung der Linken zum Putsch und das Vertrauen von Teilen der Linken in die Armee. Als die Armee die Macht übernahm, griff sie die Linke an. Viele hatten erwartet, dass die Armee eine Revolution machen würde, und sie waren über die tatsächliche Entwicklung erstaunt. Woher kam also diese Erwartung an eine Revolution durch die Armee? Was sagt sie über die politische Realität in der Türkei aus?“ (Duran Kalkan, persönliche Kommunikation, 28.10.2014).

Die „national-demokratischen Revolutionäre“ hatten für eine gewaltsame Machtübernahme plädiert. Entweder mittels eines Staatsstreiches oder durch den bewaffneten Kampf. Mihri Belli, der wichtigste Ideologe innerhalb der Strömung dieser Revolutionäre, sprach sich für eine Versöhnung der revolutionären Bewegung mit der kemalistischen Ideologie aus, und zwar durch eine Koalition von Arbeiter:innen und Bauern und Bäuerinnen bzw. den sie vertretenden Organisationen und dem linksgerichteten Teil des Militärs. Belli betonte die Bedeutung einer unabhängigen (nicht parteigebundenen) studentischen Militanz, von der er sich erhoffte, dass sie eine Situation schaffen würde, in der radikale Offiziere die Macht ergreifen und eine linke Junta bilden würden (Kaypakkaya 2014: 357; Samim 1981: 70 f.). Auch andere innerhalb der linken Bewegung, wie Hikmet Kıvılcımlı, betrachteten das „progressive Militär“ als natürlichen Partner. Wie Duran Kalkan reflektierte:

„Hikmet Kıvılcımlı dachte, er könne den Anführern des Putsch-Anweisungen geben.“²³ Auf der einen Seite massakriert

23 Hikmet Kıvılcım hatte verzweifelt versucht, mit der 1960 an die Macht gekommenen sogenannten „fortschrittlichen“ Militärjunta in Kontakt zu treten, in der Hoffnung, mit ihr zusammenzuarbeiten, was jedoch vergeblich war (Ünal, 1998: 123).

die Armee die Kurden, auf der anderen Seite denkt er, dass die Armee eine Revolution einleiten wird. Mihri Belli ging nach Griechenland, um sich der Guerilla anzuschließen und mit ihr zu kämpfen, aber als die Kurden sich erhoben, zeigte er kein Interesse und betrachtete ihren Widerstand mit Misstrauen. Das ist die Tragödie der Linken“ (Duran Kalkan, persönliche Kommunikation, 28.10.2014).

Trotz ihrer radikalen politischen Einstellung und Praxis haben die national-demokratischen Revolutionär:innen den Kemalismus nicht überwunden. Muzaffer Erdost, ein Ideologe der national-demokratischen Revolutionstheorie, liebäugelte mit dem türkischen Nationalismus und argumentierte, dass nicht der Sozialismus, sondern der Imperialismus durch die Entwicklung des Nationalismus geschwächt wurde (Lipovsky 1992: 111–112). Die Militärs nahmen jedoch eine gnadenlose Haltung gegenüber der Linken ein, so Duran Kalkan:

„Sie waren wirklich überrascht. Sie hatten mit einem linken Putsch gerechnet, doch in Kızıldereli und Mamak töteten sie [die Militärs] die Linken, ohne sich auch nur die Mühe zu machen, auf Verhandlungsangebote zu reagieren.²⁴ Wir haben argumentiert, dass man die Türkei nicht verstehen und keine gute Analyse der Situation vornehmen kann, ohne Kurdistan und die kurdische Frage, das Verhältnis von Unterdrückten und Unterdrückern, Kolonisierten und Kolonisatoren zu betrachten. Wenn man sich mit Kurdistan beschäftigt, kann man die Entwicklungen in der Türkei, den Putsch, besser verstehen. Das waren Dinge, die wir diskutiert haben“ (Duran Kalkan, persönliche Kommunikation, 28.10.2014).

24 Die THKP-C-Führung und die THKO-Kader, insgesamt zehn Personen, wurden am 30. März 1972 bei einer Schießerei mit der Armee im Dorf Kızıldereli (Tokat) getötet, nachdem sie drei Zivilisten, die auf einem NATO-Stützpunkt arbeiteten, entführt hatten, um mit den Behörden über einen Austausch oder die Aufhebung der Todesstrafe für die drei inhaftierten THKO-Führer, die im Mamak-Gefängnis in Ankara inhaftiert waren, zu verhandeln. Die Todesstrafe wurde am 6. Mai 1972 vollstreckt.

ADYÖD ermöglichte das Zusammenkommen einer verwaisten Linken und bot eine Plattform für Diskussionen. Ein Jahr nach der Gründung führte die Polizei jedoch am 4. Dezember 1974 nach einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit „faschistischen“ Studierenden eine Razzia gegen Mitglieder der ADYÖD durch und verhaftete insgesamt 162 Personen. Darauf folgte am 10. Dezember die Schließung des Vereins durch das Kriegsrechtskommando Ankara (Ankara Sıkıyönetim Komutanlığı).

Das Entstehen der PKK

Kurz nach der Schließung von ADYÖD wurde ein neuer Verein unter dem Namen Verein für Hochschulbildung in Ankara (Ankara Yüksek Öğrenim Derneği, AYÖD) gegründet. Öcalan, Karer und andere waren der Meinung, dass der Verein seine Dynamik verloren hatte, weswegen sie sich nicht an der Gründung beteiligten (Sayın 1997), während die Gründer der AYÖD ihrerseits nicht wollten, dass die Gruppe um Öcalan beteiligt wurde. Haki Karer, ein ehemaliges Vorstandsmitglied der ADYÖD, wurde nicht zu den Sitzungen der AYÖD zugelassen (Yüce 1999: 244–46). 1975 legte sich die Gruppe um Öcalan auf einen Namen fest, die „Revolutionäre Kurdistan“ (Kurdistan Devrimcileri).²⁵ Andere kannten sie als Apocu, Anhänger:innen von Apo, dem Spitznamen von Abdullah Öcalan („apo“ ist auch kurdisch für „väterlicher Onkel“) oder unter dem Namen der Nationalen Befreiungsarmee (Ulusal Kurtuluş Ordusu, UKO).²⁶

25 Kurdisch: Şoreşgerên Kurdistan

26 Bei ihrer Verteidigung vor Gericht im Jahr 1981 lehnten Mazlum Doğan, Kemal Pir und Hayri Durmuş die Namen Apocu und UKO ab. Die Partei, sagten sie, heiße PKK und sei nicht das Produkt einer einzigen Person. Siehe: <https://hpgsehit.com/index.php/oezel-dosyalar/371-mazlum-doan-arkadan-savunmas> und <https://www.kurdipedia.org/files/books/2012/65670.PDF?ver=129895801345811176>. Letztes Zugriffsdatum: 20. August 2008.

Im Jahre 1974 war die Wiederbelebung einer revolutionären Bewegung noch das erklärte Ziel, wie Duran Kalkan bestätigt:

„Am Anfang gelang es der Linken, eine Einheit zu bleiben. (...) Innerhalb der ADYÖD gab es viel Sympathie für die Organisationen, die sich dem Putsch widersetzt hatten, insbesondere für THKP-C, THKO und TKP-ML. Es gab noch keine getrennten Organisationen, sondern fließende Übergänge unter den Sympathisanten der verschiedenen Gruppen“ (Duran Kalkan, persönliche Kommunikation, 28. Oktober 2014).

Obwohl sich Gruppenprofile entwickelten, gab es keine organisatorische Trennung. Die verschiedenen Gruppierungen arbeiteten eng zusammen, und trotz aller Unterschiede wurde die Einheit der Linken hoch geschätzt.

„Wir hatten bereits ein Gruppenprofil entwickelt, unterhielten aber auch intensive Kontakte zu anderen Linken. Die revolutionäre Linke hatte die kurdische Frage auf die politische Tagesordnung gesetzt, sich aber noch nicht vollständig vom Kemalismus befreit. Wir kritisierten sie, hatten aber auch mit Ausnahme von Aydınlik (der mit Doğu Perinçek verbundene Gruppe), die die Fahne des Kemalismus hochhielt, Respekt für die revolutionäre Linke“ (Anonym²⁷, 30.12.2010).

Mit der Freilassung der alten Kader und Sympathisant:innen, die im Zuge des Putschs von 1971 verhaftet worden waren, wurden aus den Differenzen zwischen den Gruppen schnell feste Grenzen:

„Im Mai 1974 verkündete die Regierung Ecevit-Erbakan eine Generalamnestie, die zur Freilassung vieler inhaftierter

27 „Anonym“ studierte am Gazi-Institut in Ankara. In den Jahren 1973 und 74 nahm er an Gruppentreffen in Ankara teil, zog aber 1974 in eine andere Stadt in der Türkei.

Kader der alten Linken führte. Dies trug wesentlich zur Neugründung verschiedener Organisationen und Parteien bei, was sich schließlich auch in der Jugendbewegung niederschlug (...). Als ADYÖD verboten wurde, wurde ein neuer Verband gegründet. Dieser neue Verband repräsentierte nicht alle von uns. Die Sympathisanten der THKP-C, die nun zahlreich waren, übernahmen trotz der Einwände der anderen Strömungen, die für eine gruppenübergreifende Zusammenarbeit plädierten, den Verband. Öcalan gehörte zu denen, die sich dagegen aussprachen, indem sie sagten, dass ein gemeinsamer Vorstand des Vereins zur Ganzheit der revolutionären Bewegung beitragen könnte. Dies wurde aber von den THKP-C-Sympathisanten abgelehnt (...). AYÖD wurde zum Verein von Dev-Yol. Dies war ein wichtiger Schritt in Richtung getrennter Gruppenbildung innerhalb der Linken. Wir hatten sie oft gewarnt, tut das nicht, ihr werdet der Bewegung und euch selbst schaden, lasst uns einen inklusiven Verband mit Vertretern aus allen Gruppen aufbauen, aber sie weigerten sich“ (Duran Kalkan, persönliche Kommunikation, 28.10.2014).

Nach der Schließung von ADYÖD und der Gründung von AYÖD als Vereinigung von Dev-Yol begannen auch andere, ihre eigenen Vereinigungen und/oder Zeitschriften zu gründen, nicht jedoch die Gruppe um Öcalan, die sich weiterhin traf, allerdings in Privatwohnungen, und eine enge Gruppe von Gleichgesinnten bildete:

„Die fünf Jahre vor der Gründung der Partei, die Zeit zwischen 1973 und 1978, war die Existenzperiode, die Geburtsperiode, die Schaffensperiode, die Periode, in der sich die Führung herausbildete. Alles, was die PKK ausmacht, die Prinzipien, Normen und Merkmale, nahm in dieser Zeit Gestalt an. Man könnte sagen, dass in dieser Zeit der Grundstein gelegt wurde, dass in dieser Zeit der Geist, die Gefühle, die Normen, die Prinzipien, die Auffassungen, der Kampfstil und der Lebensstil geformt wurden. Dies war natürlich das Ergebnis großer Anstrengungen und Kämpfe (...) von

Hundertern, Tausenden von Menschen. (...) Es war das Fundament, auf dem die Partei existieren konnte (...), das die Partei auf den Beinen hielt. Ohne diese Tatsache hätte die Partei in einem Vakuum existiert. (...) Die PKK war keine Partei, die an einem Tisch gegründet wurde.“²⁸

Während der Treffen diskutierten und analysierten die „Revolutionäre Kurdistan“ die Situation in der Türkei und in Kurdistan, die Art des politischen Kampfes und die für die Durchführung dieses Kampfes notwendige politische Organisation. Die Öcalan nahestehende Gruppe identifizierte zwei Hauptprobleme in der Linken, ein organisatorisches und ein ideologisches. Auf der organisatorischen Ebene wurde die Dringlichkeit des Handelns der Linken und ihre Eile, sich politisch zu engagieren, kritisiert (PKK 1982: 92, Sayın 1997; Doğan 1992; persönliche Kommunikation mit Anonym, 30.12.2010). Die „Revolutionäre Kurdistan“ waren der Überzeugung, dass die übereilte Organisation und hastigen Aktionen der revolutionären Linken schlecht durchdacht und nicht ausreichend geplant waren. Dies habe die Linke anfällig für staatliche Repressionen gemacht.

Öcalan argumentierte mehrfach, dass sich die PKK aus den Erfahrungen, ja den Fehlern entwickelt habe, die die revolutionäre Linke in der Türkei, insbesondere die THKP-C, die THKO und die TKP-ML, bei der Organisation des bewaffneten Kampfes gemacht hätten. Diese revolutionären Parteien, so argumentierte Öcalan, seien nur kurze Zeit nach ihrer Gründung besiegt worden, weil sie sich auf eine direkte Konfrontation mit dem Staat eingelassen hätten, als sie selbst noch schwach waren. Mit diesem Wissen beschloss die Gruppe um Öcalan, sich gründlich zu organisieren, bevor sie sich auf eine solche Aktion einließ (Sayın 1997: 71–83). Anstatt sich auf eine Konfrontation ein-

²⁸ Duran Kalkan in einem Interview mit Cihan Özgür, 25.11.2014, Stêrk TV.

zulassen, brauchten sie fünf Jahre, um eine Partei zu gründen, und warteten dann ein weiteres Jahr, bevor sie ihre Existenz öffentlich bekannt gaben. Und erst 1984, etwa elf Jahre nach dem Beginn des Gruppenbildungsprozesses, begann die PKK schließlich ihren bewaffneten Kampf gegen den Staat, nachdem sie sich Räume geschaffen hatte, von denen aus und in denen sie sich behaupten konnte.

Neben der organisatorischen Schwäche sei die Entwicklung der Linken auch ideologisch behindert worden. Es fehlte eine klare politische und theoretisch stringente Linie. Zunächst einmal stellte der kemalistische Nationalismus bzw. Sozialchauvinismus ein Hindernis für die Entwicklung einer autonomen Linken dar (PKK 1978, 1982). Wie die entstehende PKK analysierte, war der Sozialchauvinismus des Kemalismus fest in der Linken verwurzelt und hinderte sie daran, als echte Oppositionskraft zu funktionieren, da sie nicht in der Lage war, der politischen Realität zu entkommen, gegen die sie kämpfte. Zweitens hatte sich die Linke nach ihrer Neugründung in den 1970er Jahren entlang sektiererischer Linien gespalten, wie Cemil Bayık andeutet:

„In der Zeit, in der die PKK auftauchte, war der Sozialismus zersplittert. Die Sowjetunion hielt sich für den einzig richtigen Vertreter des Sozialismus. Die Chinesen hielten sich für die einzigen korrekten Vertreter des Sozialismus. Die Albaner hielten sich für die einzigen korrekten Vertreter des Sozialismus. Jeder betrachtete die anderen als kapitalistisch und imperialistisch. Dies hatte einen großen Einfluss auf die Linke in der Türkei. Ein Teil der Linken nahm sich Russland zum Vorbild, andere nahmen sich China oder Albanien zum Vorbild, und alle betrachteten die anderen als ihre Feinde. Damals wurden auch wir gefragt, wen wir als unser Zentrum betrachten. Wir sagten, dass wir niemanden als unser Zentrum betrachten“ (Cemil Bayık, persönliche Kommunikation, 30.10.2014).

Die Linke, so argumentierten die an dem Prozess der Gruppenbildung der späteren PKK beteiligten Personen, hatte eine sektiererische und unkritische Geisteshaltung. Dies führte zu hitzigen Debatten über die Art der Entwicklungen in der Sowjetunion und in China, und in geringerem Maße auch in Albanien, was die politische Zersplitterung weiter zementierte:

„Innerhalb der Linken konnte die Hölle auf Erden ausbrechen, wenn es darum ging, ob China revolutionärer war oder die Sowjetunion. Die „Revolutionäre Kurdistans“ haben sich daran nicht beteiligt. Sie zollten all jenen Respekt, die gekämpft hatten, versuchten aber nicht, schwarz auf weiß festzustellen, wer im Unrecht war und wer im Recht. Wir haben versucht, aus Erfolgen und Misserfolgen zu lernen“ (Rıza Altun, persönliche Kommunikation, 30.10.2014).

Im Laufe der 1970er Jahre wurden auch mehrere kurdische Organisationen gegründet. Sie waren anfällig für ähnliche sektiererische Prozesse wie in der türkischen Linken. Es kam beispielsweise zu Spaltungen zwischen Parteien wie der Sozialistischen Partei Kurdistans-Türkei (Türkiye Kürdistan Sosyalist Partisi, TKSP), besser bekannt unter dem Namen ihrer Zeitschrift *Pfad der Freiheit* (Özgürlük Yolu; Rîya Azadî), die prosovjetsch ausgerichtet war, und die Kawa, die pro-chinesisch orientiert war und sich später wegen Maos „Drei-Welten-Theorie“ in eine pro-chinesische (Dengê-Kawa) und eine pro-albanische (Kawa-Red) Fraktion spaltete. Auch in der kurdischen Bewegung im Irak kam es zu Reibereien, die sich auf die kurdischen Parteien in der Türkei auswirkten und zu einer Spaltung der Rizgarî führte, wobei sich die Rizgarî an der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) und die abgespaltene Ala-Rizgarî an der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) orientierte.

Diese kurdischen Parteien organisierten sich, wie auch die linken Parteien, hauptsächlich durch die Gründung von Zeitschriften und Vereinen. Diese Zeitschriften und Vereinigungen

waren mehr identitätsstiftende Instrumente. Sie dienten mehr der Selbstprofilierung und Polemik als der Organisation (Ak-kaya 2013). Die „Revolutionäre Kurdistan“ hingegen betrachteten die Gründung eines Vereins oder einer Zeitschrift nicht als ernsthafte politische Aktion.

„Unter den Kurden gab es verschiedene Organisationen. Sie gründeten Vereine und Zeitschriften und sprachen davon, dass Kurdistan eine Kolonie der Türkei sei. Doch ihr Verständnis von Organisation entsprach nicht der Analyse. Man kann den Kolonialismus nicht mit einem Verein und einer Zeitschrift bezwingen, und erst recht nicht durch Aktivitäten in der Legalität. Die andere Seite unterdrückt alles mit Gewalt. Um einen Kolonialstaat zu bekämpfen, braucht man ein ernsthaftes ideologisches, politisches, militärisches, organisiertes System. Hier haben wir uns von den anderen unterschieden. Wir haben die Gründung eines Vereins und einer Zeitschrift nicht sehr ernst genommen. Ein Militärputsch und sie zerstören dich. Alles ist unter ihrer Kontrolle. Das trägt nicht zu einem kurdischen Widerstand, zu einer kurdischen Existenz bei – das ist inkonsequent. Es ist nicht revolutionär, nicht ernsthaft, kein Kampf“ (Duran Kalkan, persönliche Kommunikation, 28.10.2014).

Nach der Schließung von ADYÖD wandten sich die Öcalan-Anhänger:innen nicht der Gründung eines neuen Vereins oder einer neuen Zeitschrift zu. Sie betrachteten die Gründung von Vereinen und Zeitschriften nicht als eine ernsthafte Form des politischen Kampfes (PKK 1982: 92; Sayın 1997; Doğan 1992).

Eine räumliche Politik der Assoziation

Die Mitglieder der Gruppe, aus der später die PKK werden sollte, beschlossen, sich anders zu organisieren. Sie bildeten ein straff strukturiertes und diszipliniertes, aber halboffenes Netz-

werk, das sich hauptsächlich mit Diskussionen befasste (Kaytan 2006; Karasu 2006; Kalkan 2008). Für andere war das Netzwerk auf Einladung offen, meist in Form eines Briefings durch Abdullah Öcalan. Die Mitglieder der Gruppe trafen sich im Geheimen in den Wohnungen, in denen sie wohnten, und führten lange und intensive Gespräche miteinander. Im Türkischen wurde dieser Prozess als „yoğunlaşmak“ bezeichnet, ein typischer PKK-Begriff, der wörtlich „intensiv werden“ bedeutet (Jongerden und Akkaya 2012). In der Praxis war (und ist) es ein intensiver Prozess des Denkens, der Diskussion, der Reflexion und der (Selbst-)Kritik, eine Art konzentriertes Gruppenstudium. Manchmal fanden zwei oder drei Treffen pro Tag statt, mit 10 bis 30 Teilnehmer:innen. Die häufigen, langen und intensiven Diskussionen bei diesen Treffen trugen dazu bei, eine eigene Ideologie zu entwickeln, neue Mitglieder zu rekrutieren und eine enge Kameradschaft zu schaffen (Jongerden und Akkaya 2012: 22). Kemal Pir würde später über diese Zeit Folgendes sagen:

„Wir waren damit beschäftigt, Menschen davon zu überzeugen, mit uns zusammenzuarbeiten; das war die Art von Arbeit, mit der ich mich beschäftigte (...) Wenn wir drei Stunden brauchten, um Menschen zu überzeugen, waren wir drei Stunden lang beschäftigt, wenn wir 300 Stunden brauchten, um sie zu überzeugen, waren wir 300 Stunden lang beschäftigt. Wir arbeiteten, um Menschen zu überzeugen.“²⁹

Neue Mitglieder wurden durch persönliche Kontakte in die Gruppe eingeführt. Diese Kontakte wurden an der Universität oder bei politischen Aktionen geknüpft:

„In Ankara war die Jugendbewegung sehr groß – wie trafen sich die Aktivist:innen also? Sie trafen sich im Unterricht.“

29 <https://www.kurdipedia.org/files/books/2012/65670.PDF?ver=129895801345811176> (letzter Zugriff am 20. August 2008).

Damals gab es an der Universität eine Trennung zwischen Revolutionären und Faschisten. An den Fakultäten kannten sich die revolutionären Studierenden untereinander. Wenn sie sich auf Veranstaltungen trafen und ihr Engagement sahen, entstand ein Gefühl der Nähe. Auf diese Weise wurden wir aufeinander aufmerksam. So haben wir uns auch kennengelernt – die ‚Revolutionäre Kurdistans‘ sind aus der Praxis entstanden“ (Duran Kalkan, persönliche Kommunikation, 28.10.2014).

Die Universität, die Wohnheime, der Unterricht und die Kantinen waren wichtige Orte, um Leute zu treffen und zu rekrutieren. Andere Orte, an denen die Anwerbung stattfand, waren Vereine und Gewerkschaften:

„ADYÖD war ein wichtiger Ort, die Büros der türkischen Lehrgewerkschaft, TMMOB [die Kammer der Architekten und Ingenieure], die politikwissenschaftliche Fakultät [der Universität Ankara] und die Wohnheime der Rechtswissenschaften, Studierendenwohnungen, dann die Büros der Gewerkschaften und andere. Dies waren alles öffentliche Orte (...) Die politikwissenschaftliche Fakultät [der Universität Ankara] war eine Fakultät, in der die linken Studierenden stark waren. Neben den Politikwissenschaften gab es die Juristische Fakultät. Sie hatten ihre eigenen Studierendenwohnheime. Dazwischen lag die Hochschule für Journalismus und Verlagswesen. In all diesen Bereichen hatten die linken Studierenden die Kontrolle. Dies war ein großer Bereich, in dem linke Studierende zusammenkommen konnten“ (Duran Kalkan, persönliche Kommunikation, 28.10.2014).

Auf diese Weise lernten sich auch Duran Kalkan, Cemil Bayık und Kemal Pir kennen. Sowohl Kalkan als auch Bayık besuchten 1971 die Vorbereitungs-klasse der Universität, während Bayık und Pir ihr Studium an der Fakultät für Sprachen, Geschichte und Geografie begannen, wo sie sich in linken Kreisen bewegten:

„Wir begannen unser Studium im selben Jahr. Wir lernten uns bei einer Schlägerei mit Faschisten in der Uni-Mensa kennen. Unsere Freundschaft entwickelte sich von diesem Moment an und wurde zu einer politischen Beziehung. Weil er mir vertraute, erzählte er mir eines Tages, dass er einige Freunde habe, die Ideen zur kurdischen Frage hätten. Er fragte mich, ob ich sie treffen wolle. ‚Warum nicht?‘, sagte ich. (...) Eines Tages gingen wir nach dem Unterricht zusammen dorthin (...). Nach dem Abendessen fragte er [Abdullah Öcalan] mich, was ich über die kurdische Frage dachte. Zu dieser Zeit waren meine Vorstellungen über die kurdische Frage sehr begrenzt. Wenn es in der Türkei eine Revolution gibt, werden auch die Kurden die Freiheit erlangen, antwortete ich (...). Danach sprach er mit mir vier bis fünf Stunden lang über die kurdische Frage (...). Das hat meine Sichtweise verändert“ (Cemil Bayık, persönliche Kommunikation, 30.10.2014).

Cemil Bayık schloss sich der Gruppe an und wohnte mit Abdullah Öcalan und Haydar Kaytan in der gleichen Wohnung. Cemil Bayık seinerseits führte Duran Kalkan in die Gruppe ein. Haki Karer rekrutierte unter anderem Mazlum Doğan.³⁰

Der Grundstein für die Gründung der PKK wurde im Oktober oder November 1972 gelegt, als Abdullah Öcalan Kemal Pir und Haki Karer traf. Zuvor, im April 1972, war Öcalan

30 Mazlum Doğan wurde 1955 in Teman, einem Dorf im Bezirk Karakoçan der Provinz Elazığ, geboren. Doğan studierte in Eskişehir und Balıkesir auf Lehramt, bevor er 1974 ein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Hacettepe Universität in Ankara im Jahr 1974 begann. Er beging am Abend des kurdischen Neujahrsfestes, dem 21. März 1982, Selbstmord durch Erhängen. In der Geschichtsschreibung der PKK heißt es, dass er, bevor er sich umbrachte, drei Streichhölzer anzündete (als Symbol für das Newroz-Feuer, ein wichtiges rituelles Fest der Kurd:innen, dessen öffentliche Begehung verboten war). Sein Selbstmord wird als Akt des Widerstands gegen die Folter, der er und andere Gefangene im Gefängnis von Diyarbakir ausgesetzt waren, gefeiert und gilt als Symbol dafür, dass er sich der täglichen Tyrannei und dem erniedrigenden Gefängnisregime nicht unterwarf (die PKK-Gefangenen weigerten sich, Gefängnisuniformen zu tragen, die Nationalhymne zu singen oder den Eid zu wiederholen, „stolz darauf zu sein, ein Türke zu sein“).

wegen seiner Beteiligung an der Organisation eines Universitätsboykotts aus Protest gegen die Ermordung der THKP-C-Führung verhaftet und inhaftiert worden. Er wurde Ende Oktober freigelassen. Bis zu seiner Inhaftierung hatte Öcalan in einem Studierendenwohnheim gewohnt, doch aufgrund seines politischen Engagements und seiner Verurteilung konnte er nicht dorthin zurückkehren (Duran Kalkan, persönliche Kommunikation, 28. Oktober 2014). Auf der Suche nach einer Wohnung sprach er mit Doğan Fırtına, der mit Öcalan an der Universität Ankara studierte und mit dem er zusammen inhaftiert gewesen war. Fırtına erzählte Öcalan, er habe zwei Freunde, die wie er aus der Schwarzmeerküstenregion stammten und mit der Linken sympathisierten. Kemal Pir war ein Sympathisant der THKP-C und Haki Karer von der THKO. Fırtına gab Öcalan eine Adresse im Stadtteil Emek in Ankara (Cemil Bayık, persönliche Kommunikation, 30.10.2014). Nachdem sie sich kennengelernt hatten, blieben Kemal Pir, Haki Karer und Abdullah Öcalan etwa ein Jahr lang, bis Ende 1973 oder Anfang 1974, in der Wohnung und verteilten sich dann auf Wohnungen in anderen Stadtteilen Ankaras. Im ersten Jahr nach dem Kennenlernen Öcalans mit Pir und Karer fanden der Gruppenbildungsprozess, die Diskussionen und die Bildungen in der Wohnung im Bezirk Emek statt.

„Am Anfang hatten wir eine Wohnung. Später mieteten wir eine andere Wohnung. Alle Kader wurden in diesen beiden Wohnungen ausgebildet. Wir haben sie als Bildungszentren genutzt. Natürlich konnte das Kommen und Gehen der Leute Aufmerksamkeit erregen und Unruhe unter den Nachbarn erzeugen, die dann die Polizei informieren könnten. Das haben wir in Betracht gezogen. Die Leute kamen gemeinsam in die Wohnung, aber nicht zu jeder Zeit und nicht, wenn man sie sehen konnte. Sie kamen zu Uhrzeiten, in denen die Nachbarn nicht zu Hause oder nicht auf den Balkonen ihrer Wohnungen waren. Wir haben den Nachbarn auch gesagt,

dass wir Studierende sind und dass wir oft von Freunden aus der Universität besucht werden, um gemeinsam zu lernen. Wir haben auch darauf geachtet, dass wir niemanden stören oder belästigen. Wir bemühten uns stets, uns bescheiden zu verhalten. Nach einem Jahr tauschten wir die Wohnungen gegen neue aus“ (Cemil Bayık, persönliche Kommunikation, 30.10.2014).

Die Sitzungen der Gruppe fanden täglich statt:

„Wir trafen uns jeden Abend. Wir diskutierten über den Sozialismus und auch über Stalins Werk zur nationalen Frage, welches gerade ins Türkische übersetzt worden war. Wir diskutierten über den Status von Kurdistan als Kolonie. Manchmal nahmen 15 Personen an dem Treffen teil, manchmal 20 oder 30. Es gab einen festen Kern von Personen, und andere kamen auf Einladung der ständigen Mitglieder hinzu. Bei den Eingeladenen konnte es sich um Freunde von der Universität oder von zu Hause handeln. Einige von ihnen wurden Mitglieder der Gruppe, andere verließen sie wieder“ (Anonym, 30.12.2010).

In der ADYÖD-Zeit, im Jahr 1974, wurde die Wohnung in Emek, in der Pir, Karer und Öcalan lebten, geräumt. Abdullah Öcalan, Ali Haydar Kaytan und Cemil Bayık mieteten daraufhin eine Wohnung in Yukarı Ayrancı, in der Nähe des türkischen Parlaments. Haki Karer, Kemal Pir und Duran Kalkan zogen in eine Wohnung in Dikimevi. Die beiden Gruppen blieben durch regelmäßige Besuche und Treffen in Kontakt. Im darauffolgenden Jahr zogen sie erneut von der Wohnung in Dikimevi in eine Wohnung in Anittepe (Akkaya 2005; 2016: 134). Die drei Wohnungen in Emek, Yukarı Ayrancı und Dikimevi waren entscheidende Orte der ideologischen Gruppenbildung und Rekrutierung und boten einen Raum für die Entwicklung der Gruppe von Ende 1972 bis Anfang 1975. Die „Revolutionäre Kurdistan“ mieteten Wohnungen in der Nähe der Uni-

versität Ankara, vorzugsweise jedoch nicht in Vierteln, die als „alevitisches“, „kurdisch“ oder „revolutionär“ bekannt waren, da dies Viertel waren, die von den türkischen Sicherheitskräften und dem Geheimdienst überwacht wurden:

„Aşağı Ayrancı war ein gutes Viertel, um dort zu wohnen. Dikimevi lag nicht weit von der politikwissenschaftlichen Fakultät [der Universität Ankara], in der Nähe von Cebeci. Wir bevorzugten die Souterrain-Wohnungen im Erdgeschoss. Diese konnten wir mit dem Geld, das wir hatten, anmieten. Wir hatten keinen großen finanziellen Spielraum. Das einzige Einkommen, das wir hatten, waren unsere Stipendien. Unsere Familien schickten uns manchmal Lebensmittel. Zudem arbeiteten zwei von uns jede Woche als Pfortner, um etwas Geld zu verdienen. So bestritten wir unseren Lebensunterhalt und leisteten unsere revolutionäre Arbeit. Die Wohnungen, in denen wir wohnten, wählten wir nach dem Zufallsprinzip aus. Es wäre irgendwann aufgefallen, wenn wir Wohnungen nach bestimmten Präferenzen ausgesucht hätten. Wir zogen es vor, nicht in alevitischen und revolutionären Vierteln zu wohnen. Diese Viertel standen unter ständiger polizeilicher Überwachung. Die Polizei konnte erkennen, wer das Viertel betrat und verließ. Da wir gerade erst angefangen hatten, wollten wir nicht die Aufmerksamkeit der Polizei auf uns ziehen. Aus diesem Grund gründeten wir weder einen Verein noch eine Zeitschrift und mieteten keine Wohnungen an Orten, die die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich ziehen würden“ (Cemil Bayık, persönliche Kommunikation 30.10.2014).

Zunächst ließen sich die „Revolutionäre Kurdistans“ nicht in den als links bekannten Vierteln nieder, da diese unter strenger staatlicher Aufsicht standen. Diese wurden jedoch zu wichtigen Rekrutierungszentren, nachdem die erste Gruppenbildung stattgefunden hatte und die Organisation einen weiteren Aufstieg anstrebte. Eines der ersten Viertel, in denen die PKK aufmarschierte und rekrutierte, war Tuzluca, in den 1970er Jahren

ein „gecekodu“-Viertel in Ankara mit einem hohen Anteil alevitischer und kurdischer Bewohner (Akkaya 2016: 147):

„In Ankara gab es Stadtteile wie Tuzlucaýır, Abidinpaşa und Mamak, in denen viele kurdische Aleviten und viele Linke lebten. In diesen Stadtvierteln entstanden mit Unterstützung der Polizei faschistische Organisationen. Kemal Pir war der Erste, der in diesen Vierteln Organisationsarbeit leistete. Er organisierte einen Kampf gegen die faschistischen Organisationen und säuberte diese drei Viertel. In diesen Vierteln war die Linke der König“ (Cemil Bayık, persönliche Kommunikation, 30.10.2014).

Rıza Altun, der Mitglied des PKK-Zentralkomitees und des PKK-Präsidentenrats war und nach wie vor ein hochrangiges PKK-Mitglied ist, lebte in Tuzlucaýır. Er war damals ein Sympathisant der THKO und besuchte einen THKO-nahen Verein in der Nachbarschaft:³¹

„Unsere Herkunft ... Wir sind kurdischer Abstammung, aus Dersim. Aber wir siedelten ins Exil, von Dersim nach Kayseri. Das Datum unserer Exilierung ist unbekannt. Wir wissen nicht, wann wir deportiert wurden, aber wir wurden nach Sarız, einem Bezirk von Kayseri, umgesiedelt. Unsere kurdische Identität blieb jedoch lebendig. Zu Hause sprachen wir immer Kurdisch. Später zogen wir nach Ankara. Das war in den 1960er Jahren. In Ankara und in meiner Familie wuchs ich mit einer Sympathie für die Linke auf. Ich sympathisierte mit der THKO. In der Nachbarschaft ging ich in linke Vereine und traf mich mit Linken. Im Jahr 1975 hörte ich von einer Gruppe, die sich Apocular nannte. Aber was wir hörten, war negativ. Sie wurden mit der [türkisch-nationalistischen] MHP verglichen und als kurdische Faschisten bezeichnet, als Leute, die aggressiv sind, die nicht reden, sondern

31 Der Name des Vereins war Tuzlucaýır People's Cultural Association (Tuzlucaýır Halk Kültür Derneği, THKD), ein Name, der gewählt wurde, weil er der THKO nahestand (Akkaya, 2016: 147).

kämpfen. Ein solches Bild wurde geschaffen und eine solche Propaganda wurde innerhalb der Linken betrieben. Anfangs schenkte ich ihnen nicht viel Aufmerksamkeit, aber sie waren ständig auf der Tagesordnung. Eines Tages lernte ich Kemal Pir kennen und durch ihn auch die anderen. Das Bild, das ich mir von ihnen machte, stimmte nicht mit dem überein, was über sie erzählt wurde. Sie diskutierten über das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung und ich empfand sofort Sympathie für sie“ (Rıza Altun, persönliche Kommunikation, 30.10.2014).

Rıza Altun schloss sich der Bewegung an und das Haus seiner Familie wurde später zu einem der Treffpunkte der Bewegung. Dieses sich ausbreitende Netzwerk von Häusern, die oft ausgetauscht wurden, um nicht entdeckt zu werden, bildete die Grundlage für die Entwicklung der Gruppe, die schließlich die PKK gründen sollte. Nicht nur in Ankara, sondern auch in anderen Städten der Türkei und der Region Kurdistan wurden private Räume zu Zentren der politischen Formierung, während öffentliche Räume wie Universitäten, Wohnheime und Vereine als Treffpunkte und Rekrutierungsorte fungierten.

Diskussion und Schlussfolgerung

In diesem Artikel bezog sich die „Raumanalyse“ nicht nur auf die Art und Weise, wie Menschen ihre materielle Umwelt produzieren, sondern auch und insbesondere auf die sozialen Beziehungen, die bei der Produktion von Raum entstehen (Lefebvre 1991). Ich argumentiere, dass eine solche räumliche Perspektive zu unserem Verständnis des Gruppenbildungsprozesses beiträgt, der zur Entstehung der PKK führte. Weiter argumentiere ich, dass für den Prozess der Gruppenbildung private Räume von entscheidender Bedeutung waren. Anstatt „öffentlich“ zu werden, wie es die meisten linken und kurdischen Organisationen taten, und Vereine und

Zeitschriften zu gründen, um Polemiken und Identitätspolitik über die Frage zu betreiben, wer die richtige politische Linie vertritt, wandte sich die PKK dem „Privaten“ zu, um ihre Politik und Strategie zu diskutieren und vor allem an der Gruppenbildung und Organisation zu arbeiten. Die geschaffenen privaten Räume ermöglichten den Aufbau assoziativer Bindungen durch das Zusammensein mit anderen und die Entwicklung und Stärkung einer kollektiven Identität und Ideologie (Polletta 1999: 25).

Obwohl der öffentliche Raum in der Regel als ein „metaphorischer Begriff für die verschiedenen Mittel, mit denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Entscheidungen treffen können“ (Kingwell und Turmel 2009: xiv) gebraucht wird, wurde in diesem Artikel aufgezeigt, wie die Politik nach dem Putsch 1971 in der Türkei aus dem privaten Raum heraus entstand. Nachdem der öffentliche Raum gesichert und nach den strengen Regeln des Staates so strukturiert wurde, dass oppositionellen Stimmen und der Äußerung von Unterschiedlichkeiten kein Raum mehr zur Verfügung stand, fand die Politik des Widerstands ihren eigenen Raum (ebd.: xiii). In dem hier diskutierten Fall folgte auf die Schließung des öffentlichen Raums die Nutzung privater Räume als Versammlungsorte. Damit erhielten die privaten Räume Charakteristika, die normalerweise den öffentlichen Räumen zugeschrieben werden. Diese privaten Räume fungierten als Orte der Diskussion, des Zusammenfindens und der politischen Organisation, die auf Einladung für Externe offen standen. Während die politische Bildung in Räumen privater Natur, nämlich in Wohnungen, stattfand, boten öffentliche Räume wie Wohnheime, Universitäten und Vereine Identifikations- und Rekrutierungsmöglichkeiten. Der öffentliche Raum wird im Allgemeinen als offen und zugänglich konzipiert sowie mit der Möglichkeit der politischen Aktivität gleichgesetzt. Der private Raum hingegen wird mit dem Zuhause und der Intimsphäre in Verbindung gebracht. Während also im Normalfall die Binarität „öffentlich-privat“ dazu verwendet wird, um die Grenzen des

politischen Raums abzustecken, sehen wir in unserem Fall, dass die private Form öffentliche und politische Merkmale annehmen kann, wodurch die Unterscheidung zwischen privat und öffentlich eher performativ als analytisch wird.

Der Prozess der Gruppenbildung wird von den PKK-Mitgliedern als ihre „existenzielle Periode“ bezeichnet. In der Zeit von 1973–1978 wurde eine eigene Ideologie entwickelt, ein Kreis Gleichgesinnter geschmiedet und eine politische Organisation in einem miteinander verbundenen Netzwerk privater Räume aufgebaut. Universitätskantinen, Studierendenwohnheime, Jugendvereine und später auch bürgerliche Viertel bildeten zusammen einen wichtigen Bereich für die Identifizierung potenzieller Genoss:innen und ihre Rekrutierung; die politische Formierung hingegen fand in privaten Wohnungen und Häusern statt. Es gab keine legalen Orte, an denen man seine oppositionelle Haltung äußern und als solcher auftreten konnte, da der öffentliche Raum abgesichert war und die Gesellschaft unter militärischer Vormundschaft stand. Aus diesem Grund fand der politische Widerstand seinen Organisationsraum im privaten Raum, namentlich der Wohnung.

Wenn also der öffentliche Raum „dicht gemacht“ wird oder nur noch auf „Einladung“ des Staates zur Verfügung steht und damit Dissens und Unterschiedlichkeit ausschließt und unterdrückt, wie in der Türkei nach den Putschen von 1971 und 1980 [und nach dem gescheiterten Putsch von 2016], dann kann der private Raum zu einem wichtigen politischen Raum und Treffpunkt werden, aus dem Opposition und Widerstand hervorgehen (Polletta 1999: 6). Mit der Versicherheitlichung des öffentlichen Raums, in welchem öffentliches Auftreten und Sprechen unterdrückt wurden, übernahmen private Räume öffentliche Funktionen: Es waren diese privaten Räume, in denen Sprechen und Auftreten möglich wurden und von denen aus ein politischer und bewaffneter Kampf für die Dekolonisierung der Kurd:innen und Kurdistans vorbereitet wurde. Obwohl

der Name „Revolutionäre Kurdistan“ oder „Anhänger:innen Apos“ seit Mitte der siebziger Jahre kursierte, entstand die PKK in diesem räumlichen Kontext meist unbemerkt und unsichtbar für die Behörden. Ohne Büro oder Verein und mit einem wechselnden Netz von Privatwohnungen bewegte sich die Gruppe unauffällig in der Stadt Ankara, die sie als Basis und Ausgangspunkt für die weitere Ausbreitung nutzte. In Abwandlung der Behauptung von Lefebvre könnte man sagen, dass die Existenz der PKK real wurde, weil sie ihren eigenen Raum produzierte.

Quellen

- Ahmad, F. (1993). *The Making of Modern Turkey*. London: Routledge.
- Akkaya, A. H. (2005). *Ateşten Tarih*. DVD documentary. Düsseldorf & Brüssel, BRD/Roj.
- Akkaya, A. H. (2013). *Kürt hareketinin örgütlenme süreci olarak 1970'ler*. *Toplum ve Bilim*, (127): 88–120.
- Akkaya, A. H. (2016). *The Kurdistan Workers Party (PKK): National Liberation, Insurgency and Radical Democracy Beyond Borders.* (Doktorarbeit). Genf, Genf University.
- Aydın, S. and K. Ünüvar. (2007). *ATÜT Tartışmaları ve Sol*. In T. Bora and M. Gültekingil (eds.), *Sol (1082–1088)*. Istanbul: İletişim.
- Aygül, C. (2011). *Asiatic mode of production and the Ottoman Empire*. *Sosyal Bilimler Dergisi*, IV(2): 2–33.
- Baud, I. and N. (2008). *Negotiated spaces for representation in Mumbai*. *Environment and Urbanization*, 20(2): 483–499.
- Bayar, A. H. (1996). *The developmental state and economic policy in Turkey*. *Third World Quarterly*, 17(4): 773–785.
- Bozarslan, H. (2009). *Kurds and the Turkish State*. In R. Kasaba (ed.), *The Cambridge History of Turkey (33–356)*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Çayan, M. (2008). *Toplu Yazılar*. Istanbul: Su Yayınları.
- Cem, I. (1971). *Türkiye Üzerine, Araştırmalar*. Istanbul: Cem.
- Cornwall, A. (2004). *Introduction: New democratic spaces? The politics and dynamics of institutionalised participation*. *IDS Bulletin*, 35(2): 1–10.

- Doğan, M. (1994). *Toplu Yazular*. Köln: Agri Verlag.
- Doğanoğlu, M. (2106). *Devrimci Doğu Kültür Ocakları (DDKO) ve siyasal ayrışma*. SBF Dergisi, 71(3): 941–959.
- Gambetti, Z. und J. Jongerden (2011). *The spatial (re)production of the Kurdish issue: Multiple and contradicting trajectories – Introduction*. Journal of Balkan and Near Eastern Studies, 13(4): 375–388.
- Gellner, E. (1983). *Nations and Nationalism*. Ithaca: Cornell University Press.
- Gündoğan, A. Z. (2015). *Space, state making and contentious Kurdish politics*. In Z. Gambetti and J. Jongerden (eds.), *The Kurdish Issue in Turkey: A Spatial Perspective (27–62)*. London: Routledge.
- Gunes, C. (2012). *The Kurdish National Movement in Turkey: From Protest to Resistance*. London: Routledge.
- Isin, E. F. (2002). *Citizenship Studies: An introduction*. In E. F. Isin and B. Turner (eds.), *Handbook of Citizenship Studies (1–10)*. London: Sage.
- Jongerden, J. and A. H. Akkaya (2012). *The Kurdistan Workers Party and a new Left in Turkey: Analysis of the revolutionary movement in Turkey through the PKK's memorial text on Haki Karer*. European Journal of Turkish Studies, (14).
- Kalkan, D. (2008). *Önder Apo özgürlük aşığıydı*. In G. Aksu (ed.), *Güneşin Sofrasında II, Anılarla Abdullah Öcalan (7–41)*. Köln: Mezopotamien Verlag.
- Karasu, M. (2006). *Deniz ve Mahirlerin izinde*. In: G. Aksu (ed.), *Güneşin Sofrasında I, Anılarla Abdullah Öcalan (89–118)*. Köln: Mezopotamien Verlag.
- Kayalı, K. (2007). *Solda İdris Küçükömer tartışmaları*. In T. Bora and M. Gültekingil (eds.), *Sol (1102–1107)*. İstanbul: İletişim.
- Kaypakkaya, I. (2014). *Selected Works*. (City of publication unknown): Nisan Publishers.
- Kaytan, A. H. (2006). *Anlamın ve hissin yaşattığı kişilik en güçlü kişiliktir*. In G. Aksu (ed.), *Güneşin Sofrasında I, Anılarla Abdullah Öcalan (37–75)*. Köln: Mezopotamien Verlag.
- Kingwell, M. and P. Turmel (2009). *Rites of Way: The Politics and Poetics of Public Space*. Waterloo: Wilfrid Laurier University Press.
- Lefebvre, H. (1991). *The Production of Space*. (Trans. by D. Nicholson-Smith). Malden: Blackwell.
- Lipovsky, I. P. (1992). *The Socialist Movement in Turkey, 1960–1980*. Leiden: Brill. Meijer, R. und N. Butenschön (2017). Introduction.

- In R. Meijer and N. Butenschön (eds.), *The Crisis of Citizenship in the Arab World* (1–37). Leiden: Brill.
- Nye, R. P. (1977). *Civil-military confrontation in Turkey: The 1973 presidential election*. *International Journal of Middle East Studies*, 8(2): 209–228.
- Öktem, K. (2004). *Incorporating the time and space of the ethnic other: Nationalism and space in southeast Turkey in the 19th and 20th centuries*. *Nations and Nationalism*, 10(4): 559–78.
- Öktem, K. (2005). *Reconstructing Geographies of Nationalism: Nation, Space and Discourse in Twentieth Century Turkey*. (Doctoral dissertation). Oxford: University of Oxford.
- Olson, R. (1973). *Al-Fatah in Turkey: Its influence on the March 12 Coup*. *Middle Eastern Studies*, 19(2): 197–205.
- Örmeci, O. (2010). *The Emergence of Socialist Movements in Turkey (1960–1980)*. <http://ydemokrat.blogspot.nl/2010/10/emergence-of-socialist-movements-in.html>.
- PKK (Kürdistan Devrimcileri) (1978). *Proleter ve Enternasyonalist Devrimci Haki Karer Anısına*. (Place of publication and publisher unknown).
- PKK (1982). *Politik Rapor (Merkez Komitesi tarafından PKK 1. Konferansına Sunulmuştur)*. Köln: Weşanên Serxwebûn.
- Polletta, F. (1999). Free spaces. *Collective Action*, 28(1): 1–38.
- Samim, A. (1981). The tragedy of the Turkish Left. *New Left Review*, 126: 60–85.
- Sayın M. (1997). *Erkeği Öldürmek. Abdullah Öcalan Ne Diyor?* Köln: Toprak Yayınevi.
- STMA (1988). *12. Mart ve silahlı mücadele*. In E. Kürkcü (ed.), *Sosyalizm ve Toplumsal Mücadeleler Ansiklopedisi*. İstanbul: İletişim. 7.
- THKO (1972). *Türkiye Devriminin Yolu. Leaflet published by the illegal THKO*. Tuncer, A. I. (2008). *Peculiarism in the Turkish Left during the 1960s*. (MA dissertation). Ankara: Middle East Technical University.
- Ulus, Ö.M. (2011). *The Army and the Radical Left in Turkey: Military Coups, Socialist Revolution and Kemalism*. London: I. B. Taurus.
- Ünal, S. (1998). *Türkiye’de komünist düşüncenin kaynaklarından biri olarak Dr. Hikmet Kıvılcımlı*. *Toplum ve Bilim*, 78: 108–133.
- Yüce, M. C. (1999). *Doğu’da Yükselen Güneş*. Vol.1. İstanbul: Zelas.
- Zürcher, E. J. (2004). *Turkey: A Modern History*. London: I. B. Taurus.

Aus der Linken geboren: Die Entstehung der PKK

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya: *Aus der Linken geboren: Die Entstehung der PKK*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/1053291/FUBI2886>

Die Bewegung, die als PKK-Bewegung bekannt und nach 1972 entstanden ist, ist keine Organisation; es ist eine ideologische und politische Bewegung. Diese Bewegung hat die Absicht, [die gespaltene revolutionäre Linke in der Türkei] zu vereinen. (Kemal Pir, Verteidigung vor Gericht, 1981)³²

Einleitung

1953 nahm der chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai an den Friedensverhandlungen in Genf teil, um den Krieg in Korea zu beenden. Als einer der Mitbegründer der Chinesischen Kommunistischen Partei (CCP), ehemaliger Guerillakämpfer und Kriegsveteran sowie einer der Architekten der Volksrepublik wurde er gefragt, was seine Gedanken zur Französischen Revolution von 1789 seien. Zhou Enlais Antwort lautete: „Es ist noch zu früh, um das zu beurteilen“ (Sick 1995, Žižek

³² <https://www.kurdipedia.org/files/books/2012/65670.PDF?ver=129895801345811176>

2007). Seine Reaktion auf die Frage implizierte, dass die Französische Revolution nicht bloße Geschichte ist, sondern sich weiterhin auf die Gegenwart auswirke, weshalb eine Evaluation ihrer Bedeutung zu früh gegriffen wäre. Diese taktvolle Antwort von Zhou Enlai, welche Slavoj Žižek in seinem Buch zu Robespierre zitiert, kam mir in den Sinn, als ich an diesem Text zur Arbeiterpartei Kurdistans, der PKK, schrieb, welche im Gegensatz zur Französischen Revolution noch nicht einmal in der Vergangenheit situiert ist, sondern in unserer Gegenwart. Dieser Umstand macht es daher selbstverständlich schwieriger, die PKK zu evaluieren. Aus diesem Grund wird dieses Kapitel weniger die soziale und politische Bedeutung der PKK bewerten, sondern stattdessen den Blick auf ihre Entstehung lenken. Der Hauptfokus der vorliegenden Ausarbeitung wird auf den Prozessen der ideologischen Gruppenformation (1973–1977), der Parteigründung (1978–1979) und der Organisierung der revolutionären Gewalt als Mittel zum politischen Wandel (1980–1994) liegen. Der Text wird aufzeigen, wie die PKK sich nicht nur an der revolutionären Linken in der Türkei orientierte, sondern auch auf ihren (bewaffneten) Erfahrungen aufbaute.

Im ersten Teil werden wir kurz die PKK mit einigen Worten zu ihrer Bedeutung, ihren Zielen und Methoden einführen. Im zweiten Teil springen wir zurück in die 1970er Jahre und diskutieren mehrere politische Parteien, die sich der Angelegenheit der Kurd:innen und Kurdistans annahmen, das kurdisch-politische Spektrum jener Zeit.³³ Im dritten Teil werfen wir einen näheren Blick auf die Phase der Gruppenformierung der PKK und ihre Beziehungen zur Linken in der Türkei. Im abschließenden vierten Teil wird die Angelegen-

33 Kurdistan bezieht sich auf eine geografische Region im Nahen Osten, die große Teile der südöstlichen Türkei, Nordsyriens, des Nordiraks und des nordwestlichen Irans umfasst (das Gebiet wird als Heimat der Kurd:innen betrachtet und politisch für einen pan-kurdischen Nationalstaat beansprucht).

heit des revolutionären Krieges in Bezug auf die Linke der Türkei diskutiert, ohne dessen Verlauf auszubreiten.³⁴ Schon heute über die Geschichte der PKK zu sprechen ist nicht nur deshalb relevant, weil die PKK selbst Teil der Gegenwart ist. Es ist auch im Kontext der Diskussionen über die PKK, die nach der Verhaftung ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalan im Jahre 1999 aufgekommen sind, von Bedeutung. Es wurde behauptet, dass die PKK ihren Weg verloren und Verrat an ihrer eigenen Vergangenheit geübt habe (Özcan 2006). Doch eine genaue Analyse der Entstehung der PKK zeigt auf, dass die PKK nicht aus einer rein kurdisch-nationalistischen politischen Tradition, sondern aus der Linken der Türkei heraus entstanden ist und deshalb stets auch einen starken Fokus auf die Türkei gelegt hat.

Hintergrund

Die Arbeiterpartei Kurdistan oder kurz PKK ist eine der wichtigsten säkularen politischen Aufstandsbewegungen in Kurdistan und dem Nahen Osten. Im Gegensatz zu den meisten politischen Parteien, die eher eine konservative Haltung vertraten und sich um bestimmte Stammesführer und Stammesstrukturen herum organisierten, entstammt die PKK aus der Linken in der Türkei und bezog ihre Anführer:innen, Mitglieder und Militante aus dem Kreise der Entrechteten. Nach ihrer Entstehung in den 1970er Jahren und einer umfassenden Vorbereitung begann die PKK 1984 einen langwierigen Guerillakrieg. 1990 war die „Befreiung Kurdistans“ nicht mehr undenkbar. Die Bedrohung, welche die PKK für das politische System und die territoriale Integrität der Türkei darstellt, wurde als die ernsthafteste Bedro-

³⁴ Eine Abhandlung über den Krieg zwischen der PKK und den türkischen Streitkräften findet sich in Jongerden 2007.

hung der Republik seit ihrer Gründung im Jahr 1923 anerkannt (Özdam 2003: Vorwort).

Die PKK ist weithin für ihren strategischen Einsatz von Gewalt bekannt, wobei der Name der Partei gemeinhin als Synonym für ihre Guerillaarmee verwendet wird. Obwohl die PKK Gewalt einsetzt, um ihre Ziele zu erreichen, wäre es jedoch falsch, sie als militärische Organisation zu bezeichnen. Die PKK ist eine politische Organisation, die Gewalt einsetzt, um ihre Ziele zu erreichen (Barkey & Fuller 1998: 26), und könnte daher am ehesten als „militante politische Organisation“ bezeichnet werden. Die Anwendung von Gewalt wurde durch den eingeschränkten politischen Raum veranlasst und sollte in dem Sinne als instrumentell und rational betrachtet werden, als dass sie von einem politischen Programm (mit dem der soziale und politische Status der Kurd:innen und Kurdistans verändert werden sollte) geleitet wurde und sich auf dieses Programm stützte, und zwar unter Umständen, in denen es keine alternativen Möglichkeiten für einen echten politischen Ausdruck gab (Bozarslan 2004: 23).³⁵

35 In den 1920er und 30er Jahren setzte der neu gegründete Staat, die Republik Türkei, seine Autorität über die Kurd:innen durch und annektierte Kurdistan, und zum Zeitpunkt der Entstehung der PKK stand der Südosten der Türkei bzw. der nördliche Teil Kurdistans seit 1927 unter Kriegsrecht und Notstandsregelungen. Bis 1952 wurde das Gebiet, genauer gesagt Bitlis, Diyarbakır, Elazığ, Hakkari, Mardin, Siirt, Urfa und Van, von einem Generalinspektor verwaltet, einem Amt, das 1927 eingerichtet worden war, um für Ordnung und Disziplin zu sorgen. Im Jahr 1935 wurden zwei weitere Generalinspektoren für die Verwaltung der „kurdischen“ Gebiete ernannt, einer für die Region „Murat und Munzur“, die Dersim (Tunceli) umfasste, und der andere für den nördlichen Teil des Südostens, der Ağrı, Çorum, Erzincan, Erzurum, Gümüşhane, Kars und Trabzon umfasste (die beiden anderen Generalinspektoren – es waren fünf – verwalteten Thrakien im Nordwesten und Antakya im Süden). Der Südosten war bis 1965 für Ausländer gesperrt, und von 1980 bis 2002 herrschte in der Region der Ausnahmezustand (Jongerden 2007). Der türkische Staat weigerte sich, den kurdischen Bestrebungen entgegenzukommen oder sich auf politische Diskussionen in dieser Angelegenheit einzulassen. In der Republik wurde die „Staatsbürgerschaft“ mit „Türkentum“ gleichgesetzt, und in der Praxis mussten sich die Kurd:innen auf diese Weise als kulturelle/ethnische Türk:innen qualifizieren (Barkey und Fuller 1998: 10).

Ursprünglich war das politische Ziel die Befreiung Kurdistans durch einen Prozess der schöpferischen Zerstörung: Die gleichzeitige Zerstörung des Kolonialismus und die Schaffung eines unabhängigen Staates. In ihrem Manifest „Kürdistan Devrimin Yolu“ (Der Weg der Revolution in Kurdistan) von 1978, das von Abdullah Öcalan verfasst wurde (oder ihm zumindest zugeschrieben wird), bezeichnete sich die PKK als „national-demokratische“ und „revolutionäre“ Bewegung. Die Zerstörung des Kolonialismus (nicht nur des türkischen Kolonialismus, sondern auch des Kolonialismus der anderen Besatzungsmächte in Kurdistan) und der Aufbau eines demokratischen und geeinten Kurdistans auf der Grundlage marxistisch-leninistischer Prinzipien sollten durch ein Bündnis aus Arbeiter:innen, Bauern und Bäuerinnen und Intellektuellen erfolgen. Im Laufe der Entwicklung der PKK versuchte Abdullah Öcalan, ein eigenes Verständnis des Sozialismus zu entwickeln, wobei er sich von den konventionellen marxistisch-leninistischen Grundsätzen abwandte und die gesamtkurdischen Bestrebungen durch eine neue politische Agenda ersetzte, nämlich das Bekenntnis zur Idee einer Konstitution kurdischer Rechte nach den Grundsätzen der „radikalen Demokratie“ und des „demokratischen Konföderalismus“. Eine territoriale Strategie (die Schaffung von befreitem Land) und der Staatsaufbau scheinen durch eine institutionelle Strategie ersetzt worden zu sein, die auf die Entwicklung einer Zivilgesellschaft abzielt, die Kurdistan „von unten nach oben“ wiederherstellt.

Die PKK (Partiya Karkêren Kurdistan) wurde am 26. und 27. November 1978 formell gegründet. Auf ihrem Gründungskongress wurde der Partei kein Name gegeben. Anfang 1979 waren Veröffentlichungen der Organisation noch mit dem Namen „Revolutionäre Kurdistans“ (Revolutionäre Kurdistans 1979) unterzeichnet. Den Namen PKK erhielt die Organisation erst einige Monate später, im April 1979 (Akkaya 2005: Teil 8), und ihre Existenz wurde bald darauf, im Juli 1979, mit einem gewagten Anschlag auf eine Person, die als „Kompradoren-Grund-

besitzer³⁶ angesehenen wurde, bekannt. Die Partei schien sich mit der Planung ihrer Aktionen Zeit zu lassen, was seine Gründe hatte. Der Prozess der Gruppenbildung hatte bereits Jahre zuvor, nämlich 1972/1973, begonnen. Noch während dieser Gründungszeit war die Partei bereits in der gesamten Region Kurdistans in der Türkei organisiert und wurde von einem engagierten Kader mit starken Überzeugungen geführt. Im Laufe der 1980er Jahre entwickelte sich die PKK zur einzigen bedeutenden kurdischen politischen Partei in der Türkei und zog viele an, die zuvor Mitglieder oder Sympathisant:innen konkurrierender Parteien gewesen waren.

In den 1970er Jahren waren mehrere kurdische politische Parteien aktiv. Die älteste dieser Parteien war die Türkiye Kurdistan Demokratik Partî, TKDP (Demokratische Partei der Türkei-Kurdistan). Die 1965 gegründete TKDP war bis Anfang der 1970er Jahre wahrscheinlich die einzige und sicherlich die einflussreichste Partei dieser Art. In den 1970er Jahren entstanden mehrere kurdische politische Parteien; zum Teil als Folge einer Krise der TKDP, teils aber auch unter dem Einfluss einer aufkommenden Linken in der Türkei. Zum Zeitpunkt des Militärputsches (12. September 1980) waren die wichtigsten kurdischen politischen Parteien folgende: KÎP und KUK (beide

36 Am 30. Juli 1979 versuchte die PKK, Mehmet Celal Bucak zu töten, ein hochrangiges Mitglied der konservativen Gerechtigkeitspartei und ausbeuterischer Großgrundbesitzer, der Tausende Hektar Land mit mehr als 20 Dörfern besaß und praktisch die Hoheit über die Stadt und den Bezirk Siverek in der südöstlichen Provinz hatte (Jongerden 2007: 55). Bucak wurde nicht nur für das angegriffen, was er repräsentierte – eine ausbeuterische Grundbesitzerklasse und einen repressiven Staat – sondern auch für das, was er tat. Als Mitbegründer einer Gesellschaft für den Kampf gegen den Kommunismus hatte Mehmet Celal Bucak angekündigt, dass er nicht zulassen würde, dass die Linke in Siverek Unterstützung erhält, und sich damit gebrüstet, dass er bereits eine schwarze Liste mit zu tötenden Linken erstellt hatte (Büyükkaya 2008: 39, 100). Seine Position als Grundherr und Verbündeter des Staates sowie sein Ruf als ein Gegner der Linken machten ihn zu einem idealen Ziel für die PKK. Der Überfall scheiterte jedoch. Mehmet Celal Bucak wurde verwundet, sein achtjähriger Sohn jedoch versehentlich getötet, während die PKK mit Salih Kandal einen ihrer führenden Kader in der Region Siverek-Hilvan verlor.

Nachfolger verschiedener Flügel oder Fraktionen innerhalb der TKDP), mindestens drei verschiedene Kawa-Fraktionen, Rizgarî und ihre Abspaltung Ala Rizgarî, die TKSP (Sozialistische Partei Kurdistans Türkei) und die PKK. Daneben gab es noch einige andere, kleinere Gruppen, wie Tekoşîn (Kampf), Stêrka Sor (Roter Stern) und Pêkanîn (Verwirklichung).

Betrachtet man die Hintergründe dieser Parteien, so lassen sie sich wie folgt einteilen. Erstens gab es die politischen Parteien, die unter der Hegemonie der Demokratischen Partei Kurdistans, KDP (und später auch der Patriotischen Union Kurdistans PUK) aus dem Irak gegründet wurden oder von ihr inspiriert waren, wie die TKDP und ihre Nachfolger KUK und KÎP, sowie die linken Abspaltungen von Kawa, Rizgarî und Ala Rizgarî. Zweitens gab es die Türkiye İşçi Partisi, TİP (die Arbeiterpartei der Türkei), mit der Kawa, Rizgarî und Ala Rizgarî sympathisierten. Die TKSP stand der legalen Linken sehr nahe, dessen Anführer Kemal Burkay ein prominentes Mitglied der TİP gewesen war. Drittens gab es Tekoşîn, Stêrka Sor und die PKK, die ihre Wurzeln in der (illegalen) revolutionären Linken in der Türkei hatten (Ballı 1992; Jongerden 2007, Ibrahim Güclü persönliche Kommunikation, 19.06.2008).

Obwohl diese Parteien illegal waren, konnten sie dennoch legale Plattformen für politische Aktionen schaffen. Kawa, Rizgarî und Ala Rizgarî gaben Zeitschriften unter demselben Namen heraus, und die TKSP war weithin unter dem Namen ihrer Zeitschrift *Özgürlük Yolu* (Weg der Freiheit, kurdisch Rîya Azadî) bekannt. Zusätzlich zu diesen Zeitschriften organisierten die meisten illegalen politischen Parteien legale Fronten in Form von Vereinen. Der wichtigste dieser Vereine war der Devrimci Doğu Kültür Derneği, DDKD (Revolutionäre Kulturvereine des Ostens – das Wort „Kurdistan“ wurde sorgfältig vermieden). Der DDKD wurde vom linken Flügel der TKDP dominiert, der auch als Şiwancilar (nach seinem Anführer Dr. Şiwan) bekannt war. In Ankara spielten die Gründer

von Rizgarî eine wichtige Rolle bei der Gründung des DDKD, aber es waren die Şiwancilar, die den Verein tatsächlich kontrollierten. Später gründete die Rizgarî die Anti Sömürgeci Kültür Derneği, ASKD (Antikolonialer Kulturverein) und die TKSP die Devrimci Halk Kültür Derneği, DHKD (Revolutionärer Volkskulturverein) (Aslan 2006; Gündoğan 2007). Die Gruppe, die später die PKK gründen sollte, war weder in diesen kurdischen Vereinen aktiv, noch versuchte sie, einen eigenen legalen Verein zu gründen. Stattdessen war sie in der ADYÖD aktiv, einem Verein, der mit der revolutionären Linken in der Türkei verbunden war (siehe unten).

Betrachtet man die frühe Geschichte der PKK, so wird deutlich, dass sich die Partei in mehrfacher Hinsicht von den meisten anderen kurdischen politischen Parteien unterscheidet. So war sie beispielsweise in Bezug auf ihre politische Positionierung und ihre ausgeprägte Ideologie ungewöhnlich oder einzigartig. Vor allem aber ist die PKK nicht aus der „kurdischen Politik“ hervorgegangen: Ihre Kader hatten zuvor keine nennenswerten Beziehungen zu einer der in den 1970er Jahren aktiven kurdischen politischen Parteien. Aus diesem Grund wird die PKK oft als eine Partei „ohne Geschichte“ dargestellt (Güclü 2008: persönliche Kommunikation).

Gruppenbildung

Die PKK hat zwar ihren politischen Hintergrund nicht in der kurdischen Politik, sie ist aber auch keine Partei ohne Geschichte. Sie ist aus der revolutionären Linken in der Türkei entstanden.³⁷ Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre

³⁷ Es gibt mehrere Bücher, in denen PKK-Anführer Abdullah Öcalan zusammen mit anderen auf die siebziger Jahre zurückblickt, die Zeit, in der die Organisation gegründet wurde. Eine solche Diskussion und Bewertung der PKK-Geschichte und der politischen Situation in den 1970er Jahren wird vor allem von Anführer:innen

gewann die revolutionäre Linke in der Türkei an Schwung und ließ sich von den revolutionären Kämpfen in anderen Teilen der Welt – von Kuba bis Vietnam, von Laos bis Angola, Mosambik und Guinea, von Algerien bis Palästina – inspirieren und motivieren. In dieser Zeit wurden in der Türkei mehrere linke politische Vereinigungen und Parteien gegründet, die aktiv waren. Wenn wir also sagen, dass die PKK ihre Wurzeln in der Linken in der Türkei hat, sollten wir genau bestimmen, welche Linke gemeint ist. Zu dieser Zeit bestand die Linke in der Türkei, wie auch anderswo in der Welt, aus vielen verschiedenen Gruppierungen mit sehr unterschiedlichen Ideologien und Praktiken.

Im Wesentlichen können wir zwischen zwei Hauptströmungen unterscheiden. Die eine vertrat die Auffassung, dass der Kapitalismus in der Türkei fortgeschritten sei und ein Übergang zum Sozialismus möglich sei. Der Hauptvertreter dieser Strömung war die Türkiye İşçi Partisi TİP (Arbeiterpartei der Türkei), eine legale Partei, die an der parlamentarischen Demokratie festhielt. Die andere Strömung vertrat die Auffassung, dass die Türkei immer noch eine halbfeudale Gesellschaft und nicht völlig unabhängig sei, sondern von den Vereinigten Staaten beherrscht werde. Dementsprechend sei zunächst eine national-demokratische Revolution (die Milli Demokratik Devrim oder kurz MDD-These) notwendig, in der Arbeiter:innen, Bauern und Bäuerinnen und fortschrittliche Kräfte innerhalb der Bourgeoisie zusammenarbeiten müssten. Erst daran anknüpfend sollte eine sozialistische Revolution folgen. Die Anhänger:innen dieser Schule waren eine Minderheit innerhalb der TİP, am meisten Resonanz erhielt die MDD-These hingegen von der Jugendorganisation Dev-Genç. Die Nationaldemokraten waren außerdem davon überzeugt, dass ein bewaffneter Kampf notwendig sei, um einen Wandel herbeizuführen (Lipovsky 1992).

der revolutionären Linken vorgenommen. Siehe u. a. Sayın 1997 und Öcalan und Belli 1999.

Entscheidend ist, dass diejenigen, die die PKK gründeten, der Dev-Genç nahestanden, während andere kurdische politische Parteien der TİP nahe standen.

Die Parteien, von denen sich die PKK inspirieren ließ, waren die Türkiye Halk Kurtuluş Ordusu, THKO (die Volksbefreiungsarmee der Türkei) und die Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi, THKP-C (die Volksbefreiungspartei-Front der Türkei). THKO und THKP-C waren politisch-militärische Organisationen in dem Sinne, dass sie die Idee vertraten, dass nur ein bewaffneter Kampf unter der Führung einer politischen Partei die notwendigen Veränderungen in der Türkei herbeiführen könne. Die Führungen beider Parteien wurden jedoch 1972 durch die Verhängung von Todesurteilen und bei Militäroperationen getötet. Die Anführer der THKO, Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan und Hüseyin Inan, wurden Anfang 1971 verhaftet und am 6. Mai 1972 hingerichtet. Die meisten Kernkader der THKP-C, darunter ihr Anführer Mahir Çayan und zwei weitere Mitglieder der THKO, wurden am 30. März 1972 in Kızıldere, Ankara, getötet, nachdem sie bei einer Geiselnahme, mit der sie die verurteilten, aber noch nicht hingerichteten THKO-Anführer freipressen wollten, in eine Falle geraten waren.

In der Türkei kam es zu Massenprotesten gegen die bevorstehende Hinrichtung von Deniz Gezmiş und seinen Genossen sowie gegen die Tötung von Mahir Çayan und seinen Mitstreitern. Auch Abdullah Öcalan beteiligte sich an diesen Protesten. In Interviews gibt sich Öcalan als Sympathisant der THKP-C zu erkennen. Darüber hinaus erklärte er mehrfach, dass die PKK aus den Erfahrungen – oder besser gesagt, den Fehlern – bei der Organisation des bewaffneten Kampfes der revolutionären Linken in der Türkei in den frühen 1970er Jahren entstanden sei.³⁸ Der Grund, warum diese revolutionären Parteien so kurz

³⁸ Das gilt nicht für die THKP-C und die THKO, sondern auch für die historische Türkiye İşçi ve Köylü Kurtuluş Ordusu, TİKKO (die Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee der Türkei) unter Führung von İbrahim Kaypakkaya.

nach ihrer Gründung besiegt worden seien, so Öcalan, liege darin, dass sie sich in eine direkte Konfrontation mit dem Staat gestürzt hätten, als sie noch schwach waren. Mit dieser Einsicht bzw. Erkenntnis beschloss die Gruppe um Öcalan, sich gründlich zu organisieren, bevor sie sich auf einen solchen Konflikt einließ (Sayin 1997: 71–83).

Die Kerngruppe, die die PKK gründete, entstand in den 1970er Jahren im studentischen Umfeld in Ankara. Zunächst waren viele von ihnen in der Studierendenorganisation Ankara Demokratik Yükses Öğretim Derneği, ADYÖD (Demokratischer Hochschulverband Ankara) aktiv. Der Verein wurde von der Türkiye Sosyalist İşçi Partisi, TSİP (Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei) gegründet, aber revolutionäre Studierende, THKP-C sowie THKO-Sympathisant:innen übernahmen innerhalb kurzer Zeit die Kontrolle über ADYÖD. In diesem Zusammenhang ist auf die engen Beziehungen zwischen der ADYÖD und der Dev-Genç (Revolutionäre Jugend) hinzuweisen, einer wichtigen revolutionären Jugendorganisation, die der THKP-C und der THKO nahesteht. Zu den Mitgliedern der ADYÖD gehörten zu dieser Zeit diejenigen Studierenden, die bei der Gründung der PKK eine wichtige Rolle spielen sollten, darunter Abdullah Öcalan, Haki Karer, Baki Karer, Kemal Pir, Ali Haydar Kaytan, Duran Kalkan und Cemil Bayık. Zu den einflussreichsten gehörten Haki Karer und Abdullah Öcalan, die zum De-facto-Führungsgremium der ADYÖD gehörten.³⁹

Anfangs bestand die Gruppe um Abdullah Öcalan hauptsächlich aus einem losen Netzwerk von Studierenden. Im Jahr 1973 bestand die Kerngruppe aus Öcalan selbst, Kemal Pir, Haki Karer, Ali Haydar Kaytan, Duran Kalkan und Cemil Bayık – drei Kurden (Öcalan, Haydar Kaytan und Bayık) und drei Türken (Pir, Karer und Kalkan). Öcalan hatte Pir und Karer Ende 1972,

³⁹ In den offiziellen Protokollen, die der Polizei übergeben werden mussten, wurden die Mitglieder des Gremiums formal anders genannt.

nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, kennengelernt. Zwischen April und Oktober 1972 war Öcalan inhaftiert worden, da er an der Organisation eines Boykotts an der politikwissenschaftlichen Fakultät beteiligt war, um gegen den Tod von Mahir Çayan und seinen Freunden zu protestieren. Auf der Suche nach einer Unterkunft wurde Öcalan von einem Freund den beiden Revolutionären aus der Schwarzmeerregion (Pir war ein Sympathisant der THKP-C und Karer der THKO) vorgestellt, die im Stadtteil Emek in Ankara wohnten. Sie blieben etwa ein Jahr lang bis Ende 1973 oder Anfang 1974 in dem Haus und verteilten sich dann auf Häuser in anderen Stadtteilen Ankaras, in denen es dichte Netzwerke von Parteien der revolutionären Linken gab (Dikimevi, Anittepe und Tuzlucaýır). Insbesondere Tuzlucaýır wird in der Geschichtsschreibung der PKK häufig erwähnt. Damals, Mitte der 1970er Jahre, war Tuzlucaýır ein armes „gece konu“-Viertel mit einem hohen Anteil an (türkisch-)alevitischen und kurdischen Einwohner:innen. Es war ein sehr wichtiges Betätigungsfeld für die Gruppe und vielleicht der einzige Ort neben den Universitäten, an dem eine beträchtliche Anzahl von Kadern rekrutiert wurde.⁴⁰

ADYÖD war wichtig als Plattform, auf der die Mitglieder der Gruppe Gleichgesinnte treffen konnten. Wichtiger als der ADYÖD waren für die Organisation der PKK jedoch die Hausversammlungen, von denen zwischen 1973 und 1977 Dutzende oder vielleicht Hunderte organisiert worden sein müssten. Manchmal fanden zwei oder drei Treffen pro Tag statt, mit bis zu 10 oder 20 Teilnehmer:innen. Die häufigen, langen und intensiven Diskussionen bei diesen Treffen trugen dazu bei, eine eigene Ideologie zu entwickeln, neue Kader zu rekrutieren und

40 Unter ihnen befindet sich auch Riza Altun (der immer noch ein hochrangiges PKK-Mitglied ist und Mitglied des PKK-Zentralkomitees und des Präsidialrats war). Andere sind Sahin Kilavuz, Ibrahim Bilgin (türkischer Abstammung), Dogan Kilickaya (türkischer Abstammung) und Haydar Altun, die bei verschiedenen Zusammenstößen in Kurdistan nach 1982 getötet wurden.

genossenschaftliche Beziehungen aufzubauen. Kemal Pir würde später über diese Zeit sagen: „Wir waren damit beschäftigt, Leute davon zu überzeugen, mit uns zusammenzuarbeiten; das war die Art von Arbeit, mit der ich mich beschäftigte.“ Dafür nahm sich die Gruppe ausreichend Zeit. „Wenn wir drei Stunden brauchten, um die Leute zu überzeugen, waren wir drei Stunden lang beschäftigt, wenn wir 300 Stunden brauchten, um sie zu überzeugen, waren wir 300 Stunden lang beschäftigt. Wir arbeiteten daran, die Leute zu überzeugen (...).“⁴¹ Durch diese Hausversammlungen wurden neue Leute in die Gruppe eingeführt. Ein Beispiel war Cemil Bayık ein Freund von Pir, den dieser mit Öcalan bekannt machte. Bayık führte anschließend Duran Kalkan in die Gruppe ein. Haki Karer wiederum organisierte unter anderem Mazlum Doğan, einen essenziellen Märtyrer der PKK.⁴²

Doğan war eindeutig von Haki Karer beeindruckt. „Ich bewunderte ihn, und im Laufe der Zeit wandelte sich diese Bewunderung in gemeinsames Handeln, indem ich mir ihre Ideologie zu eigen machte. (...) Zu diesem Zeitpunkt gab es eindeutig einen sich entwickelnden gemeinsamen Ansatz, aber er war noch nicht zu einem zusammenhängenden Ganzen geronnen. Damals wusste ich nicht, ob es sich bei diesen Personen um eine

41 <https://www.kurdipedia.org/files/books/2012/65670.PDF?ver=129895801345811176>

42 Mazlum Doğan wurde 1955 in Teman, einem Dorf im Bezirk Karakoçan der Provinz Elazığ, geboren. Doğan studierte in Eskişehir und Balıkesir auf Lehramt, bevor er 1974 ein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Hacettepe-Universität in Ankara aufnahm. Er beging am Abend des kurdischen Neujahrsfestes, dem 21. März 1982, Selbstmord durch Erhängen. In der Geschichtsschreibung der PKK heißt es, dass er, bevor er sich umbrachte, drei Streichhölzer anzündete (als Symbol für das Newroz-Feuer, ein wichtiges rituelles Fest der Kurden, dessen öffentliche Begehung verboten war). An seinen Selbstmord wird als Akt des Widerstands gegen die Folter, der er und andere Gefangene im Gefängnis von Diyarbakir ausgesetzt waren, erinnert. Er gilt als Symbol dafür, sich der täglichen Tyrannei nicht zu unterwerfen und sich dem erniedrigenden Gefängnisregime nicht zu fügen (die PKK-Gefangenen weigerten sich, Gefängnisuniformen zu tragen, die Nationalhymne zu singen oder den Eid zu wiederholen, dass man „stolz ist, ein Türke zu sein“).

Gruppe, eine Bewegung oder etwas anderes handelte“, so Dogan, der wie folgt fortfährt: „Ich wollte nur ihre Zustimmung, ich wollte, dass sie mir Aufgaben anvertrauten“ (Dogan 1994). Die Gruppe um Öcalan war als fließendes Netzwerk organisiert. Die gemieteten Häuser, die häufig gewechselt wurden und in denen die ideologische Gruppenbildung und die Rekrutierung stattfanden, boten einen Raum für die Entwicklung der Gruppe.

Anfang 1975 schließlich löste sich die Gruppe um Öcalan von der ADYÖD. Vorausgegangen war die Schließung des Vereins im Dezember 1974 nach einer Polizeirazzia, bei der 163 Studierende festgenommen worden waren.⁴³ Obwohl bald darauf ein neuer Verein unter dem Namen Ankara Yüksek Öğretim Derneği, AYÖD (Verein für höhere Bildung in Ankara) gegründet wurde, traten Öcalan, Karer und andere aus ihrem Netzwerk diesem Verein nicht bei. Sie waren der Meinung, dass der Verein seine Dynamik verloren hatte, und die „Revolutionäre Kurdistan“ beschlossen stattdessen, ihr loses Netzwerk selbst zu einer eigenständigen Organisation zu entwickeln (Sayın 1997). Tatsächlich scheint die Spaltung auf Gegenseitigkeit beruht zu haben, denn auch die Gründer:innen der AYÖD wollten nicht, dass die Gruppe um Öcalan im Verein aktiv wird: Haki Karer, ein ehemaliges Vorstandsmitglied von ADYÖD, wurde nicht zu den AYÖD-Sitzungen zugelassen (Yuce 1999: 244–246). Im Jahr 1975 nahm das Netzwerk um Öcalan Gestalt an. Sie einigten sich auf einen Namen „Kürdistan Devrimcileri“ („die Revolutionäre Kurdistan“, kurdisch Şoresşgerên Kurdistan), obwohl einige sie als „Apocu“, Anhänger:innen von Apo, nach dem Spitznamen von Abdullah Öcalan („apo“ ist kurdisch für Onkel), oder auch als „Ulusal Kurtuluş Ordusu“ (Nationale Befreiungsarmee) kannten.⁴⁴

43 Die Razzia fand nach einem Zusammenstoß mit faschistischen Studierenden statt.

44 In ihrer Verteidigung vor Gericht lehnten Mazlum Dogan, Kemal Pir und Hayri Durmus sowohl die Namen „Apocu“ als auch „UKO“ ab: <https://hpgsehit.com/index.php/oezel-dosyalar/371-mazlum-doan-arkadan-avunmas> und <https://www.>

Die „Revolutionäre Kurdistan“ hielten das studentische und städtische Umfeld in Ankara nicht für geeignet, um ihren politischen und sozialen Kampf weiter voranzutreiben. Sie beschlossen aus diesem Grund, Ankara zu verlassen und sich in (Türkisch-)Kurdistan (bzw. der sogenannten kurdischen Region in der Türkei) niederzulassen.⁴⁵ Dieser Beschluss wurde Anfang 1976 auf einer Versammlung in Ankara gefasst, welches in PKK-Kreisen als „Dikmen-Treffen“ (nach dem Viertel, in dem die Versammlung stattfand) bekannt war (Yüce 1999: 261; Akkaya 2005). Türkisch-Kurdistan wurde als das am besten geeignete Gebiet angesehen, um einen politischen und bewaffneten Kampf für einen revolutionären Wandel in der Türkei zu beginnen. Auf dem Dikmen-Treffen wurde auch beschlossen, ein Zentrum (merkez) der Bewegung zu gründen, dessen Vorsitzender Abdullah Öcalan werden sollte. Haki Karer war ebenfalls Mitglied des Zentrums und Assistent von Apo, womit er zur zweiten Person in der Rangordnung der Organisation wurde.

Die in Dikmen beschlossene „Rückkehr“ sah vor, dass sich die „Revolutionäre Kurdistan“ zunächst in verschiedene Provinzen der Region Kurdistan in der Türkei begaben, um den Lagezustand vor Ort zu erforschen. Dies bedeutete eine große Veränderung in der politischen Geographie der Bewegung. Zwischen 1973 und 1977, der Zeit der ideologischen Gruppenbildung, hatten sich die Rekrutierungsaktivitäten hauptsächlich auf Ankara konzentriert. Zusammen mit den ersten Gruppenaktivitäten in Kurdistan begann die Rekrutierung neuer Kader nun auch in anderen Regionen. Am Vorabend des Jahres 1978,

kurdipedia.org/files/books/2012/65670.PDF?ver=129895801345811176. Letzter Zugriff: 20.08.2008

45 Die hier verwendeten Regionsnamen sind notgedrungen politisch vorbelastet. Dieser Text neigt von nun an zu einer kurdischen Ausrichtung, indem er die Perspektive seines Gegenstandes, der PKK, einnimmt. Vor allem aber setzt jede Bezugnahme auf die ethnische Zugehörigkeit bei der Spezifizierung des Territoriums implizit einen nationalistischen Diskurs voraus, mit allem, was dazugehört. Für eine kurze Diskussion siehe Jondergen (2007: 29–30).

als der politische Kampf der Bewegung an Fahrt aufnahm, gewann die Bewegung in den Regionen Dersim/Tunceli, Maraş-Pazarcık, Batman, Antep und Urfa an Dynamik. In Dersim/Tunceli zum Beispiel war die Lehramtsschule ein Rekrutierungsschwerpunkt der Bewegung. Mehrere Studierende dieser Schule, die aus verschiedenen Teilen Türkisch-Kurdistan stammen, schlossen sich der Bewegung an.⁴⁶

Ende 1976, fast ein Jahr nach dem Dikmen-Treffen, fand ein weiteres Treffen statt, diesmal im Dikimevi-Viertel von Ankara. Die Ergebnisse des Umzugs aus Ankara wurden ausgewertet, und es wurde beschlossen, mit der neuen Strategie fortzufahren. In Dikimevi wurden zwei weitere Beschlüsse gefasst: erstens, die Bewegung den verschiedenen Parteien und Gruppierungen der revolutionären Linken in der Türkei vorzustellen, und zweitens, die Gruppe den Menschen in Türkisch-Kurdistan zu präsentieren.⁴⁷

Um die Organisation der revolutionären Linken vorzustellen, organisierten die „Revolutionäre Kurdistan“ ein Treffen in der Türk Mühendis ve Mimar Odaları Birliği (Union der türkischen Ingenieurs- und Architektenkammern) in Ankara, welches auch als TMMOB-Treffen bezeichnet wird.⁴⁸ Die linke Organisation Kurtuluş (Befreiung) half den „Revolutionären Kurdistan“ bei

46 Unter ihnen befanden sich Cuma Tak, Mehmet Sevgat, Şeymus Yiğit, Veysi Badem und Seyfettin Zoğurlu, die am bewaffneten Kampf teilnahmen und bei verschiedenen Zusammenstößen getötet wurden, sowie Nizamettin Tas, ein langjähriges Mitglied des Zentralkomitees und des Präsidiums der PKK, der sich von der PKK trennte und eine neue politische Partei, die Partiya Welatpaze Demokratik (PWD), gründete.

47 Die Gruppe legte einen zentralen Schwerpunkt auf die kurdische Frage, allerdings nicht in Form eines nationalistischen Rahmens. Cemil Bayık, einer der Gründer der PKK, erklärte dies wie folgt: „Wir haben unser nationales Verständnis durch den Sozialismus erlangt, nicht andersherum. Zuerst haben wir uns mit dem Sozialismus vertraut gemacht, und dadurch haben wir die nationale Frage verstanden“ (Akkaya 2005, Teil 3).

48 Das Treffen fand in der Hauptgeschäftsstelle der Architektenkammer in der Konur Sokak, Kızılay, im Zentrum von Ankara statt. Diese Berufsorganisation ist auch politisch aktiv und eher links orientiert (siehe z. B. ihre aktuelle „Grundsatzklärung“ unter <http://www.tmmob.org.tr/images/eng.htm>).

der Suche nach dem Tagungsort, und einige ihrer Kader nahmen tatsächlich an dem Treffen teil. Auch Kader anderer linker Parteien nahmen an dem Treffen teil, bei dem sich die Revolutionäre Kurdistan vorstellten.

Um die Organisation den Menschen in Türkisch-Kurdistan vorzustellen, organisierten die „Revolutionäre Kurdistan“ dort 1977 eine Reihe von Treffen. Abdullah Öcalan und einige Mitstreiter besuchten Ağrı, dann Kars, Dersim, Karakoçan, Diyarbakir und schließlich Antep. Die beiden Treffen in Dikmen und Dikimevi, die dort gefassten Beschlüsse und die daraufhin eingeleiteten Aktivitäten bedeuteten für die „Revolutionäre Kurdistan“ den Übergang von einer ideologischen Gruppe zu einer politischen Organisation. Die Kurdistan-Tour endete jedoch abrupt. Am 18. Mai 1977 wurde Haki Kaker in einem Kaffeehaus ermordet, angeblich von Alaadin Kaplan, einem der Anführer von Stêrka Sor. Kaplan ließ sich vom Maoismus inspirieren und war seit Anfang der 1970er Jahre in der revolutionären Bewegung aktiv. Zu dieser Zeit war er in Antep gut bekannt. Die „Revolutionäre Kurdistan“ erklärten Stêrka Sor zu einer Agent:innenorganisation des türkischen Geheimdienstes.

Der Tod von Karer sorgte für viel Unruhe in der Organisation (der Zweig der Revolutionäre Kurdistan in der Stadt Antep löste sich auf, und die meisten Mitglieder schlossen sich der Organisation Tekoşin an). Die „Revolutionäre Kurdistan“ reagierte nach der Ermordung mit zwei Beschlüssen: erstens, dass es unmöglich sei, ohne bewaffneten Schutz politische Arbeit zu leisten, und zweitens, dass sie sich straffer organisieren und eine politische Partei gründen müssten. Die Ermordung von Karer war somit ausschlaggebend für die Entscheidung, eine politische Partei für die Befreiung Kurdistan zu gründen. So wurde die Gründung der PKK zum Versprechen, den Kampf des Märtyrers Haki Karer fortzusetzen. Doch diente sie ebenso dem Symbol für die türkisch-kurdische Brüderlichkeit. Denn Karer selbst war Türke.

Die PKK, revolutionäre Gewalt und die Linke in der Türkei

Nach 1978 begann für die PKK eine Periode des Parteaufbaus und der Entwicklung des bewaffneten Kampfes. Der Parteaufbau und der bewaffnete Kampf waren in der Geschichte der PKK immer miteinander verbunden. Bis 1977 (dem Tod von Haki Karer) hatte die PKK den bewaffneten Kampf zwar ideologisch verteidigt, aber keinen ernsthaften Versuch unternommen, ihn zu organisieren. Nach 1977 wurde der Organisation der bewaffnete Kampf als Mittel zur Selbstverteidigung und zur Überwindung von „Hindernissen“ wichtig. Zu diesen Hindernissen gehörten die lokalen Feudalclans, die Herrschaft über Menschen und Territorium ausübten. Die Kämpfe in Hilvan im Jahr 1978 und in Siverek, in der Provinz Urfa, im Jahr 1979 waren unter diesem Gesichtspunkt besonders relevant. Der Kampf in Siverek gegen den Bucak-Clan war in der Tat die Gründungs Erklärung der PKK (siehe Fußnote 8).

Ernsthafte Vorbereitungen zur Organisation eines Guerillakrieges begannen einige Monate vor der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei. Ab Anfang 1980 begann die PKK, ihre erste Gruppe von Kämpfer:innen (etwa 40–50 Personen) im Libanon auszubilden. Ziel war es, diese ausgebildeten Kämpfer:innen in die Türkei zurückzuschicken, um den bewaffneten Kampf in der Region Kurdistan zu entwickeln. Nach dem Militärputsch musste dieser Plan jedoch geändert werden, und die PKK zog ihre Kämpfer:innen sofort wieder aus der Türkei ab. Die Ausbildung wurde im Libanon fortgesetzt, weswegen die PKK bis 1982 eine Truppe von etwa 300 Guerillakämpfer:innen aufgebaut hatte. Ab September 1982 wurden diese Kämpfer:innen nach Südkurdistan (Nordirak) in die Nähe der Türkei geschickt (die irakische Zentralregierung hatte zu diesem Zeitpunkt aufgrund des andauernden Krieges mit dem Iran und des Erstarkens der irakisch-kurdischen Organisationen keine

Kontrolle über dieses Gebiet). Deshalb, aber auch aufgrund eines Abkommens mit der Partiya Demokrata Kurdistan (KDP, Demokratische Partei Kurdistans), konnte die PKK Stützpunkte in der Bergregion Südkurdistans errichten. Bis 1984 unternahm die PKK hauptsächlich Aufklärungsaktivitäten und infiltrierte in kleinen Gruppen von 3–5 Guerillakämpfer:innen Nordkurdistan (Ost- und Südosttürkei).

Am 15. August 1984 griffen Guerillaeinheiten der PKK die Städte Eruh (Provinz Siirt) und Şemdinli (Provinz Hakkari) an.⁴⁹ In Eruh verlor ein Soldat sein Leben, sechs weitere wurden verwundet. In Şemdinli wurden Offiziersunterkünfte und ein militärischer Wachposten mit Maschinengewehren und Raketen beschossen. Mehrere Soldaten und Offiziere wurden getötet und verwundet. Die Guerillas verteilten in den Kaffeehäusern Flugblätter und hängten Transparente mit Slogans und Märtyrern der Befreiungsarmee auf.⁵⁰ Es handelte sich um einen groß angelegten, gewagten und gut koordinierten Doppalangriff. Mit dieser Operation wurde der Beginn des Volkskriegs unter der Führung der PKK gegen den sogenannten kolonialen und faschistischen türkischen Staat angekündigt. Natürlich waren in den Jahren zuvor bewaffnete Aktionen in der Türkei (Kurdistan) durchgeführt worden. Diese richteten sich aber gegen Personen, die mit dem Staat kollaborierten. Die staatlichen Institutionen selbst und ihre Vertreter:innen waren noch nicht das direkte Ziel der bewaffneten Operationen der PKK (Çelik 2000: 71).

49 Für den 15. August war kein Doppel-, sondern ein Dreifachangriff geplant. Die dritte Stadt sollte Çatak in der Provinz Van sein, aber der Kommandeur der Einheit sagte die Operation ab. Die Entscheidung, den bewaffneten Kampf gegen den Staat aufzunehmen, wurde bereits auf dem zweiten Kongress der PKK im Jahr 1982 getroffen. Die taktischen Vorbereitungen hatten viel Zeit in Anspruch genommen. Schließlich gaben am 22. Juli 1984 Abbas (Duran Kalkan), Fuat (Ali Haydar Kaytan), Fatma (Kesire Yildirim), Ebubekir (Halil Ataç), Cuma (Cemil Bayik) und Selim (Selahattin Çelik) einstimmig grünes Licht für die Militäroperation, bei der die beiden Städte angegriffen wurden (Çelik 2000: 73).

50 Es wurde der Name Hêzen Rizgarîye Kurdistan (Befreiungseinheiten Kurdistans) verwendet. Dieser Name ähnelt dem Namen, den General Giap seiner Armee in Vietnam gab, den Vietnam-Befreiungseinheiten.

Die Behörden in der Türkei wurden von dem Vorfall überrascht. Doch sie hätten es erahnen können. Sowohl Mehmet Hayri Durmuş als auch Kemal Pir hatten 1981 vor Gericht während ihrer Verteidigung angekündigt, dass die PKK einen Volkskrieg beginnen würde, wenn die Voraussetzungen gegeben und die Mittel vorhanden seien. Der folgende Auszug stammt aus der Vernehmung vor Gericht (Übersetzung durch die Autoren):

Mehmet Hayri Durmuş:

„Wir glauben an die Notwendigkeit, alle Kräfte, die auf der Seite der Unabhängigkeit und der Demokratie stehen, zu vereinen, an die Notwendigkeit, eine Volksarmee zu schaffen und auf diese Weise ein starkes und geeintes Volk und eine Volksfront zu schaffen; (...) wir glauben an die Schaffung einer Volksarmee und werden durch einen langanhaltenden Volkskrieg in der Lage sein, unser Land zu befreien.“

Kemal Pir ging noch weiter ins Detail:

„Weil die Revolution in Kurdistan eine Revolution der nationalen Befreiung ist, weil sie sich gegen die koloniale politische und ökonomische Struktur richtet, arbeiten wir auf einen lang anhaltenden Volkskrieg hin.“

Richterin:

„Wie wird dieser Volkskrieg aussehen?“

Kemal Pir:

„Die PKK hat einen militärischen Flügel. (...) Das ist keine Organisation, die für die strategischen Ziele der PKK geeignet ist. Es geht um den Schutz der Bewegung, des Volkes, um den Schutz ihrer selbst. (...) Aber wenn sie sich für einen Volkskrieg organisiert, wird es anders sein. (...) Das Ziel ist

eine professionelle Armee, eine bewaffnete Organisation. (...) Die PKK konnte dies noch nicht umsetzen. (...) Wenn sie es getan hätte, wären wir mit weniger Leuten hier [im Gericht] gewesen und wir hätten stärkere Stimmen gehört. (...) Sie konnte es nicht tun, weil sie entweder nicht die richtigen Bedingungen vorfand, oder sie konnte es nicht tun, weil sie nicht die Mittel dazu hatte. (...) Aber unser Ziel ist es, diesen Punkt zu erreichen. Wir werden es tun. Nach 10 Jahren, nach 20 Jahren.“

Es hat nicht 10 oder 20 Jahre gedauert, um einen Volkskrieg zu beginnen, sondern nur drei.

In der Geschichtsschreibung der PKK wird der „15. August“ als Wendepunkt, als Tag des Erwachens gefeiert. Es wird angenommen, dass durch den Doppelanschlag, der den Beginn des bewaffneten Kampfes markierte, die Ketten der Unterwerfung und Assimilation gesprengt wurden und die Kurd:innen sich selbst wiederentdeckten. In den Jahrzehnten zuvor, so die Geschichtsschreibung der PKK, schämten sich die Kurd:innen für ihr Kurdisch-sein und waren dabei, ihre Kultur und Sprache zu vergessen. Der erste Schuss am 15. August traf also gleichzeitig die kurdische Versklavung und die koloniale Diktatur.⁵¹ Es ist, als ob wir Sartre sprechen hören. In seinem Vorwort zu Frantz Fanons Buch „Die Verdammten dieser Erde“ (1961) hatte Sartre geschrieben, dass in den Kolonien die von den Kolonisatoren ausgeübte Gewalt darauf abzielt, die Kolonisierten zu entmenschlichen. Es wird alles getan, um die Traditionen und die Kultur der Kolonisierten auszulöschen und ihre Sprache durch die des Kolonisators zu ersetzen. Sartre argumentierte, dass keine

51 Auf einer PKK-nahen Website hieß es: „15 Ağustosla patlayan ilk kurşun bu anlamıyla herşeyden önce Kürt köleliğine sıkılan bir kurşundur. (...) [S]onra da sömürgeci zorbalığa sıkılmıştır.“ (In diesem Sinne war die erste Kugel, die am 15. August explodierte, vor allem eine Kugel, die auf die kurdische Sklaverei abgefeuert wurde. (...)) Anschließend wurde sie gegen die ausbeuterische Gewalt abgefeuert.)

Unter <http://www.rojaciwan.com/haber-39286.html>. Letzter Zugriff: 18.08.2008.

Milde diese Spuren kolonialer Gewalt auslöschen kann – und dass koloniale Gewalt nur durch Gegengewalt zerstört werden kann. Ohne zu zögern, argumentierte er, dass die Erschießung eines Kolonisators bedeutet, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, gleichzeitig einen Unterdrücker und den Menschen, den er unterdrückt, zu vernichten. Was bleibt, sind ein toter und ein freier Mensch. Diese Gegengewalt ist „der Mensch, der sich selbst neu erschafft“ (Sartre 1961). Der Zwillingsangriff auf Şemdinli und Eruh wurde als ein solcher Akt der Neuerschaffung betrachtet, aus den Nicht-Entitäten wurden Kurd:innen geboren (Barkey und Fuller 1998: 12).

Der Befreiungskampf (Volkskrieg) wurde weder in ethnische oder nationalistische Diskurse eingerahmt noch so umgesetzt. In der zum Zeitpunkt des Angriffs vom 15. August veröffentlichten Erklärung wandte sich die PKK direkt an die revolutionäre Linke in der Türkei und rief sie auf, sich zusammenzuschließen und gegen die Diktatur zu kämpfen. Sie betonte, dass der Kampf nicht nur eine kurdische Sache sei, sondern auch im Interesse des türkischen Volkes liege. Die Erklärung forderte das türkische Volk auf, sich den Kampf als Teil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Faschismus zu eigen zu machen:

„Demokrat:innen und Revolutionär:innen in der Türkei, werktätiges türkisches Volk, die HRK [Name des bewaffneten Flügels der PKK zu jener Zeit] kämpft gegen die Barbarei, die wie eine dunkle Wolke über eurem Leben und über eurer Zukunft gelegt hat“ (Çelik 2000, 496–497, Übersetzung durch die Autoren).⁵²

Dieser Ansatz wurde später von Öcalan in Interviews mit Mahir Sayin, einem prominenten Anführer der Linken in der Türkei (Mitglied der THKP-C, Mitbegründer des Kurtuluş und führendes Mitglied der ÖDP und SDP), bestätigt:

⁵² Siehe auch Sayin (1997: xx)

„Dies [der Kampf der PKK] ist kein Befreiungskrieg für die Kurd:innen. An dem Tag, an dem die Kurd:innen frei sein werden, werden auch die Türk:innen frei sein. (...) Der nationale Befreiungskampf der Kurd:innen ist auch ein Befreiungskampf des türkischen Volkes. (...) Das ist es, was ich sagen will. Einige kündigen an, dass sie einen ähnlichen Schritt wie die PKK machen werden. Es ist nicht notwendig, einen solchen Schritt zu machen; dieser Schritt wurde bereits für euch getan. Ha! Aber ihr könnt etwas zu unserem Kampf beitragen, einen Beitrag leisten“ (Sayin 1997: 40, Übersetzung durch die Autoren).

Wenn wir die Geschichte der PKK nach 1980 betrachten, sehen wir mehrere Versuche sowohl seitens der PKK als auch der Linken in der Türkei, zueinander zu finden und eine Einheitsfront zu bilden. Dies ist nicht überraschend, da es persönliche Verbindungen zwischen der PKK und den linken Parteien aus der Zeit gab, als diese in Ankara aktiv waren, unter anderem in der ADYÖD (viele dieser Parteien hatten auch ihre Wurzeln in der THKO oder der THKP-C). Es soll hier nicht versucht werden, einen vollständigen Überblick über die Bemühungen um die Bildung von Einheitsfronten zu geben. Wir wollen lediglich einige der wichtigsten Initiativen benennen, bei denen eine größere Zahl an Parteien ein Protokoll der Zusammenarbeit unterzeichnet und konkrete Ergebnisse bei ihren praktischen Arbeiten erzielt haben.

1982 gründete die PKK zusammen mit mehreren linken Parteien in der Türkei die Faşizme Karşı Birleşik Direniş Cephesi, FKBDC (Vereinte Widerstandsfront gegen den Faschismus) (Aslan 2005: 72–9). Die beteiligten Parteien waren: PKK, Dev Yol (Devrimci Yol, Revolutionärer Weg), TKEP (Türkiye Komünist Emek Partisi, Kommunistische Arbeiterpartei der Türkei), TEP (Türkiye Emekçi Partisi, Arbeiterpartei der Türkei), Devrimci Savaş (Revolutionärer Krieg), THKP-C-Acilciler (Revolutionäre Volkspartei-Front der Türkei), SVP (Sosyalist Vatan Partisi, Sozialistische Vaterlandspartei) und TKP/İS (Türkiye Komünist

Partisi/İşçinin Sesi, Kommunistische Partei der Türkei/Arbeiterstimme). Die PKK und Dev-Yol waren die stärksten politischen Parteien in der Front gegen den Faschismus und übernahmen somit die Führung. Dev-Yol hatte jedoch mit ernststen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein Teil ihrer Kader war im Nahen Osten geblieben und bereitete eine Rückkehr in die Türkei vor, um den bewaffneten Kampf zu organisieren, während ein anderer Teil ihrer Kader nach Europa, vor allem nach Deutschland, geflohen waren und die Guerilla finanziell und logistisch unterstützen sollte. Einige Jahre lang waren Dev-Yol-Guerilla-Einheiten in der ländlichen Türkei aktiv, aber die Partei wurde von Verhaftungen schwer getroffen. In der Zwischenzeit scheiterte der Versuch, finanzielle und logistische Unterstützung durch ihre Organisation in Europa zu organisieren, und die Guerilla brach zusammen (Aslan 2005). Anders als die PKK war keine Organisation des FKBDC in der Lage, nennenswerten Widerstand zu organisieren, weswegen sie sich schließlich 1986 auflöste (Jongerden 2007: 60).

1993 gründete die PKK zusammen mit mehreren linken Parteien⁵³ die Devrimci Demokratik Güç Birliği, DDGB (Revolutionär-Demokratische Vereinigte Kraft). Die DDGB blieb jedoch nur auf dem Papier eine Koalition und löste sich im Laufe der Zeit allmählich auf, was vor allem daran lag, dass die kleinen linken Parteien nicht in der Lage waren, sich durchzusetzen und zu bedeutenden Akteuren auf der politischen Bühne der Türkei zu werden. 1996 wurde ein Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der PKK und der DHKP-C unterzeichnet. Neben einer gemeinsamen Geschichte in ADYÖD im Jahr 1974 wurden Mitglieder beider Parteien im Beka'a-Tal in palästinensischen Ausbildungslagern ausgebildet (zwar in getrennten Lagern, aber sehr nahe beieinander). Auf operativer Ebene fanden in der türkischen Stadt Tokat gemeinsame Gue-

53 TDP, TKP-ML Hareketi, TKP-Kıvılcım, MLSPB, TIKKO, TKEP und Ekim.

rillaoperationen des bewaffneten Flügels der PKK, der ARGK, und von Einheiten der DHKP-C statt. Dies stand im Einklang mit der Strategie der PKK, den revolutionären Kampf in der Türkei auszuweiten. In anderen Bereichen kam die Zusammenarbeit jedoch nicht zustande. Auf der politischen Ebene entwickelte sich die Zusammenarbeit nicht gut. Die DHKP-C warf der PKK vor, sie bevorzuge die Zusammenarbeit mit sogenannten „reformistischen“ Parteien wie der ÖDP (DHKP-C 1998). Im Jahr 1998, dem Jahr, in dem die Zusammenarbeit mit der DHKP-C endete, bildete die PKK eine Plattform mit einer Reihe von linken Parteien in der Türkei, die sich Devrimci Birleşik Güçler (DBG) nannte (Einheitliche Revolutionäre Kräfte).⁵⁴

In Wirklichkeit hatten die beschlossenen Einheitsfronten kaum mehr als eine symbolische Funktion. Sie erweckten den Eindruck einer geeinten revolutionären Linken, aber die Versuche einer Zusammenarbeit zwischen der PKK und der revolutionären Linken in der Türkei scheiterten sowohl politisch als auch militärisch weitgehend. Lediglich mit der Devrimci Halk Partisi, DHP (Revolutionäre Volkspartei) und die Türkiye Devrim Partisi, TDP (Revolutionäre Partei der Türkei) ging die PKK eine enge Zusammenarbeit ein. Auf operativer Ebene wurden gemeinsame Guerilla-Einheiten gebildet, die unter dem Namen Birleşik Kuvvetler (Vereinigte Kräfte) bekannt wurden und im Gebiet der Schwarzmeerküste, einschließlich der Bergregion Mesudiye, aktiv waren. Die TDP, die 1978 als Abspaltung von der TSİP entstanden war, löste sich jedoch zu Beginn des neuen Jahrtausends auf, und die 1993 neu gegründete DHP konnte sich nicht nennenswert weiterentwickeln. Viele ihrer Kader wurden 1994 verhaftet, nachdem ein Mitglied des Zentralkomitees zu einem Polizeispitzel wurde. Auch ihre enge Beziehung zur

54 Mit TDP, MLKP, DHP, TKP-ML, DABK, TKP-Kıvılcım und Dev Sol (die sich von der DHKP-C abgespalten hatte).

PKK machte sie anfällig für den Vorwurf, eine reine Satellitenpartei zu sein.⁵⁵

Es wäre falsch, die Zusammenarbeit zwischen der PKK und der revolutionären Linken nur auf der Ebene der Parteien zu betrachten. Auch einzelne Mitglieder der revolutionären Linken in der Türkei beteiligten sich an der PKK-Guerilla. Im Jahr 1984, als die Guerillaoperationen begannen, unterhielt die PKK informelle Beziehungen u. a. zu Mücadele Birlik/Emeğin Birliđi (Einheit im Kampf/Arbeitereinheit), einer Partei, die ihre Wurzeln in der THKO hatte. Einer ihrer Kader (Codename Kerim) war in der Guerillaeinheit unter dem Kommando von Mahsum Korkmaz aktiv, die für den Angriff vom 15. August verantwortlich war (Çelik 2000: 80). Weitere Personen aus der türkischen Linken schlossen sich der PKK und ihrer bewaffneten Organisation an, darunter Mitglieder der Sosyalist Vatan Partisi (SVP), der Sozialistischen Vaterlandspartei. Andere wurden von der PKK ausgebildet, wie die Kämpfer:innen von Devrimci Karargah⁵⁶ (Revolutionäres Hauptquartier, eine bewaffnete Organisation der Linken, die in den 2000er Jahren entstand und ihre Wurzeln in der Tradition der THKP-C⁵⁷ hat).

Nicht zu vergessen ist auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der legalen Ebene. 1995 trat die Halkın Demokrasi Partisi, HADEP (Demokratische Partei des Volkes) in Koalition mit anderen linken Parteien unter dem Namen Emek, Barış ve Özgürlük Bloku (Block für Arbeit, Frieden und Freiheit) zu den nationalen Wahlen an. Der Block wäre mit 34 Abgeordneten im Parlament vertreten gewesen, wenn das türkische Wahlsystem nicht die Hürde von 10 Prozent (der nationalen Stimmen) vorgesehen hätte. Bei den Parlamentswahlen 2002 wurde eine Zu-

55 Siehe: http://www.gomanweb.com/2008_gomanweb/Yazarlar/Tayfun_isci/tayfun_isci21.htm, and PKK Nereden Nereye (PKK woher und wohin) im Özgürlük journal, unter <http://www.ozgurluk.org/kitaplik/webarsiv/kurtulus/eskisayilar/H-icin84/pkk.htm>. Letzter Zugriff: 03.10.2008.

56 <http://www.devrimcikarargah.com>

57 <http://www.youtube.com/watch?v=3UEvvAVk69w>

sammenarbeit zwischen der Demokratik Halk Partisi, DEHAP (Demokratische Volkspartei, Nachfolgerin der HADEP), der Emek Partisi, EMEP (Arbeiterpartei) und der Sosyalist Demokrasi Partisi, SDP (Sozialistische Demokratieteilpartei) vereinbart. Dies hätte zu 53 Abgeordneten geführt, aber auch hier führte die 10-Prozent-Hürde dazu, dass die kurdisch-linke Koalition nicht im Parlament vertreten war. Bei den Kommunalwahlen arbeiteten die legalen linken Parteien in der Türkei (d. h. diejenigen, die nicht vom Staat geschlossen wurden) und die dem PKK-Parteikomplex nahestehende Partei zusammen und konnten in der Region Kurdistan und in einigen weiteren kleinen Gebieten der Türkei gute Ergebnisse erlangen. Der Durchbruch für die Vertretung der kurdischen Linken auf nationaler Ebene gelang schließlich bei den Parlamentswahlen im Juli 2007, als der angeblich legale Flügel der PKK, die Demokratik Toplum Partisi (DTP) (Partei der Demokratischen Gesellschaft, Nachfolgerin der DEHAP), in Fusion mit der Demokrat Toplum Hareketi (DTH) (Bewegung der Demokratischen Gesellschaft) mit den legalen linken und revolutionären Parteien in der Türkei, EMEP, SDP, ÖDP und einigen unabhängigen Kandidat:innen zusammenarbeitete. Der Erfolg wurde durch die Aufstellung von unabhängigen Kandidat:innen erzielt, die so die Wahlhürde umgingen. 22 dieser „Unabhängigen“, die sich als „Bin Umut Adayları“ (die Kandidat:innen der Tausend Hoffnungen) präsentierten, wurden ins Parlament gewählt, wobei alle bis auf einen anschließend eine DTP-Fraktion im Parlament bildeten.⁵⁸

Schlussbemerkungen

In diesem Artikel wurde der Zeitraum von 1973–1977 als Phase der ideologischen Gruppenbildung und der Zeitraum von

⁵⁸ Die Ausnahme war ein ÖDP-Mitglied, das seinen eigenen Weg ging.

1977–1979 als Phase des Parteaufbaus dargestellt. Der Zeitraum von 1979–1984 kann als die Zeit der Vorbereitung und Organisation des Guerillakampfes charakterisiert werden. Die anfänglichen Vorbereitungen zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes in Nordkurdistan bzw. im Südosten der Türkei in den Jahren 1979–1980 wurden durch den Militärputsch in der Türkei unterbrochen, woraufhin sich die PKK-Kämpfer:innen nach Süden, nach Südwestkurdistan (Syrien) und in den Libanon zurückzogen. Die Zeit von September 1982 bis August 1984 war geprägt von Vorbereitungen zur Organisation eines längeren Volkskriegs und zur Rückkehr nach Nordkurdistan. Die Guerrillaeinheiten waren hauptsächlich mit dem Aufbau eines Unterstützungsnetzes und mit Aufklärungsaktivitäten beschäftigt. Der 15. August 1984 markiert sowohl das Ende dieser Vorbereitungen als auch den Beginn eines länger andauernden Volkskriegs.

Das Hauptargument dieses Artikels ist, dass die PKK im Prozess der Parteigründung und -bildung eindeutig von der revolutionären Linken in der Türkei beeinflusst wurde. Nicht nur ging ihre personelle Zusammensetzung aus der revolutionären Linken in der Türkei (und insbesondere in Ankara) hervor, sondern sie wurde auch entscheidend vom Diskurs der revolutionären Linken in der Türkei beeinflusst, der eine zentrale Rolle im Prozess der Gruppenbildung spielte. Die Aktivist:innen sahen sich selbst als Marxist:innen, die eine Revolution mit Kurdistan als Schwerpunktgebiet anstrebten. Verbindungen zu „traditionellen“ kurdischen Parteien gab es nicht, weshalb es nicht verwunderlich ist, dass diese Parteien mit dem Prozess der Parteigründung der PKK nicht vertraut waren und die Partei als eine „geschichtslose“ betrachteten. Natürlich hatte die PKK eine Geschichte, aber eine wesentlich andere als die anderen Parteien, die sich mit der Frage der Kurd:innen und Kurdistans befassten. Sie orientierte sich an der Linken und baute auf den Erfahrungen der Linken auf (insbesondere auf den Erfahrungen der THKP-C und der THKO bezüglich des bewaffneten Kampfes).

Im Prozess der Parteigründung und des Parteaufbaus sowie bei der Anwendung revolutionärer Gewalt strebte die PKK eine Zusammenarbeit mit der revolutionären Linken in der Türkei an, was jedoch nie Früchte trug. Im legalen Bereich war die Zusammenarbeit zwischen der legalen, dem PKK-Parteikomplex nahestehenden politischen Partei (DEP, HADEP, DEHAP, DTP) und den zugelassenen revolutionären Parteien jedoch erfolgreicher. Der legalen, PKK-nahen Partei ist es gelungen, eine langjährige Zusammenarbeit mit linken Parteien aufzubauen, die zwar nie die Wahlhürde von 10 Prozent überschritten hat,⁵⁹ aber in der Ost- und Südosttürkei die Wähler:innenstimmen für sich gewinnen konnte, sodass sie auf nationaler Ebene vertreten ist und auf regionaler Ebene in mehreren Gebieten die kommunale Kontrolle erlangt hat. Alles in allem können wir schlussfolgern, dass die PKK historisch gesehen fest in der revolutionären Linken in der Türkei verwurzelt ist und in dieser Hinsicht als eine politische Partei der Türkei betrachtet werden sollte.

Quellen

- Akkaya, A. H. (2005) *Ateşten Tarih*, documentary in DVD, Dusseldorf & Brussels: BRD/ROJ.
- Aslan, R. (2006) *Kürt Legal Hareketinin Tarihsel Gelişimi*. *Bir. Sayı* 5.:8–22.
- Aslan, Y. (2005) *Devrimci Yol. Kavgamız Bitmeyen Sevdamız. Bir Dönem 1980–1985 yılları*, Ankara: Arayış.
- Ballı, R. (1993) *Kürt Dosyası*, Istanbul: Cem Yayınevi.
- Barkey, H. and Fuller, G. E. (1998) *Turkey's Kurdish Question*, Boston: Rowman & Littlefield Publishers.
- Araştırma ve İnceleme Dergisi. 2006. *Ümit Fırat ile DDKO Söyleşişi*. *Bir 5*, pp.173–185.

59 Der Artikel wurde im Jahr 2010 verfasst, sodass die Wahlerfolge der 2012 gegründeten Halkların Demokratik Partisi HDP (Demokratische Partei der Völker) als Nachfolgerin der DTP hier keine Erwähnung finden. Die HDP konnte bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 und allen nachfolgenden Parlamentswahlen stets die 10-Prozent-Hürde erfolgreich nehmen.

- Bozarslan, H. (2004) *Violence in the Middle East: From Political Struggle to Self-Sacrifice*, Princeton: Marcus Wiener Publishers.
- Büyükkaya, N. (2008) *Kaleminden Sayfalar*, İstanbul: Vate Yayınları.
- Çelik, S. (2000) *Ağrı Dağını Taşımak*, Köln: Zambon Verlag.
- Doğan, M. (1994) Toplu Yazılar, Köln: Agri Verlag
- ERNK (undated). *A Brief History of the Kurdistan Workers Party*. ERNK document.
- Güçlü, I. (2008) *Personal communication*, 19 June 2008.
- Gündoğan. (2007) *Kawa Savunması ve Kürdlerde Siyasi Savunma Gelenegi*, İstanbul: Vate Yayınları.
- Jongerden, J. (2007) *The Settlement Issue in Turkey and the Kurds. An analysis of spatial policies, modernity and war*, Leiden & Boston: Brill Academic Publishers.
- Karer, B. (1999) *PKK Nedir, Ne Değildir*, Stockholm.
- Kürdistan Devrimcileri. 1979. *Maraş Katliamı üzerine bir Değerlendirme*. Serxwebûn Special Issue 2.
- Lipovsky, I. P. (1992) *The Socialist Movement in Turkey 1860–1980*, Leiden, New York, Köln: Brill Academic Publishers.
- Mack, A. (1975) ,*Why Big Nations Lose Small Wars: The Politics of Asymmetric Conflict*’, *World Politics*, 27 (2): 184–85.
- Öcalan, A. (1994) *Kurdistan’da Halk Kahramanlığı*, Köln: Weşanên Serwebûn.
- Öcalan, A. (1999) *Declaration on the Democratic Solution of the Kurdish Question*, London: Mesopotamian Publishers.
- Öcalan, A. (2005) ,*Declaration of Democratic Confederalism in Kurdistan*’, Online. Available HTTP: <http://www.freemedialibrary.com/index.php/Declaration_of_Democratic_Confederalism_in_Kurdistan>
- Öcalan, A. & Mihri B. (1999) *Büyük dönüşüm*, Alternatif Yayınları.
- Özcan, A. K. (2006) *Turkey’s Kurds: A Theoretical Analysis of the PKK and Abdullah Öcalan*, Oxon: Routledge.
- Özdog, Ü. (2003) *The PKK and Low Intensity Conflict in Turkey*, Ankara: Frank Cass.
- PKK. (undated) *1976–1984 PKK Direniş Şehitleri Albümü*, (publication details unknown.)
- PKK. (1995) *PKK 5. Kongre Kararlari*, Köln: Weşanên Serwebûn.
- PKK. (2005) *Partiya Karkerên Kurdistan PKK Yeniden İnşa Kongre Belgeleri*, İstanbul: Çetin Yayinlari.
- Sayin, M. (1997) *Erkeği Öldürmek. Abdullah Öcalan ne diyor?*, Bassel, Köln: Toprak Yayınevi.

- Sick, G. (1995) ,*Iran: The Adolescent Revolution*‘, Journal of International Affairs, Vol. 49.
- Yüce, M. C. (1999) *Doğuda Yükselen Güneş*, Cilt I. İstanbul: Zelal Yayınevi.
- Zizek, S. (2007) ,*Robespierre or the ,Divine Violence’ of Terror*‘, Online. Available HTTP: <<http://www.lacan.com/zizrobes.htm>.> (accessed: 12 August 2008).

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und kurdische politische Parteien in den 1970ern

Joost Jongerden
Ahmet Hamdi Akkaya

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und kurdische politische Parteien in den 1970ern*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/1053291/XJBP3400>

Einleitung

Die Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkêren Kurdistan, PKK) wurde formell am 26. und 27. November 1978 gegründet und gab ihren Namen und ihre Existenz im Juli 1979 bekannt (Akkaya 2016: 220).⁶⁰ Sie wurde allerdings oft als Nachzügler im Stammbaum der Parteien betrachtet, die die kurdische Frage in den 1970er Jahren politisierten. Tatsächlich hatte der Prozess der Gruppenbildung, welcher zur PKK führte, bereits Jahre zuvor, nämlich 1972–73, begonnen (Jongerden und Akkaya 2011). Als die PKK 1978 als Partei gegründet wurde, verfügte sie bereits über engagierte Kader mit starken Überzeugungen. Der Prozess der Gruppenbildung in Ankara hatte nach dem Putsch von 1971 und dem damit einhergehenden Vernichtungs-

⁶⁰ Der Beschluss über den Namen wurde im April 1979 vom Zentralkomitee gefasst; die öffentliche Bekanntgabe des Namens und der Existenz der Organisation erfolgte im Juli desselben Jahres im Bucak-Angriff.

feldzug des Staates gegen die revolutionären Linken begonnen.⁶¹ Die Gruppe um Abdullah Öcalan baute ab Ende 1975 in der Region Kurdistans innerhalb der türkischen Staatsgrenzen ihre Strukturen aus. Die 22 Teilnehmer:innen des Gründungskongresses von 1978 waren als Delegierte für jeweils eine bestimmte Region zuständig.⁶²

Im Laufe der 1980er Jahre entwickelte sich die PKK zur einzigen bedeutenden kurdischen politischen Partei in der Türkei und zog viele an, die zuvor Mitglieder oder Sympathisant:innen rivalisierender kurdischer politischer Parteien gewesen waren. Die meisten dieser kurdischen Parteien, die in den 1970er Jahren gegründet wurden und aktiv waren, überlebten den Putsch von 1980 nicht. Sie fielen entweder auseinander – wie Tekoşin, Kawa und Rizgarî/Ala Rizgarî – oder wurden in die Bedeutungslosigkeit gedrängt – wie TKDP-KUK, TKDP-KİP und TKSP-PSK. Auch wenn der Staatsstreich und die schweren Repressionen, die durch die Machtübernahme des Militärs im Jahr 1980 ausgelöst wurden, einen wichtigen Faktor darstellten, waren die meisten dieser Parteien bereits durch einen Zerfallsprozess geschwächt. Wir betrachten hier die Entstehung und den Zerfall dieser kurdischen Parteien in den 1970er Jahren im Zusammenhang mit dem Charakter der Re-Politisierung nach dem Putsch vom 12. März 1971.

Dieser Artikel gibt einen Überblick über die Neugruppierung von revolutionären Kreisen nach dem Putsch von 1971 als einer

61 Die revolutionäre Linke bezieht sich hier auf die 1970 gegründete Volksbefreiungsarmee der Türkei (Türkiye Halk Kurtuluş Ordusu, THKO), die 1970 gegründete Volksbefreiungspartei-Front der Türkei (Türkiye Halk Kurtuluş Ordusu-Cephesi, THKP-C) und die 1972 gegründete Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist, TKP/ML).

62 Vierundzwanzig Personen waren zu dem Kongress eingeladen worden, aber zwei Mitglieder konnten nicht teilnehmen; Kemal Pir war verhaftet und im Gefängnis, und Mehmet Karasungur war für die Region Hilvan-Siverek zuständig, wo die Organisation bereits in einen bewaffneten Kampf mit Stämmen und lokalen Führern, die den Staat unterstützten, verwickelt war (Jongerden und Akkaya 2011; Akkaya 2016).

Phase, in der wir die Spaltung zwischen der türkischen Linken und den kurdischen Organisationen lokalisieren. An anderer Stelle haben wir argumentiert, dass die PKK zwar aus der Linken hervorging, aber auch über deren orthodoxen Charakter hinausging, wobei mit orthodox hier das Festhalten an einer „korrekten“ sozialistischen Ideologie gemeint ist (Jongerden, 2011: 182, Jongerden, 2012: 156), welche je nach Auffassung das sowjetische, das chinesische oder das albanische Vorbild darstellte. Wir werden hier argumentieren, dass andere kurdische Parteien, auch wenn sie nicht aus der revolutionären Linken hervorgingen, dennoch für ähnliche Spaltungen der Orthodoxie anfällig waren, was zu zahlreichen Abspaltungen und somit zu einer Vielzahl relativ kleiner politischer Organisationen führte. Das Ergebnis dieses Prozesses war, dass diese Parteien entweder vor dem Putsch von 1980 zusammenbrachen oder erheblich geschwächt waren und somit ein leichtes Ziel für die Sicherheitskräfte darstellten.

Niederlage und Neuformierung

Der Geist der revolutionären Linken konnte nach dem Putsch von 1971 nicht lange gebremst werden, auch nicht nach dem Tod ihrer Führungspersönlichkeiten in den Jahren 1972–73.⁶³ Nach den Wahlen von 1973 und einer Generalamnestie im Jahr 1974 begann die Linke, sich neu zu formieren, wobei in dieser Zeit eine Spaltung zwischen der Linken und den Kurd:innen zu beobachten ist. Obwohl sich 1965 die Demokratische Partei

63 Mahir Çayan (THKP-C), Hüdai Arıkan, Cihan Alptekin (THKO), Nihat Yılmaz, Ertan Saruhan (THKP-C), Ahmet Atasoy (THKP-C), Sinan Kazım Özüdoğru (THKP-C), Sabahattin Kurt (THKP-C), Ömer Ayna (THKO) und Saffet Alp (THKP-C) wurden entweder bei Schießereien mit dem Militär getötet oder am 30. März 1972 hingerichtet; die THKO-Anführer Deniz Gezmis, Hüseyin Inan und Yusuf Aslan wurden am 6. Mai 1972 hingerichtet; TKP-ML-Anführer Ibrahim Kaypakkaya wurde zu Tode gefoltert und starb am 18. Mai 1973 im Gefängnis von Diyarbakir.

Kurdistan in der Türkei (Türkiye Kurdistan Demokratik Partî, TKDP) klandestin und 1969 die Revolutionären Kulturvereinigungen des Ostens (Devrimci Doğu Kültür Ocakları, DDKO) als legale Plattform für die Kurd:innen gründeten, hatten sich die meisten kurdischen Organisationen in den 1960er Jahren um die Strukturen der Arbeiterpartei der Türkei (Türkiye İşçi Partisi, TİP) herum organisiert. Die TIP selbst wurde von Gewerkschaften gegründet und 1971 durch das Militär verboten. Nach dem Ende der Militärmacht wurden Anfang der 1970er zwei wichtige Vereinigungen der revolutionären und kurdischen Linken gegründet. Die erste Vereinigung war der im November 1973 gegründete Demokratische Hochschulverband Ankara (Ankara Demokratik Yüksek Öğrenim Öğrenci-Derneği, ADYÖD), in dem sich verschiedene linke Kreise zusammenschlossen. Der zweite, 1975 gegründete Verein war der Verein für revolutionäre demokratische Kultur (Devrimci-Doğu Kültür-Derneği, DDKD), in dem sich verschiedene kurdische Kreise zusammenschlossen, von denen die meisten zuvor in der türkischen Linken aktiv waren. Ein ehemaliges Mitglied des DDKD und Kader der aus dem DDKD hervorgegangenen kurdischen maoistischen Organisation Kawa kommentierte diese Neustrukturierungsphase wie folgt:

„Ich habe ADYÖD ein paar Mal besucht. Dort habe ich Abdullah Öcalan zum ersten Mal getroffen. Wir haben damals nicht miteinander geredet, aber ich habe ihn dort gesehen, wie er mit anderen zusammensaß. Ich war erstaunt, dass ein Kurde der Linken angehören wollte. Er war weit weg von den Kurd:innen und nahe bei den Linken. Bis auf die Gruppe um Abdullah Öcalan waren alle kurdischen Organisationen im DDKD“ (Ibrahim Kerukan, persönliche Kommunikation, 03.02.2017).

Der Unterschied zwischen den Revolutionären Kurdistan, wie sich die Gruppe um Abdullah Öcalan nannte, bevor sie ihren

Namen in Arbeiterpartei Kurdistans änderte, und den anderen kurdischen Organisationen kristallisierte sich auch in Bezug auf die Klassenzugehörigkeit ihrer Mitglieder. Die Revolutionäre Kurdistans bezeichneten die im DDKD aktiven Kreise als bürgerlich, elitär und reformistisch, während diese Kreise die Revolutionäre Kurdistans als lumpig und gewalttätig bezeichneten.⁶⁴ Obwohl die PKK aus der Linken hervorging und viele ihrer anfänglichen Kader ehemalige Sympathisant:innen von zwei der vom Militär zerschlagenen revolutionären Organisationen darstellten (THKO und THKP-C), waren die im DDKD aktiven kurdischen Kreise anfällig für dieselbe orthodoxe Dynamik, welche die Linke im Allgemeinen kennzeichnete. Die PKK versuchte hingegen, durch die Entwicklung einer eigenen Ideologie und politischen Organisation diese Orthodoxie zu überwinden.

Unsere Argumentation lautet deshalb, dass die PKK zwar aus der revolutionären Linken hervorging und dem Geist des revolutionären Wandels folgte, die in diesem Artikel besprochenen kurdischen Organisationen jedoch hinsichtlich ihrer individuellen Zusammensetzung und ideologischen Orthodoxie eher der (türkischen) Linken ähnelten. Darüber hinaus organisierten sich diese kurdischen Organisationen, wie die revolutionäre türkische Linke, typischerweise um Zeitschriften und Vereinigungen herum, die mehr als identitätsstiftende Instrumente der Selbstdarstellung und der Polemik fungierten (Akkaya 2013). Die Auflösung und Bedeutungslosigkeit dieser kurdischen Organisationen, so könnte man sagen, war sowohl das Ergebnis ihres orthodoxen Sektierertums als auch die Folge ihrer politischen Organisationsform, welche sie anfällig für die Repressionen des Staates machte. Sie waren bereits vor der Schockwelle des Putsches von 1980 und der brutalen Gewalt, die dieser gegen die Linke und die Kurd:innen entfesselte, stark geschwächt, was ihren Zerfall erheblich beschleunigte.

64 Ibrahim Kerukan, persönliche Mitteilung, 3. Februar 2017.

Kurdische Organisationen in den 1970er Jahren

Die wichtigsten kurdischen politischen Parteien in den 1970er Jahren waren die Arbeiterpartei Kurdistans (Kürdistanî İşçi Partisi, KİP)⁶⁵, die Nationalen Befreier Kurdistans (Kurdistan Ulusal-Kurtuluşcular, KUK), Nachfolger verschiedener Flügel der TKDP (die sich in den 1980er Jahren weiter absplattete), Kawa (spaltete sich ebenfalls in mehrere Fraktionen auf), Rizgarî und ihre abtrünnige Fraktion Ala Rizgarî, die Sozialistische Partei Kurdistans der Türkei (Türkiye Kürdistan Sosyalist Partisi, TKSP) und die PKK. Zu den kleineren Gruppierungen, die aus Abspaltungen von kurdischen Parteien und der revolutionären Linken in der Türkei hervorgingen, gehörten Tekoşîn (Kampf) und Stêrka Sor (Roter Stern). Alle diese kurdischen politischen Parteien waren illegal; in der Türkei war es nicht möglich, eine politische Partei zur Frage des Status der Kurd:innen oder Kurdistans zu bilden. Obwohl diese Parteien illegal waren, hinderte dies sie nicht daran, legale Plattformen für politische Aktionen zu schaffen. Kawa, Rizgarî und Ala Rizgarî gaben Zeitschriften unter demselben Namen heraus, während die TKSP eher unter dem Namen ihrer Zeitschrift *Weg der Freiheit* (ÖzgürlükYolu) bekannt war.⁶⁶ Die Zeitschriften waren sowohl mediale Plattformen, in denen die politischen Standpunkt der jeweiligen Gruppe oder Partei zum Ausdruck kamen, als auch Mittel für heftige Polemiken.

Eine weitere Organisationsmöglichkeit bildete die Gründung von legalen Vereinen. Der wichtigste dieser Vereine war der Revolutionäre Kulturverein des Ostens (Devrimci Doğu Kültür Derneği, DDKD), wobei das Wort „Kurdistan“ sorg-

65 Nicht zu verwechseln mit der Arbeiterpartei Kurdistans PKK. Obwohl die KIP behauptet, sie habe als Erste den Namen Arbeiterpartei Kurdistans angenommen, hat sie die türkische Abkürzung übernommen, um sich von der PKK zu unterscheiden.

66 Kurdisch: Riya Azadî

fältig gemieden wurde. In Ankara spielten die Mitglieder von Rizgarî eine wichtige Rolle bei der Gründung des DDKD, aber die Şivancılar galten als die dominante Gruppe in der DDKD (siehe unten). Im Anschluss an diese Entwicklung gründete die Rizgarî später den Antikolonialen Kulturverein (Anti-Sömürgeci Kültür-Derneği, ASKD), während die TKSP bereits den Revolutionären Volkskulturverein (Devrimci Halk Kültür-Derneği, DHKD) ins Leben gerufen hatte. Diese von den politischen Parteien als legale Frontbüros gegründeten Vereine waren Schauplatz eines Kampfes um die Vorhut im Kampf der Kurd:innen (Aslan 2006, Gündoğan 2007). Es ist wichtig festzuhalten, dass die PKK bei ihrer Organisation in den 1970er Jahren keine Zeitschriften oder Vereinigungen gründete, zum einen, weil ihre Mitglieder davon überzeugt waren, dass der Kolonialismus nicht mit Zeitschriften und Vereinigungen bekämpft werden konnte und sie diese nicht für die richtige Art der politischen Organisation hielten, zum anderen aber auch, weil sie diese Organisationsform für ein Risiko hielten. Wie der Putsch von 1971 gezeigt hatte, war jede Art der legalen Organisation anfällig für staatliche Angriffe.

Werden die Hintergründe dieser kurdischen politischen Parteien betrachtet, so können sie auf verschiedene Weise klassifiziert werden. Erstens können sie in Bezug auf die wichtigsten Spaltungslinien in der sozialistischen Welt einordnet werden, insbesondere in Bezug darauf, ob sie der ideologischen Position der Sowjetunion, Chinas und Albaniens nahestanden. Mit dem Sozialismus als vorherrschendem Bezugsrahmen für Organisationen, die nach Befreiung strebten und gegen Ungleichheiten kämpften, erkannten die meisten kurdischen Organisationen die Sowjetunion als Hüterin der nationalen Befreiungskämpfe an, mit Ausnahme von Kawa, welche die Sowjetunion als „sozialimperialistisch“ betrachtete und sich im maoistischen Lager positionierte, womit sie auch der maoistischen Strömung in der türkischen Linken, der Gruppe um den umstrittenen Anführer

der nationalistischen Linken, Doğu Perincek, nahestand. Zweitens lassen sich die Organisationen in Bezug auf die Hauptspaltung in der kurdischen Bewegung im Irak unterscheiden. Die kurdische Bewegung im Irak reicht bis in die 1960er Jahre zurück und spaltete sich 1975, als sich die Patriotische Union Kurdistans (YNK)⁶⁷ von der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) lossagte (Stansfield 2006: 196 f.)⁶⁸. Die TKDP wurde unter der Hegemonie der PDK aus dem Irak gegründet oder von ihr inspiriert, wobei KUK und KİP die Fortführung verschiedener Strömungen innerhalb der TKDP waren. Ala Rizgarî, eine Abspaltung von Rizgarî, orientierte sich an der YNK, während diejenigen, die sich an der PDK orientierten, in Rizgarî blieben.

TKDP

Die älteste der in den 1970er Jahren aktiven kurdisch orientierten politischen Parteien, die 1965 gegründete TKDP, war bis Anfang der 1970er Jahre wahrscheinlich die einzige, auf jeden Fall aber die einflussreichste.⁶⁹ Sie musste jedoch eine Reihe von schweren Rückschlägen hinnehmen. Den ersten Rückschlag erlitt sie 1966, als ihr Anführer Faik Bucak (von unbekanntem Angreifer, angeblich einer türkischen Todesschwadron) getötet wurde (Ballı 1992). Unter ihrem neuen Führer, Sait Elçi, wollte die TKDP die PDK im Irak unterstützen. Einige in der Partei hielten eine unterstützende Rolle für die PDK nicht für ausreichend und wollten den Kampf auch in der Türkei organisieren (Çelik 2000: 35). Dies führte zu erheblichen Spannungen. Die PDK präferierte ein ruhiges Hinterland, um so ihre Unterstüt-

67 Kurdisch: Yekêtiy Niûtîmanîy Kurdistan, YNK

68 Kurdisch: Partiya Demokrat a Kurdistanê, PDK

69 Cengiz Gunes (2012) verweist auch auf eine Organisation namens Gruppe der Freiheitsverfechter Kurdistans (Koma Azadixwazên Kurdistan, KAK).

zung von der Türkei aus zu organisieren. Die Befürchtung war, dass politische Aktionen in der Türkei dieses Hinterland in eine offene Konfliktregion wandeln würden. Dennoch organisierten TKDP-Kader gemeinsam mit der TIP, welche mit den kurdischen Forderungen sympathisierte, die sogenannten Ost-Treffen (Doğu Mitingler).⁷⁰ Diese Treffen, die zwischen 1967 und 1969 stattfanden, nahmen das Ausmaß von Massenmobilisierungen an, bei denen gegen kulturelle Unterdrückung und wirtschaftliche Rückständigkeit protestiert wurde (Firat 2006; Karadogan 2006; Gunes 2012; Gundogan 2015).⁷¹

1969 kam es zu zunehmenden Spannungen zwischen dem Flügel, der ausschließlich die PDK unterstützte, und dem aktivistischen Flügel, welcher den Kampf in der Türkei organisieren wollte und Beziehungen zur TIP unterhielt. Diese Spannungen führten letztlich zum Bruch. Sait Kırmızıtoprak (Dr. Şivan), der den aktivistischen Flügel anführte, kündigte die Gründung einer neuen Partei an. Ihr Name war Demokratische Partei Kurdistans in der Türkei (Türkiye'de Kürdistan Demokratik Parti, T-KDP).⁷² 1971 trafen sich die Führer der beiden Fraktionen

70 Die TIP war die erste legale politische Partei in der Türkei, die die kurdische Frage anerkannte. Auf ihrem vierten Kongress im Jahr 1970 wurde eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt: „Die kurdische Nation bewohnt den Osten der Türkei“ und „Gegenüber der kurdischen Nation wird eine Politik der Unterdrückung, des Terrors und der Assimilierung verfolgt“ (Lipovsky 1992: 78).

71 Die Treffen fanden an den folgenden Orten und zu folgenden Zeiten statt: Silvan, 13. August 1967; Diyarbakir, 3. September 1967; Siverek, 24. September 1967; Batman, 8. Oktober 1967; Tunceli, 15. Oktober 1967; Ağrı, 22. Oktober 1967; Ankara, 18. November 1967; Diyarbakir, 13. April 1969; Suruç, 17. Juli 1969; Hilvan, 27. Juli 1969; Varto, 2. August 1969; Siverek, 2. August 1969; Lice, 24. August 1969; und Diyarbakir, 3. September 1969 (Firat 2006; Karadogan 2006).

72 Lange Zeit wurde die T-KDP als (linker) Teil der TKDP gewertet; wie jüngst veröffentlichte Erinnerungen und Forschungsmonografien zeigen, ist jedoch klar, dass die T-KDP eine eigenständige Organisation war, die auf die persönliche Initiative ihres Anführers (Dr. Şivan) zurückging und eng mit der TKDP zusammenarbeitete und auch mit ihr konkurrierte. Im Gegensatz zur traditionalistischen und konservativen Einstellung der TKDP wurde die T-KDP von radikalen Bewegungen beeinflusst (Akkaya 2016), für die die Rolle der türkischen Linken wichtig

im Irak. Aber eine (Wieder-)Vereinigung wurde nicht diskutiert; stattdessen wurden zwei Führer der TKDP, darunter der Generalsekretär Sait Elçi, getötet. Als Vergeltung ordnete Mollah Mustafa Barzani, Gründer und langjähriger Führer der PDK im Irak, die Hinrichtung von drei Führern der T-KDP an, darunter Dr. Şivan.

Die Ermordung ebnete den Weg für eine Krise in beiden Parteien. Die TKDP blieb etwa vier Jahre lang führungslos. Im Jahr 1975 wurde zwar ein neuer Vorsitzender gewählt, doch es kam zugleich zu einer Spaltung von jungen Parteikadern, welche die KUK gründeten. Diese Spaltung folgte auf einen Bruch innerhalb der irakisch-kurdischen PDK, die sich in zwei Flügel aufspaltete, von denen eine von den Barzanis und die zweite von Sami Abdulrahman geführt wurden, der sich ein linkes Image zulegte. Die KUK-Fraktion sympathisierte mit Sami Abdulrahmans PDK-Übergangskomitee (Çelik 2000: 35), aus dem im Laufe der Zeit eine neue Partei, die Demokratische Volkspartei Kurdistans (Parti Gel), hervorging, die in den 90er Jahren wieder mit der PDK fusionierte. Was die T-KDP anbelangt, so kündigten Personen aus dem Umfeld von Dr. Şivan zunächst ihre Auflösung an. 1975 wurde die Partei allerdings wiedergegründet; 1977 nahm diese Partei den Namen KÎP an.

1978 wurde das Ansehen der mit der PDK verbundenen Parteien jedoch schwer beschädigt, als die PDK mit Hilfe von Kurd:innen aus der Türkei eine YNK-Einheit überfiel und Hunderte ihrer Kämpfer:innen und Kader tötete und weitere festnahm (Ballı 1992; Çelik 2000; Gündoğan 2007; Ibrahim Güçlü, persönliche Kommunikation, 19.06.2008). In ähnlicher Weise bedeutete die Niederlage der kurdischen Bewegung im Irak im Jahr 1975 auch, dass „die konservative autonomistische

war: „Die Radikalisierung der türkischen Linken beeinflusste die jungen nationalistischen kurdischen Universitätsstudierenden, die einen wichtigen Bestandteil der neuen kurdischen Elite bildeten. All diese Faktoren drückten sich in Sait Kırmızıtoprak [Dr. Şivans] linker, radikaler Linie aus“ (Gündoğan, 2002: 26).

Variante des kurdischen Nationalismus, welche die TKDP vertrat, ihre Glaubwürdigkeit verlor“.

TKSP

Die TKSP, die nach dem Namen ihrer Zeitschrift auch als Özgürlük Yolu bzw. auf Kurdisch Rîya Azadî bezeichnet wird, wurde 1974 gegründet und erlebte unter dem ehemaligen TİP-Mitglied Kemal Burkay einen raschen Aufschwung. 1977 wurde sie jedoch von internen Kämpfen heimgesucht und war dem Zerfall preisgegeben. Innerhalb der Partei kam es zu einem Riss, woraufhin sich eine Gruppe um İhsan Aksoy abspaltete und 1979 die Gruppe Pêkanîn gründete. Eine andere Gruppe, die sich von der TKSP abspaltete, gründete die Kurdische Volkspartei (Ballı 1991, Gunes 2012). Ein Anzeichen für die internen Probleme war die Einstellung der Veröffentlichung der Zeitschrift. Doch es kam noch schlimmer, als im März 1980 die Polizei einen Teil der illegalen Strukturen der Partei aufdeckte und eine Reihe von Kadern, darunter Mitglieder des Zentralkomitees und regionale Parteifunktionäre, verhaftete.

Innerhalb der Partei kam es immer wieder zu Konflikten zwischen den sogenannten Gemäßigten, die sich um den Parteivorsitzenden Kemal Burkay scharten, und den sogenannten Radikalen, deren bekanntester Verfechter Zeki Adsız war. Dies trug zu einer weiteren Verschärfung der Krise in der Partei bei. 1982 spaltete sich die Gruppe um Adsız nach einer Sitzung des Zentralkomitees von der Hauptpartei ab, der er mangelnde Führungsqualitäten und die damit verbundene Unfähigkeit zur Organisation der Opposition in der Türkei vorwarf. Er lehnte auch die antagonistische Haltung der Partei gegenüber der PKK ab. Burkay und seine Anhänger:innen in der Partei betrachteten Adsız als „linksextrem“ und verwiesen auf seinen „Lumpen“-

Hintergrund.⁷³ Nach dieser Kritik verließen Adsız und seine Anhänger:innen 1984 die Partei und gründeten eine neue politische Partei, die TKSP-Roja Welat (Ballı 1991; Gündoğan 2007). Ihr Hauptkritikpunkt an der TKSP war deren Unfähigkeit, den Widerstand gegen den Militärputsch zu organisieren, und ihre Bevorzugung einer „Flüchtlingsposition“ in Europa gegenüber einer aktiven Opposition. Im Jahr 1986 schloss sich die TKSP-Roja Welat mit zwei Fraktionen der KİP zur Sozialistischen Einheit Kurdistans (Tevgera Sosyala Kurdistan, TSK) zusammen.⁷⁴ Diese neue Formation begann sich auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten, mit dem Ziel, die zweite militärische Kraft unter den Kurd:innen in der Türkei zu werden und neben der PKK gegen den Staat zu kämpfen. 1990 löste sich die Organisation jedoch nach dem Tod von Zeki Adsız auf.

Die TKSP definierte sich selbst als prosovjetsch. Sie betrachtete Kurdistan als Kolonie, halbfeudal und vorkapitalistisch, sah die Türkei als halbkapitalistisch an und strebte einen „revolutionären, demokratischen, antifaschistischen, nationalen und antikolonialistischen Kampf“ an (Orhan 2016). Sie verfolgte eine zweideutige, um nicht zu sagen verwirrende politische Strategie, die einerseits dem Kampf gegen den Feudalismus in Kurdistan als Teil einer nationalen Befreiungsstrategie zum Zwecke einer nationalen demokratischen Revolution Priorität einräumte und andererseits für eine Koalition mit fortschrittlichen Kräften in der Türkei als Teil eines umfassenderen Kampfes für den Sozialismus plädierte. Während die Befreiung Kurdistans von der Bevölkerung selbst, unabhängig von der revolutionären Bewegung in der Türkei, vollzogen werden müsse, trat die Partei auch für einen gemeinsamen Kampf der Arbeiterklassen Kurdistans und der Türkei für den Sturz der reaktionären Kräfte und eine demokratische Republik ein. In der Praxis bedeutete dies eine

73 <http://zuexpayic.blogspot.nl/2011/11/zeki-adsizin-kek-saleh-anisina-2bolum.html>

74 <http://zekiadsiz.com/hayati.htm>

Neigung zu einer engen Zusammenarbeit mit der Linken in der Türkei auf der Grundlage einer antiimperialistischen und antifaschistischen Front, ohne jedoch in der Lage zu sein, „die kurdischen nationalen Forderungen klar zu vertreten“ (Gunes 2012: 94).

Rizgarî/Ala Rizgarî

Nach der Machtübernahme durch das Militär 1971 waren kurdische politische Aktivist:innen inhaftiert worden. Die DDKO-Häftlinge im Gefängnis von Diyarbakir bildeten eine „Komune“ und diskutierten über die Notwendigkeit der Gründung einer neuen politischen Bewegung. Zu ihnen gehörten Mümtaz Kotan, İbrahim Güclü, Hatice Yaşar und İsmail Beşikçi. Die Arbeit des Verlags „Kom“ und die Herausgabe der Zeitschrift *Rizgarî* (Befreiung) bildete die Haupttätigkeit dieser Gruppe ab. Die Gruppe lehnte die Aufteilung in verschiedene internationale sozialistische Strömungen ab, verzichtete auf sektiererische Kritik an der Sowjetunion oder China und schloss sich keiner von beiden Seiten an. Ihr Hauptaugenmerk lag auf der nationalen Befreiung Kurdistans, welche als internationale Kolonie betrachtet wurde. Mit dem Fokus auf die nationale Befreiung und des Kampfes gegen den Staat wurden die feudalen Strukturen und die damit verbundenen Ausbeutungsverhältnisse, denen viele Kurd:innen unterworfen waren, als zweitrangig betrachtet. Schließlich wurde der politische Hauptwiderspruch als der zwischen dem Volk Kurdistans und dem türkischen Staat gesehen, sodass die Frage der nationalen Befreiung wichtiger war als der Kampf gegen die Feudalherren. Außerdem argumentierte Rizgarî, dass in Kurdistan die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die Hegemonie der Feudalklasse beenden würde. Da die Geschichte des Feudalismus ohnehin ihrem Ende entgegenschreiten würde, sollte der Frage der feudalen Unter-

drückungsverhältnisse im politischen Kampf keine Priorität eingeräumt werden. Erst nach Kritik von anderen Parteien akzeptierte Rizgarî den Kampf gegen den Feudalismus als wichtiges politisches Ziel (Bora 2017: 847).

Einige der Gründungsmitglieder der Rizgarî standen der T-KDP von Dr. Şivan nahe. Hatice Yaşar, eine der Gründerinnen von Rizgarî und Chefredakteurin der Zeitschrift, war zuvor Mitglied dieser Gruppierung gewesen. 1978 spaltete sich Rizgarî in Rizgarî und Ala Rizgarî (Fahne der Befreiung), wobei unterschiedliche Auffassungen über die Parteistrategie zur Spaltung geführt haben sollen. Rizgarî wollte sich angeblich auf den Aufbau von Organisationen in den Großstädten konzentrieren, während Ala Rizgarî die Arbeit unter den Menschen auf dem Land und eine Ausrichtung auf den bewaffneten Kampf für zentral erachtete (Ibrahim Güclü, persönliche Kommunikation, 19.06.2008; Bora 2017). Mitverantwortlich für die Spaltung waren auch die Beziehungen zur kurdischen Bewegung im Irak, wobei die Diskussionen 1978 mit der Ermordung von YNK-Kadern und -Kämpfer:innen durch die PDK einen Wendepunkt erreichten. Ein Teil innerhalb von Rizgarî verteidigte oder billigte den Angriff. Diejenigen, die dies nicht taten, angeblich die Mehrheit der Kader und Sympathisant:innen, verließen die Rizgarî und gründeten die neue Partei, Ala Rizgarî, und ihre gleichnamige Zeitschrift (Ballı 1991).

Ende 1979 beschloss Ala Rizgarî, die Möglichkeit der Gründung von Zentren für die politische und militärische Ausbildung im Libanon und in den kurdischen Regionen des Irak und des Irans zu prüfen. Im Libanon wurden Kontakte zu mehreren Gruppen geknüpft, die engsten mit der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) von George Habash. Im Irak wurden mit der YNK und der Kommunistischen Partei des Irak und im Iran mit der Komala, einer vom Maoismus inspirierten kurdischen politischen Partei, Kontakte aufgebaut. Im August 1980 beschloss

das Zentralkomitee der Ala Rizgarî auf einem in Syrien organisierten Treffen, mit der politisch-militärischen Ausbildung zu beginnen und drei Gruppen von 30 Personen zur Ausbildung bei der PFLP im Libanon, der PUK in Kurdistan-Irak und der Komala im Iran zu entsenden. Ala Rizgarî hatte sich mit allen drei Parteien geeinigt, aber ihre Pläne wurden durch den Putsch vom 12. September durchkreuzt. Da nun viele ihrer Kader und Aktivist:innen gesucht wurden, beschloss die Partei, ihre Leute (etwa 150–200) in das Gebiet der YNK zu bringen und dort ein Ausbildungslager einzurichten. Die Ausbildung wurde von Ausbildern der YNK durchgeführt, aber die Ala Rizgarî musste die Logistik, einschließlich der Beschaffung von Waffen, selbst organisieren, was eine schwere Aufgabe für eine Partei im Exil darstellte, die sich neu organisieren wollte (Ibrahim Güclü, persönliche Kommunikation, 19.06.2008).

Da in der Region ein Krieg zwischen der YNK und irakischen Truppen herrschte, wurde die Ala Rizgarî auch in Kämpfe mit der irakischen Armee verwickelt. Außerdem war die Region ein Schlachtfeld für Kämpfe zwischen der YNK und der PDK. Obwohl die Ala Rizgarî mit der YNK vereinbart hatte, sich aus diesen Kämpfen herauszuhalten, wurde sie gelegentlich in sie hineingezogen, was zu Spannungen innerhalb der Partei führte. Außerdem wurde ein taktisches Bündnis zwischen der YNK und dem Iran innerhalb der Ala Rizgarî heftig kritisiert. Die innerkurdischen Auseinandersetzungen in der Region und das taktische Bündnis der YNK mit dem Iran, die gegen die PDK-U und die Komala, eine Partei, zu der Rizgarî enge Kontakte pflegte, kämpfte, ebneten den Weg zur Demoralisierung. 1982 beschlossen die meisten Kämpfer:innen und Kader, aufzugeben und nach Europa (vor allem Schweden und Deutschland) zu migrieren, wo sie politisches Asyl beantragten. Im Ausland wurden neue Parteien gegründet, darunter die Sozialistische Union Kurdistans (Yekitiya Sosyalista Kurdistan), die später in Ala Rizgarî-Einheitsplattform umbenannt wurde, deren Einfluss aber

begrenzt blieb (Ibrahim Güclü, persönliche Kommunikation, 19.06.2008).

Kawa

Die illegale politische Partei Kawa und ihre Zeitschrift wurde nach einer bedeutenden Figur der kurdischen Mythologie benannt, an die beim kurdischen Neujahrsfest (Newroz) erinnert wird und die als Symbol des Widerstands gilt. Die Partei wurde 1976 von maoistischen Mitgliedern des DDKD in Ankara und Istanbul zusammen mit kurdischen Kadern und Sympathisant:innen der illegalen Maoistischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee der Türkei (Türkiye İşçi Köylü Kurtuluş Ordusu, TIKKO) gegründet; einige der Gründungsmitglieder hatten auch Beziehungen zur T-KDP von Dr. Şivan (Buran 2007). Im Jahr 1977 spaltete sich die Partei in zwei Fraktionen, Denge Kawa und Kawa-Red. Der Grund für die Spaltung war die Drei-Welten-Theorie, die von Mao Zedong entwickelt wurde. Diese unterteilt die Welt in drei Lager – die Erste Welt, bestehend aus den beiden Supermächten, den imperialistischen USA und der sozialimperialistischen UdSSR, die Zweite Welt, bestehend aus Europa, Japan und anderen entwickelten Ländern, und die Dritte Welt, in der die unterentwickelten Länder zusammengefasst sind – und ruft zur Solidarität innerhalb der Dritten Welt gegen die Bedrohung(en) durch die Erste (und Zweite) Welt auf. Dies bedeutet, dass sich die maoistischen Parteien in der Dritten Welt auf den Hauptwiderspruch – zwischen ihrem Land und den USA/der UdSSR – konzentrieren und, wenn nötig, die kleineren Widersprüche innerhalb ihres Landes beiseiteschieben müssen. In der Türkei würde dies für die kurdischen Parteien eine Zusammenarbeit mit der kemalistischen Elite bedeuten. Ein Teil der Partei, der sich in Denge Kawa umbenannte, akzeptierte die Theorie und ihre Implikationen. Ein Kampf gegen

den türkischen Staat, so die Überlegung, würde den antiimperialistischen Kampf schwächen:

„Unser Ziel hat sich geändert. Unsere Ideologie änderte sich. Unserer Meinung nach war der Hauptwiderspruch [für] die Kurd:innen nicht der türkische Staat, sondern der Widerspruch mit den Vereinigten Staaten und dem sowjetischen Imperialismus“ (Keruken 2014: 114).

Der andere Teil von Kawa, Kawa-Red, lehnte dies ab („rot“ ist abgeleitet von „reddet“, was „ablehnen“ bedeutet). Kawa-Red verstand sich immer noch als maoistisch, distanzierte sich aber politisch von Mao und schloss sich stattdessen der politischen Position von Enver-Hoca an (der den albanischen Sozialismus vertrat), einem ehemaligen Verbündeten Chinas, der die Drei-Welten-Theorie ebenfalls ablehnte (Gündoğan 2007).

Im Herbst 1978 organisierte die Denge-Kawa in einem ihrer wichtigsten Zentren, Siverek in der südöstlichen Provinz Urfa, eine Versammlung, auf der sie ein neues Zentralkomitee wählte. Die Partei litt jedoch weiterhin unter internen Spaltungen und zunehmender Marginalisierung, insbesondere aufgrund der wachsenden Unterstützung für die PKK in Siverek, wo auch einer ihrer Führer, Ferit Uzun, getötet wurde. Mehmet Celal Bucak, ein Stammesführer und Kollaborateur mit dem türkischen Staat, wurde dafür verantwortlich gemacht.⁷⁵ Bucak war ein hochrangiges Mitglied der konservativen Gerechtigkeitspartei (Adalet Partisi, AP) und ausbeuterischer Großgrundbesitzer, der Tausende von Hektar Land mit mehr als 20 Dörfern besaß und die Stadt und den Bezirk Siverek kontrollierte. Dies führte zwar zu weiterem Widerstand gegen die Bucak-Familie, aber Denge Kawa verzichtete auf Vergeltungsmaßnahmen, und ihre Führer trafen sich darüber hinaus mehrmals mit Mehmet Celal Bucak.

75 Ein reumütiger PKK-Anhänger behauptete später, die PKK habe Uzun getötet.

Gemäß der Drei-Welten-Theorie betrachtete Denge-Kawa die PKK als Hauptproblem (Keruken 2014: 113), weil sie ihren Kampf nicht auf der Grundlage des Hauptwiderspruchs zwischen den Ländern der Dritten Welt und den (sozial-)imperialistischen Mächten organisierte, sondern auf der Grundlage dessen, was Denge-Kawa als sekundäre Widersprüche betrachtete, nämlich zwischen der kurdischen Bevölkerung und dem kemalistischen Staat sowie zwischen einer mit dem Staat vernetzten (comprador) Feudalklasse und der bäuerlichen Bevölkerung.

Die Bucaks wurden von der PKK als Vertreter:innen einer unterdrückterischen Feudalklasse angesehen, eine Ansicht, die aufgrund ihrer Erfahrungen von vielen Bauern und Bäuerinnen und Bewohner:innen der Region Siverek geteilt wurde. Der Kampf gegen die Familie erreichte am 30. Juli 1979 einen Höhepunkt, als die PKK versuchte, Mehmet Celal Bucak zu töten. Zeitgleich mit diesem Angriff wurde auch die Existenz der PKK publik gemacht. Bucak wurde nicht nur für das angegriffen, was er repräsentierte – eine ausbeuterische Grundbesitzerklasse und einen repressiven Staat –, sondern auch für das, was er tat. Mehmet Celal Bucak war der Mitbegründer eines Vereins für den Kampf gegen den Kommunismus. Er hatte angekündigt, dass er es nicht zulassen würde, dass Linke in Siverek Unterstützung erhielten, und prahlte damit, dass er bereits eine schwarze Liste von Linken erstellt hatte, die getötet werden sollten (Büyükkaya 2008). Seine Stellung als Großgrundbesitzer und Verbündeter des Staates wie auch sein Ruf machten ihn zum passenden Ziel für die PKK. Der Anschlag scheiterte jedoch. Mehmet Celal-Bucak wurde verwundet, sein achtjähriger Sohn kam ums Leben, und die PKK verlor einen ihrer prominentesten Kader in der Region Siverek-Hilvan, Salih Kendal.

Als Siverek zum Schauplatz eines bewaffneten Kampfes zwischen der PKK und der bewaffneten Miliz der Bucaks wurde, geriet Denge Kawa zunehmend ins Abseits. Schließlich ging sie in der Aydınlik auf, einer türkischen maoistischen Strömung

unter der Führung von Doğu Perinçek, der eine „nationale Front“ mit der kemalistischen Linken in der Bürokratie und im Militär verteidigte. Im Januar 1978 hatte Perinçek die Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (Türkiye İşçi ve Köylü Partisi, TİKP) gegründet. Nicht alle in Denge-Kawa akzeptierten die Auflösung in die TİKP, und einige Mitglieder versuchten, mit der TKDP zusammenzuarbeiten oder eine Annäherung an Kawa-Red zu erzielen. Kawa-Red war jedoch auch anfällig für weitere interne Spaltungen. Die wichtigste Spaltung erfolgte 1979, als sich Kawa-Red in zwei Fraktionen aufspaltete: Kawa-Merkez (Zentrum) und Kawa-Muhalefet (Opposition), wobei die letztere Fraktion eine aktivere Strategie (bewaffneter Kampf) vertrat. Diese Haltung wurde vor dem Hintergrund des Wachstums der PKK eingenommen, die mit ihrer Strategie des bewaffneten Kampfes Erfolg zu haben schien (Gundogan 2007). Kawa-Muhalefet knüpfte erfolgreich Kontakte zu Syrien, und nach dem Putsch ließen sich die Führer der Partei in Qamiso an der Grenze zur Türkei nieder. Die Partei überlebte jedoch nicht die Ermordung ihrer Führer, darunter des Generalsekretärs Hüseyin Aslan, der am 12. Dezember 1980 bei einer grenzüberschreitenden Razzia türkischer Spezialeinheiten in einem Haus in Qamiso ums Leben kam (Çelik 2000, Gündoğan 2007).

Eine weitere Organisation war die 1977 gegründete Stêrka Sor. Die Gründer dieser Partei hatten einen Hintergrund in der Volksbefreiung/Halkın-Kurtuluşu (Orhan 2015: 57), andere kamen aus der Kawa (Keruken 2014: 142). Sie wurden auch als Anhänger:innen der fünf Teile (Beş Parçacılar) bezeichnet, da die Organisation die These vertrat, dass Kurdistan von fünf Ländern geteilt und kolonisiert wurde: Türkei, Irak, Iran, Syrien und die Sowjetunion. Stêrka Sor bewertete die Sowjetunion in der Tradition des Maoismus als „sozialimperialistisch“, und dies war auch die wichtigste Methode, mit der sie sich von anderen Parteien abzugrenzen versuchte. Stêrka Sor löste sich jedoch im Laufe des Jahres 1978 auf. Einer ihrer Führer, Ali Rıza-Koşar,

wurde in Elazığ ermordet, angeblich von der türkischen Linksorganisation Dev-Sol (Orhan 2015: 57). In der Zeit vor seiner Ermordung, kurz vor der Spaltung von Denge-Kawa und Kawa-Red, soll Koşar mit Kawa über einen Zusammenschluss verhandelt haben – nach seinem Tod hätte sich ein Teil von Stêrka Sor in Kawa eingegliedert. Zu diesem Zeitpunkt wurde Stêrka Sor jedoch von den Revolutionären Kurdistans, dem Vorläufer der PKK, heftig angegriffen, da diese Stêrka Sor für den Tod eines ihrer wichtigsten Kader, Haki Karer, verantwortlich machten (Gündoğan 2007; Jongerden und Akkaya 2012; Öcalan 1994: 92, 11–22; Aksu 2006, 2008).

Diskussion

Wenn man auf die Geschichte dieser Parteien zurückblickt, gibt es zwei Hauptursachen für ihre unterschiedlichen Auflösungserscheinungen. Erstens ihr orthodoxes Sektierertum, das auf Diskussionen darüber beruht, wer oder was den „wahren Sozialismus“ repräsentiert, und die dogmatische Übernahme der jeweiligen Theorien. Der Fall Kawa und die Spaltung über die Drei-Welten-Theorie von Mao Zedong sind ein gutes Beispiel dafür. Generell waren die Konkurrenz und die sektiererischen Konflikte zwischen den Anhänger:innen Moskaus und den Anhänger:innen Pekings mannigfaltig. Dies hing auch mit theoretischen Diskussionen über den Charakter der Türkei – feudal, asiatische Produktionsweise oder kapitalistisch – zusammen, die einen wichtigen Einfluss auf die Definition der Ziele des politischen Kampfes hatten. Während die Drei-Welten-Theorie und ihre Identifizierung primärer und sekundärer Widersprüche Kawa dazu veranlasste, eine „antiimperialistische Koalition“ mit eben jenem kemalistischen Regime in Erwägung zu ziehen, das für eine verleugnende und repressive Politik gegenüber den Kurd:innen in der Türkei verantwortlich war, übersahen andere

den inneren Widerspruch zwischen Landbevölkerung und Großgrundbesitzern, indem sie erklärten, dass der Vormarsch des Kapitalismus darauf hindeutete, dass der wirtschaftliche Fortschritt diesen Widerspruch obsolet machen würde, weswegen der wichtigste politische Kampf daher der Kampf gegen den Staat sei. Infolgedessen und aufgrund der von ihnen eingenommenen Positionen waren diese Parteien nicht erfolgreich darin, ihre Politik mit dem täglichen Leben und den Kämpfen der Menschen zu verbinden. Als sich der Kampf gegen die Feudalherren zu vertiefen begann, trafen sich diese Parteien entweder mit dem Großgrundbesitzer Bucak, um das Problem der PKK zu diskutieren (im Fall von Kawa), oder sie erklärten den Widerspruch zwischen dem Volk und den Feudalherren angesichts des Vormarschs des Kapitalismus in der Region aus theoretischen Gründen für unbedeutend (Rizgarî).

Auch wenn einige Parteien ihre Position nicht anhand der Frage definierten, wer den wahren Sozialismus vertrat, wie etwa Rizgarî, entwickelten sie enge und abhängige Beziehungen zu einem der beiden wichtigsten kurdischen politischen Akteure im Irak. Dieses Abhängigkeitsverhältnis wirkte sich negativ auf die Organisation und die Moral dieser Parteien aus und führte zur Eliminierung der T-KDP durch die PDK, zum Bruch zwischen Rizgarî und Ala Rizgarî und zu der Einflussnahme der YNK auf Ala Rizgarî. Kurz gesagt, die Parteien waren starken ideologischen Überzeugungen (in Bezug auf die Drei-Welten-Theorie, den kapitalistischen Charakter der Türkei und Kurdistans) oder politischen Positionen (PDK, YNK) verpflichtet, die nicht von ihnen selbst produziert und aufrechterhalten wurden und die nicht die Probleme widerspiegelten, welche die Menschen in ihrem täglichen Leben in der Region erlebten.

Ein zweiter Grund für die Auflösung der Parteien betraf die geografischen Entscheidungen darüber, wo man sich im Parteaufbau engagieren sollte. Einerseits erwies es sich als gefährlich, in oder nahe der territorialen Kriegszone, dem eigentlichen

Konfliktgebiet, aktiv zu sein. Nach dem Militärputsch versuchte Tekoşin, sich zu reorganisieren, obwohl es sich aktiv am bewaffneten Kampf beteiligte, und wurde innerhalb von zwei Jahren besiegt. Die Führer von Kawa-Muhalefet hielten sich in der Nähe der türkischen Grenze auf und wurden von einer türkischen Spezialeinheit getötet. Die Ala Rizgarî versuchte, sich auf dem Gebiet der YNK neu zu organisieren, wurde aber im Laufe der Ereignisse dort zerschlagen. Die Entfernung von dem umkämpften Gebiet bedeutete andererseits einen Verlust an Handlungsfähigkeit. Die Parteien wurden machtlos, sie konnten nicht in den Verlauf der Ereignisse in der Türkei/Kurdistan eingreifen. Diejenigen, die nach Europa emigrierten, wie die TKSP, konnten nicht viel mehr als eine symbolische Politik betreiben.

Betrachtet man die PKK, so unterschied (und unterscheidet) sich die Partei in allen diesen Punkten. Die Revolutionäre Kurdistans kümmerten sich nicht so sehr darum, wer oder was die wahre Form des Sozialismus repräsentierte, sondern waren mehr damit beschäftigt, den sozialistischen Kampf unter den eigenen Bedingungen und konkreten Verhältnissen zu verstehen (Cemil Bayik, persönliche Kommunikation, 30.10.2014; Riza Altun, persönliche Kommunikation, 30.10.2014). Dies implizierte die Entwicklung eines Verständnisses der gelebten Realität in der Türkei und Kurdistan und machte die Partei immun gegen orthodoxe und sektiererische Diskussionen über die relativen Vorzüge der Positionen verschiedener Länder und Systeme, die in den 1970er Jahren zu so vielen Spaltungen und Abspaltungen unter und innerhalb linker Parteien führten. Stattdessen diskutierte die PKK 1) darüber, wie die linke Bewegung scheinbar mühelos ausgelöscht worden war – da der öffentliche Raum unter der Kontrolle des Staates stand, baute sie eine Partei aus einem Netzwerk privater Räume auf, mit dem Ziel, unter dem Radar zu bleiben – und 2) entwickelte sie ihre eigene, eigenständige Ideologie (Apoculuk), ihr eigenes Verständnis von Sozialismus – mit Abdullah Öcalan als ihrem wichtigsten Ideologen.

Nach dem Putsch von 1980 reorganisierte sich die PKK in einiger Entfernung vom Kriegsschauplatz. Sie knüpfte Kontakte zu palästinensischen Organisationen, die sich bereit erklärten, sie im Libanon auszubilden (Akkaya 2015). Später, Mitte der 1980er Jahre, übernahm die PKK ein ehemaliges Ausbildungslager einer palästinensischen Organisation im libanesischen Beka'a-Tal.⁷⁶ Auch hier handelt es sich um eine „politische Kriegsgeografie“, könnte man argumentieren, aber es war nicht die der PKK. Im Beka'a-Tal konnte sich die PKK organisieren und vorbereiten. Sie musste keinen Angriff der Türkei fürchten (wie es bei Kawa der Fall war) und war gleichzeitig nahe genug an der Türkei, um ihre Rückkehr zu organisieren und vorzubereiten.

Schlussfolgerungen

Dieser Artikel befasst sich mit der Bildung und dem Zerfall kurdischer nationaler politischer Parteien in der Zeit zwischen zwei Putschen in der Türkei, dem Putsch vom 12. März 1971 und dem vom 12. September 1980. Nach dem Putsch von 1971 fand eine Phase der Reorganisation innerhalb der revolutionären Strukturen statt, bei der eine (erste) Trennung zwischen der türkischen Linken und den kurdischen Organisationen zu beobachten ist, wobei die PKK aus einer Gruppierung innerhalb der Linken (ADYÖD) und andere kurdische Organisationen aus einer kurdischen Gruppierung außerhalb der Linken (DDKD)

⁷⁶ In Syrien verfügte die PKK über ein Netz von Häusern, die sympathisierenden Kurd:innen gehörten. Auch Öcalan hielt sich in solchen Häusern auf, zusammen mit 5–10 Kader. Offiziell unterhielt die PKK kein Büro in Syrien. Nach der Schließung des PKK-Lagers im Beka'a-Tal im Libanon im Herbst 1992 eröffnete die PKK im Januar 1994 ein neues Ausbildungslager in einem Bauernhaus in einem Bezirk ganz in der Nähe von Damaskus. Dieses Lager, das als Zentrale Schule der Partei (Parti Merkez Okulu) bezeichnet wurde, war bis Ende 1998 geöffnet, als Öcalan Syrien verließ. In den Jahren 1997–98 gab es ein Büro in einem Wohnblock mit der Bezeichnung „Präsidialbüro“ (Başkanlık Bürosu).

hervorgingen. In den kurdischen Organisationen spiegelten sich jedoch die Spannungen und Konflikte der Orthodoxie und das daraus resultierende Sektierertum der Linken in der Türkei wieder, die zu Spaltungen über die Frage führten, wer den wahren Weg zum Sozialismus repräsentiert (Sowjetunion, China oder Albanien). Wie im Falle der Drei-Welten-Theorie, die zu einer Spaltung innerhalb der maoistischen Bewegung zwischen den Anhänger:innen Maos und den Anhänger:innen des albanischen Führers Enver Hoca führte, kam es auch innerhalb der verschiedenen Strömungen immer wieder zu Abspaltungen und Neugründungen.

Theoretische Fragen, zum Beispiel über den Charakter der Produktionsweise der Türkei (feudal, asiatisch oder kapitalistisch), hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die politischen Positionen der Parteien, wie der Fall Rizgarî zeigt. Ausgehend von der Vorstellung, der Kapitalismus sei auf dem Vormarsch und wirke sich modernisierend auf die sozialen Beziehungen aus, neigte die Partei dazu, den Widerspruch zwischen den feudalen Grundbesitzern und der Land- und Bauernbevölkerung zu ignorieren, während der Kampf mit den feudalen Grundbesitzern in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zu einem der zentralen Themen für die kurdische Bevölkerung und andere Bewegungen wurde. Darüber hinaus führte die Frage der Zugehörigkeit, um nicht zu sagen der Unterwerfung, zu den Parteien in der kurdischen Bewegung im Irak zu weiteren Spaltungen und Kämpfen innerhalb der kurdischen Parteien, während ihre physische Positionierung in Bezug auf die Geographie des Krieges dazu führte, dass sie entweder verwundbar oder abgekoppelt von der eigenen Bevölkerung waren. Infolgedessen waren diese kurdischen Parteien Ende der 1970er Jahre ernsthaft geschwächt. Der Putsch von 1980 mag ihnen den Todesstoß versetzt haben, aber die Hauptgründe für ihre Marginalisierung waren politisch-ideologischer und organisatorischer Natur.

Quellen

- Akkaya, A. H. (2013). ‚Kürt Hareketinin Örgütlenme Süreci Olarak 1970’ler‘. *Toplum ve Bilim*(127): 88–120.
- Akkaya, A. H. (2015). *The Palestinian Dream in the Kurdish Context*. *Kurdish Studies* 3(1): 47–63.
- Akkaya, A. H. (2016). *The Kurdistan Workers’ Party (PKK): National Liberation, Insurgency and Radical Democracy Beyond Borders*, Dissertation Presented to the Faculty of Political and Social Sciences Ghent University in Fulfillment of the Requirements for the Degree of Doctor of Political Sciences. Ghent, Ghent University.
- Aksu, G. (ed.) (2006) *Güneşin Sofrasında I, Anılarla Abdullah Öcalan*. Cologne: Mezopotamien Verlag.
- Aksu, G. (ed.) (2008) *Güneşin Sofrasında II, Anılarla Abdullah Öcalan*. Cologne: Mezopotamien Verlag.
- Aslan, R. (2006). ‚Kürt Legal Hareketinin Tarihsel Gelişimi‘. *Bir* (5): pp. 8–22.
- Ballı, R. (1991). *Kürt Dosyası*. İstanbul, Cem Yayınevi.
- Bora, T. (2017). *Cereyanlar, Türkiye de Siyasi Ideolojiler*. İstanbul, İletişim.
- Buran, A. (2007). ‚DDKO İlk Ulusalçı, Demokratik ve Ayrı Örgütlemeyi Hedefleyen Kürt Demokratik Gençlik Örgütüyüdü‘. *Kovara Bir* (6).
- Büyükkaya, N. (2008). *Kaleminden Sayfalar*. İstanbul, Vate Yayınları.
- Çelik, S. (2000). *Ağrı Dağını Taşımak*. Köln, Zambon Verlag. Fırat, Ü. (2006). ‚Ümit Fırat ile DDKO Söyleşi‘. *Bir*. Sayı 5. pp. 174–185.
- Gündoğan, C. (2007). *Kawa Savunması ve Kürdlerde Siyasi Savunma Geleneği*. İstanbul, Vate Yayınları.
- Gunes, C. (2012). *The Kurdish National Movement in Turkey: From Protest to Resistance*. London, Routledge.
- Jongerden, J. and A. H. Akkaya (2011). ‚Born from the left: the making of the PKK‘. in: M. Casier and J. Jongerden (eds.) *Nationalisms and Politics in Turkey: political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue*, London, Routledge: pp. 123–142.
- Jongerden, J. and A. H. Akkaya (2012). *The Kurdistan Workers Party and a New Left in Turkey: Analysis of the revolutionary movement in Turkey through the PKK’s memorial text on Haki Karer*, in: *European Journal of Turkish Studies*, Issue 14.
- Karadoğan, Y. (2006) ‚Kürd Demokratik Mücadelesinde bir Kilometre

- Taşı: 1967–1969 Doğu Mitinglerine Kürd Uyanışı*. Bîr. Sayı 5. pp. 255–283.
- Keruken, I. (2014). *Parçası, Tanığı, Mahkumu, Sürgünü Oldum*. İstanbul, İletisim.
- Lipovsky, I. P. (1992) *The Socialist Movement in Turkey 1860–1980*. Leiden, New York, Cologne: Brill Academic Publishers.
- Orhan, M. (2015). *Political Violence and Kurds in Turkey: Fragmentations, Mobilizations, Participations & Repertoires*. London, Routledge.
- Orhan, M. (2016). *Political Violence and Kurds in Turkey: Fragmentations, Mobilizations, Participations and Repertoires*. London, Routledge.
- Stansfield, G. (2006). *Governing Kurdistan: The strengths of division*, in: B. O’Leary, J. McGarry and K. Salih (eds.) *The Future of Kurdistan in Iraq*, University of Pennsylvania Press. Philadelphia: pp. 195–218.

III | Paradigmenwechsel

Die Neuordnung des Politischen: Die PKK und ihr Projekt der radikalen Demokratie

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Neuordnung des Politischen: Die PKK und ihr Projekt der radikalen Demokratie*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/1053291/PMHJ4918>

Einleitung

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), eine der wichtigsten säkularen politischen Bewegungen im Nahen Osten, hat in den 2000er Jahren nach der Festnahme ihres Anführers Abdullah Öcalan im Jahr 1999 einen tiefgreifenden Wandel vollzogen. Nach einer langen Periode des „nationalen Befreiungskampfes“, der auf die Errichtung eines eigenen Staates abzielte, änderte die PKK ihren Kurs hin zu einem Projekt der radikalen Demokratie, das auf der Ablehnung des Staates beruht (Akkaya und Jongerden 2011). Die PKK, die sich an der revolutionären Linken in der Türkei orientierte, schuf eine neue Grundlage für eine radikale Politik in der heutigen Türkei. In diesem Artikel wird die These vertreten, dass sich die PKK durch diese Transformation ideologisch neu erfunden und auf der Grundlage einer Auseinandersetzung mit dem Demokratiekonzept neue Formen der Politik entwickelt hat. Wir untersuchen in diesem Beitrag den Inhalt dieses neuen Projekts und seine praktischen Auswirkungen. Auf

die organisatorische Umstrukturierung im Zusammenhang mit dem neuen politischen Projekt der PKK gehen wir nicht ein, da wir dies bereits an anderer Stelle erörtert haben.

Mit dieser Diskussion schließt unsere Arbeit eine Lücke in den türkischen und kurdischen Studien. Obwohl die kurdische Frage in der Türkei in großem Umfang untersucht wurde, lag der Schwerpunkt auf dem staatlichen Diskurs und der Sicherheitspolitik, während der Rolle der kurdischen Organisation selbst und insbesondere der PKK wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde (Barkey und Fuller 1998; Yegen 1999; Heper 2007). Nur wenige Studien befassen sich explizit mit der politischen Ideologie der PKK.⁷⁷ Darüber hinaus neigen die Arbeiten über die PKK dazu, die PKK als Anomalie zu behandeln, anstatt ihr einen Sinn zu geben. In diesem Artikel untersuchen wir das politische Projekt der PKK, wie es sich im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends entwickelt hat, und versuchen zu verstehen, wie die PKK selbst diesem Projekt einen Sinn gibt. Auf diese Weise verspricht der vorliegende Beitrag, sowohl das Wissen über das politische Leben in der heutigen Türkei zu erweitern als auch einen kritischen Beitrag zu den aktuellen Diskussionen über radikale Demokratie zu leisten.

Die Daten für diesen Artikel wurden durch das Studium von Öcalans Verteidigungstexten und seinen „Gefängnisschriften“ sowie von Schlüsseldokumenten der PKK wie Kongressberichten, offiziellen Beschlüssen und den Schriften ihrer Kader wie Mustafa Karasu gesammelt. Der Artikel gliedert sich in vier Teile. Zunächst wird die Entwicklung der radikalen Demokratie als wichtiges Konzept in der politischen Philosophie anhand ihrer Grundlagen und der Subjektivitäten, die sie prägen, nachgezeichnet. Anschließend werden die Veränderungen, die die

77 Özcan 2006; Akkaya und Jongerden 2011; Jongerden und Akkaya 2011; und kürzlich ein Buch von Cengiz Güneş (2012), das auf seiner Dissertation basiert, die sich mit der Ideologie der PKK auf der Grundlage einer kritischen Analyse der kurdischen Identität beschäftigt.

PKK nach der Verhaftung Öcalans durchlaufen hat, näher beleuchtet, wobei vor allem ihre Ideologie betrachtet wird. Was die PKK als „radikale Demokratie“ bezeichnet, wird in diesem Teil herausgearbeitet, wobei die im Rahmen der radikalen Demokratie entwickelten politischen Projekte – demokratische Republik, demokratischer Konföderalismus und demokratische Autonomie – unter Berücksichtigung der theoretischen Implikationen ausführlich diskutiert werden. Drittens wird die politische Dimension dieser Projekte untersucht, um die Frage zu beantworten, inwieweit sie gegenwärtig die Strategie und die alltäglichen Aktivitäten der PKK bestimmen. Im vierten Teil schließlich werden dieses Projekt der radikalen Demokratie und seine politischen Implikationen im Hinblick auf die Eventualitäten diskutiert, die sich daraus für die Lösung des anhaltenden Konflikts in der Türkei ergeben.

Radikale Demokratie als Alternative zur liberalen Demokratie

Seit den späten 1970er Jahren hat sich das Verständnis radikaler Politik im Rahmen des Marxismus verändert, und zwar in Bezug auf die drei wichtigen Säulen der Politik – Staat, Klasse und Partei –, und das radikale politische Denken nahm die Form einer „Politik jenseits des Staates, einer politischen Organisation jenseits der Partei und einer politischen Subjektivität jenseits der Klasse“ an (Badiou 2002: 95–97).⁷⁸

⁷⁸ Newman bezeichnete den Anarchismus als den „uneingestanden Referenten“ in diesem Wandel für aktuelle Debatten in der radikalen politischen Philosophie (Newman, 2010). In diesem Artikel räumte Newman auch den radikalen Charakter bestimmter Formen der Identitätspolitik in vielen nicht-westlichen Gesellschaften ein, wobei er insbesondere die Behauptung einer kurdischen kulturellen Identität in der Türkei erwähnte, obwohl er argumentierte, dass jede Art von Identitätspolitik in vielen westlichen Gesellschaften nicht mehr notwendigerweise radikal ist.

Innerhalb dieses Verständnisses radikaler Politik hat sich die Neuformulierung der „radikalen Demokratie“ als wichtigste Alternative zu den liberalen Demokratien des Westens herauskristallisiert. Sie hat den sozialen und politischen Bewegungen, von den „Befreiungsbewegungen“ in Lateinamerika bis hin zu den globalisierungskritischen Demonstrationen in den USA und Europa, neuen Auftrieb gegeben. In diesem Sinne können wir von einem breiten Spektrum radikaler Auffassungen von Demokratie jenseits der liberalen Version sprechen. In der kritischen Wissenschaft war die bekannteste die Neubetrachtung des Demokratiekonzepts in Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes bahnbrechender Studie „Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics“, die 1985 erstmals veröffentlicht wurde. Laclau und Mouffe hatten versucht, eine linke Alternative zur Radikalisierung der Demokratie zu formulieren und sie im Lichte der allgegenwärtigen Konflikte und der Macht zu vertiefen.⁷⁹

Im Rahmen dieses Artikels werden wir uns jedoch hauptsächlich auf die Studien von Michael Hardt und Antonio Negri (2004, 2009) konzentrieren, die der Diskussion über die radikale Demokratie aufgrund ihrer Betonung der Bedeutung des politischen Kampfes einen neuen Impuls verliehen haben.⁸⁰ Hardts und Negris dreiteilige Struktur bewegt sich von einer Analyse der Souveränität im Zeitalter der Globalisierung – von dem, was sie „Empire“ (2000) nennen, „die lebende Alternative, die innerhalb des Empire wächst“, über „Multitude“ (2004), eine „institutionelle Struktur und ... [die] politische Verfassung

79 Laclau und Mouffe diskutierten die Unzulänglichkeiten der liberalen Demokratietheorie sowie des klassischen marxistischen Diskurses in der Weise, dass „die Aufgabe der Linken nicht darin besteht, der liberal-demokratischen Ideologie abzuschwören, sondern im Gegenteil sie in Richtung einer radikalen und pluralen Demokratie zu vertiefen und zu erweitern“ (1985: 176).

80 Darüber hinaus ist der Architekt des radikaldemokratischen Programms der PKK, ihr inhaftierter Anführer Abdullah Öcalan, eindeutig von den Arbeiten von Negri und Hardt, insbesondere von Multitude (2004), und den Arbeiten von Murray Bookchin beeinflusst.

der Gesellschaft“ – zu dem, was sie „Common Wealth“ (2009) nennen. Dieses Schema lässt sich zusammenfassen als eine Analyse der Souveränität in der globalisierten Welt (Empire), des revolutionären Subjekts dieser Zeit (Multitude) und seines politischen Projekts der „Erweiterung unserer Kapazitäten für kollektive Produktion und Selbstverwaltung“ (Commonwealth) (2009: xiii). Es ist diese letztere Bedeutung der radikalen Demokratie, wie sie von Hardt und Negri entwickelt wurde, die für das kurdische Projekt von größerer Bedeutung ist, insbesondere wie sie Repräsentation und Souveränität konzipieren.

Hardt und Negri zielten darauf ab, die konzeptionelle Grundlage für ein neues Projekt der Demokratie zu erarbeiten. Für sie ist die Demokratie während der gesamten Neuzeit ein unvollständiges Projekt geblieben, und sie versuchen, ihren befreienden Inhalt wiederzubeleben, der in der Idee der Volkssouveränität (das Wort Souveränität leitet sich vom lateinischen *supremitas* oder *suprema potestas* ab, was „höchste Macht“ bedeutet) konstituiert ist, die als eine Macht definiert werden kann, die dem Volk gehört und über der es keine Macht gibt. Sie nennen mehrere Debatten, die mit der heutigen Idee der Demokratie zusammenhängen, aber für uns sind die wichtigsten die Debatten über den subversiven Charakter der Demokratie und der Repräsentation.

Der subversive Charakter der Demokratie hängt mit der Tatsache zusammen, dass die Demokratie ein unvollständiges Projekt war. Hardt und Negri argumentieren, dass die Demokratie erst durch soziale Kämpfe begann, die Ausgeschlossenen einzubeziehen, wie „Frauen, Besitzlose und Nicht-Weiße“. In ähnlicher Weise wurde Demokratie auch im Bereich der Wirtschaft diskutiert, die in der liberalen Theorie nicht von der Demokratie, sondern von den Märkten regiert wird. Diese Ausweitung der Demokratie kann als „subversiver Charakter der Demokratie“ bezeichnet werden: Sie ermöglicht ihre Ausdehnung auf alle Facetten der Gesellschaft.

Die zweite bezieht sich auf die (politische) Repräsentation bzw. die Trennung der souveränen Macht von der Gesellschaft, die in das Konzept der Repräsentation eingebettet ist: „Wenn die Macht an eine Gruppe von Herrschern übertragen wird, dann herrschen wir alle nicht mehr, wir sind von der Macht und der Regierung getrennt“ (Hardt und Negri 2004: 244). Seit dem 18. Jahrhundert hat dieses Konzept der Repräsentation das Feld des politischen Denkens in einem solchen Ausmaß monopolisiert, das jedes zeitgenössische Projekt der Demokratie mit einer Kritik der bestehenden Formen der Repräsentation beginnen muss.

Zu diesem Zweck erörtern Hardt und Negri in Anlehnung an Max Weber die verschiedenen Formen der Interessenvertretung, die sich im Laufe der Geschichte herausgebildet haben.⁸¹ Unter Bezugnahme auf die sozialistische politische Repräsentation, die sich vor allem auf die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 stützt, stellen Hardt und Negri fest, dass diese in ähnlicher Weise gescheitert ist wie das liberale und konstitutionelle Modell. Daher machen sie sich auf die Suche nach neuen Formen der Repräsentation, die die Trennung zwischen dem Repräsentanten und dem Repräsentierten begrenzen und dabei gleichzeitig Alternativen für den Staat schaffen, die auf der Trennung der souveränen Macht von der Gesellschaft basieren (Hardt und Negri 2004: 245–6; 250–1). In diesem Sinne behaupten sie, dass die Multitude als „revolutionäres Subjekt der Zeit und ihr politisches Projekt (Commonwealth) neue Kontingenzen für die Erfindung „anderer Formen der Repräsentation oder neuer Formen der De-

81 Hardt und Negri unterscheiden drei Formen der Repräsentation, die angeeignete, die freie und die angewiesene Repräsentation. Die angeeignete Repräsentation hat das schwächste Glied und die stärkste Trennung zwischen Vertretern und Vertretenen. Die Repräsentanten werden nicht ausgewählt, ernannt oder kontrolliert, sondern interpretieren den Willen und die Interessen der Repräsentierten. Bei der freien Repräsentation haben die Vertretenen eine Verbindung zu den Vertretern, aber ihre Kontrolle ist begrenzt, zum Beispiel durch eine zeitliche Wahl. Die dritte Form ist die weisungsgebundene Repräsentation, bei der die Vertreter an die Weisungen der Vertretenen gebunden sind.

mokratie, die über die Repräsentation hinausgehen“ (2004: 255), darstellen kann. Konstitutiv für dieses neue Konzept der Demokratie ist, dass sich die Multitude konzeptionell von anderen Begriffen wie „das Volk“, „die Massen“ und „die Arbeiterklasse“ unterscheidet und niemals auf eine Einheit oder eine einzige Identität reduziert werden kann. Vielmehr „ersetzt die Multitude begrifflich das widersprüchliche Paar Identität-Differenz durch das komplementäre Paar Gemeinsamkeit-Singularität“ (2004: 218) und sie ist „das adäquate Subjekt, das eine neue Gemeinschaft konstruieren kann“ (Çıdam 2010).⁸²

Für Hardt und Negri hat diese Herstellung der Multitude auf der Grundlage der „revolutionären Zusammenstellung verschiedener Singularitäten“ die Fähigkeit, die bestehenden Muster sowohl der Repräsentation als auch der Souveränität zu verändern. Das bestehende Konzept von Souveränität basiert auf einem Grundprinzip: „Herrschaft durch ‚den Einen‘, sei es der Monarch, der Staat, die Nation, das Volk oder die Partei“ (2004: 328). In dieser Auffassung von Souveränität spielt das Volk, die Nation, die in einem einzigen Körper vereint ist, die Rolle des „einheitlichen politischen Subjekts“. In der Demokratie der Multitude gibt es jedoch keinen Platz für eine solche Souveränität, und die konsequente Infragestellung aller bestehenden Formen von Souveränität ist gleichzeitig eine Voraussetzung für diese Demokratie.

In all diesen Diskussionen räumen Hardt und Negri ein, dass dieser revolutionäre Prozess nicht spontan ist und gesteuert werden muss – aber sicherlich durch neue Formen und Methoden: Dies müsste demokratisch sein, und zwar nicht in dem falschen Sinne, wie wir es täglich von Politikern und Medien mit ihrem Schein von Repräsentation vorgesetzt bekommen, sondern in der aktiven und autonomen Selbstregierung der Multitude als Ganzes (2009: 372).

82 Unter Singularität verstehen Hardt und Negri „ein soziales Subjekt, dessen Differenz nicht auf Gleichheit reduziert werden kann, eine Differenz, die anders bleibt“, und für sie „besteht die Multitude aus einer Reihe von Singularitäten“ (2004: 99).

Nur durch diese Form der Selbstbestimmung können die Dilemmata der Vorhut, der Führung und der Repräsentation überwunden werden, die frühere Revolutionen geplagt haben.

In dieser Hinsicht und im Gegensatz zu den zeitgenössischen Standpunkten auf der Rechten wie auf der Linken messen Hardt und Negri der Identitätspolitik Bedeutung bei:

„Wir stehen vor einem Dilemma: Revolutionäre Politik muss bei der Identität beginnen, kann aber nicht dort enden. Es geht nicht darum, eine Trennung zwischen Identitätspolitik und revolutionärer Politik vorzunehmen, sondern im Gegenteil, den parallelen revolutionären Denk- und Praxisströmen innerhalb der Identitätspolitik zu folgen, die alle, vielleicht paradoxerweise, auf eine Abschaffung der Identität abzielen. Mit anderen Worten: Revolutionäres Denken sollte die Identitätspolitik nicht meiden, sondern muss sich durch sie hindurcharbeiten und von ihr lernen“ (2009: 326).

Hardt und Negri definieren drei wichtige Aufgaben in dieser Arbeit durch Identitätspolitik. Die erste ist, die Unterordnung der Identität sichtbar zu machen, was bedeutet, sich die Identität wieder anzueignen; die zweite ist, sich gegen die Strukturen der Herrschaft aufzulehnen und die untergeordnete Identität als Waffe im Streben nach Freiheit zu benutzen; und die dritte ist, ihre eigene Abschaffung anzustreben (2009: 327–333). Diese drei Aufgaben sind ihrer Ansicht nach untrennbar miteinander verbunden und müssen „gleichzeitig verfolgt werden, ohne etwa den revolutionären Moment in eine unbestimmte Zukunft zu verschieben“ (ebd.: 337).

Von hier aus können wir Verbindungen zum Projekt der PKK für radikale Demokratie aufzeigen, die diese drei verschiedenen Aufgaben der Identitätspolitik ins Auge gefasst hat. In diesem Projekt und ebenso in Hardts/Negris Konzept der radikalen Demokratie spielt das Konzept des Kampfes eine sehr entscheidende Rolle – in der Tat ist es der Kampf, der Subjektivität schafft.

Ähnlich wie Hardt und Negri kehrt die PKK zu einer frühneuzeitlichen Konzeption von Demokratie zurück, wobei Öcalan argumentiert, dass eines der vielversprechenden Elemente der frühsozialistischen Traditionen die Idee des Aufbaus der Demokratie von unten und die Wiederentdeckung der Idee der Multitude, einschließlich verschiedener Subjektpositionen, war.⁸³ Die Entwicklung der kurdischen Frage als Feld des Kampfes für Freiheit und Gleichheit ist eine Illustration der verschiedenen Widersprüche und der Pluralität des Sozialen. Gleichzeitig zeigt uns die Geschichte der kurdischen Frage in der Türkei, welche Schwierigkeiten die Linke hatte, diesen Kampf durch sozialistische Strategien zu artikulieren. Die traditionelle Linke forderte die Organisation des Kampfes um die Klasse herum und ließ dabei eine Reihe von Widersprüchen beiseite, die in der kurdischen Frage auftauchten und sich daraus ergaben (wie die der Entkolonialisierung und der sprachlichen, kulturellen und bürgerlichen Rechte).

Die PKK, die für den Mangel an Demokratie in ihren eigenen Reihen kritisiert werden kann, entwickelt gleichzeitig ein Programm der radikalen Demokratie. Dies kann man als „jakobinisches Paradoxon“ bezeichnen. Es waren die Jakobiner, die für die Schreckensherrschaft verantwortlich waren, die die Demokratie als politisches Projekt entwickelten (Žižek 2007). Die PKK ist insofern jakobinisch, als sie gleichzeitig Gewalt als Instrument für die Verwirklichung ihres politischen Programms der radikalen Demokratie einsetzt.

Radikale Demokratie im kurdischen Kontext

In den 2000er Jahren erarbeitete die PKK einen neuen ideologischen Rahmen, der dieses Projekt der radikalen Demokratie förderte. Dabei vollzog die PKK eine Art „Salto mortale“, in-

83 Öcalan, Prison Notes, 9. März 2005; Hardt und Negri 2004: 249.

dem sie sich durch eine Reihe von Veränderungen neu erfand und dafür eintrat, dass die Nation nicht auf der Grundlage der ethnischen Zugehörigkeit oder der Sprache, sondern auf der Grundlage der Staatsbürgerschaft in einer demokratischen Republik definiert wird.⁸⁴

Der ideologische Wandel der PKK hin zu einem Projekt der radikalen Demokratie stützte sich auf die von Öcalan verfassten Verteidigungsschriften, die er den verschiedenen Gerichten vorlegte, vor denen sein Fall verhandelt wurde. Diese Verteidigungen lassen sich in zwei Gruppen einteilen: die vor den türkischen Gerichten und die vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, Frankreich, sowie eine vor einem Gericht in Athen (bezüglich seiner Ausweisung aus Griechenland). Die Verteidigungsschriften wurden in kurdischer und türkischer Sprache sowie in anderen Sprachen veröffentlicht.⁸⁵ Diese Verteidigungstexte wurden auf den aufeinanderfolgenden PKK-Kongressen als offizielle Parteilinie angenommen. Anfänglich führten die Texte zu großer Verwirrung in der Bewegung, doch seit 2005 sind die ideologischen und organisatorischen Strukturen einander angepasst.

84 Demir Kucukaydin, *Öcalan'a Mektuplar*, Köxüz Digital Yayınlar, 2009, 2.

85 Die erste Gruppe besteht hauptsächlich aus zwei Verteidigungstexten, dem Haupttext, der dem Gericht in Imrali vorgelegt wurde, und einem Anhang, der 1999 beim Berufungsgericht in Ankara und 2001 bei einem lokalen Gericht in Urfa eingereicht wurde. Diese ersten Texte wurden unter den Namen „Zur Lösung der kurdischen Frage – Visionen einer demokratischen Republik: Verteidigungsschriften“ und „Urfa – Segen und Fluch einer Stadt“ veröffentlicht. Die zweite Gruppe von Verteidigungstexten, die 2001 beim EGMR, 2003 bei einem Athener Gericht und 2004 bei der Großen Kammer des EGMR eingereicht wurden, bestand aus zwei Büchern, die zusammen drei Bände umfassten. Das erste Buch (von zwei Bänden) wurde unter dem Titel *Gilgameschs Erben – Vom sumerischen Priesterstaat zur demokratischen Zivilisation* (2001) veröffentlicht, während das zweite Buch (und der dritte Band) unter dem Titel *Plädoyer für den freien Menschen* (2003) – in PKK-Kreisen als „Athener Verteidigung“ bekannt – und *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt* (2004) veröffentlicht wurde. Schließlich reichte Öcalan beim EGMR in Straßburg eine weitere Verteidigungsschrift ein, in der er sein Recht auf ein faires Verfahren einklagte. In den Jahren 2009 und 2010 wurde dieser Verteidigungstext, den Öcalan als Hinterfragung der kapitalistischen Moderne bezeichnet, in vier Bänden auf Türkisch veröffentlicht.

Die ersten Texte, die für den Prozess in Imralı und anschließend dem Berufungsgericht in Ankara vorgelegt wurden, sorgten für erhebliche Unruhe unter den PKK-Kämpfer:innen, da Öcalan nicht die von der Partei und der kurdischen Bevölkerung erwartete Position einnahm. In diesen Texten ging Öcalan nicht auf philosophische oder ideologische Überlegungen ein, sondern stützte sich hauptsächlich auf den historischen Hintergrund des türkisch-kurdischen Konflikts im 20. Jahrhundert, in dem Öcalan erklärte, dass er für eine demokratische Republik und somit nicht gegen die Republik (der Türkei) gekämpft habe. Öcalan argumentierte, dass Mustafa Kemal, der Gründer Vater der Republik, ebenfalls eine demokratische Republik habe errichten wollen, aber durch äußere Kräfte daran gehindert worden sei. Von den von Öcalan vorgebrachten Argumenten kann nur das erste als echte Verteidigung gegen seine Anklage angesehen werden, auch wenn er behauptete, dass er sich nicht mit der rechtlichen Frage seines Falles befasst habe.

In seiner zweiten Gruppe von Verteidigungsschriften, die er dem EGMR vorlegte, vertiefte Öcalan seine philosophischen Überlegungen. Der erste der drei Bände befasste sich hauptsächlich mit einer zivilisationsgeschichtlichen Analyse, die im Nahen Osten begann und sich auf die Sumerer als die „früheste staatlich organisierte“ Gesellschaft konzentrierte. Obwohl Öcalan in späteren Teilen des Buches auf andere Gesellschaften und Epochen einging, bestand sein Hauptanliegen darin, den Staat als die „Erbsünde“ der Menschheit darzustellen. Dies war insofern überraschend, als er einer der politischen Anführer einer Gesellschaft war und immer noch ist, die weithin als „das größte Volk der Welt ohne Staat“ bezeichnet wurde. Anfänglich löste dies in kurdischen Kreisen eine Art Entfremdungseffekt aus (im Brecht'schen Sinne ein Verfremdungseffekt). Öcalan führte jedoch seine Kritik am Staat, einschließlich der sozialistischen Experimente, weiter aus und vertrat die Auffassung, dass die Befreiung nicht durch den Aufbau eines Staates, sondern vielmehr

durch die Vertiefung der Demokratie erreicht werden kann. Im zweiten Band seiner EMRG-Verteidigungstexte setzt sich Öcalan intensiv mit der kurdischen Gesellschaft, der Geschichte und insbesondere der Rolle der PKK auseinander. Er ordnet die kurdische Gesellschaft in die Geschichte der Zivilisation ein und stellt sie als natürliche Gesellschaft oder Gemeinschaft im Gegensatz zu staatlichen Gesellschaften dar. Die Natürlichkeit der kurdischen Gesellschaft wird auf eine vermutlich seit Langem bestehende und tief verwurzelte neolithische Kultur unter den kurdischen Stämmen zurückgeführt.⁸⁶ Für Öcalan haben die (staatlichen) Klassengesellschaften und die Modernisierung den Kurd:innen Zerstörung gebracht, und die PKK ist zum Ort des letzten Widerstands gegen diesen schädlichen Prozess geworden. In diesem Rahmen versuchte Öcalan, die Grenzen der PKK und ihre Sackgasse aufzuzeigen, gefangen in den ideologisch-politischen Zwängen des Kalten Krieges, die die PKK auch noch ein Jahrzehnt nach dessen Ende prägten. Mit dieser Arbeit wollte er die Geschichte der PKK bewerten und die Fehler der Vergangenheit aufarbeiten.

In diesen Verteidigungstexten, die einem Athener Gericht und der Großen Kammer des EGMR vorgelegt wurden, hat Öcalan seine philosophischen Überlegungen in ein Konzept der radikalen Demokratie umgesetzt. Diese Idee der radikalen Demokratie wurde in drei miteinander verflochtenen Projekten entwickelt: demokratische Republik, demokratische Autonomie und demokratischer Konföderalismus. Diese drei politischen Projekte fungieren als „strategisches Dispositiv“: Ideen und Mittel, durch die kurdische politische Forderungen (neu) definiert und (neu) organisiert werden.

86 In der Diskussion über „Ambivalenzen der Moderne“ (2009: 83–100) verweisen Hardt und Negri auf Marx' Debatte über Mir, die russische Bauerngemeinschaft, als bereits existierende Grundlage für den Kommunismus, und auf ähnliche Argumente von Jose Carlos Mariategui, der die Rolle der indigenen Gemeinschaften der Anden, der Ayllus, als Grundlage für Gemeinwesen und Widerstand diskutiert.

Das Konzept der demokratischen Republik umfasst eine Reform der türkischen Republik. Es zielt auf die Abkopplung der Demokratie vom Nationalismus und damit auf eine Rückkehr zu den „frühneuzeitlichen Vorstellungen von Demokratie“ und ihrer radikalen Subversivität (Hardt und Negri 2004: 240–251). Ursprünglich, im 18. Jahrhundert, wurde die Demokratie im Sinne von Bürgerrechten und einer Herrschaft aller durch alle formuliert. Im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts verlor die Moderne jedoch ihren Inhalt der radikalen Demokratie und erhielt eine kulturelle Bedeutung, die sich auf ein besonderes Volk bezog (Jongerden 2007: 7–8). Es entstand eine Strömung im modernen Denken, die kulturelle Homogenität als Voraussetzung für den modernen Staat ansah, ein unausweichlicher Imperativ, der sich in der Form des Nationalismus manifestiert und ausbricht (Gellner 1983). Diese „nationale“ Bedingung der Moderne ist exklusiv und intolerant und diktiert, dass Menschen, die nicht die „richtigen“ kulturellen Merkmale aufweisen, zwischen Assimilation (echt oder oberflächlich) und Migration zu wählen haben, während die Optionen des Staates von Assimilation über Vertreibung und ethnische Säuberung bis hin zum Völkermord reichen (Gellner 1997: 240). In der Türkei wurde der Kemalismus als ein Projekt der kulturellen Modernisierung formuliert, was zu einer harten Assimilationspolitik gegenüber den Kurd:innen führte. Mit seinem Vorschlag für eine demokratische Republik vertritt Öcalan ein Demokratieverständnis im Sinne von Bürgerrechten.

Öcalans radikale Demokratie in seinen späteren Verteidigungsschriften wurde durch das Konzept des demokratischen Konföderalismus verkörpert, das er aus den Werken von Murray Bookchin (1982, 1992, 1993, 1996) übernommen hat. Bookchin, der seine Ideologie Kommunalismus nannte, schlägt eine neue radikale Politik vor, die „die Wurzeln der Demokratie in Stammes- und Dorfgemeinschaften“ (White 2008:166) anerkennt, und endet mit einem Projekt des libertären Kom-

munalismus. In diesem Projekt strebt er die Schaffung lokaler demokratischer Strukturen wie „Gemeindeversammlungen, Stadtversammlungen und Nachbarschaftsräte“ an. Um zu vermeiden, dass das Projekt des libertären Munizipalismus ins Leere läuft oder für sehr engstirnige Zwecke verwendet wird, schlägt Bookchin das Prinzip des Konföderalismus vor, als „ein Netz von Verwaltungsräten, deren Mitglieder oder Delegierte von demokratischen Volksversammlungen von Angesicht zu Angesicht in den verschiedenen Dörfern, Städten und sogar Vierteln von Großstädten gewählt werden“ (Bookchin 1993). Für Bookchin ist der Konföderalismus als soziales Organisationsprinzip „eine Möglichkeit, die gegenseitige Abhängigkeit zu demokratisieren, ohne das Prinzip der lokalen Kontrolle aufzugeben“.

Öcalan, beeinflusst von den Ideen Bookchins, entwickelte ein ähnliches Verständnis dieses Prinzips des Konföderalismus. Parallel zu seiner zivilisationsgeschichtlichen Analyse, die auf der Kritik des Staates beruht, verurteilte Öcalan das Scheitern des realen Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen, die als in den Ideen des Staates und der Staatsbildung gefangen galten. Alternativ dazu ging er auf die langwierigen Auswirkungen der neolithischen Gesellschaft ein, deren gemeinschaftliche Werte durch die Entwicklung einer hierarchischen, auf dem Staat aufbauenden Gesellschaft nicht vollständig zerstört werden konnten. Diese gemeinschaftlichen Werte, die er als geschlechtsspezifische Sozialisation, naturverträgliches Leben und eine auf Gemeinschaftlichkeit und Solidarität basierende Gesellschaft zusammenfasste, liegen seiner Konzeption der Demokratie in Form des demokratischen Konföderalismus zugrunde. Auf der Grundlage dieser Werte ist das Projekt des demokratischen Konföderalismus auf vier Ebenen organisiert (Karasu 2009: 84–85). Auf der untersten Ebene befinden sich die Gemeinden in den Dörfern und Bezirken, die auf den Ebenen der Städte und Regionen miteinander verbunden sind. Dann gibt es die Organisation der sozialen Gruppen wie der Frauen, der

Jugend usw. Eine weitere Organisationsebene findet sich auf der kulturellen Ebene in Form der Organisation für verschiedene ethnisch-religiös-kulturelle Identitäten. Die vierte und letzte Ebene ist die Ebene der Organisationen der Zivilgesellschaft. In diesem Sinne bezieht sich der demokratische Konföderalismus, der auf einer Art von Versammlungen auf Dorf-, Stadt- und Regionsebene basiert, auf die Organisation der gesamten Gesellschaft von unten nach oben (ebd.: 80). In einer anderen Formulierung wurde die Idee des demokratischen Konföderalismus als ein Modell für „demokratische Selbstverwaltung“ definiert. „Dieses Projekt“, so argumentiert Öcalan, „baut auf der Selbstverwaltung der lokalen Gemeinschaften auf und ist in Form von offenen Räten, Stadträten, lokalen Parlamenten und größeren Kongressen organisiert. Die Bürger selbst sind die Akteure dieser Art von Selbstverwaltung, nicht die staatlichen Behörden“ (Öcalan 2008: 32).

In diesem Sinne hat Öcalan immer wieder betont, dass dieses Projekt nichts mit einer konföderalen Struktur als „Vereinigung souveräner Mitgliedsstaaten“ zu tun hat. Im Gegenteil, der demokratische Konföderalismus zielt auf die Konsolidierung und Vertiefung der Demokratie an der Basis auf der Grundlage von Gemeinschaften ab. Es besteht jedoch auch die Notwendigkeit, das juristische und politische Verfahren zurückzuführen und die politische Organisation eines Landes neu zu gestalten. Daher sollte das Modell der Organisation des Volkes jenseits des Staates sein Verhältnis zum bestehenden Staat oder zur offiziellen Autorität definieren. Zu diesem Zweck schlug Öcalan zunächst die demokratische Republik als die Regierungsform vor, durch die die kurdische Frage gelöst werden kann, und entwickelte dann das Konzept der demokratischen Autonomie als eine Form der Beziehung. In diesem Sinne bezieht sich die demokratische Autonomie auf die Art der Beziehung zum Staat und damit zu dessen Rechtsprechung. Im türkischen Kontext wurde sie als Option für eine demokratische politische Lösung der kur-

dischen Frage vorgestellt, die eine verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen nationalen Identität voraussetzt. Diese Anerkennung wurde von der PKK jedoch nicht als Möglichkeit vorgeschlagen, eine Grenze zwischen dem demokratischen konföderalen System der Kurd:innen und dem türkischen Staat zu ziehen. Vielmehr wird ein verschachteltes Verhältnis antizipiert, das so formuliert wird: „Demokratische Autonomie ist ein Konzept, das die Beziehung zum Staat definiert ... Sie kann sogar innerhalb einer unitarischen Struktur oder in einer Struktur der Staaten (realisiert) werden“ (Karasu 2009: 260 und 275).

Diese verschachtelte Beziehung schließt jedoch eine Art „Einheit“ zwischen den über verschiedene Länder des Nahen Ostens verstreuten Kurd:innen nicht aus. Da Öcalan vorschlägt, in ganz Kurdistan und überall dort, wo Kurd:innen leben, Selbstverwaltungsorgane aufzubauen, ist der demokratische Konföderalismus als Hauptmechanismus für die Vereinigung Kurdistans und der Kurd:innen anzusehen. Die kurdische Befreiungsbewegung, so argumentiert Öcalan, sollte sich für die Errichtung eines solchen Systems der Selbstorganisation einsetzen.

Seit 2005 haben sich die PKK und alle ihr angegliederten Organisationen auf der Grundlage dieses Projekts unter dem Namen KCK (Vereinigung der Gemeinschaften in Kurdistan – Koma Civakên Kurdistan) umstrukturiert, einer gesellschaftlichen Organisation, die sich als Alternative zum Nationalstaat darstellt. Die KCK hat sich zum Ziel gesetzt, sich von unten nach oben in Form von Versammlungen zu organisieren. „Die KCK ist eine Bewegung, die für die Errichtung einer eigenen Demokratie kämpft und sich weder auf die bestehenden Nationalstaaten stützt noch diese als Hindernis betrachtet“ (PKK 2005: 175). In ihrem Status, dem sogenannten KCK-Vertrag, wird ihr Hauptziel als Kampf für die Ausbreitung einer radikalen Demokratie definiert, die auf demokratischen Organisationen und Entscheidungsbefugnissen der Gesellschaft basiert. Der KCK-Vertrag sieht einen neuen Mechanismus der sozialen

Beziehungen vor, der die staatsorientierte Mentalität überwindet. In diesem Sinne ist der demokratische Konföderalismus als Hauptorganisationsidee der KCK überall dort gültig, wo Kurd:innen leben, auch im Irak, wo die Kurd:innen verfassungsmäßige Rechte haben, einschließlich der Selbstverwaltung ihrer Region in einer föderalen Staatsstruktur. In diesem Projekt gibt es zwei entscheidende Faktoren, nämlich erstens die Vorstellung von Demokratie als Volksmacht, die sich auf die Gesellschaft stützt, und nicht als Regierungsform, und zweitens den Ausschluss von Staat und Nation aus dieser Vorstellung.

Für die kurdische Gesellschaft ist der demokratische Konföderalismus als eine Form des politischen und sozialen Systems jenseits des Staates ein Projekt für sein eigenes freies Leben. Es hat nichts mit der Anerkennung durch die Staaten zu tun. Auch wenn die Staaten ihn nicht anerkennen, wird die kurdische Gesellschaft ihn errichten. Wenn sie es anerkennen würden, zum Beispiel im Rahmen eines Projekts der demokratischen Autonomie, wäre es einfacher, ein demokratisches konföderales System zu errichten, das letztendlich das Produkt des eigenen Kampfes der Kurd:innen wäre (Karasu 2009: 216–217).

Bei der Verfolgung der Entwicklung von Öcalans Denken im Allgemeinen haben wir argumentiert, dass drei miteinander verknüpfte Konzepte (demokratische Republik, demokratischer Konföderalismus und demokratische Autonomie) eine zentrale Rolle spielten. In all diesen Projekten kommt dem Konzept der Demokratie eine entscheidende Rolle zu, und es hat sich von einer Vorstellung, die auf einem Widerspruch zwischen der demokratischen und republikanischen Tradition beruhte, zu einer radikaleren Auffassung von Demokratie entwickelt. Für die PKK stellte die Demokratie eine Art Gegenmittel zum zentralen Charakter der türkischen Republik dar, die auf der französischen Version von Nation und Säkularismus basierte und immer noch basiert. „Die Zentralität tötet die Demokratie“ ist ein sehr grundlegender Gedanke dieses Ansatzes (ebd.: 86).

Wir werden nun untersuchen, wie diese Vorhaben die politischen Aktivitäten der PKK und der ihr nahestehenden Organisationen bestimmten.

Rückkehr auf die politische Bühne

Was den politischen Prozess anbelangt, so haben die PKK und alle ihr angegliederten Organisationen seit der Festnahme Öcalans eine Reihe von Veränderungen durchlaufen, die sich vor allem auf den organisatorischen Wiederaufbau beziehen. In diesem Sinne kann der Zeitraum zwischen 2000 und 2004 als eine Periode der „Sackgasse und des Wiederaufbaus“ betrachtet werden, in der die PKK ihre Forderungen heruntergeschraubt, ihre militärischen Aktivitäten eingestellt, den Großteil ihrer Guerillakräfte aus der Türkei in den Nordirak zurückgezogen und somit den Eindruck der Introversion vermittelt hat. Die politischen Aktivitäten der PKK beschränkten sich auf den Fall Öcalan, dessen Verurteilung die türkischen Behörden dazu veranlasste, die PKK als besiegt und aufgelöst zu betrachten. Der Teilerfolg der prokurdischen Demokratik Halk Partisi (DEHAP; Demokratische Volkspartei) bei den Wahlen im November 2002 – als sie 6,2 Prozent der Stimmen in der Türkei erhielt und damit die 10-Prozent-Hürde verfehlte, aber die führende Partei in der kurdischen Region wurde – änderte nichts an der Haltung der türkischen Amtsträger:innen gegenüber dem Fall Öcalan, der PKK oder der kurdischen Frage im Allgemeinen.

Zeitgleich mit dem Einmarsch der USA in den Irak im Jahr 2003, der den Weg für die Anerkennung Irakis-Kurdistans als neues Anziehungszentrum für die Kurd:innen ebnete, erlebte die PKK die größte Spaltung, die sie je erlebt hat. Zwischen 2004 und 2005 befand sich die Bewegung in einer Art Schwebestand und kämpfte darum, mit den internen und externen Entwicklungen zurechtzukommen. Es herrschte Stillstand, weil

es schwierig war, in einer Zeit der Unsicherheit voranzukommen. Gleichzeitig verlor die prokurdische Partei DEHAP bei den Kommunalwahlen 2004 im Vergleich zu 1999 an Stimmen. Einige der kurdischen Städte wurden von der Regierungspartei Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP; Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) eingenommen, die in einer Welle des nationalen Populismus an die Macht kam.

Öcalan und die PKK versuchten, diese Krise durch eine organisatorische Umstrukturierung im Rahmen der Idee des demokratischen Konföderalismus zu überwinden. Unter den organisatorischen Schritten, die in dieser Zeit unternommen wurden, waren die Umstrukturierung aller PKK-nahen Organisationen unter dem Dach der KCK und die Gründung einer neuen prokurdischen Partei, der Demokratik Toplum Partisi (DTP; Partei der Demokratischen Gesellschaft) in der Türkei, die auffälligsten. Auf dieser Grundlage kehrte die Bewegung seit 2005 auf die Bühne der politischen und später auch militärischen Auseinandersetzungen zurück. Die kurdische Bewegung konfrontierte den türkischen Staat mit zivilen Kampagnen, in denen sie ihre kurdische Identität offen zur Schau stellte. In dieser Hinsicht waren die Kampagne für das Recht auf Bildung in der Muttersprache (Kurdisch) und die Kampagne für Öcalan, bei der mehr als drei Millionen Kurd:innen in der Türkei und in Europa eine Petition unterzeichneten, in der sie erklärten, dass sie „Öcalan als ihren politischen Vertreter anerkennen“, die stärksten Signale für die künftige kurdische Identitätspolitik.

Mit der Wahl von 22 DTP-Abgeordneten bei den nationalen Wahlen im Juli 2007 wurde die kurdische Politik zu einem festen Bestandteil der politischen Agenda der Türkei. Später entwickelte sich der Wahlkampf (landesweit für die Gemeinden im März 2009) im Südosten der Türkei zu einem politischen Wettstreit zwischen der AKP und der DTP, wobei die DTP die Oberhand gewann. Die DTP gewann die Kommunalwahlen im März 2009 und konnte die Zahl der von ihr kontrollierten

Gemeinden fast verdoppeln – auf fast 100 kurdische Städte und Gemeinden, darunter Diyarbakır und sieben weitere wichtige Städte (Casier, Jongerden und Walker 2011). Es wurde argumentiert, dass die DTP als Gesprächspartner angesehen werden sollte und „mit ihrem unbestreitbaren Erfolg im Südosten zumindest als Hauptakteur in der Region akzeptiert werden sollte“ (Birand 2009; Ergin 2009). Einige Zeitungskolumnist:innen betrachteten die PKK und Öcalan sogar als Akteure eines möglichen Dialogs, Vorschläge, die in der türkischen Mainstream-Presse selten zu lesen sind (Ozkök 2009; Akinan 2009). Es hat also den Anschein, dass sich die PKK nicht nur neu erfunden hat, sondern auch in die vorderste Reihe der türkischen Politik zurückgekehrt ist.

Noch wichtiger ist jedoch, dass die kurdische Politik in dieser Zeit eine Vormachtstellung bei der Übernahme des politischen Freiraums erlangte, was sich auf „das Potenzial sozialer Bewegungen zur Veränderung der Machtstrukturen in einem bestimmten Gemeinwesen“ bezieht (Gambetti 2009: 44). Dieser übernommene kurdische öffentliche Raum, der vor allem in Diyarbakır symbolisch dargestellt wurde, wurde, vielleicht zum ersten Mal, mit der landesweiten kurdischen Politik kombiniert, einschließlich des türkischen Parlaments in Ankara, das „die Öffnung differenzierter politischer und sozialer Räume innerhalb des Territoriums des Nationalstaates“ (ebd.) markiert. In diesem Sinne haben die Gemeinden, die seit 1999 unter der Kontrolle der prokurdischen Partei stehen, eine Art selbstverwaltete regionale Körperschaft gebildet. Gambetti bezeichnet dies am Beispiel von Diyarbakır als „Engagement für die Dekolonisierung der Stadt“.

Auch in dieser Zeit begann die DTP, ihr politisches Vorhaben, das „Projekt für demokratische Autonomie“, das mit Öcalans Konzept des demokratischen Konföderalismus übereinstimmt, offener zu vertreten. Zu diesem Zweck wurde im Oktober 2007 in Diyarbakır ein „Kongress der demokratischen Gesellschaft“ abgehalten, auf dem die „demokratische Autono-

mie“ als ein Projekt für die kurdische Gesellschaft in der Türkei anerkannt wurde. In diesem Kongressbericht wurden radikale Reformen der politischen und administrativen Struktur der Türkei gefordert, um eine Demokratisierung zu gewährleisten und Problemlösungsansätze zu entwickeln, für die die lokale Ebene gestärkt werden sollte. Anstelle von Autonomie auf der Grundlage von „Ethnizität“ oder „Territorium“ werden regionale und lokale Strukturen vorgeschlagen, die den Ausdruck kultureller Unterschiede ermöglichen.

In diesem Zusammenhang schlug sie die Gründung von 26 Parlamenten vor, die alle Regionen der Türkei abdecken sollten. Der Bericht rief auch dazu auf, die Definition von „Nation“ mit ihrer ethnischen Betonung in „Die Nation der Türkei“ zu ändern, um ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl zu finden.⁸⁷ Später, im November 2007, hielt die DTP ihren zweiten Kongress ab, auf dem dieser Bericht unter dem Namen „Demokratische Lösung der kurdischen Frage – Demokratisches Autonomieprojekt“ offiziell anerkannt wurde. Diese für die kurdische Politik in der Türkei sehr wichtige Entwicklung zeigte deutlich die aufsteigenden Identitätsansprüche der Kurd:innen. Dies wurde auch als eine neue Ära in der legalen kurdischen Politik interpretiert, in der die DTP eine wichtige Rolle für die Lösungspolitik spielte, während die früheren legalen kurdischen Parteien, HEP, DEP, HADEP und DEHAP, die alle vom Verfassungsgericht verboten wurden, sich auf einen Existenzkampf gegen die Politik der Verleugnung und Vernichtung beschränkten.⁸⁸

Auf demselben Kongress nahm die DTP einige wichtige Änderungen der Parteistatuten an, die dem Konzept der demokratischen Autonomie entsprechen und auf die Bildung von Ver-

87 Nilüfer Zengin, „DTP-Kongress: „Demokratische Autonomie“, *Bianet*, 31. Oktober 2007. URL: <http://www.bianet.org/english/local-goverment/102622-dtp-congress-democratic-autonomy> (Zugriff am 15. Januar 2013).

88 Demirbaş: *Çok Dilli Belediyecilik Anayasa'ya uygun*, *FiratNews*, 9. April 2007. URL: <http://www.firatnews.com/index.php?rupel=arsiv&anf=nuce&nuceID=23190> (Zugriff am 15. Januar 2013).

sammlungen auf jeder Organisationsebene abzielen. Auch die von der DTP kontrollierten Gemeinden unternahmen einige Schritte in Richtung einer kurdischen Identitätspolitik, von denen der „mehrsprachige Gemeindedienst“ eine hitzige Debatte auslöste. Im Jahr 2007 bot der Bürgermeister der Gemeinde Sur in Diyarbakir, Abdullah Demirbaş, kommunale Dienstleistungen nicht nur auf Türkisch, sondern auch auf Kurdisch, Armenisch und Syrisch an (Casier 2010). Wegen dieses mehrsprachigen Projekts wurde der Bürgermeister seines Amtes enthoben und sein Gemeinderat aufgelöst. Außerdem wurde er wegen „Schädigung der Öffentlichkeit durch Missbrauch seiner Position“ und „Handelns im Widerspruch zu den türkischen Buchstaben“ angeklagt. Bei den Kommunalwahlen von 2009 wurde Demirbaş jedoch mit mehr Stimmen als zuvor erneut zum Bürgermeister gewählt.⁸⁹

Neben der legalen Parteiorganisation⁹⁰ sieht das neue kurdische Vorhaben eine weitere Organisationsform vor, die Demokratik Toplum Kongresi (DTK; Demokratischer Gesellschaftskongress)⁹¹, die auf der Grundlage der folgenden Argumentation gegründet wurde:

89 Tolga Korkut, „State Wants Kurdish-Speaking Employees, but Tries Kurdish Mayor“, *Bianet*, 25. Mai 2009. URL: <http://www.bianet.org/english/minorities/114727-state-wants-kurdish-speakingemployees-but-tries-kurdish-mayor> (Zugriff am 15. Januar 2013); Erol Önderoğlu, „Multilingual Diyarbakir Municipality on Trial“, *Bianet*, 9. November 2007. URL: <http://www.bianet.org/english/minorities/102799-multilingual-diyarbakir-municipality-on-trial>.

90 Im Dezember 2009 entschied das Verfassungsgericht, die prokurdische DTP (Partei der Demokratischen Gesellschaft) zu schließen, wie es dies bereits für die früheren prokurdischen Parteien getan hatte, und verhängte ein politisches Verbot gegen 37 ihrer Mitglieder, darunter die Co-Vorsitzenden Ahmet Türk und Aysel Tuğluk, die von ihren Pflichten als Abgeordnete entbunden wurden. Die legale kurdische Politik ging jedoch fast ungestört weiter, und zwar durch eine neue Partei namens *Bariş ve Demokrasi Partisi* (BDP, Partei für Frieden und Demokratie). Der Wahlerfolg der DTP wurde in ähnlicher Weise von der BDP bei den nationalen Wahlen 2011 unterstrichen, die 36 Abgeordnete gewinnen konnte.

91 In Südafrika gab es eine Tradition der Organisation in Form eines Kongresses. Der ANC (African National Congress), der South African Indian Congress, der Coloured People's Congress und der Congress of Democrats gründeten 1955

Heute haben wir einige Bezirks- und Stadträte, auch wenn sie lokal und unzureichend sind. Da sie nicht ausreichend etabliert sind, bringt die kurdische Gesellschaft seine Forderungen in die politische Partei ein, die sie dann an den Staat weiterleitet. Aber nach unserem Projekt sollte der Staat seine Beziehung zur kurdischen Gesellschaft durch diesen Kongress aufrechterhalten. Wenn sich die kurdische Gesellschaft unter demselben Dach dieses Kongresses versammeln würde, wäre es der Gesprächspartner für eine Lösung. Und der Staat, der sich mit diesem Gremium geeinigt hat, gibt seine alte Struktur auf.⁹²

Dieser Ansatz basiert auf Öcalans Auffassung von „Demokratie ohne Staat“, in der er für einen Kompromiss mit einem kleinen Staat mit begrenzter Macht plädiert. Für ihn sollte die kurdische Gesellschaft seine eigene demokratische Machtstruktur in seiner Region haben, und diese „Demokratie + türkischer Staat als allgemeine öffentliche Autorität“ ist eine grundlegende Formel für eine Lösung (Öcalan 2004: 402).

Die DTK wurde auf dieser Grundlage gegründet, um einen neuen politischen Stil zu schaffen, der sich durch die direkte und kontinuierliche Ausübung der Volksmacht auszeichnet, und befasst sich seither mit den verschiedenen Formen gesellschaftlicher Organisationen, einschließlich der Kreis-, Dorf-, Stadt- und Gemeinderäte, der Frauen- und Jugendverbände sowie der Nichtregierungsorganisationen. Die Sprecher:innen der Räte und die auf Bezirksebene gewählten Delegierten machen 60 Prozent des Kongresses aus, 40 Prozent sind Vertreter:innen von Nichtregierungsorganisationen. Die DTP gehört ebenfalls zu den Konstituenten, die den politischen Raum repräsentieren. 600 Delegierte nahmen an der ersten (Gründungs-)Sitzung des

den Congress of the People. Dieser Kongress war ein Zusammenschluss aller Menschen Südafrikas und verabschiedete ein Dokument, die sogenannte Freiheitscharta, in der sie ihre Forderungen für das von ihnen gewünschte Südafrika darlegten.

92 Kürt Sorununda Çözümle Doğru „Demokratik Özerklik“, Weşanên Serxwebûn 146 (2009), S.95.

Kongresses im Oktober 2007 teil, auf der das Vorhaben der demokratischen Autonomie angekündigt wurde. Die zweite Versammlung fand im September 2008 statt und bezog Stellung gegen die Boden- und Luftoperationen der türkischen Armee im Nordirak. Auf einem dritten Treffen im Jahr 2009, kurz vor den landesweiten Kommunalwahlen, wurde die Wahlstrategie diskutiert. Auf einem vierten und fünften Treffen im Juni und Dezember 2009 schlug die DTK eine neue Verfassung vor, die ein autonomes Kurdistan vorsieht.⁹³

Neben diesen organisatorischen Aktivitäten organisierte die DTK ein internationales Symposium und verschiedene Workshops zu den Themen „Neue Wirtschaftspolitik“, „Religiöse Glaubensgruppen“, „Neue Verfassung“ und „Sprache“. Es wurde eine „Konferenz über Erfahrungen mit Verhandlungen und Konfliktlösung“ abgehalten, auf der erörtert wurde, wie der Dialog zwischen den Parteien hergestellt werden kann, um Erfahrungen und Ideen über Friedensprozesse, Ablaufpläne und andere damit zusammenhängende Themen auszutauschen.⁹⁴ In seiner Abschlusserklärung wurde eine Lösung der kurdischen Frage durch Dialog vorgeschlagen. Die internationale Gemeinschaft wurde aufgefordert, einen Beitrag zu diesem Dialogprozess zu leisten. In diesem Zusammenhang wurde auch die Notwendigkeit betont, dass sich sowohl die türkischen als auch die kurdischen Parteien der Vergangenheit stellen müssen.⁹⁵

93 Danach wurde die DTK zu einem sehr wichtigen Akteur in der kurdischen Politik. Heute ist er ein offen organisierter Kongress mit einem Rat von 101 Mitgliedern, die von 850 Delegierten gewählt werden, von denen 300 Mitglieder gewählte Parteimitglieder wie Abgeordnete, Bürgermeister usw. sind, 500 gewählte Delegierte und 50 für Minderheiten und besondere Gruppen wie Akademiker reserviert sind.

94 „DTK ‚Uluslararası Çözüm Konferansı‘ düzenliyor“, *FiratNews.com*, 2. Januar 2010. URL: www.firatnews.com/index.php?rupel=nuce&nuceID=20003 (Zugriff am 15. Januar 2013).

95 „Müzakere Konferansı'nın sonuç bildirgesi açıklandı“, *FiratNews.com*, 28. Februar 2010. URL: <http://www.firatnews.com/index.php?rupel=nuce&nuceID=22423> (Zugriff am 15. Januar 2013).

In den Arbeitsgruppen stellte die DTK autonome Kommunalverwaltungen,⁹⁶ Unterricht in der Muttersprache und die Anerkennung der Identität als gemeinsame Forderungen der kurdischen Gesellschaft vor. Die Arbeitsgruppe zum Thema Sprache, die in Zusammenarbeit mit einigen Nichtregierungsorganisationen im Juni 2010 organisiert wurde, schlug ein Projekt zum Schutz von Sprachen vor, die keine (offiziellen) Unterrichtssprachen sind. Es wurde empfohlen, dass Kurdisch und andere Sprachen Unterrichtssprachen sein sollten. In diesem Zusammenhang betonte die Arbeitsgruppe, dass nicht staatliche Akteure sich nicht darauf beschränken sollten, Forderungen nach einer offiziellen Anerkennung der kurdischen Sprache zu stellen, sondern dies auch selbst organisieren sollten.⁹⁷

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die kurdische Bewegung in der Türkei seit 2005 im Rahmen des demokratischen Konföderalismus schrittweise einen politischen und sozialen Raum für die kurdische Identität geschaffen hat. Während dieses Prozesses stützte sich die kurdische Bewegung, die seit 1999 eine beträchtliche Anzahl von Gemeinden regiert, auf zwei Hauptorganisationsformen, die legale Partei, die DTP und später die BDP, und einen breiteren Kongress, die DTK. Sie zielten darauf ab, die kurdische Identitätspolitik auf der Grundlage des Konzepts des demokratischen Konföderalismus und der demokratischen Autonomie zu erweitern. Schließlich verkündete die DTK, dass sie die „demokratische Autonomie“ von unten nach oben aufbauen werde. Auch wenn der Inhalt dieser Proklamation zugegebenermaßen vage ist, stellt sie einerseits den bisher kühnsten Versuch der kurdischen Bewegung dar, sich aus der türkischen Öffentlichkeit zurückzuziehen, was ein erhöhtes Ri-

96 „DTP nin Yerel Yönetimler Modeli Netleşiyor“, Haftaya Bakış, 2–9 February 2008. URL: <http://www.ekolojistler.org/dtpnin-yerel-yonetimler-modeli-netlesiyor.html> (accessed 15 January 2013).

97 „Anadilde Eğitim’ için 1 milyon izma Meclis’te“, 25 February 2011. URL: <http://www.bianet.org/bianet/ifade-ozgurlugu/128164-anadilde-egitim-icin-1-milyon-izma-mecliste> (Zugriff am 15. Januar 2013).

siko von Zusammenstößen mit sich bringt. Andererseits kann sie die Frage aufwerfen, ob dies der Rahmen für eine „echte“ Lösung sein könnte. Im letzten Teil des Artikels werden wir dies in Bezug auf die Möglichkeiten einer politischen Lösung für die kurdische Frage diskutieren.

Zusammenfassung

Abschließend werden wir die Bedingungen dieses Konzepts der radikalen Demokratie und seine politischen Implikationen für eine Lösung des anhaltenden Konflikts in der Türkei diskutieren. Zunächst erörtern wir, was dieses Vorhaben für die kurdische Bewegung in der Türkei bedeutet hat.

Es ist klar, dass die 2000er Jahre die bisher kritischste Zeit für die PKK waren. Die Partei hat diese kritische Periode in verschiedenen Phasen erlebt, die sich grob in drei Abschnitte unterteilen lassen: i) Schock und Rückzug (1999), ii) Sackgasse und Wiederaufbau (2000–2004) und iii) Rückkehr zur politischen Bühne (2005–heute). Die kurdische und linke Kritik an Öcalans neuer Politik und an der PKK in dieser Zeit reicht vom Vorwurf der Unterwerfung unter den türkischen Staat bis hin zum Vorwurf des völligen Bruchs mit der Vergangenheit und den Zielen der Bewegung, mit der Schlussfolgerung, dass sie sich vom Traum eines unabhängigen Einheitsstaates verabschieden.

Was die PKK in dieser Zeit erlebt hat, war eine umfassende Umstrukturierung ihrer Organisation, ihrer Ideologie und ihres politisch-militärischen Kampfes. Organisatorisch hat sich die PKK zu einem komplexen System von Parteien und Institutionen entwickelt, im Gegensatz zum leninistischen Stil einer Avantgardepartei, die alle ihre Aktivitäten direkt überwacht, wie es früher der Fall war. Obwohl sich die Organisationsstruktur erheblich verändert hat, spielt der engagierte militante Körper, der sich aus einer Gruppe „professioneller Vollzeitrevolutionäre“

zusammensetzt, weiterhin die zentrale Rolle. Der Wandel auf der organisatorischen Ebene hin zu einer komplexeren Organisationsstruktur – oder zu einer Vielzahl von interagierenden Institutionen – ist ein Spiegelbild dieser sich entwickelnden Praxis. Diese Umwandlung der Organisationsstruktur entspricht einer neuen Konzeption, nämlich der „politischen Organisation jenseits der Partei“.

Obwohl behauptet wurde, dass die PKK ihre ursprüngliche Position, die Verwirklichung eines unabhängigen Kurdistans, aufgegeben hat, können wir argumentieren, dass die Partei die ursprüngliche leninistische These kreativ umgedreht hat. Lenin argumentierte 1914, dass „es falsch wäre, das Recht auf Selbstbestimmung so zu interpretieren, dass es etwas anderes bedeutet als das Recht auf die Existenz als eigener Staat“ (Lenin 1914). In Umkehrung dieser These könnte man sagen, dass es ebenso falsch ist, das Selbstbestimmungsrecht so zu interpretieren, dass es nichts anderes bedeutet als das Recht, als eigener Staat zu existieren. Nach Ansicht von Mustafa Karasu, einem führenden PKK-Veteranen, sollten sich Sozialisten nicht so sehr auf den Staat und sein politisches Projekt fixieren. Das Konzept des Nationalstaates sei kein sozialistisches, sondern ein bürgerliches Konzept. Das Projekt der PKK der „radikalen Demokratie“ und insbesondere die Idee des demokratischen Konföderalismus, der ein demokratisches System von unten nach oben über die bestehenden Grenzen hinaus entwickelt, zielt darauf ab, Grenzen flexibel und langfristig irrelevant zu machen (Karasu 2009: 17–219). Tatsächlich entwirft die PKK mit ihren politischen Projekten der demokratischen Republik, der demokratischen Autonomie und des demokratischen Konföderalismus eine neue Agenda für Selbstbestimmung und geht gleichzeitig über das Konzept des Nationalstaates hinaus.

Noch wichtiger ist, dass es der PKK in dieser Zeit gelungen ist, die Forderungen nach kurdischer Identität in einem Projekt der radikalen Demokratie zu vereinen, und zwar durch die Aus-

arbeitung neuer ideologischer und politischer Ansätze, die der PKK die Möglichkeit boten, ihren Interessen- und Tätigkeitsbereich zu erweitern und damit mehr Raum für eine kurdische Öffentlichkeit zu schaffen. Da die PKK nicht mehr die Eroberung der Staatsmacht durch den bewaffneten Kampf, sondern die Umgestaltung der Gesellschaft in all ihren Aspekten anstrebt, eröffnet sich ihr nun ein breiteres Betätigungsfeld.

Der politisch-militärische Kampf verlagerte sich unterdessen mehr und mehr in Richtung eines politischen Kampfes, in dem die DTP (später die BDP) mit ihrer Basisorganisation und ihren gewählten Vertreter:innen (auf nationaler und lokaler Ebene) sowie die DTK die Vorreiterrolle übernommen haben. Vor allem nach den Wahlen von 2007, 2009 und 2011 ist eine stärkere kurdische Präsenz in der Öffentlichkeit entstanden. Ein prominenter türkischer Kolumnist schrieb bereits im Jahr 2004:

Nach der schmerzhaften Periode, die die Türkei im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts durchlebte, konnte auf ihrem Boden kein eigener Staat errichtet werden, aber in ihrem Südosten hat sich eine eigene politische Geographie gebildet (Bila 2004: 10).

Er könnte nicht richtiger liegen, aber vielleicht hat er ihre konkrete Ausprägung nicht vorhergesehen. Diese separate politische Geografie basiert auf Formen der Selbstorganisation (demokratischer Konföderalismus) und der festen Überzeugung und Praxis, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen. Seit der Wahl 2009 wurde diese „separate politische Geografie“ durch die Verhaftung kurdischer Politiker vertieft, gefolgt von einer politischen Gegenkampagne der kurdischen Bewegung, einschließlich der Forderung nach einem zweisprachigen öffentlichen Leben im Rahmen der Vision der demokratischen Autonomie. Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und der Kongress der Demokratischen Gesellschaft lösten die Diskussion über ein „zweisprachiges Leben“ aus, indem sie die offizielle Anerkennung der

kurdischen Sprache im öffentlichen Leben forderten. Sie begannen auch, ihre Forderungen in die Praxis umzusetzen, indem die Gemeinden ihre Ortsschilder auf Kurdisch und Türkisch änderten und die örtlichen Ladenbesitzer ihre Schilder auf Kurdisch umstellten. Die Organisation der gesamten Gesellschaft von unten steht seit 1999 auf der Agenda der kurdischen Bewegung, mit der Übernahme einer zunehmenden Anzahl von Gemeinden in der kurdischen Region. Auf der Grundlage von Bezirken und Städten hat die kurdische Bewegung verschiedene Strukturen der Selbstverwaltung gebildet, die eine Politik für die lokalen Bedürfnisse entwickeln. Später zielte das Projekt der demokratischen Autonomie darauf ab, diese Strukturen zu erweitern und zu formalisieren.⁹⁸

In der Zwischenzeit hat die kurdische Bewegung auch versucht, diese Vorhaben sowohl der türkischen als auch der Weltöffentlichkeit vorzustellen und zu diskutieren, indem sie 2009 das Mesopotamien-Sozialforum⁹⁹ organisierte, das Organisationen und Bewegungen aus dem Nahen Osten und mehreren anderen Ländern in der Stadt Diyarbakır zusammenbrachte, und 2010 eine Arbeitsgruppe des DTK mit türkischen Journalist:innen, Akademiker:innen, Politiker:innen und Rechtsverteidiger:innen organisierte, um das Projekt der „demokratischen Autonomie“ zu diskutieren. Die Organisation aller Teile der Gesellschaft von unten nach oben unter dem Prinzip des demokratischen Konföderalismus und der Autonomie umfasste sehr unterschiedliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und erforderte verschiedene Aktivitäten. All diese Aktivitäten zeigen, dass das Vorhaben der PKK, eine radikale Demokratie zu schaffen, eine aktive Vertretung der Menschen in Form

98 Zeynep Gambetti, „Alternatif bir sol proje: demokratik özerklik“, Birgün, 26. Dezember 2010. URL: http://www.birgun.net/politics_index.php?news_code=1293360839&year=2010&month=12&day=26 (Zugriff am 15. Januar 2013).

99 „Mezopotamya sosyal forumu için çağrı“, URL: <http://www.msf.web.tr/msf/en/who-are-we.html> (Zugriff am 15. Januar 2013); siehe auch Casier 2011.

einer kämpfenden Kraft auf lokaler, regionaler und globaler Ebene einschließt, und, was noch wichtiger ist, es zeigt, dass es sich um ein Vorhaben handelt, das auf einer Demokratie von unten nach oben beruht und nicht einfach als ein von oben aufgezwungenes politisches Projekt betrachtet werden kann. Mit Hilfe der Kommunen und Volksversammlungen will es die Sackgasse der repräsentativen Demokratie überwinden. In diesem Sinne stellt das Vorhaben der demokratischen Autonomie in Form von 26 autonomen Regionen, wie es von der kurdischen Bewegung formuliert wurde, eine radikale Alternative dar, die die Grenzen des bestehenden politischen Regimes sprengt. Es basiert vor allem auf einer radikalen Auffassung von Demokratie, die darauf abzielt, die Demokratie vom Nationalismus zu trennen, indem sie Staat und Nation ausschließt und die Demokratie als eine uneingeschränkte und unvermittelte Form der Volkssouveränität und nicht als eine Regierungsform betrachtet. Daher sprengt dieses Vorhaben der demokratischen Autonomie die Grenzen des bestehenden politischen Regimes sowie den Rahmen, der auf der Grundlage des „gemeinschaftlichen Besitzstandes“ der EU ausgearbeitet wurde, der die liberale Demokratie als Maßstab verwendet, obwohl es eine laufende Diskussion darüber gibt, ob dieser Vorschlag zur EU-Regionalpolitik passen könnte, da er ein nützlicher Schritt zur Lösung der kurdischen Frage durch die Abschaffung des Zentralismus in der Türkei sein könnte.¹⁰⁰

Die kurdische Bewegung ist bereit, über eine Lösung auf der Grundlage von Anerkennungs- und Selbstverwaltungsrechten zu verhandeln. Sie kann über die Form und die Grenzen dieser Selbstverwaltung verhandeln, gibt sie aber nicht auf. In diesem Sinne wollen die Kurd:innen mit ihrer Identität auf der Grund-

100 Erhan Üstündağ, „Mögliche Lösung für die kurdische Frage passt zum EU-Beitrittsprozess“, Bianet, 1. Juli 2010. URL: <http://www.bianet.org/english/english/123087-possible-solution-for-kurdish-questionsuits-eu-accession-process> (Zugriff am 15. Januar 2013).

lage ihrer eingeschriebenen „politischen Geographie“ in den politischen Körper einbezogen werden, was eine verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen Identität in der Türkei voraussetzt. Diese verfassungsrechtliche Anerkennung, einschließlich des Begriffs der Autonomie, würde auch eine radikale Veränderung des bestehenden politischen Regimes der Türkei bedeuten.¹⁰¹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die kurdische Bewegung in der Türkei, die ein neues Vorhaben für eine radikale Demokratie entwickelt hat, das auf dem Konzept der „Politik jenseits des Staates, der politischen Organisation jenseits der Partei und der politischen Subjektivität jenseits der Klasse“ basiert, die Möglichkeit hat, die zentralistische Tradition im türkischen politischen System sowie das statistische und klassenreduktionistische politische Denken in der Linken in der Türkei zu verändern.

Quellen

- Akinan, S. (2009) ‚*Güzel günler yakında mı?*‘ (accessed 9 April 2009).
Akkaya, Ahmet Hamdi and Joost Jongerden (2011) ‚*The PKK in 2000s: Continuity through breaks?*‘ In: Marlies Casier & Joost Jongerden. Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue. London & New York: Routledge.

101 Eingliederung und Autonomie stehen nicht im Widerspruch zueinander, wie ein längeres Zitat aus einem geografisch, kulturell und politisch weit entfernten Kontext verdeutlicht: „Auf den ersten Blick scheinen sich die beiden Forderungen nach Inklusion und Autonomie zu widersprechen. Der Widerspruch entsteht jedoch nur, wenn man davon ausgeht, dass sich beide gegenseitig ausschließen, eine Form der Argumentation, die die volle Anerkennung indigener Rechte in Chiapas und auf der ganzen Welt weiterhin blockiert. Bis in die 1980er Jahre wurde die politische Bedeutung der kulturellen Vielfalt anderen Anliegen im Zusammenhang mit der Staatsbildung und der wirtschaftlichen Entwicklung untergeordnet. In Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern setzte die Eingliederung die Zugehörigkeit zu einer einzigen nationalen Identität voraus, die eindeutig nicht indigen war. Die langfristige Lebensfähigkeit der indigenen Autonomie könnte jedoch eher von ihrer Aneignung auf lokaler Ebene abhängen als von der Überarbeitung rechtlicher Bestimmungen. In dieser Hinsicht ist Autonomie am besten als ein Zeichen politischer Identität und nicht als ein rechtliches Konzept zu betrachten“ (Harvey 2005: 16).

- Badiou, Alain (2002) *Ethics: an essay on the understanding of Evil*. London – New York: Verso.
- Birand, M. A. (2009) ,*Let's hear the voice of the Kurds (II)*' (accessed 9 April 2009).
- Barkey, H. & Fuller, G. (1998) *Turkey's Kurdish Question*. Oxford: Rowman & Littlefield.
- Bila, Fikret (2004) *Satranç tahtasındaki yeni hamleler: Hangi PKK?*, Ankara: Ümit Yayıncılık.
- Bookchin, Murray (1982) *The ecology of freedom: the emergence and dissolution of hierarchy*. California: Cheshire Books.
- Bookchin, Murray (1992) *Libertarian Municipalism: An Overview*, Society and Nature, vol. 1, No. 1.
- Bookchin, Murray (1993) *The Meaning of Confederalism, Society and Nature*, vol.1, No. 3.
- Bookchin, Murray (1996) *From Urbanization to Cities: Toward a New Politics of Citizenship*. London: Cassell.
- Casier, Marlies (2010) ,*Turkey's Kurds and the Quest for Recognition. Transnational Politics and the EU-Turkey accession negotiations*' , Ethnicities 10 (1), pp. 3–25
- Casier, Marlies (2011) ,*Beyond Kurdistan? The Mesopotamia Social Forum and the appropriation and re-imagination of Mesopotamia by the Kurdish Movement*' . Journal of Balkan and Near Eastern Studies 13 (4), pp. 417–432.
- Casier, Marlies, Joost Jongerden and Nic Walker (2011) ,*Fruitless Attempts? The Kurdish initiative and the containment of the Kurdish movement*' . New Perspectives on Turkey 44, pp. 103–127.
- Çıdam, Çiğdem (2010) ,*Antonio Negri's Radical Critique of Contemporary Capitalism: Invoking Love, Revolutionizing Politics and Theorizing Democracy*' . Paper presented at the Annual Meeting of Political Science Association Washington DC, September 1–4, 2010.
- Ergin, Sedat (2009) ,*Politicians also subject to gravity*' (accessed 9 April 2009).
- Gambetti, Zeynep (2009) ,*Politics of placel/space: The spatial dynamics of the Kurdish and Zapatista movements*' . New Perspectives on Turkey 41, pp. 43–87.
- Gellner, Ernest (1983) *Nations and Nationalism*, Oxford: Basil Blackwell.
- Gellner, Ernest (1997) ,*The Turkish Option in Comparative Perspective*' . In: Sibel Bozdoğan and Reşat Kasaba (eds) *Rethinking Modernity*

- and National Identity in Turkey. Seattle and London: University of Washington Press.
- Güneş, Cengiz (2012) *The Kurdish National Movement in Turkey: From Protest to Resistance*. London & New York: Routledge.
- Hardt, Michael and Antonio Negri (2000) *Empire*. Cambridge: Harvard University Press.
- Hardt, Michael and Antonio Negri (2004) *Multitude: War and Democracy in the Age of Empire*, New York: Penguin Press.
- Hardt, Michael and Antonio Negri (2009) *Commonwealth*, Belknap Press of Harvard University Press.
- Harvey, Neil (2005) ‚Inclusion through Autonomy: Zapatistas and Dissent‘, NACLA Report on the Americas 39, pp. 12–45. URL: <http://www2.fiu.edu/~hudsonv/Harvey.pdf> (accessed 12 June 2010).
- Heper, M. (2007) *The state and Kurds in Turkey*. New York: Palgrave Macmillan.
- Jongerden, Joost (2007) *The Settlement Issue in Turkey and the Kurds*, Leiden & Boston: Brill.
- Jongerden, Joost and Ahmet Hamdi Akkaya (2011) ‚Born from the Left. The making of the PKK‘. In: Marlies Casier and Joost Jongerden (eds). Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue. London & New York: Routledge.
- Karasu, Mustafa (2009) *Radikal demokrasi*. Neuss: Mezopotamya Yayınları.
- Küçükaydın, Demir (2009) Öcalan’a *Mektuplar*, 2nd ed., Köxüz Digital Yayınlar. URL: <http://www.akintiya-karsi.org/koxuz/node/4758> (accessed 15 January 2013).
- Laclau, Ernesto and Chantal Mouffe (1985) *Hegemony and socialist strategy: towards a radical democratic politics*. London / New York: Verso.
- Lenin, Vladimir Ilyich (1972 [1914]) ‚The Right of Nations to Self-Determination‘, in: Collected Works, Moscow: Progress Publishers, Vol. 20, pp 393–454.
- Newman, Saul (2010) ‚The horizon of anarchy: Anarchism and contemporary radical thought‘, Theory and Event 13 (2).
- Öcalan, Abdullah (2004) *Bir halkı savunmak*. Weşanên Serxwebûn.
- Öcalan, Abdullah (2008) *War and Peace in Kurdistan*, Cologne: International Initiative Freedom for Öcalan – Peace in Kurdistan.
- Özcan, Ali Kemal (2006) *Turkey’s Kurds: A Theoretical Analysis of the PKK and Abdullah Öcalan*. Oxon: Routledge.

- Özkök, Ertuğrul (2009) ‚Sanacaksınız ki karşı çıkacağım‘ (accessed 9 April 2009).
- PKK (2005) *Partiya Karkerên Kurdistan PKK Yeniden İnşa Kongre Belgeleri*. Istanbul: Çetin Yayınları.
- PKK (2009) Kürt Sorununda Çözümüne Doğru *Demokratik Özerklik*. Weşanên Serxwebûn.
- Yeğen, Mesut (1999) ‚*The Kurdish Question in Turkish State Discourse*‘. *Journal of Contemporary History* 34 (4), pp. 555–568.
- White, Damian F. (2008) *Bookchin: A Critical Appraisal*. London: Pluto Press.
- Žižek, Slavoj (2007) *Robespierre, Virtue and Terror*. London: Verso.

Aus Niederlagen lernen: Entwicklung und Herausforderung des „neuen Paradigmas“ innerhalb der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Joost Jongerden

Joost Jongerden: *Aus Niederlagen lernen: Entwicklung und Herausforderung des „neuen Paradigmas“ innerhalb der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/1053291/FOAW7006>

Zusammenfassung

Die ideologische Neuausrichtung und politische Reorganisation der PKK ist Gegenstand von Debatten. Während einige Autoren anerkennen, dass innerhalb der PKK bedeutende Veränderungen stattgefunden haben, haben andere die Transformation der PKK als Kommunikationsstrategie und Augenwischerei abgetan. Auf der Grundlage von Interviews mit Schlüsselinformationen rekonstruiert dieser Artikel die Debatten und Entwicklungen innerhalb der Partei zu Beginn der 2000er Jahre. Eine wichtige Schlussfolgerung ist, dass die Transformation der PKK mehr war als eine Neuausrichtung, die eine organisatorische Anpassung beinhaltete; sie war nicht weniger als die Entwicklung einer neuen Denkweise, welche die Infragestellung historisch verankerter Geschlechterhierarchien und tief verwurzelter politischer Axiome beinhaltete. Im Zuge dieses großen Wandels verlor die PKK eine beträchtliche Anzahl langjähriger Aktivist:innen und

Kader. Obwohl es zeitweise so aussah, als ob die Bewegung auseinanderfallen könnte, war das Ergebnis ein Wandel, der der PKK neuen Schwung verlieh.

Einleitung

In ihrem Manifest von 1978 erklärte die Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans, PKK) die Errichtung eines unabhängigen Staates zum einzig richtigen politischen Ziel einer nationalen Befreiungsbewegung. Um die Jahrtausendwende begann die Partei nach einer Kritik und Selbstkritik am Charakter der nationalen Befreiungskämpfe und des „real existierenden Sozialismus“¹⁰² zu hinterfragen, ob die Unabhängigkeit wirklich in Form des Aufbaus eines Nationalstaates konzipiert und praktiziert werden sollte (Jongerden 2016). Indem sie das Konzept des Staatsaufbaus aus dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung ableitete, entwickelte die PKK auf der Grundlage der Idee der Selbstverwaltung als staatenlose Gesellschaft eine ideologische und politische Architektur. Diese Entwicklung eines neuen „alternativen institutionellen Rahmens zum gegenwärtigen Staatssystem im Nahen Osten“ (Gunes 2012) wird von der PKK als Paradigmenwechsel bezeichnet. Während einige Autoren anerkennen, dass innerhalb der PKK signifikante Veränderungen stattgefunden haben (Akkaya und Jongerden 2012; Gunes 2012; Gunes und Zeydanlioglu 2013; Yegen 2016), wird die Transformation der PKK in vielen Texten zum Thema eher heruntergespielt und abqualifiziert. Durch die Betonung sogenannter autoritärer Kontinuitäten wird die Veränderung der PKK-Position lediglich als Kommunikationsstrategie als Reaktion auf die Einstufung als terroristische Or-

102 Ein Schlagwort, das sich auf die staatlich-bürokratische Planung im Stil der Sowjetunion bezieht, die als eine der Etappen auf dem Weg zum Kommunismus angesehen wurde.

ganisation und damit als oberflächlich oder im Widerspruch zu ihrem angeblichen und eigentlichen Wesen dargestellt. Savelsberg (2014: 103; 2016: 227) stellt die Praxis der kollektiven Selbstverwaltung von unten als Augenwischerei für Autoritarismus dar. Leezenberg (2016: 15) sieht leninistische Kontinuitäten in einer Richtung, „die dem anarchistischen Element in Bookchins und Öcalans theoretischen Schriften widerspricht.“ In ähnlicher Weise deutet Muhammad (2018: 799) an, dass Bookchin als „Theoretiker der Wahl vielleicht nicht ganz geeignet ist“, da „die PKK nicht in der Lage war, einen nicht-nationalistischen Kurs einzuschlagen“. De Jong (2016) behauptet außerdem, dass die Übernahme von Bookchin und des neuen Paradigmas nicht das Ergebnis eines kollektiven Beratungsprozesses war, sondern von der PKK-Führung auf der Grundlage der Anweisungen von Öcalan (2016) durchgesetzt wurde. Er zeigt, dass der Paradigmenwechsel in der Tat mit tiefgreifenden Diskussionen, Neuorientierung und Reorganisation einherging und beinahe zum Zerfall und Zusammenbruch der Partei geführt hätte.

Methodisch gesehen ist dieser Artikel das Ergebnis eines Ansatzes, der darauf abzielt, die Ansichten und Handlungen der PKK zu verstehen und vor allem, wie diese für die Beteiligten einen Sinn ergeben (Jongerden 2016b). Wenn man sich damit auseinandersetzt, was die in der Organisation Aktiven selbst zu sagen haben, wie sie die ideologischen und politischen Veränderungen innerhalb ihrer Organisation erklären und was sie selbst als Prozess hin zu einem „Paradigmenwechsel“ bezeichnen, wird deutlich, dass die Veränderungen als einschneidend empfunden wurden und dass die Organisation Mitte der 2000er Jahre tatsächlich einen radikalen Wandel durchgemacht hat. Leider wurde die Intensität der Debatten und Veränderungen in der meisten Literatur zu diesem Thema übersehen, was hier in erster Linie behoben werden soll. Dieser Artikel befasst sich hauptsächlich mit den internen Diskussionen und Auseinander-

setzungen und konzentriert sich daher auf die tiefgreifenden und destabilisierenden Auswirkungen, die der Paradigmenwechsel auf die Partei hatte und schließlich zu einer Neugründung führte. Die Daten zur Untermauerung dieses Arguments wurden anhand von Interviews mit Personen erhoben, die an den Diskussionen innerhalb der PKK und den Umbruch, den die Partei Anfang der 2000er Jahre erlebte, beteiligt waren oder diese miterlebt haben.¹⁰³

Aus der Niederlage lernen

Zunächst ohne formale Struktur oder Programm, begann das, woraus 1978 die PKK werden sollte, als ein Zusammenschluss engagierter Menschen, die nach dem Putsch von 1971 und der Niederschlagung der revolutionären Linken in der Türkei nach einer neuen Perspektive suchten.¹⁰⁴ Die Gruppe beteiligte sich nicht an dem sektiererischen Kampf darüber, ob Russland, China oder Albanien den richtigen revolutionären Pfad repräsentierte. Die „Kürdistan Devrimcileri“ (Revolutionäre Kurdistan), so der Name der Gruppe, bevor sie sich in die PKK umwandelte, kümmerten sich nicht darum, wer die wahre Form des Sozialismus vertrat. Sie waren stattdessen damit beschäftigt, den sozialistischen Kampf unter den Bedingungen, in denen sie lebten, zu verstehen, was auch die Entwicklung eines Verständnisses für die Realität der Türkei und Kurdistan mit einschloss (Cemil Bayık, persönliche Kommunikation, 30.10.2014; Rıza Altun, persönliche Kommunikation,

103 Sofern nicht anders angegeben, wurden alle Interviews und Übersetzungen in diesem Artikel vom Autor durchgeführt.

104 Die PKK wurde offiziell am 26. und 27. November 1978 gegründet, nahm ihren Namen jedoch erst im April 1979 an und verkündete ihre Existenz im Juli 1979 mit einem Anschlag auf den Anführer des kurdischen Bucak-Clans, der als Symbol für einen unterdrückerten Großgrundbesitzer und Kollaborateur mit dem Staat galt (Akkaya 2016).

30.10.2014). Die Geschichte der PKK und der damit verbundene Paradigmenwechsel kann aus verschiedenen Perspektiven verschriftlicht werden. Eine davon ist, die Geschichte als einen Prozess des „Lernens aus der Niederlage“ zu konzipieren. In diesem Artikel werde ich auf drei historische Niederlagen, mit der die Bewegung in ihrer Geschichte konfrontiert war, eingehen. Die erste Niederlage, aus der die Revolutionäre Kurdistans lernten, war die Niederlage der revolutionären Linken in der Türkei nach dem Putsch 1971. Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre hatten die revolutionäre Linke und die kurdischen Organisationen in der Türkei an Schwung gewonnen, indem sie Kraft und Inspiration aus revolutionären Kämpfen in anderen Teilen der Welt bezogen: von Kuba bis Vietnam, von Laos bis Angola, Mosambik und Guinea, von Algerien bis Palästina. Vor dem Hintergrund des Erstarkens einer selbstbewussten Linken und der sich abzeichnenden Tendenz von kurdischen politischen Bewegungen überreichte das Militär am 12. März 1971 Ministerpräsident Süleyman Demirel ein Memorandum, in dem der Generalstab eine starke Regierung forderte, die den sogenannten sozialen Unruhen ein Ende setzen und Reformen im kemalistischen Geist durchführen sollte (Zürcher 2004: 257). Auf diesen Putsch folgte ein hartes Vorgehen gegen die Linke und die kurdischen Organisationen. In den drei Jahren nach dem Putsch 1971 ermächtigte das Militär den Staat gegen die Zivilgesellschaft und richtete unter anderem Sondergerichte ein, um schnell und rücksichtslos gegen Andersdenkende vorzugehen. Ein Verbot von Versammlungen und Zusammenkünften und die Kriminalisierung von Streiks und Aussperrungen sowie die Schließung von Organisationen und die Verhaftung und Ermordung ihrer Anführer:innen führten zum Zusammenbruch der organisierten Linken (Ahmad 1993: 156; Jongerden 2017). Diese besondere Niederlage hatte einen tiefgreifenden Einfluss auf die Gründung und Entwicklung der „Revolutionäre Kurdistans“. Öcalan argumen-

tierte, dass der Hauptgrund für diese Niederlage darin lag, dass die revolutionären Bewegungen in eine direkte Konfrontation mit dem Staat eingetreten waren, als sie selbst noch zu schwach dafür waren. Dieser Erkenntnis folgend beschloss die Gruppe um Öcalan, sich gründlich zu organisieren, bevor sie sich auf eine solche Konfrontation einließ (Sayin 1997: 71–83; Jongerden und Akkaya 2011). Die zweite Niederlage der PKK, nämlich die militärischen Rückschläge, die sie Anfang der 1990er Jahre erlitt, ereignete sich, als die bewaffneten Kräfte der PKK auf einen Stellungskrieg setzten, während das türkische Militär begann, Guerillataktiken anzuwenden. Dies führte zu schweren Verlusten für die PKK. In dieser Zeit schlossen sich viele junge Menschen der Bewegung an, darunter eine beträchtliche Anzahl von Frauen. Die Kommandeure, meist Männer, hielten die Frauen für militärisch ungeeignet und schickten sie nach einem Monat Ausbildung zurück an die politische Front in der Türkei. Viele der Frauen wurden nach ihrer Rückkehr verhaftet. Fatma, Mitglied von „Komalên Jinên Kurdistan“ (Kurdische Frauengemeinschaften, KJK), der Dachorganisation der Frauenbewegung, die von den Lehren Öcalans inspiriert wurde, beschreibt diese Zeit wie folgt: „Was wir in den Jahren 1991, 1992, 1993 erlebt haben, der große Anstieg der Frauen, die sich der Revolution anschlossen, war gleichzeitig eine Zeit, in der ein großes Chaos innerhalb der Organisation vorherrschte. Da war zum Beispiel dieser Şemdin Sakık, der Kommandant von Amed [Diyarbakır]. Er sagte: ‚Es wird keine Frauen mehr in der Armee geben, ich schicke sie alle weg. Sie können in die Städte gehen, niemand kann die Frauen zu Kandidatinnen für die Guerilla machen. Denn Frauen verderben Männer.‘ Seiner Ansicht nach war der Krieg Männersache“ (Fatma, persönliche Kommunikation, 27.07.2016).

Vor diesem Hintergrund begann Abdullah Öcalan, die Vorherrschaft der Männer als negative Seite der Bewegung zu problematisieren und das Engagement und den Willen der

Kämpferinnen zu loben.¹⁰⁵ Obwohl auch andere Befreiungsbewegungen Frauen mobilisierten, begann die PKK, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern als zentrales Thema ihrer Analysen zu betrachten und patriarchalische Verhältnisse sowohl in der Gesellschaft allgemein als auch innerhalb der Partei selbst infrage zu stellen. Die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern wurden nicht als Nebenaspekt der Revolution, sondern als zentrale Herausforderung betrachtet (Tax 2016). Indem er die Geschichte der Staatsbildung als eine Geschichte der Entstehung des „dominanten Mannes“ analysierte, stellte Öcalan die These von Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof (Mies, Bennholdt-Thomsen und Werlhof 1988) von den „Frauen, der letzten Kolonie“ auf den Kopf. Öcalan (2013) argumentierte, dass soziale Ungleichheiten und kulturelle Ungerechtigkeiten mit der Entstehung von Geschlechterhierarchien und der Identifizierung von Frauen mit der häuslichen Sphäre („Hausfrauisierung“) in der Jungsteinzeit begannen.¹⁰⁶ Er bezeichnete die Frauen als „die erste Kolonie“.

105 In Öcalans Bewertungen ist Beritan (Gülnaz Karataş) eine Symbolfigur für die militärische Selbstorganisation (tr. *ordulaşma*) der Frauen, während Zilan (Zeynep Kinaci) und Sema Yüce für ihn als Vorkämpferinnen der Bildung einer Frauenpartei (tr. *partileşme*) betrachtet werden. Beritan war die Kommandantin einer PKK-Einheit. 1992 begannen die türkischen Streitkräfte mit Unterstützung der Peshmerga der Partiya Demokrata Kurdistan (KDP) eine Militäroffensive gegen die PKK in der Region Kurdistan im Irak. Als Beritans Einheit 1992 von KDP-Kräften eingekesselt werden sollte, hielt sie diese auf Distanz, damit ihre Einheit entkommen konnte. Als ihr die Munition ausging, stürzte sie sich von einem Bergfelsen und zog den Tod der Gefangenschaft vor. Bei einem Anschlag auf das türkische Militär in Dersim (Tunceli) im Jahr 1996 setzte Zilan ihren Körper als Waffe ein. 1998 zündete sich Sema Yüce aus Protest gegen die Politik der Türkei gegenüber den Kurd:innen selbst an.

106 Marie Mies, Veronica Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof unterscheiden zwischen externen Kolonien und internen Kolonien. Externe Kolonien sind kolonisierte Völker und Ländereien anderswo, während die interne Kolonie ein Prozess der „Hausfrauisierung“ im eigenen Land ist. Sie verorten den Prozess der Hausfrauisierung im Zeitalter der kapitalistischen Moderne und argumentieren, dass diese ein Prozess der Ausweitung der Ausbeutung auf den häuslichen Bereich ist (siehe auch Mies 1986: 110). Öcalan argumentiert umgekehrt, nämlich dass der Nationalstaat und der Kapitalismus von der Institutionalisierung des dominanten Mannes abhängig sind. Diese Institutionalisierung des dominanten

Die „männliche Dominanz“, so Öcalan, sei konstitutiv für einen Prozess der Staatsbildung. Folglich wurden staatenlose Demokratie und Geschlechtergleichheit zu Schlüsseldimensionen des neuen Paradigmas der PKK (Güneş, 2012: 141–3).

Die dritte Niederlage der PKK, die Entführung von Abdullah Öcalan im Jahr 1999 und seine Inhaftierung in der Türkei, war ein großer Schock für die Partei, führte aber letztlich zu einer Neugestaltung der Ideologie und Organisation der Partei. Diese Neuformierung fand vor dem viel umfassenderen Hintergrund der Auflösung des Staatssozialismus statt und dem, was Paul Virilio als Scheitern einer Art von sozialem Experiment bezeichnet (Conley 2012: 93), welches wiederum der Idee einer nicht staatlichen Demokratie Platz verschaffte. Im Zusammenhang mit dieser dritten Niederlage werde ich den Paradigmenwechsel innerhalb der PKK diskutieren.

Paradigmenwechsel

Am 16. Februar 1999 gab der damalige Premierminister Bülent Ecevit bekannt, dass der PKK-Anführer Abdullah Öcalan in Kenia gefangen genommen und einen Tag zuvor in die Türkei überführt worden war. Weltweit reagierten PKK-Kämpfer:innen und Sympathisant:innen wütend mit Demonstrationen, Protesten und Besetzungen. Auf den Schock über seine Verhaftung

Mannes findet im Zusammenhang mit zwei „sexuellen Brüchen“ statt. Der erste Bruch war die „Religionisierung“ der Idee des starken Mannes in der Jungsteinzeit, die auf etwa 4000 Jahre zurückgeht. Diese institutionalisierte eine einstimmige männliche Sozialkultur und brachte die Frauen zum Schweigen und machte sie zu „Hausfrauen“. Der zweite „sexuelle Bruch“ wird als Intensivierung des Patriarchats durch die monotheistischen Religionen bezeichnet. In der früheren Welt der multiplen Götter wurden Frauen kreative Kräfte zugeschrieben, aber in der Erzählung der monotheistischen Religionen verschob sich die Position der Frau von der Schöpferin zur Geschaffenen, symbolisiert durch die Behauptung, dass die Frau aus der Rippe eines Mannes geschaffen wurde (Öcalan, 2017).

folgte schnell ein weiterer Schock. Zu seiner Verteidigung nahm Öcalan nicht die von seinen Anhänger:innen und den kurdischen Gemeinschaften erwartete Position ein. Öcalan lehnte die Forderung nach einem unabhängigen Staat ab und schlug stattdessen eine neue, „wirklich“ demokratische Republik vor. Dieses Projekt bezeichnete er als demokratischen Konföderalismus, demokratische Autonomie und demokratische Nation. Schnell wurde ihm vorgeworfen, er habe sich verkauft. Doch zu seiner Verteidigung erklärte Öcalan, er habe sich nicht aus dem Kampf zurückgezogen, sondern strebe die Wiederaufnahme des Befreiungskampfes an. Er erklärte: „Ich bin weder auf eine klassische kurdisch-nationalistische Linie noch zu einer linken Interpretation derselben zurückgekehrt. Die Entwicklungen gingen über [beide Tendenzen] hinaus“ (Öcalan 1999 b: 10). Öcalan begann, seine bereits früher formulierte Kritik am Staat, einschließlich der sozialistischen Experimente, weiterzuentwickeln, indem er argumentierte, dass die Befreiung nicht durch den Aufbau eines Nationalstaates, sondern durch die Vertiefung der Selbstorganisation erreicht werden könne. Diese bezeichnete er als radikale Demokratie, radikal in dem Sinne, dass sie versucht, das Konzept der Demokratie jenseits von Nation und Staat zu entwickeln (Karasu 2009).

Nach seiner Inhaftierung auf der Gefängnisinsel İmralı und einem Gerichtsverfahren mit mehreren Anklagepunkten, darunter wegen Hochverrats gegen den türkischen Staat, begann Öcalan mit den Vorbereitungen für seine rechtliche Verteidigung. Das Recht, seine Verteidigung selbst zu organisieren, verschaffte ihm Zugang zu Literatur und führte zu einer umfassenden Lektüre von politischer und sozialer Theorie, Philosophie und Geschichte. Diese Lektüre führte nicht zu einer juristischen, sondern zu einer politischen Verteidigung. Im Laufe der Jahre befasste sich Öcalan mit einer gründlichen Aufarbeitung der Geschichte des Sozialismus und der PKK sowie mit der Entwicklung eines neuen politischen Projekts (Akkaya

2016). Dieses neue politische Projekt, das er als „demokratischer Konföderalismus“, „demokratische Autonomie“ und „demokratische Nation“ bezeichnet, wird von Öcalan in den historischen Kontext der nicht staatlichen Zivilisation gestellt. In *Liberating Life*, einer Zusammenstellung von Übersetzungen aus mehreren seiner Bücher, schreibt Öcalan (2013: 55), dass der Kampf „die Schaffung politischer Formationen beinhaltet, die darauf abzielen, eine Gesellschaft zu erreichen, die demokratisch, gleichberechtigt und ökologisch ist und bei denen der Staat nicht das zentrale Element ist.“ Eine Theorie über die Entstehung und die Rolle des Staates ist für den zweiten Paradigmenwechsel innerhalb der PKK von zentraler Bedeutung. Zur Zeit der Gründung der PKK in den 1970er Jahren nahm die PKK revolutionäre Kämpfe an anderen Orten als relevanten Horizont für ihre eigene Orientierung. Die Oktoberrevolution in Russland, die Revolution in China, der Widerstand in Vietnam, Angola, Mosambik, Eritrea und anderen Ländern und Regionen der Welt wurden als Teil eines gemeinsamen Erbes der Unterdrückten betrachtet. Doch die sozialistischen und Befreiungsbewegungen erfüllten ihre Versprechen nicht, und gegen Ende der 1980er Jahre brach die selbst ernannte sozialistische Alternative, die Sowjetunion, zusammen. Dies bildete die Grundlage für eine erneute Überprüfung der Idee des Sozialismus und des Befreiungskampfes und führte schließlich zu einer Staatskritik:

„[Die PKK] hat alle nationalen Befreiungskämpfe untersucht. Sie haben ihre Länder befreit, große Schlachten geschlagen, Millionen von Gefallenen geopfert und schließlich gewonnen, aber die Gewinne waren minimal. Sie erreichten ihre Ziele, konnten aber ihre Prinzipien nicht verwirklichen [...] Hinzu kommt, dass Sozialismus zusammenbrach. Auch die Sowjetunion hatte geglaubt, dass sie nur dann untergehen würden, wenn die Welt untergeht, und das beeinflusste ihre Geisteshaltung. Wir begannen also mit einer Neubewertung. Als wir uns gründeten, haben wir uns mehr von Kämpfen in

anderen Ländern inspirieren lassen als von den Widerstandsbewegungen der jüngeren kurdischen Geschichte, die alle mit einer Niederlage endeten, was sich auf das Denken der PKK auswirkte. Ich meine, wir haben sie [die nationalen Befreiungsbewegungen] als Vorbilder betrachtet, wir waren von diesen Bewegungen beeinflusst, als wir unseren Kampf begannen, aber diese Kämpfe haben nicht das gebracht, was sie hätten bringen sollen. Im Gegenteil, sie gingen zurück und akzeptierten, was sie zuvor abgelehnt hatten. Man sieht also, dass etwas falsch gelaufen ist. Dies erforderte eine erneute Überprüfung. Die Entstehung eines neuen Paradigmas [innerhalb der PKK] ist davon sehr stark beeinflusst“ (Duran Kalkan, persönliche Kommunikation, 28.10.2014).

Diese kritische Überprüfung der Befreiungskämpfe führte zu einer Kritik am Staat, der von Nietzsche als „das kälteste aller kalten Ungeheuer“ (Merrifield 2006: 157) und von Öcalan als die Institution bezeichnet wird, die nicht für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte steht, sondern für deren Verweigerung (Öcalan 2010: 193). So begann Öcalan, die Staatsbildung als Ziel des politischen Kampfes, der auf Befreiung abzielt, abzulehnen und ein neues Modell vorzuschlagen (Jongerden 2016).

Die Anfänge dieses Umdenkens in der Politik liegen in der Mitte der 1980er Jahre.

„Die erste scharfe Kritik am real existierenden Sozialismus wurde auf einer Sitzung des Zentralkomitees im Jahr 1984 geäußert. [...] Er [Öcalan] argumentierte, dass der real existierende Sozialismus nicht viel mit Sozialismus zu tun habe. Der Staat sollte verschwinden, wurde aber stattdessen immer mächtiger“ (Cemil Bayık, persönliche Kommunikation, 30.10.2014)

Akkaya (2016) zufolge lässt sich diese Kritik am real existierenden Sozialismus auch in Öcalans Reden zum Sozialismus (meist anlässlich des 1. Mai) in den 1980er Jahren wiederfinden. In diesen argumentierte er, dass die Entwicklung eines „büro-

kratischen Staates“ im „real existierenden Sozialismus“ zu Entfremdung und Unterwerfung geführt habe (Öcalan 1999: 13 f.). Darüber hinaus argumentiert Akkaya, insbesondere unter Bezugnahme auf den PKK-Kongress von 1993 (Öcalan 1993), dass Öcalans Kritik an der Sowjetunion nicht mit einer Hinwendung zu Dogmatismus oder Liberalismus einherging, sondern mit der Suche nach einer neuen Form des Sozialismus (Akkaya 2016: 311). Das Neudenken des Sozialismus durch eine Staatskritik wurde zu einem wiederkehrenden Thema in Öcalans Denken. Auch auf dem 5. Kongress äußerte er seine Kritik an der widersprüchlichen Beziehung zwischen Staat und Sozialismus (Öcalan 1995). Bereits Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre schlug Öcalan einen „neuen Sozialismus“ vor, der auf einem gesellschaftlichen Wandel von unten basiert. 1999, nach seiner Inhaftierung, kehrte Öcalan zu dieser Kritik zurück und entwickelte eine neue politische Vision.

Entwicklung und Anfechtung des Paradigmenwechsels

Obwohl Öcalan in Kontakt mit seinen Anwält:innen stand, verbrachte er die meiste Zeit in Isolation, las, entwickelte seine Ideen und schrieb. Innerhalb der Beschränkungen, denen er ausgesetzt war, wünschte sich Öcalan jedoch eine Art intellektuellen Austausch. Sein Anwält:innenteam spielte bei diesem Austausch eine wichtige Rolle. Laut Oliver Kontny, einem der Mitarbeiter des Rechtsbeistands, suchte Öcalan i) Menschen, mit denen er sich austauschen konnte, um seine Ideen zu prüfen und weiterzuentwickeln, und ii) Informationen über andere Bewegungen in der Welt zu erlangen, die ähnliche Ziele verfolgten:

„Er war im Grunde allein in seiner Gefängniszelle und stellte die Hälfte seines Glaubenssystems und mehr als die Hälfte

des Glaubenssystems seiner Anhänger:innen auf den Kopf. [...] Und natürlich kann man anfangen zu zweifeln und denken: ‚Vielleicht verliere ich gerade den Verstand.‘ Er brauchte also eine Art von Feedback von jemandem, der nicht sein Anhänger war, nicht sein Unterstützer, von Menschen, die vielleicht in ihre eigenen Kämpfe oder in ihren eigenen Denkprozess verwickelt waren“ (Oliver Kontny, persönliche Kommunikation, 29.11.2015).

Einer der Versuche, mit Intellektuellen und Aktivist:innen außerhalb der Bewegung ins Gespräch zu kommen, fand im Rahmen einer Übersetzung dessen statt, was später auf Englisch als *Prison Writings, The Roots of Civilisation* (Öcalan 2007) veröffentlicht wurde. Der in London ansässige Verlag Pluto Press war an dem Manuskript interessiert, da es in einem radikalen sozialistischen Rahmen angesiedelt war und sich mit kritischen Perspektiven auf Kapitalismus und Kolonialismus befasste:

„Als Verleger war ich immer an den Büchern von Menschen interessiert, die sich gegen das wehren, was sie als eine Form von Herrschaft empfinden. [...] Öcalan war offensichtlich ein wichtiger Anführer des kurdischen Widerstands [...], aber wir waren nicht in die Dynamik oder die Politik involviert“ (Roger van Zwanenberg, persönliche Kommunikation, 27.06.2016).

Das Manuskript wurde zur Begutachtung an Susan Pollock, eine Archäologin mit Interesse an politischer Ökonomie und feministischen Ansätzen zur Erforschung vor- und frühgeschichtlicher mesopotamischer Gesellschaften, und an Reinhard Bernbeck geschickt, der sich für die wirtschaftliche Organisation antiker Gesellschaften und den antiken Imperialismus im Vergleich zu seinen heutigen Erscheinungsformen interessierte. Pollock hat über die Geschichte des antiken Mesopotamiens publiziert (Pollock 1999), und gemeinsam haben Pollock und Bernbeck (2004) eine Publikation herausgegeben, in der es unter anderem um das

soziale Leben in neolithischen Dörfern ging (Pollock & Bernbeck 2004; Starzmann, Pollock & Bernbeck 2008). Pollock und Bernbeck hatten beide Teile der Übersetzung des Manuskripts erhalten, es durchgelesen und im Austausch mit Oliver Kontny, dem Übersetzer des Manuskripts, ihre Kommentare mitgeteilt:

„Als ich den Text gelesen habe, war ich wirklich beeindruckt von der Art der Details [und] dem Wissen [...] Insgesamt fand ich ihn sehr interessant. Es [war] eine Art angemessene Analyse von jemandem, der nur begrenzten Zugang zu einer Bibliothek hat“ (Reinhard Bernbeck, persönliche Kommunikation, 22.06.2016).

Gegen die Vorstellung vom alten Mesopotamien als einer wunderbaren Zivilisation, aus der wir eine Geschichte des Fortschritts ablesen können, führte Öcalan ein Argument über die Existenz eines „primitiven Sozialismus“ in der Jungsteinzeit an und betonte die Entstehung von Geschlechterhierarchien, Klassenspaltung und sozialer Ausbeutung:

„Ich habe seine Analyse der neolithischen Revolution nicht ganz verstanden und auch nicht, was er über die vorstädtische Zeit und den Vergleich mit der Aufklärung sagte. Ist der Kapitalismus die Entgleisung der Aufklärung, oder war die Aufklärung bereits der erste Schritt in die falsche Richtung? Ist die neolithische Revolution entgleist, oder war sie schon ein erster Schritt in die falsche Richtung? Es gab noch andere Dinge, aber da muss ich genau zurückblicken, ich erinnere mich nicht, denn es ist wahrscheinlich zwischen 12 und 15 Jahren her, dass wir diese Diskussionen geführt haben. [...] Man kann wahrscheinlich die erste Produktion von Überschuss zeitlich und räumlich genauer bestimmen als er [Öcalan] es tut, aber warum sollte er das tun? Es ist irgendwo dort. Er hat nicht unrecht, wenn er sie zwischen dem frühen Neolithikum und der Entstehung der städtischen Gesellschaft und des Staates in Mesopotamien ansiedelt“ (Reinhard Bernbeck, persönliche Kommunikation, 22.06.2016).

Auf der Grundlage seines Austauschs mit den Gutachtern des Manuskripts schrieb Oliver Kontny an Öcalan:

„Ich habe diesen sehr langen Brief geschrieben. Seine Anwält:innen wollten ihm diesen Brief nicht geben, weil sie ihn für unhöflich hielten. Nach einigen Monaten habe ich sie dazu gedrängt, ihn herauszugeben, und ich habe per Fax eine Antwort erhalten. Öcalan hatte sich offensichtlich hingesezt, um einen handgeschriebenen Brief zu schreiben, und er ließ ihn von den Gefängnisbehörden an seine Anwält:innen faxen. [...] Er sagte: ‚Ja, ich bin kein Akademiker, ich behaupte nicht, einer zu sein, also korrigieren Sie bitte, was immer Sie für falsch halten, aber lassen Sie uns darüber diskutieren, lassen Sie uns darüber nachdenken, was es für die Menschheit bedeuten kann. Denn wenn Sie auch der Meinung sind, dass es etwas Neues ist, dann lassen Sie uns das gemeinsam entwickeln.‘ [...] Die Leute dachten, es sei unangemessen, sie versuchten tatsächlich, mich davon abzuhalten, weiter zu schreiben, und sie hinderten mich effektiv daran, das umzusetzen, was er in seinem Brief sagte. Denn in seinem Brief an mich sagte er: ‚Hör zu, ich möchte, dass du eine Gruppe von Leuten bildest und mein Buch aktualisierst, damit es auf dem Stand der Diskussion in Europa ist, und wenn es irgendwelche Fehler gibt, sachliche Fehler, dann korrigiere sie einfach stillschweigend. [...] Aber wichtig ist, dass du meine Ideen, meine politischen und philosophischen Ideen nicht verwässerst. Ich bin zuversichtlich, dass du sie verstehst und darauf achtest, sie nicht zu verändern, aber den Rest kannst du ruhig machen, und zwar auf redaktionelle Art und Weise, damit es ein guter Text wird.‘ Das sagte er in einem Brief mit seiner eigenen Unterschrift an einen Übersetzer und einen Verleger. Wenn ich ein PKK-Mitglied wäre, wäre mir das heilig, oder? Das war von Öcalan. Es war sein Wille, sein schriftlicher, ausdrücklicher Wille, und sie haben uns gehindert. Es ist nicht passiert“ (Oliver Kontny, persönliche Kommunikation, 29.11.2015).

Als dieser Austausch rund um das Manuskript zu Ende ging, wurde parallel der Kontakt zu einigen Intellektuellen aufgebaut.

Der wichtigste unter ihnen war Murray Bookchin, der von Reimar Heider und Uta Schneiderbanger von der „Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan / Frieden in Kurdistan“ kontaktiert wurde. Der in New York als Sohn russisch-jüdischer Einwanderer geborene Murray Bookchin (1921–2006) war als Jugendlicher in der Jugendbewegung der kommunistischen Partei in den USA aktiv, brach aber Ende der 1930er Jahre mit ihr. Zunächst schloss er sich den Trotzlisten und der Socialist Workers Party (SWP) an, hatte jedoch erhebliche Schwierigkeiten mit deren hierarchischen und zentralistischen Ansichten und verstand sich seit den 1950er Jahren als libertärer Sozialist (Jongerden und Akkaya 2013). Öcalan hatte den Wert von Bookchins Ideen hervorgehoben und ihn als seinen Lehrer und sich selbst als seinen Schüler bezeichnet (Reimar Heider, persönliche Kommunikation, 24.12.2015).¹⁰⁷

In seinen Schriften beruft sich Öcalan mehrfach auf Bookchin. „Die Weltanschauung, für die ich stehe“, erklärte Öcalan bei einem Treffen mit seinen Anwälten am 1. Dezember 2004, „steht derjenigen von Bookchin nahe.“ Er riet seinen Anhänger:innen, Bookchins Werke zu lesen:

„Zu diesem Thema können Sie die Bücher *Urbanisation without Cities* (dt. *Die Agonie der Stadt*) und *Remaking Society* (dt.

107 In Anlehnung an die Arbeiten von Murray Bookchin hatte Abdullah Öcalan Debatten über demokratische Autonomie und demokratischen Konföderalismus angestoßen. Dies geschah im Anschluss an eine Kritik des Staates und der Beziehung zwischen Selbstbestimmung und Staatsbildung. „Stalin betrachtete das nationale Problem als eines der Staatsgründung. Dieser Ansatz betraf alle sozialistischen Systeme und nationalen Befreiungsbewegungen. Auch Lenin akzeptierte dieses Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und seine Reduzierung auf die Staatsbildung“, hatte Öcalan argumentiert. „Ein eigener Staat wurde zum heiligen Prinzip des sozialistischen Credo. Sozialist zu sein und die Gründung eines Staates durch unterdrückte und kolonisierte Völker zu unterstützen, wurde als ein und dasselbe angesehen. Wenn man anders dachte, war man kein Sozialist“ (Öcalan, 2012: 271 f.). Öcalan kam zu der Überzeugung, dass Staatsbildung nicht mit Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verwechselt werden darf. Im Gegenteil, die Staatskunst hatte den politischen Bereich zersetzt und zu einer Degradierung der Bürger:innen geführt, eine Ansicht, die Öcalan mit Bookchin teilte.

Die Neugestaltung der Gesellschaft) lesen. Meine Weltanschauung steht diesen Ideen [von] Wallerstein und Bookchin nahe“ (Öcalan 2004).

Zuvor, am 27. Oktober, ging er abermals auf das Thema ein:

„Wir werden die kurdische Frage durch die lokalen Verwaltungseinheiten lösen. [...] Für die Gemeinden schlage ich vor, Bookchin zu lesen und seine Ideen zu praktizieren“ (Öcalan 2004).

Am 11. Dezember 2004 schrieb Murray Bookchins Lebensgefährtin und Autorin Janet Biehl:

„Es ist aufregend zu erfahren, dass Murray Bookchins Bemerkungen auf der zweiten Generalversammlung des Volkskongresses von Kurdistan¹⁰⁸ im letzten Sommer verlesen wurden, und es ist erfreulich zu wissen, dass viele Kurd:innen seine Ideen inzwischen positiv sehen“ (Brief von Janet Biehl an Uta Schneiderbanger und Reimar Heider, datiert 11.12.2004).

Biehl schrieb als Antwort auf einen Brief von Reimar Heider und Uta Schneiderbanger, in dem es hieß:

„Wir möchten Ihnen mitteilen, dass Ihr freundlicher Brief mit Ihren positiven Äußerungen über Herrn Öcalan inzwischen auf der 2. Generalversammlung des Volkskongresses Kurdistans, die in diesem Sommer in den kurdischen Bergen stattfand, verlesen und mit großem Beifall bedacht wurde“ (Brief an Janet Biehl und Murray Bookchin, vom 12.10.2004).¹⁰⁹

Die zweite Generalversammlung des Volkskongresses Kurdistans (Kongra-Gel Kurdistan) fand vom 16. bis 26. Mai 2004 in Qan-

108 Der Volkskongress Kurdistans oder Kongra-Gel Kurdistan war der Name, den die PKK im Zeitraum 2003–2005 annahm.

109 Das Schreiben ist nicht unterzeichnet, wurde aber offenbar von Schneiderbanger und Heider verfasst.

dil statt, dem zerklüfteten und bergigen Gebiet im östlichen Teil Kurdistans, in dem die PKK ihre Stützpunkte hat. Die Verlesung des Briefes war jedoch eine knappe Angelegenheit, und der Hinweis auf den Beifall lässt auf einen komplexen politischen Prozess schließen. Oliver Kontny berichtet über die Einzelheiten:

„Ich war in einem Hotel in Jordanien auf dem Weg nach Qandil und prüfte meine E-Mails, und da war diese Antwort von Bookchin. Der Brief war wirklich wie eine ermutigende Adresse. Also druckte ich ihn aus und behielt ihn in meiner Tasche. Als ich in Qandil ankam [...] sagte ich den Leuten: ‚Schaut, wir haben diese brandneue Nachricht von Bookchin, sie kam gestern per E-Mail. Wollt ihr sie morgen auf der Konferenz vorlesen?‘ Was dann geschah, war recht interessant. [...] Der Vorsitzende, Abdullah Hijab, ein kurdischer liberaler Nationalist, sagte: ‚Wir haben viel mächtigere Freunde in den USA. Tut mir leid, aber wen interessiert schon ein kleiner Anarchist mit 50 Anhängern?‘ Er machte sich also im Grunde über diese Sache lustig. Er lehnte es ab, den Brief vorzutragen“ (Oliver Kontny, persönliche Kommunikation, 29.11.2015).

Der Kongress wurde jedoch von Abdullah Hidschab und Asya Deniz gemeinsam geleitet, wie Kontny feststellte:

„Aber damals gab es bereits das System des Ko-Vorsitzes, und die Ko-Vorsitzende, Asya Deniz, sagte: ‚Tut mir leid, aber du weißt, dass Bookchin für unseren Vorsitzenden sehr wichtig ist, und wenn wir eine Nachricht von ihm bekommen, sollten wir sie lesen, und ich werde es tun.‘ Sie nahm meinen Brief und fertigte eine Übersetzung an. Dann hat sie ihn auf der Versammlung selbst vorgelesen, und sie konnten sie nicht aufhalten. Das war ein ganz toller Moment, denn die Leute standen auf, es gab stehende Ovationen, und die Leute waren wirklich begeistert. Man konnte also viele Delegierte im Saal sehen, die dies für sehr, sehr wichtig und historisch hielten“ (Oliver Kontny, persönliche Kommunikation, 29.11.2015).

Dies war eindeutig ein Schlüsselmoment, nicht nur für den Kongress, sondern auch für die künftige Richtung der Bewegung als Ganzes, für die Form, die der künftige Kampf annehmen würde:

„Zu dieser Zeit gab es keinen wirklichen Raum für intellektuelle Diskussionen. Es gab diese Spaltung in der Führung. Osman Öcalan und Nizamettin Taş, die an der Spitze der Bewegung standen, hatten sich abgespalten. Sie waren mit dem neu entstehenden Paradigma nicht einverstanden. Sie sagten einfach: ‚Nein, wir brauchen einen Nationalstaat, wir wollen ein unabhängiges Kurdistan, jetzt ist die Zeit dafür, und wir wollen das zusammen mit den USA realisieren.‘ Da sie ziemlich hochrangig waren, konnten sie ihre Agenda im Namen der Bewegung durchsetzen. Aber ein kritischer Teil der Basis und ein Teil der Führung lehnten sie heftig ab und wollten sie loswerden. [...] Die Situation war ziemlich angespannt. Und natürlich, was machen Leute mit einem Hintergrund in Marxismus und militärischer Führung. Sie sagten, dies sei nicht der richtige Zeitpunkt für Diskussionen. Einige jüngere Leute waren viel offener für dieses ganze alternative anarchistische, feministische und ökologische Denken, und sie fühlten sich in diesem Prozess an den Rand gedrängt.

Die Parteiführung hatte damals ganz andere Sorgen, aber all dies trug eher zu einer Schließung als zu einer Eröffnung der Diskussion über die Ideen Öcalans bei. Murat Karayılan war grundsätzlich daran interessiert, die Bewegung zusammenzuhalten. Duran Kalkan hatte eine offene Haltung, aber als überzeugter Marxist hatte er seine eigenen Vorbehalte gegenüber dem Anarchismus, und die waren nicht ganz falsch. Für Cemil Bayık ging es vor allem darum, eine Atmosphäre zu schaffen, die nicht polarisiert und auch die rechte oder nationalistische Opposition einbezieht. Sie nicht zu verärgern, das war sein Hauptanliegen. Ja, Demokratisierung, das ist gut, aber Demokratisierung sollte nicht bedeuten, dass wir radikaleres linkes Gedankengut anstreben, sondern etwas tun, das auch die Nationalisten und Liberalen einbezieht, da wir zu dieser Zeit die nationale Einheit brauchen, das war sein Standpunkt“ (Oliver Kontny, persönliche Kommunikation, 29.11.2015).

Anfang der 2000er Jahre gab es in der PKK ein Hin und Her, ob die Gruppe um Osman Öcalan und Nizamettin Taş weiterhin akzeptiert oder doch ausgegrenzt werden sollte. Einige waren der Meinung, dass sie Teil der Bewegung bleiben sollten, da sie glaubten, dass es schlimmer werden könnte, wenn sie gehen und gegen die Partei arbeiten würden, während andere der Meinung waren, dass ihr Verbleib innerhalb der Partei den Transformationsprozess weiter behindern würde. Im August 2004, zwei Monate nach der zweiten Generalversammlung, verkündete Osman Öcalan, als Mitglied des Präsidialrats der PKK, die Gründung einer neuen politischen Partei, der Partîya Welatparêzê Demokratên Kurdistan (Patriotische Demokratische Partei Kurdistans, PWD). Ihm schlossen sich Nizamettin Taş, ein weiteres Mitglied des Präsidialrats, sowie weitere PKK-Kader wie der ehemalige Vertreter der PKK in Europa, Kani Yılmaz¹¹⁰, und eine große Zahl von Kämpfer:innen an. Die PWD lehnte das neue Paradigma der nicht staatlichen Selbstorganisation ab und hielt an der Errichtung eines unabhängigen Staates als Endziel des Kampfes fest. Abdullah Öcalan disqualifizierte dies als „primitiven Nationalismus“.

Dem Konflikt um die neue politische Ausrichtung der PKK war ein anderer, aber in gewisser Weise verwandter Konflikt vorausgegangen, an dem einige der Schlüsselfiguren beteiligt waren, die später die PWD gründen sollten. Nach der Verhaftung und Inhaftierung von Abdullah Öcalan war sein Status in der PKK zu einem Problem geworden. Sollte Öcalan der politische Anführer der Partei bleiben, mit effektiven Befugnissen über die Organisation und die Ausrichtung der Bewegung als Ganzes, oder sollte er als symbolischer Anführer betrachtet werden, ohne die praktische Macht, die taktische und strategische Politik der Partei zu beeinflussen, wie Osman Öcalan und seine Mitstreiter

110 Kani Yılmaz und Sabri Tori, die ebenfalls von der PKK übergelaufen waren, wurden 2006 bei einer Autobombenexplosion in Suleymania getötet. Die PKK wird weithin für die Tat verantwortlich gemacht, hat sich aber nie dazu bekannt.

meinten? Die Diskussionen über dieses Thema wurden mit der Position der Frauenorganisationen verwoben. Entgegen Öcalans Argumentation, dass Frauen ihre eigenen demokratiepolitischen Strukturen aufbauen sollten, wurde versucht, die PKK-nahe Frauenbewegung unter die Kontrolle der (überwiegend männlichen) Parteiführung zu bringen. Dies stieß jedoch auf den erbitterten Widerstand der Frauen in der Organisation, die ihre Unabhängigkeit und autonomen Entscheidungsbefugnisse erfolgreich verteidigten. Dilan Malatya, Mitglied der KJK, erklärt die Vorgänge folgendermaßen:

„Es entstand eine Tendenz, die besagte: ‚Die Führung¹¹¹ ist in İmralı gefangen und die Frauenbewegung ist nun unserer Gnade ausgeliefert, also müsst ihr von nun an für alle Entscheidungen, die ihr trifft, unsere Zustimmung einholen.‘ Natürlich akzeptierte die Frauenbewegung dies nicht. Es gab einen Aufstand. Wir haben einen berühmt gewordenen Aufstand gemacht. Was auch immer geschieht, auf keinen Fall werden Männer über uns entscheiden. Darum ging es bei unserem Aufstand. Alle Frauen schnitten sich die Haare ab. [...] Damit wollten wir zeigen, dass wir [das, was geschieht] nicht akzeptieren. Es war ein Schock: ‚Was passiert innerhalb der PKK-Bewegung?‘ Das war der Beginn eines Aufstandes. Wenn die Frauen dies heute tun, können morgen andere Dinge geschehen. Überall haben wir Hunderte von Kämpferinnen, und wir sind organisiert. [...] Wegen dieser Aktionen mussten unsere männlichen Freunde aufgeben, worauf sie zuvor bestanden hatten. [...] Diese Aktionen fanden auf dem Weg zum 7. Kongress im Jahr 2000 statt“ (Dilan Malatya, persönliche Kommunikation, 29.10.2014).

Indem man Abdullah Öcalan zu einem symbolischen Anführer erklärte und ihm sein Mandat nahm, hatte man versucht, die Entscheidungsbefugnisse zu zentralisieren und die Frauenbewe-

111 In der PKK wird Abdullah Öcalan auch als „die Führung“ bezeichnet.

gung den Männern des Präsidialrats der PKK unterzuordnen. Die Frauenbewegung focht die Gültigkeit der Entscheidung an, Öcalan zu einem „Ehrenvorsitzenden“ zu erklären, und verteidigte damit erfolgreich ihre Unabhängigkeit und autonomen Entscheidungsbefugnisse.

Die PWD wurde nicht viel mehr als ein Name und eine Website. Die Partei ging somit kurz nach ihrer Gründung in die Geschichte ein, aber die Spaltung innerhalb der PKK war ein Zeichen für den großen Aufruhr, den der Paradigmenwechsel innerhalb der Partei und unter ihren Aktivist:innen ausgelöst hatte. Schätzungsweise 1 500 Aktivist:innen verließen die Organisation zwischen 2003 und 2005, als die Auseinandersetzungen zwischen denjenigen, die am staatsorientierten Paradigma und an einer klassischen politischen Partei mit ihrer Führung festhalten wollten, und denjenigen, die sich mit Abdullah Öcalan in Richtung eines poststaatlichen und postpatriarchalen (jenseits des Staates und des dominanten Mannes) Politikverständnisses bewegen wollten, ihren Höhepunkt erreichten. Aus Angst vor einem Zusammenbruch initiierte Abdullah Öcalan eine weitere Reorganisation der PKK.

Erstens forderte er die Bildung eines „Vorbereitungskomitees für den Wiederaufbau“, das sich mit der Neugründung der PKK als ideologische Gruppierung befassen sollte (PKK 2005). Dabei ging es vor allem um die Ausbildung von Kader, die der Bewegung eine Richtung geben sollten, und zwar nicht durch „Befehlsformeln“, die Gehorsam und Fügsamkeit verlangen (Conley 2012: 102), sondern durch die Verinnerlichung einer ideologischen Ausrichtung (Akkaya und Jongerden 2011). Natürlich ist Theorie ohne Praxis bedeutungslos, und die ideologische Neuausrichtung musste in die Tat umgesetzt werden. Diese Neuausrichtung sah vor, dass die Partei nicht das Machtzentrum war, von der alles nach unten rieselte, sondern sie sollte Teil eines breiteren Netzwerks organisatorisch unabhängiger Strukturen werden. Neben der Frauenpartei wurde die organisa-

torische Differenzierung mit dem Aufbau getrennter ziviler und militärischer Strukturen, politischer Parteien und Selbstverteidigungskräfte für die Organisation des Kampfes im Irak, im Iran und in Syrien vorangetrieben:

„Es war ein genialer Schachzug von Öcalan, diese Differenzierung einzuleiten, weil die Menschen in Rojava ihre eigene politische Partei brauchen, und die Menschen in Ostkurdistan ihre eigene politische Partei brauchen. Damals haben die Leute das nicht verstanden. Sie sagten: ‚Was soll das, wir wollen unsere PKK!‘ Im Nachhinein müssen sie anerkennen, wie wichtig das war. Um sich auf bestimmte Dinge zu spezialisieren, um bessere Kenntnisse zu erlangen, begannen die Leute zum Beispiel, ihr Wissen über die iranische Geschichte zu erweitern. Die allgemeine Bewegung wusste nicht so viel über die iranische Geschichte. Auch über die syrische Geschichte wussten sie nicht so viel. Sie wussten etwas über die kurdische Geschichte und die Geschichte der Türkei. Diese Differenzierung erwies sich also als sehr wichtig“ (Reimar Heider, persönliche Kommunikation, 24.12.2015).

Die ersten Versuche, die neuen Ideen umzusetzen, brachten in der Tat Probleme mit sich. Die Dezentralisierung und die Auflösung von Hierarchien führten zu einer Zersplitterung und einem Verlust an Kohärenz:

„Im Jahr 2005 fiel alles auseinander, man hielt kaum noch etwas zusammen. Im Nachhinein kann man sagen, ok, viele Kontroversen wurden dadurch reduziert, dass der rechte Flügel die Partei verlassen hat, oder das, was ich den rechten Flügel nennen würde. [...] Das hat wirklich geholfen, das Denken und die Praxis wieder zu vereinen. Und dann kam die Sache mit den Leuten, die sagten: ‚Ja, aber geht es hier nicht um Dezentralisierung und die Stärkung der Basis?‘ Und dann haben sie Dutzende von Komitees für alle möglichen Arbeiten in der Bewegung gegründet und später gesagt: ‚Das funktioniert nicht. Jeder macht nur sein eigenes Ding und

es gibt keine... nun, wir sagten etwas über Zusammenarbeit und Koordination und es gibt keine Koordination mehr. Jeder macht sein eigenes Ding, und das funktioniert nicht.‘ [...] Und dann hat es zum Glück in Rojava geklappt. [...] Es war ein Experimentieren und Ausprobieren“ (Reimar Heider, persönliche Kommunikation, 24.12.2015).

Die Neugründung der PKK als ideologische Partei musste also einen neuen Koordinationsmechanismus mit sich bringen. Diese Funktion wurde von der Vereinigung der Gemeinschaften in Kurdistan (Koma Civakên Kurdistan, KCK) erfüllt.¹¹² Mit dem Kongress Kongra-Gel als Versammlung umfasste der KCK ein Netzwerk von Dorf-, Stadt- und Regionalräten und fungierte als Organisation zur ideologischen Ausrichtung von Strukturen und Institutionen, die sich an der Idee der Demokratie, der Ökologie und der Gleichheit der Geschlechter orientierten. Die Dialektik zwischen einer Organisation, die ideologische Orientierung gibt, und autonomen Institutionen, die ihre eigenen Entscheidungen treffen, funktionierte jedoch nicht von Anfang an gut, und erst die weitere Entwicklung südlich der türkisch-syrischen Grenze in Rojava trug die Früchte des schwierigen Prozesses der Neuerfindung (Knapp, Flach und Ayboga 2014; Gunes und Lowe 2015).

Diskussion und Schlussfolgerung

Wenn wir die Entwicklungen zu Beginn der 2000er Jahre in einen breiteren Kontext stellen, können wir argumentieren, dass die PKK und der Paradigmenwechsel selbst aus einem Lernprozess als einem Lernen aus Niederlagen hervorgegangen sind. In der Geschichte der PKK habe ich zwischen drei

112 Die KCK war eigentlich eine Fortsetzung der Vereinigung der Vereine in Kurdistan (Koma Komalên Kurdistan, KKK), die auf dem Kongress 2005 gegründet und 2007 umbenannt wurde.

Momenten der Niederlage unterschieden. Der erste war die Niederlage der revolutionären Linken in der Türkei zu Beginn der 1970er Jahre, die den Prozess der Gruppenbildung prägte, welcher wiederum 1978 zur Gründung der PKK führte (Jongerden und Akkaya 2011). Die Niederlage der revolutionären Linken kurz nach der Gründung der Revolutionäre Kurdistan zu Beginn der 1970er Jahre hatte einen tiefgreifenden Einfluss auf die Entwicklung der Gruppe. Öcalan wertete diese Niederlage der Linken als wichtige Lektion, um eine Neugruppierung und ein Überdenken der Strategie in Betracht zu ziehen (Sayin 1997: 71–83), und argumentierte, dass der Hauptgrund für die Niederlage darin lag, dass die revolutionäre Linke in der Türkei in eine direkte Konfrontation mit dem Staat eingetreten war, als sie noch schwach war. Mit dieser Einsicht beschloss die Gruppe um Öcalan, sich gründlich zu organisieren, bevor sie sich erneut auf eine solche Konfrontation einließ (Sayin 1997: 71–83; Jongerden und Akkaya 2011). Die zweite Niederlage waren die militärischen Rückschläge, die die PKK ab Anfang der 1990er Jahre hinnehmen musste und die gleichzeitig mit der Entstehung einer Frauenbewegung zusammenfielen und schließlich zu deren Etablierung führten. Die dritte Niederlage war die Festnahme und Inhaftierung von Abdullah Öcalan im Jahr 1999. Die Festnahme von Abdullah Öcalan im Jahr 1999 und seine Inhaftierung in der Türkei waren ein großer Schock für die Partei, führte aber letztlich zu einer Überarbeitung und Neuausrichtung, die zur heutigen Ideologie und Organisation der Partei führte.

Die tiefgreifende ideologische Neuausrichtung und politische Reorganisation der PKK, die hier als Paradigmenwechsel bezeichnet wird, von einer politischen Partei, die auf den Aufbau eines Staates ausgerichtet ist, hin zu einem Netzwerk, das auf die Entwicklung der Selbstverwaltung abzielt, war ein langwieriger und uneinheitlicher Prozess. Es handelte sich dabei nicht nur um eine organisatorische Neuausrichtung, sondern auch um die

Entwicklung einer neuen Denkweise, die die Infragestellung historisch gewachsener Geschlechterhierarchien und tief verwurzelter politischer Grundsätze beinhaltet. Im Zuge dieses großen Richtungswechsels verlor die PKK eine beträchtliche Anzahl von langjährigen Aktivist:innen und Kader. Doch obwohl es zeitweise so aussah, als würde die Bewegung auseinanderfallen, kam es zu einem Wandel, der ihr neuen Schwung verlieh und die PKK nicht nur in die Lage versetzte, zu überleben und mit der Zeit zu gehen, sondern sie auch zur Speerspitze einer neuen politischen Bewegung machte, die für die Umsetzung der Demokratie im Mittleren Osten steht. Diese Transformation der PKK beinhaltet eine Kritik des primitiven Nationalismus und des Staates, die sich im Zusammenhang mit einer Analyse der geschlechtsspezifischen Benachteiligung entwickelte.

Im Werk von Murray Bookchin fand Öcalan die Ideen, mit denen er seiner Kritik an der Art und Weise, wie sozialistische und nationale Befreiungsbewegungen im Allgemeinen versucht hatten, ihre Alternativen zu entwickeln, eine positive Systematik verleihen konnte. Er muss im Ansatz Bookchins, der sich nicht auf kritische Analyse und Dekonstruktion beschränkte, sondern politische Perspektiven für eine radikale gesellschaftliche Transformation vorstellte und entwickelte, seine eigenen Vorstellungen erkannt haben. Bookchin (1991: 3) zufolge ist „das größte Versagen der Bewegungen für den sozialen Wiederaufbau“ – er bezieht sich dabei insbesondere auf die Linke und Organisationen, die für sich in Anspruch nehmen, für die Unterdrückten zu sprechen – „das Fehlen einer Politik, die die Menschen über die vom Status quo gesetzten Grenzen hinausführt.“ Öcalans Hauptanliegen ist es, über den Status quo hinauszugehen und die sozioökonomische und soziokulturelle Ungerechtigkeit zu beseitigen. Sein Denken bietet eine Perspektive, sich die Befreiung oder das Projekt der Emanzipation jenseits des Staates durch eine Ermächtigung der Gesellschaft vorzustellen. Öcalans Denken liefert jedoch keine Blaupause, sondern überlässt es

denjenigen, die sich von seinen Ideen inspiriert fühlen, selbst herauszufinden, wie sie ihre eigenen Arbeitsmethoden entwickeln können.

Die zentrale Rolle von Öcalan bei diesem Wandel ist unbestritten. Die in dieser Untersuchung präsentierten Daten machen jedoch drei Dinge deutlich. Erstens: Öcalans Ideen stießen zunächst auf Verwirrung und Vorbehalte. Es herrschte Verwirrung darüber, ob seine Ideen eine Abkehr und damit einen Rückschritt im Befreiungskampf bedeuten oder dem Befreiungskampf eine neue Richtung und Dynamik geben würden. Als sich innerhalb der PKK mehr und mehr die Überzeugung durchsetzte, dass Letzteres der Fall war, setzte sich ein Umdenken im Befreiungskampf durch, das die Schaffung neuer politischer Formationen jenseits des Staates zum Ziel hatte. Damit rückte allerdings die Frage nach der „Durchführbarkeit“ dieser Idee in den Vordergrund. War sie überlebensfähig? Dies hing mit einer anderen Frage zusammen, nämlich dem Gleichgewicht zwischen Selbstorganisation und Koordination. Ein Zuviel des einen könnte zur Zersplitterung und zum Auseinanderfallen führen – eine ernsthafte Gefahr, welcher die PKK Mitte der 2000er Jahre gegenüberstand – während ein Zuviel des anderen zur Bildung einer zentralisierten Bürokratie führen könnte, die bereits eines der Hauptobjekte von Öcalans Staatskritik war. Drittens ging es auch um die Frage der Leitung und der Handlungsfähigkeit. Wer hatte das Sagen? Obwohl es Öcalan war, der zum Beispiel die Kämpfer:innen im Kampf gegen die sogenannte „männliche Dominanz“ anführte, waren es die Frauen in der PKK, die sich auf Öcalan bezogen, um ihre organisatorische Unabhängigkeit zu verteidigen. Diese drei Punkte, i) die Verwirrung und die Vorbehalte innerhalb der Bewegung, ii) die Frage nach dem Verhältnis zwischen Selbstorganisation und Koordination und iii) Öcalan, der anführt, aber auf den sich auch gegen die Zentralisierungstendenzen innerhalb der Partei zu Beginn der 2000er Jahre bezogen

wurde, und die damit verbundenen Konflikte zeigen, dass der Paradigmenwechsel nicht einfach von oben verordnet wurde und auch keine Augenwischerei war, sondern ein kontinuierlicher Prozess der Veränderung ist. Bis heute ist der Wandel ein schwieriger und vorsichtiger Prozess, bei dem die PKK-Führung nicht immer erfolgreich versucht, die Partei zusammenzuhalten. Die daraus resultierende Spaltung hat jedoch auch den Erfolg möglich gemacht, voranzukommen und eine interne ideologische Kohärenz zu schaffen. Interne Meinungsverschiedenheiten über die Frage des Staates und die Position der Frauenbewegung hatten einen Aufruhr ausgelöst, welcher mehr zu einer Starre führte. Dennoch war die PKK in der Lage, sich nach einer Niederlage – oder vielmehr durch eine Niederlage – neu zu erfinden. Indem sie sich mit Rückschlägen beschäftigte und Misserfolge analysierte, indem sie die „schlechten Seiten“ betrachtete, konnte sich die PKK (weiter-)entwickeln und sich als eine Bewegung, die Geschichte macht, „neu erfinden“. Wie Marx in *Das Elend der Philosophie* argumentiert hatte, „ist es die schlechte Seite, welche die Bewegung hervorbringt, die Geschichte macht“ (Balibar 2014: 98).

Liste der Interviews

Rıza Altun, Mitglied der PKK-Führung, Datum des Interviews: 30.10.2014. Das Gespräch fand in Qandil statt.

Cemil Bayık, Mitglied der PKK-Führung, Datum des Gesprächs: 30.10.2014. Das Gespräch fand in Qandil statt.

Reinhard Bernbeck, Datum des Interviews: 22.06.2016. Das Interview fand über Skype statt.

Dilan Malatya, Mitglied der KJA (Kongreya Jinen Azad), Datum des Interviews: 24.07.2017. Das Interview fand in Diyarbakır statt.

Fatma, Mitglied der KJA (Kongreya Jinen Azad), Datum des Interviews; 24.07.2017. Das Interview fand in Diyarbakır statt.

Reimar Heider, Datum des Interviews: 24.12.2015. Das Interview fand an der Universität Wageningen statt.

- Duran Kalkan, Mitglied der PKK-Führung, Datum des Interviews: 28.10.2014. Das Gespräch fand in Qandil statt.
- Oliver Kontny, Datum des Interviews: 29.11.2015. Das Interview fand über Skype statt.
- Roger van Zwanenberg, Verleger bei Pluto Press zwischen 1987 und 2011, Datum des Interviews: 27.06.2016. Das Interview fand über Skype statt.

Quellen

- Ahmad, F. (1993). *The Making of Modern Turkey*. London: Routledge.
- Akkaya, A. H. (2016). *The Kurdistan Workers Party (PKK): National Liberation, Insurgency and Radical Democracy Beyond Borders*. (Unpublished doctoral dissertation). Ghent University, Ghent.
- Akkaya, A. H., and J. Jongerden. (2011). *The PKK in the 2000s: Continuity Through Breaks*. In M. Casier and J. Jongerden (eds.), *Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue* (143–162). London: Routledge.
- Akkaya, A. H., and J. Jongerden. (2012). *Reassembling the Political: The PKK and the Project of Radical Democracy*. [Electronic version] *European Journal of Turkish Studies*, 14.
- Balibar, E. (2014). *The Philosophy of Marx*. London: Verso.
- Bookchin, M. (1991). *Libertarian Municipalism: An Overview*. Green Perspectives 24 Retrieved from http://dwardmac.pitzer.edu/Anarchist_Archives/bookchin/gp/perspectives24.html (last accessed 30 April, 2019).
- Conley, V. A. (2012). *Spatial Ecologies, Urban Sites and World-Space in French Cultural Theory*. Liverpool: Liverpool University Press. <https://doi.org/10.5949/UPO9781846317217>
- De Jong, A. (2016, 18 March). *The New Old PKK*. Jacobin. Retrieved from <https://www.jacobinmag.com/2016/03/pkk-ocalan-kurdistan-isis-murray-bookchin/> (last accessed 29 April, 2019).
- Güneş, C. (2012). *The Kurdish National Movement in Turkey: From Protest to Resistance*. London: Routledge.
- Güneş, C. and R. Lowe. (2015). *The Impact of the Syrian war on Kurdish Politics Across the Middle East*. London: Chatham House.
- Güneş, C. and W. Zeydanlıoğlu. (eds.) (2013). *The Kurdish Question in Turkey: New Perspectives on Violence, Representation and Recon-*

- ciliation. London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203796450>
- Jongerden, J. (2016a). *Colonialism, Self-determination and Independence: The New PKK Paradigm*. In M. Gunter (ed.), *Kurdish Issues: Essays in Honor of Robert W. Olson* (106–121). Costa Mesa: Mazda Publishers.
- Jongerden, J. (2016b). *Making Sense: Research as Active Engagement*. *Kurdish Studies*, 4(1), 95–104. <https://doi.org/10.33182/ks.v4i1.408>
- Jongerden, J. (2017). *A Spatial Perspective on Political Group Formation in Turkey after the 1971 Coup: The Kurdistan Workers' Party of Turkey (PKK)*. *Kurdish Studies*, 5(2), 134–157. <https://doi.org/10.33182/ks.v5i2.441>
- Jongerden, J., and A. H. Akkaya. (2011). *Born from the Left: The Making of the PKK*. In M. Casier and J. Jongerden (eds.), *Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue* (123–142). London: Routledge.
- Jongerden, J., and A. H. Akkaya. (2013). *Democratic Confederalism as a Kurdish Spring: The PKK and the Quest for Radical Democracy*. In M. Ahmed and M. Gunter (eds.), *The Kurdish Spring: Geopolitical Changes and the Kurds* (163–185). Costa Mesa: Mazda Publishers.
- Karasu, M. (2009). *Radikal Demokrasi*. Neuss: Weşanên Mezopotamya.
- Knapp, M., A. Flach, and E. Ayboga. (2016). *Revolution in Rojava: Democratic Autonomy and Women's Liberation in Syrian Kurdistan*. London: Pluto. <https://doi.org/10.2307/j.ctt1gk07zg>
- Leezenberg, M. (2016). *The Ambiguities of Democratic Autonomy: The Kurdish Movement in Turkey and Rojava*. *Southeast European and Black Sea Studies*, 16(4), 671–690. <https://doi.org/10.1080/14683857.2016.1246529>
- Merrifield, A. (2006). *Henri Lefebvre: A Critical Introduction*. London: Routledge.
- Mies, M. (1986). *Patriarchy and Accumulation on a World Scale: Women in the International Division of Labour*. London: Zed Books.
- Mies, M., V. Bennholdt-Thomsen, and C. von Werlhof. (1988). *Women: The Last Colony*. London: Zed Books.
- Muhammad, U. (2018). *An Unsuitable Theorist? Murray Bookchin and the PKK*. *Turkish Studies*, 19(5), 799–817. <https://doi.org/10.1080/14683849.2018.1480370>

- Öcalan, A. (1999a). *Sosyalizmde Israr İnsan Olmakta Israr*. Istanbul: Aram.
- Öcalan, A. (1999b). *Declaration on the Democratic Solution of the Kurdish Question*. London: Mesopotamian Publishers.
- Öcalan, A. (2004). „*Prison Notes*“. May 19.
- Öcalan, A. (2007). *Prison Writings: The Roots of Civilisation*. London: Pluto Press.
- Öcalan, A. (2010). *Demokratik Uygarlık Manifestosu: Ortadoğu'da Uygarlık Krizi ve Demokratik Uygarlık Çözümü*. Neuss: Mezopotamya Yayınları.
- Öcalan, A. (2012). *Demokratik Uygarlık Manifestosu: Kültürel Soykırım Kışkacında Kürtleri Savunmak*. Neuss: Mezopotamya Yayınları.
- Öcalan, A. (2013). *Liberating Life: Woman's Revolution*. Cologne: International Initiative Edition & Mesopotamian Publishers.
- Öcalan, A. (2014). *War and Peace in Kurdistan*. London: Transmedia Publishing.
- Öcalan, A. (2017). *The Political Thought of Abdullah Öcalan: Kurdistan, Woman's Revolution and Democratic Confederalism*. London: Pluto Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctt1n7qkks>
- PKK (2005). *Partiya Karherên Kurdistan: PKK Yeniden İnşa Kongre Belgeleri*. İstanbul: Çetin Yayınları.
- Pollock, S. (1999). *Ancient Mesopotamia*. Binghamton: State University of New York.
- Pollock, S. and R. Bernbeck. (2004). *Archaeologies of the Middle East: Critical Perspectives*. Malden, MA: Wiley-Blackwell.
- Savelsberg, E. (2014). *The Syrian-Kurdish Movements: Obstacles Rather Than Drivig Forces for Democratization*. In D. Romano and M. Gürses (eds.), *Conflict, Democratization, and the Kurds in the Middle East: Turkey, Iran, Iraq, and Syria (85–107)*. New York: Palgrave Macmillan. https://doi.org/10.1057/9781137409997_5
- Savelsberg, E. (2016). *The PKK as the Lesser of Two Evils? Kurds, Islamists and the Battle for Kobani*. In M. Gunter (ed.), *Kurdish Issues (222–235)*. Costa Mesa: Mazda Publishers.
- Sayın, M. (1997). *Erkeği Öldürmek: Abdullah Öcalan Ne Diyor?* Basel: Toprak Yayınevi.
- Starzmann, M. T., S. Pollock, and R. Bernbeck (eds.). (2008). *Imperial Inspections: Archaeology, War, and Violence*. (Special Issue). *Archaeologies*, 4(3). <https://doi.org/10.1007/s11759-008-9088-2>
- Tax, M. (2016). *A Road Unforeseen: Women Fight the Islamic State*. New York: Bellevue Press.

- Yarkin, G. (2015). *The Ideological Transformation of the PKK Regarding the Political Economy of the Kurdish Region in Turkey*, *Kurdish Studies*, 3(1), 26–46. <https://doi.org/10.33182/ks.v3i1.390>
- Yeğen, M. (2016). *Armed Struggle to Peace Negotiations: Independent Kurdistan to Democratic Autonomy, or The PKK in Context*. *Middle East Critique*, 25(4), 365–83.
<https://doi.org/10.1080/19436149.2016.1218162>
- Zürcher, E.J. (2004). *Turkey: A Modern History*. London: I. B. Tauris.

IV | Jüngere Entwicklung

Eroberung des Staates, Unterordnung der Gesellschaft: Eine kurdische Perspektive auf die Entwicklung des AKP-Autoritarismus in der Türkei¹¹³

Joost Jongerden

Joost Jongerden: *Eroberung des Staates, Unterordnung der Gesellschaft: Eine kurdische Perspektive auf die Entwicklung des AKP-Autoritarismus in der Türkei*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/1053291/CHER1284>

Einleitung

Die Putschnacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 war in Diyarbakır eine ruhige Nacht. Viele Menschen klebten gebannt am Fernseher und verfolgten die Live-Übertragungen aus dem westlichen Teil des Landes, wo das Militär offenbar einen Putschversuch unternahm. Sehr bald wurde klar, dass die Regierung der Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, AKP) über ausreichende Unterstützung durch die Armee und andere Sicherheitskräfte verfügte. Außerdem war es ihr gelungen, ihre Anhänger:innen zum Widerstand gegen den Aufstand auf die Straße aufzurufen. Während in Ankara und Istanbul tödliche Feuergefechte im Gange wa-

113 Dies ist eine leicht überarbeitete Version von Jongerden, Joost: „Conquering the state and subordinating society under AKP rule: a Kurdish perspective on the development of a new autocracy in Turkey“, in: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*, 21:3, 2019, S. 260–273, DOI: 10.1080/19448953.2018.1497751.

ren, standen die Menschen in Diyarbakır Schlange vor den Lebensmittelgeschäften, die beliebig öffneten. Aus Angst vor einer Ausgangssperre legten sie sich Vorräte an Lebensmitteln an.

In den folgenden Tagen blieb es im Südosten ruhig, während die Menschen in den Städten von Trabzon im Nordosten bis Izmir an der Ägäis dem Aufruf der AKP folgten, sich zu einer „Demokratiewache“ (*demokrasi nöbeti*) zu versammeln. Diese „Wachen“ wurden ausgerufen, um die Straßen für sich zu beanspruchen, wie es auch in einer in der Nacht des Putsches verschickten Textnachricht der AKP hieß:

„Liebe Kinder der türkischen Nation. Diese Aktion ist ein Putschversuch gegen die Nation, bei dem Panzerfahrzeuge und Waffen des Staates in Ankara und Istanbul beschlagnahmt werden und so getan wird, als seien wir in den 1970ern. Ehrenhafte türkische Nation, tretet ein für die Demokratie und den Frieden: Ich rufe euch auf die Straßen gegen diese Aktion dieser kleinen Belegschaft, welche sich gegen die türkische Nation gestellt hat. Tretet ein für den Staat und für die Nation.“¹¹⁴

Aufrufe zum wachsamem Widerstand gegen die Putschisten erfolgten nicht nur durch den Parteiapparat der AKP, sondern auch durch Anweisungen des Präsidiums für religiöse Angelegenheiten (Diyanet İşleri Başkanlığı) an 85 000 Moscheen über die *ezan*-Gebetsrufe (die täglichen Gebetsrufe, die in der Regel zu festen Zeiten während des Tages erfolgen) und *selâ*-Gebetsrufe (die in der Regel gerufen werden, wenn jemand aus der Gemeinde verstorben ist). Auf diese Gebete folgten Aufrufe, auf die Straßen zu gehen – um Gottes, Mohammeds, Erdoğan's und des Staates Willen.

114 <https://www.theverge.com/2016/7/16/12205698/turkey-uprising-text-message-sms-streets-democracy> (abgerufen am 09.10.2017).

Die sogenannten „Demokratiewachen“ im Westen der Türkei zogen eine Reihe von Menschen an, die gegen die Gewalt protestieren wollten, aber ein großer Teil derjenigen, die anfangs im Namen der Wachsamkeit gegen die Putschisten und später zur Konsolidierung und Feier des Sieges auf die Straße gingen, stammte aus einem konservativen islamistischen Teil der Bevölkerung. Also einer Bevölkerung, die unter der kemalistischen Herrschaft zum Schweigen gebracht worden war und immer noch eine Rückkehr zum repressiven säkularen Staat fürchtete (Cizre 2016; Esen und Gumuscu 2016). Am 10. August, also nach drei Wochen, demobilisierte Erdoğan die Straßen, als er die Wachen beendete. Stattdessen scheint Erdoğan sein Vertrauen in die privaten Sicherheitsdienste gesetzt zu haben, die unter der AKP-Herrschaft als „Gewaltinstrument unter staatlicher Vormundschaft“¹¹⁵ boomten und daher als zuverlässigeres Machtinstrument angesehen wurden als „die Straße“.

In Diyarbakır blieben die Folgen des Putsches nicht un bemerkt. Offizier:innen des Militärflughafens in der Stadt wurden wegen mutmaßlicher Beteiligung an dem Komplott in Gewahrsam genommen. Es gab auch verschiedene Gerüchte über die Inhaftierung von Polizist:innen wegen Verbindungen zu der für den Putsch verantwortlichen Gülen-Organisation, während andere von der Körpersprache der Beamten berichteten, die versuchten, sich unsichtbar zu machen, bevor sie verschwanden. Noch könnte man dies als eine Abmachung innerhalb der staatlichen Institutionen betrachten. Die im Fernsehen übertragenen Ereignisse wurden für die Menschen in der Region erst eine Woche später zur bitteren Realität, als in Diyarbakır riesige, staatlich gesponserte Plakate mit der Aufschrift „Biz milletiz, Türkiye’yi Darbeye Teröre Yedirmeyiz“ (Wir sind die Nation, wir lassen keinen Putsch oder Terror in der Türkei zu) auf den

115 <http://www.al-monitor.com/pulse/en/originals/2016/06/turkey-private-security-companies-on-the-rise.html> (abgerufen am 09.10.2017).

Straßen erschienen. In anderen Städten der Region wurden ähnliche Großplakate angebracht. Dies ging einher mit Razzien gegen die von der Halklarin Demokratik Partisi (Demokratische Volkspartei, HDP) und der Demokratik Böğeler Partisi (Partei der demokratischen Regionen, DBP) organisierten Wachen unter dem Motto „Darbelere Hayır, Demokrasi ve Barış Hemen Şimdi“ (Nein zum Putsch, Demokratie und Frieden jetzt sofort). In diesen Mahnwachen wurde der Widerstand gegen den Putsch nicht mit einem sogenannten Krieg gegen den Terror, sondern mit der Wiederaufnahme von Gesprächen mit der PKK zur Lösung der kurdischen Frage verbunden.¹¹⁶

Im staatlichen Diskurs wurde der Putsch mit Fetullah Gülen und seiner Bewegung gleichgesetzt, ein dehnbarer Begriff. „Terror“ war der andere dehnbare Begriff. Dieser bezog sich bereits auf die illegale Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans, PKK) und fasste nun auch die legale kurdisch orientierte HDP und viele Berufsverbände, Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen, die im Kampf für die kurdischen Bürgerrechte und die Demokratisierung der Türkei aktiv sind, in ihr Netz. Nicht nur die Gülenist:innen, sondern auch die Kurd:innen wurden eindeutig als außerhalb des „Volkes“ oder des „Wir“ stehend definiert. Sie waren die Verräter:innen, Separatist:innen, Krebsgeschwüre und Viren,¹¹⁷ die in der staatlichen Reaktion auf den Putsch eingefangen werden mussten, eine Reaktion, die massive Säuberungen mit Inhaftierungen und Verhaftungen, die Schließung von Schulen, Universitäten, Medien und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die Beschlagnahmung von Unternehmens- und Privatbesitz sowie staatliche Machtübernahme in den Kommunalverwaltungen des Südostens umfasste.

116 <https://bianet.org/english/politics/177508-police-raid-on-no-to-coup-watch-of-hdp-dbp> (abgerufen am 09.10.2017.)

117 See: <http://www.bbc.com/news/world-europe-36818401> (abgerufen am 09.10.2017.)

Diese Maßnahmen nach dem Putsch wurden sowohl als Schritt in Richtung Demokratie (İçener 2016) als auch als Bestätigung eines Rückschritts bei den Bürgerrechten und Freiheiten bewertet (Esen und Gümüşçü 2016; Somer 2016 und 2017). Indem die Maßnahmen nach dem Putsch in den Kontext eines Prozesses gestellt werden, der bereits lange zuvor begonnen hat, wird dieser Artikel von einem „organisatorischen Putsch“ sprechen: einem ausgedehnten Prozess der offenen und (teilweise) illegalen Befehlsgebung innerhalb des Staatsapparats (Zald und Berger 1978), der nicht nur auf persönlicher, sondern auch auf institutioneller Ebene durch eine Machtkonzentration in den Händen der Exekutive erfolgt. Hinzu kommen die Eindämmung und Zurückdrängung der pro-kurdischen Bürgerrechtsbewegung und der Sturz der von ihnen gewählten lokalen Verwaltungen.

Narrative des Putsches

Bei den Putschereignissen im Juli 2016 kamen innerhalb weniger Stunden rund 300 Menschen ums Leben und weitere 1 400 wurden verletzt. Die Gruppierungen innerhalb der türkischen Streitkräfte, die sich selbst als „Rat für den Frieden in der Heimat“ (Yurtta Sulh Konseyi) bezeichneten und versuchten, den Präsidenten zu stürzen, bedienten sich der kemalistischen Rhetorik, eine historische Wächterrolle zu übernehmen. Gruppierungen innerhalb der türkischen Streitkräfte, die sich als Hüter der Republik und ihres kemalistischen Erbes sahen, hatten bereits mehrere Putsche durchgeführt – sie kamen in den Jahren 1960, 1971 und 1980 an die Macht und erzwangen einen Regierungswechsel im Jahr 1998 – sowie mehrere weitere Putschversuche (Ahmad 1993). In einer öffentlichen Erklärung nannte der „Rat für den Frieden in der Heimat“ als Gründe für den Putsch eine Aushöhlung des

Säkularismus, die Abschaffung der demokratischen Ordnung, die Missachtung der Menschenrechte und einen Verlust der internationalen Glaubwürdigkeit. Obwohl Erdoğan und seine Anhänger:innen sofort Gülen beschuldigten, der Drahtzieher des Putsches zu sein, schwor der Rat dem Gründer der Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, die Treue. Der Name des Rates leitet sich von Atatürks Aphorismus „Frieden in der Heimat, Frieden in der Welt“ (*Yurtta sulh, cihanda sulh*) aus dem Jahr 1931 ab, der zum Slogan der türkischen Landstreitkräfte geworden war. Dieser scheinbar unschuldige und universelle Spruch impliziert auch die Wahrung der nationalistischen Vorstellung von der Türkei als einem homogenen Nationalstaat mit einer klaren türkischen Identität (Karaosmanoglu 2000). Doch das Narrativ löste sich auf, noch bevor es artikuliert werden konnte. In der Zeit nach den Ereignissen des 15. Juli tauchten zwei weitere Narrative auf. Das erste setzt den Putsch mit Gülen und seiner Organisation in Verbindung, die heute in der öffentlichen Wahrnehmung als „Fethullah-Terrororganisation“ (*Fethullah Terör Örgütü*, kurz FETÖ) und früher als „parallele Staatsstruktur“ (*Paralel Devlet Yapılanması*, PDY) bezeichnet wurde – und betrachtet das Durchgreifen und die Säuberungen als notwendige Katharsis (Gürcan und Gisclon 2016; İçener 2016).

Die Gülenisten, die der AKP zuvor die gebildeten Kader zur Verfügung gestellt hatten, welche dann den Kemalisten die Kontrolle über die institutionellen Regierungsorgane entrissen, hatten sich nach 2011 von Partnern in Verräter verwandelt, als sie versuchten, Erdoğan durch Korruptionsermittlungen kaltzustellen, was schließlich am 17. Dezember 2013 zur Verhaftung von 52 Personen aus dem Umfeld von Erdoğan führte. Der Konflikt zwischen den Anhänger:innen von Gülen und Erdoğan entwickelte sich zu einem offenen Krieg. Erdoğan tat die Korruptionsermittlungen als Putschversuch ab und reagierte mit der Entlassung von Gülenisten aus Justiz und Polizei. Nach dieser Lesart war der Putsch vom 15. Juli 2016 ein letzter, ver-

zweifelter Versuch der Gülenisten, den Staat, für den sie so lange gearbeitet hatten, endlich zu erobern. Während die Gülenisten als interne Bedrohung im zentralen, top-down arbeitenden Staatsapparat betrachtet werden, gilt die kurdische Bewegung als die Bottom-up-Bedrohung. Hier erstreckt sich der Kampf gegen den Terrorismus auf seine vermeintlichen legalen kurdischen Vertreter:innen – wie der HDP –, die versuchen, die „natürliche“ (islamische, türkische Staatsbürgerschaft) Bruderschaft von Türk:innen und Kurd:innen zu spalten. In diesem Narrativ wird die HDP ebenso wie die PKK als das separatistische „Andere“ betrachtet. Das zweite Narrativ sieht in der Reaktion auf den Putsch einen Zusammenbruch der Demokratie in der Türkei und das Aufkommen einer neuen Form des Autoritarismus. In dieser Lesart wird sogar der Wahrheitsgehalt der Ereignisse in der Julinacht infrage gestellt und der Vorwurf erhoben, es handle sich um eine von ganz oben geplante False-Flag-Operation. Bereits in den ersten Stunden nach dem gescheiterten Putschversuch kursierten in der Twitter-Welt Verschwörungstheorien. Die neue Ordnung, die damit eingeführt wurde – sei sie nun geplant oder aber die Ausnutzung einer vom Himmel gegebenen Gelegenheit (in den Worten von Präsident Recep Tayyip Erdoğan ein „großes Geschenk Gottes an uns“ [*Allah'ın bize büyük bir lütfü*]) –, wird als demagogische Diktatur betrachtet.¹¹⁸ Sie ist partikularistisch, personalisiert und massenbasiert und beinhaltet eine (weitere) tiefgreifende Aushöhlung der institutionellen Kontrolle der Exekutivgewalt, eine Schwächung der Trennung zwischen Staat und Partei, eine Einschränkung der Freiheit und eine Verzerrung des Wahlspielfelds (Somer 2017, 2). Der Putsch, so wird argumentiert, führte zu einem Gegenputsch (Baydar 2016; Gunter 2016). Wenn ein Putsch der Versuch von Eliten innerhalb des Staatsapparats ist, die amtierenden Behörden ab-

118 Erdoğan's Worte wurden in den frühen Stunden des Sonntags nach dem Putsch im nationalen Fernsehen live übertragen, als er sich an die Menschenmasse wendete, die sich am Flughafen in Istanbul für seine Ankunft versammelt hatte.

zusetzen (Powell und Thyne 2011), könnten die Maßnahmen nach dem Putsch ebenfalls als Putsch charakterisiert werden, da sie darauf abzielten, die Judikative und die Legislative durch die Exekutive zu entmachten, ausgeführt unter dem Deckmantel einer Säuberung von Gülenisten, was darüber hinaus auch einen Teilputsch beinhaltet, der sich unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung gegen die gewählten kurdischen Kommunalbehörden im Südosten richtete.

Was die beiden Narrative über den Verlauf der Ereignisse nach dem Putsch im Juli 2016 verbindet – als notwendige Katharsis, um den Staat von denjenigen zu reinigen, die die organische Beziehung zwischen „dem Volk“ und seinem Anführer untergraben hatten, oder als Gegenputsch (Baydar 2016; Gunter 2016) –, ist die Vorstellung eines klaren Bruchs zwischen der Zeit vor und nach dem Putsch. Die hier vertretene Auffassung geht jedoch von einem Kontinuum aus; die Ereignisse nach dem Putsch können vielmehr als Höhepunkt, als sichtbarer Ausdruck eines organisatorischen Putsches betrachtet werden, einer Übernahme der Staatsmacht aus dem Inneren des Staates durch Infiltration, die lange vor dem Juli 2016 begonnen hatte (Zald und Berger 1978).

Im Vorfeld der Abstimmung über das Präsidialsystem und einer Ermächtigung der Exekutive verabschiedete das Parlament (am 20. Juli) die Verhängung des Ausnahmezustands, der verfassungsmäßig auf drei Monate befristet war. Dieser Ausnahmezustand wurde seitdem nach Ablauf jedes weiteren Zeitraums verlängert, um einen unbefristeten Ausnahmezustand zu schaffen¹¹⁹. Die Einführung des Ausnahmezustands läutete die erwartete Säuberung ein – Listen mit Tausenden von Personen waren offenkundig bereits vorbereitet worden (Communities 2007; Cizre 2016 und 2017; Europäische Kommission 2016; Amnesty

119 Der Ausnahmezustand endete am 18.07.2017, als die letzte Verlängerung abgelaufen war. Unter dem neuen Präsidialsystem wird der Präsident jedoch in der Lage sein, per Dekret zu regieren.

International 2016 und 2017; Regnard 2016; Human Rights Watch 2016a, 2016b, 2017a und 2017b; Centre for Policy Research on Turkey 2017). Das harte Durchgreifen umfasste Säuberungen bei Militär, Polizei, Richter:innen, Staatsanwält:innen und anderen Beamte:innen, aber auch bei Akademiker:innen, Lehrer:innen und Ärzt:innen; Universitäten, Wohnheimen, Schulen, Radios, Zeitungen, Nachrichtenagenturen, Fernsehsendern, Zeitschriften, Verlagen, Essensausgaben und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft wurden geschlossen, Unternehmen enteignet und lokale gewählte Verwaltungen gestürzt und durch AKP-Verwalter:innen ersetzt.

Das Ausmaß, in dem Menschen in der Türkei seit Juli 2016 verfolgt werden, scheint beispiellos zu sein. So wie ein bedeutender Teil der Bevölkerung in der Vergangenheit die militärischen Interventionen und Zwischenspiele (1960–1961, 1970–1973 und 1980–1983) nicht als zu repressiv oder als Scheitern empfunden hat (Demirel 2005; Ahmad 1993; Zürcher 2004), können die ergriffenen Maßnahmen heute auf die Zustimmung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung im westlichen Teil der Türkei zählen. Diese Missachtung der Demokratie in Kombination mit einem „Appetit auf Rache“ (Cizre 2017) erklärt die Unterstützung für die weitreichenden Maßnahmen und Erdogans Streben nach einem mächtigen exekutiven Präsidialsystem. In Verbindung mit der Überzeugung eines großen Teils der Bevölkerung, dass die Kosten für die Aufhebung demokratischer Verfahren und die Einführung einer starken Exekutive nicht allzu hoch seien, hatte Erdoğan selbst erklärt, eine Abkehr von der Demokratie sei notwendig. Er beschwor das Schreckgespenst der dysfunktionalen Koalitionsregierungen der 1990er Jahre in Kombination mit Bedrohungen für die Nation herauf, indem er die AKP als „Hüter des Friedens und der Freiheit“ (*Barışın fedai-leri biziz, özgürlüklerin fedaisi biziz*) darstellte. Erdogans Spitzname „Reis“, der „Kapitän“ oder „Anführer“, fand Eingang in den öffentlichen Diskurs und wurde sorgfältig gefördert, indem

an seinem Geburtstag ein teures Biopic mit demselben Namen in die Kinos kam.¹²⁰ Das strukturelle Erbe der kemalistischen Vergangenheit wird nicht nur durch die Verkörperung des Staates in seinem Anführer, der von Mustafa Kemal zu Recep Tayyip Erdoğan wechselte, sondern auch in diesem Ehrentitel zum Ausdruck gebracht, wobei *Reis* eine Parallele zu *Ata* für den Vater der Nation darstellt (Akyol 2016).

Die Eroberung des Staates

Ein organisatorischer Staatsstreich ist keine Machtergreifung von außen, sondern eine Machtübernahme von innen und eine schrittweise Unterwanderung des Staates, um eine unerwartete Nachfolge oder einen Regimewechsel zu bewirken. Der organisatorische Staatsstreich innerhalb des Zentralstaates der Türkischen Republik vollzog sich in einem zweigliedrigen Prozess. Erstens wurden Ernennungen auf der Grundlage von Loyalität vorgenommen, anfangs eine Loyalität gegenüber der AKP, aber zunehmend gegenüber Erdoğan selbst, der seine ehemaligen AKP-Kollegen ins Aus beförderte. Einige von ihnen, so argumentierte er, seien aus Profitgründen beigetreten, aber waren nicht aufrichtig. In Erdoğans wortgewaltiger Sprache waren sie Profiteure, die vom Zug abgesprungen waren, als dieser auf dem Markt ankam.¹²¹ In der Tat: „Die Partei wird stark, indem sie sich von opportunistischen Elementen säubert“, wie Stalin argumentierte.¹²² Heute ist Erdoğan die Partei geworden und die Partei Erdoğan. Zweitens wurden institutionelle Veränderungen vorgenommen, um diejenigen zu schwächen, die als Gegner

120 Siehe zum Beispiel die Berichterstattung in der Zeitung Sabah vom 07.11.2017.

121 <http://www.mynet.com/haber/politika/erdogan-pazara-kadar-geldiler-sonraren-indiler-3019591-1> (abgerufen am 09.10.2017).

122 <https://www.marxists.org/reference/archive/stalin/works/1924/foundations-leninism/ch08.htm>; (abgerufen am 09.10.2017).

angesehen werden, und beide wurden von einer Fraktion innerhalb des Staates mit dem Ziel durchgeführt, den Staat zu übernehmen. Aus dieser Perspektive waren die Ereignisse in der Nacht des 15. Juli 2016 eine Reibung oder ein Bruch, der in einen schleichenden Putschprozess hineinwirkte und ihn schließlich beschleunigte. Sie boten Erdoğan den Vorwand, sich von den Verbindungen zu denjenigen zu lösen, deren Loyalität er anzweifelte, und auf einen institutionellen Wandel zu drängen, der ihn von den lästigen Unannehmlichkeiten der Scharade einer parlamentarischen Regierung befreien würde. Schließlich würden sie seine Vision eines mächtigen Präsidenten zum Leben erwecken und die Trennung von Exekutive, Judikative und Legislative aufheben. Obwohl die ambitiös expansive Außenpolitik in Rückschlägen von Ägypten bis Syrien gescheitert war und damit die Verwirklichung der umfassenden neo-osmanischen Vision blockierte, konnte Erdoğan immer noch Sultan der Republik sein.

Als die AKP 2002 auf nationaler Ebene an die Macht kam, zielte ihre Reformagenda darauf ab, die säkularen Eliten zu verdrängen, zu ersetzen und zu säubern; der Partei ging es eher um die Übernahme des Staates als um seine Demokratisierung (Sommer 2017). Und sie tat dies mit Hilfe der Gülen-Bewegung. Die Säuberung der Gülenisten, der kemalistischen Nachfolger, nach dem Putsch 2016 versucht, innerhalb weniger Monate das wieder rückgängig zu machen, was die AKP-Partei über anderthalb Jahrzehnte hinweg aufgebaut hatte (Toksöz 2016). Es wird oft davon ausgegangen, dass die Reformagenda der Türkei aus einer dreiteiligen Periodisierung besteht, bei der zwischen den „goldenen Jahren“ (1999–2006), einer „Verlangsamung“ (2007–2013) und einem „Rückfall“ (2013–) unterschieden wird, wobei die von der AKP verabschiedeten Reformen immer in erster Linie darauf ausgerichtet waren, ihre Kontrollspanne zu erweitern (Müftüler-Baç 2016). Man kann nicht wirklich behaupten, dass die türkische Reformagenda jemals von einem politischen

Willen zu einer grundlegenden Neuausrichtung des Staates auf seine Bürger ausging. Während die Reformagenda der „goldenen Jahre“ mit dem Vorantreiben der türkischen Bewerbung um die EU-Mitgliedschaft von 1999 bis zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005 verbunden zu sein schien, stand sie in Wirklichkeit eher im Zusammenhang mit dem Machtkampf zwischen der islamistischen und neoliberalen AKP und der säkularen und etatistischen kemalistischen Elite. Obwohl die AKP-Regierung international als eine Kraft der Demokratisierung in der Türkei angesehen wurde, sollte ihr anfänglicher Kampf mit der nationalistischen Elite nicht mit einem liberalen Pluralismus verwechselt werden, da er eher durch einen Machtkampf motiviert war (Bahcheli und Noel 2010; Cinar 2010).

Nach den Wahlen von 2011 proklamierte Erdoğan den Beginn einer neuen Ära der Herrschaft, seiner Herrschaft („*Yarın ustalık dönemi başlıyor*“).¹²³ Dies ging einher mit einer Aushöhlung der institutionellen Kontrollen der Exekutivgewalt, einer Schwächung der Unterscheidung zwischen Staat und Partei und einer Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten (Sommer 2016) – eine Entwicklung, die ihren Höhepunkt im Präsidialsystem findet. Seit er 2014 Präsident wurde, hat sich Erdoğan nie von einer aktiven politischen Rolle zurückgezogen, wie es die Verfassung verlangt. Obwohl er die formalen Anforderungen befolgte und nach seiner Wahl aus der Partei austrat, hat er sich ständig parteipolitisch engagiert. Aufgrund der Kontrolle der AKP über das Parlament und seiner unangefochtenen Kontrolle über die Partei (die er in dieser Zeit noch verstärkte) konnte er als effektiver Chef der Exekutive agieren und vom Palast aus ein Parallelkabinett führen. Dies machte seine Macht von den Wahlerfolgen der AKP abhängig (Esen und Gümüşçü 2016). Mit dem Präsidialsystem, das nach dem Referendums-

123 Siehe <http://www.akpartituzla.com/habergoster.aspx?ID=1420> (abgerufen am 09.10.2017).

beschluss eingeführt werden soll, wird sich nun ein politisches System entwickeln, dem es schlichtweg an den notwendigen Kontrollen und Gegengewichten zum Schutz vor autoritärer Herrschaft fehlt (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht 2017).¹²⁴

Im neuen System hat der Präsident die Vorherrschaft über die Justiz und die Kontrolle über die Ernennung von Richter:innen und Staatsanwält:innen. Dies stand im Einklang mit früheren Reformen wie der Justizreform von 2014, bei der die AKP die Kontrolle des Justizministers über die Justiz verstärkte und etwa 3 000 amtierende Richter:innen absetzte, anstatt den lang erwarteten Schritt zu einer unabhängigeren und unparteiischen Justiz zu vollziehen (Bermeo 2016). Eine der ersten Maßnahmen nach dem Putschversuch richtete sich auch gegen die Justiz, wo viele Mitglieder entlassen wurden, darunter zwei der 17 Mitglieder des Verfassungsgerichts, während zehn der 22 Mitglieder des Disziplinarorgans des türkischen Rechtssystems, des Hohen Rates der Richter:innen und Staatsanwält:innen, inhaftiert wurden. Mit anderen Worten: Die Unterordnung der Justiz unter die Exekutivgewalt des Präsidenten vollendet einen Prozess, der offenkundig vor mindestens drei Jahren begonnen hat – obwohl er durch die gülenistische Unterwanderung schon lange in Gang war.

Darüber hinaus verleiht das neue Präsidialsystem dem Präsidenten die unkontrollierte Macht, Vizepräsidenten, Minister:innen und hohe Staatsbeamt:innen zu ernennen oder zu entlassen. Der Präsident kann per Dekret im Namen des Parlaments Gesetze erlassen und den Haushaltsplan der Präsidentschaft ohne Zustimmung des Parlaments festlegen. Er kann das Parlament nach Belieben auflösen. Das Parlament hat nicht

124 European Commission For Democracy Through Law, V.C., *On the Amendments on the Constitution Adopted by the Grand National Assembly on 21 January 2017 and to be Submitted to a National Referendum on 16 April 2017*, Strasbourg, Council of Europe, Strasbourg, 2017.

länger die Befugnis, die Exekutive – den Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Minister – zu kontrollieren, und verliert seine Befugnis, Misstrauensanträge gegen die Regierung und ihre Beamt:innen zu stellen (es hat das Recht, schriftliche parlamentarische Anfragen an die Vizepräsidenten und Minister zu stellen, aber nicht an den Präsidenten) (Human Rights Watch 2017c). Auch wenn die Notwendigkeit einer Gesetzgebung per Dekret durch die Notstandsbefugnisse weitgehend entfallen ist, hat der Präsident immer noch die unkontrollierte Befugnis, den Notstand auszurufen, und das Recht, Dekrete ohne Einschränkung zu erlassen, wenn dies für notwendig erachtet wird. Die Venedig-Kommission, das Beratungsgremium des Europarats für Verfassungsrecht, kommt zu dem Schluss, dass das neue Präsidialsystem „zu einer übermäßigen Konzentration der Exekutivgewalt in den Händen des Präsidenten und zu einer Schwächung der parlamentarischen Kontrolle dieser Macht führen wird“ und dass „die demokratische Rechenschaftspflicht des Präsidenten praktisch nicht gegeben ist“ (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht 2017).¹²⁵

Der organisatorische Umsturz ging auch mit der Entwicklung einer personalisierten Machtstruktur einher (Somer 2016), in welchen Ernennungen auf der Grundlage der Loyalität gegenüber dem Führer erfolgen. Diese Entwicklung einer personalisierten Machtstruktur erstreckte sich auch auf die Armee. Das Militär, mit dem es die AKP anfangs zu tun hatte, war gefestigt, mächtig und zutiefst feindselig. Einige Jahre zuvor, im Jahr 1997, hatte es Ministerpräsident Necmettin Erbakan von der Wohlfahrtspartei (Refah Partisi), aus der die AKP hervorgegangen war, aus dem Amt gedrängt. Der Generalstab des Militärs „reagierte öffentlich auf Erklärungen oder Entscheidungen der Regierung“ und „griff direkt in die Präsidentschaftswahlen vom April 2007 ein, indem er auf seiner Website ein Memorandum

125 European Commission For Democracy Through Law, V.C., op. cit., 2017.

veröffentlichte, in dem er seine Besorgnis über die angebliche Schwächung des Säkularismus im Lande zum Ausdruck brachte“ (Communities 2007). Nach dem Ergenekon-Prozess (2008) und dem Vorschlagshammer-Prozess (Balyoz, 2010), in denen hochrangige Militärs, Gesetzgeber:innen und Journalist:innen wegen Verschwörung gegen den Staat und Planung eines Staatsstreichs angeklagt und aufgrund gefälschter Beweise durch die Arbeit von gülenistischen Staatsanwäl:tinnen und Richter:innen für schuldig befunden wurden, versuchte Erdoğan, die Kontrolle über das Militär zu erlangen, indem er ihm gegenüber loyale Offiziere ernannte (Gürsoy 2012; Cizre 2016).

In den Jahren der AKP-Herrschaft entwickelte die Partei auch eine neue politische Ökonomie, die auf Vetternwirtschaft und Wohltätigkeit anstelle von Bürgerrechten basiert.¹²⁶ Massive Bauprojekte wurden an AKP-nahe Geschäftsleute übergeben (Somer 2016). Grundstücksabtretungen und Enteignungen zu niedrigen Preisen wurden bei Projekten zur Entwicklung von Rentiers und zur Stadterneuerung eingesetzt, wie etwa in den Vierteln Tarlabası in Istanbul und Kadifekale in Izmir. Spektakuläre Infrastrukturprojekte wie eine dritte Brücke über dem Bosphorus und der Bau eines internationalen Hub-Flughafens nördlich von Istanbul waren sowohl Machtsymbole als auch Mittel zum Erhalt der Bauwählerschaft (Demirtaş-Milz und Saraçoğlu 2015) und bereicherten Geschäftskreise und parteinahe Eliten (Somer 2016). Der staatlich geförderte Bau von Sozialwohnungen, die Governmental Mass Housing Administration (*Toplu Konut İdaresi Başkanlığı*, TOKİ), wurde privatisiert und erhielt dann die alleinige Befugnis für die Erschließung von Grundstücken sowie

126 Im Zuge der Säuberungen nach dem Staatsstreich wurden die von der kurdischen Bewegung gegründeten Frauenkooperativen durch von der AKP ernannte Treuhänder geschlossen und die unter ihrem Dach stattfindenden Aktivitäten an die Wohltätigkeitsorganisation Frauen und Demokratie KADEM (Kadın ve Demokrasi Derneği) übergeben, deren Vizepräsidentin die Tochter von Präsident Erdoğan, Sümeyye, ist. Siehe <https://anfenglish.com/women/women-cooperative-in-guerpinar-handed-over-to-suemeyye-erdogan-20181>

den Bau von Wohnungen in AKP-regierten Gemeinden, die zum Teil aus dem Vermögen einer staatlichen Bank (Emlak Bankası) finanziert wurde – woraufhin sie als „staatliches, profitorientiertes Planungsinstrument“ fungierte, das die lokalen „morphologischen Strukturen“ zerstörte und „gleich aussehende Architektur und minderwertige Urbanität“ produzierte (Devrim 2016). So schrieb Mustafa Sönmez bereits 2012, dass „sämtliche Befugnisse“ im Bausektor, welche die nationale Wirtschaft ankurbelten, „unter der Regierungspartei konsolidiert“ worden seien, wobei die „herrschende Elite (...) nun in der Lage ist, nach Belieben immobilienbasierten Reichtum als Belohnungsmechanismus für die Unterstützung ihrer [Regierungs-] Politik zuzuweisen und zu verteilen“.¹²⁷ Der jüngste Plan sieht einen Staatsfonds vor, der durch die Mobilisierung von Staatsvermögen in Höhe von rund 200 Mrd. US-Dollar zur Finanzierung privater Infrastrukturprojekte gespeist wird.¹²⁸ Die AKP entwickelte auch verschiedene Geldtransferprogramme, eine neue Politik der Umverteilung, die viele der sozialen Aufgaben des Staates an die Partei und religiöse Wohltätigkeitsorganisationen auslagerte. Darüber hinaus scheint es, dass die Regierung nicht nur dort, wo Menschen verarmen, sondern auch dort, wo Menschen politisiert werden, wie im Fall der Kurd:innen, keine soziale Unterstützung leistet (Yörük 2012). Damit sind wir bei der zweiten Dimension des organisatorischen Umsturzes in der Türkei, der kurdischen Frage.

Die Befriedung der politischen Gesellschaft

Die „kurdische Frage“ in der Türkei ist eng mit dem Wesen der Beziehungen zwischen Bürger:innen und Staat bei der Kon-

127 www.reflectionsturkey.com/?p=489 (abgerufen am 09.10.2017).

128 Siehe zum Beispiel www.bloomberg.com/news/articles/2016-08-23. Für eine Darstellung der Beziehungen zwischen Kapital und Macht in der Türkei, siehe <http://mulksuzlestirme.org> (abgerufen am 09.10.2017).

struktion des Nationalstaates verwoben, in welchem der entstandene Staat zwanghaft versucht, sich vor seinen Bürger:innen zu schützen,¹²⁹ indem er ihre Identität überwacht, als ob der Ausdruck von Differenz eine Sicherheitsbedrohung darstellen würde. Die türkische Identität entwickelte sich als antagonistisch zur Religion, jedoch auch auf der Grundlage einer muslimischen Identität; so wurde der Muslim als „zukünftiger Türke“ betrachtet (Yeğen 2009). Während Kurd:innen, die ihre ethnische Identität zum Ausdruck brachten, als gefährliche Andere angesehen wurden, konnten sie als zukünftige Türk:innen betrachtet werden, wenn sie ihre muslimische Identität zum Ausdruck brachten. Der sunnitische Islam wurde als verbindend angesehen und wurde zur Grundlage der türkisch-islamischen Synthese, die aus der extremen nationalistischen Bewegung in den 1970er Jahren hervorging und in den 1980er Jahren zur Staatsideologie wurde (Eligür 2010). Zusammen mit der Errichtung des Nationalstaates wurde daher i) die Staatsbürgerschaft zur Definition einer Beziehung zwischen einem Subjekt und dem Staat, die auf der Idee der Loyalität gegenüber dem Staat beruht, und ii) wurde die ethnisch-religiöse Identität zu einem Marker für Ausgrenzung (Isin 2002a). Große Teile des Südostens standen seit der Gründung der Republik im Jahr 1923 die meiste Zeit unter Notstandsgesetzen oder einem Ausnahmezustand (Jongerden 2007). Der Mangel an Raum für echte politische Meinungsäußerung gab schließlich der PKK Auftrieb (Bozarslan 2004), die ab Ende der 1980er Jahre die kurdische politische Landschaft in der Türkei dominierte (Güneş 2012).

Obwohl die PKK als politische Partei auftrat, die den bewaffneten Kampf führte, sollte ihr Kampf im Sinne eines Kampfes um Anerkennung und Bürgerrechte definiert werden. In diesem Zusammenhang müssen wir Staatsbürgerschaft in Bezug

129 Siehe das Interview mit Elif Şafak in *Der Spiegel*, <http://www.spiegel.de/international/world/turkish-author-elif-shafak-on-society-under-erdogan-a-1066223.html> (abgerufen am 09.10.2017).

auf Umfang, Inhalt und Tiefe unterscheiden (Isin 2002a und 2002b; Meijer und Butenschön 2017). Umfang betrifft die Frage der formalen Staatsbürgerschaft und befasst sich mit der Frage, wer als Staatsbürger:in zählt; in diesem Zusammenhang definiert er die Verweigerung der Zugehörigkeit, die auch als „konstitutives Außen“ (Laclau und Mouffe 2001) oder „konstitutiver Ausschluss“ (Butler 2015) bezeichnet wird und sich auf diejenigen bezieht, die als außerhalb der Kategorie „das Volk“ stehend betrachtet werden und daher möglicherweise der Ausweisung, Assimilation und Ermordung unterliegen. Der Inhalt bezieht sich auf die Rechte und Pflichten, die die Bürger:innen haben, wie z. B. das politische Recht auf Versammlungs-, Selbstverteidigungs- und Vereinigungsfreiheit und die bürgerlichen Rechte, wie z. B. das Recht auf freie Meinungsäußerung, sowie die Bedingungen, unter denen diese Rechte ausgenommen oder ausgeübt werden. Der Begriff „Tiefe“ bezieht sich auf das, was man als „aktive Bürgerschaft“ oder „Selbstorganisation“ bezeichnen könnte.

Der Umfang der Staatsbürgerschaft wurde in dem Drängen der kurdischen Bewegung auf eine neue Verfassung angesprochen, deren Ausarbeitung als ein Weg angesehen wurde, mit ihrer Identifizierung als konstitutive Außenseiter/Ausgrenzung umzugehen. Mit anderen Worten, die Bewegung für eine neue Verfassung strebte die Abschaffung der Gleichsetzung von Staatsbürgerschaft mit ethnischer Zugehörigkeit und stattdessen die Einführung eines Konzepts der Zivilbürgerschaft an. Der Inhalt der Staatsbürgerschaft sollte u. a. kulturelle Rechte beinhalten. Das Recht, die kurdische(n) Sprache(n) zu sprechen und zu unterrichten, stand an erster Stelle, insbesondere die Anerkennung und Sicherung der Grundbildung in kurdischer Sprache. Die Tiefe beinhaltete die Forderung nach Stärkung lokaler Verwaltung.

In der 2010 angenommenen neuen Verfassung, die von der AKP ausgearbeitet worden war, wurde die Frage der Staats-

bürgerschaft nicht behandelt (Larrabee und Tol 2011), aber die kurdische Bewegung hatte Fortschritte gemacht und macht sie auch weiterhin. Auch wenn sich Inhalt und Umfang der Staatsbürgerschaft formal nicht änderten, so tat dies doch ihre Tiefe, als Ergebnis des ständigen Drängens der kurdischen Bewegung auf Veränderungen. Dies äußerte sich nicht nur in spezifischen Rechtsansprüchen (Secor 2004) – wie dem Versammlungsrecht (einschließlich politischer Kundgebungen) und dem Recht auf kulturellen Ausdruck im öffentlichen Raum (z. B. das Singen kurdischer Lieder auf der Bühne) –, sondern auch in dem umfassenderen, grundlegenden Recht, im öffentlichen Raum zu erscheinen und sichtbar und hörbar zu sein, präsent zu sein und anerkannt zu werden, eine Stimme zu haben (Butler 2015). So etablierte sich die kurdische Bewegung als eine Bürgerrechtsbewegung.¹³⁰ Sie organisierte sich in und als Arbeiter:innen-, Frauen-, kulturelle und legale politische Bewegung, was der kurdischen Bewegung als Ganzes eine legitime Struktur und einen neuen Zugang zum nationalen und internationalen Publikum verschaffte.

Eine legale politische Partei war Teil dieser Bewegung der Bewegungen. In politischer Hinsicht steigerte diese legale Partei (die nacheinander verboten und reformiert/umbenannt wurde) bei fast jeder Wahl die Zahl der gewonnenen Stimmen, der kontrollierten Gemeinden und der ins Parlament zurückgekehrten Abgeordneten, ein Prozess, der in dem bahnbrechenden Wahlsieg vom Juni 2015 gipfelte, als die HDP mehr als 13 Prozent der Stimmen erhielt und 80 Sitze im Parlament erlangte. Als unmittelbare Folge dieses Durchbruchs – der zum Teil auf das

130 Die kurdische Bewegung ist mehr als ein Kampf für die Rechte der Kurden, sondern ein Kampf für einen radikalen demokratischen Neuaufbau der Gesellschaft. Wie Martin Luther King sagte: „Die Schwarze Revolution ist viel mehr als ein Kampf für die Rechte der *Negroes*. Sie zwingt Amerika, sich all seinen zusammenhängenden Fehlern zu stellen – Rassismus, Armut, Militarismus und Materialismus. Sie deckt Übel auf, die tief in der gesamten Struktur unserer Gesellschaft verwurzelt sind ... und legt nahe, dass ein radikaler Umbau der Gesellschaft das eigentliche Problem ist, dem wir uns stellen müssen“ (zitiert aus Hall 2005, S. 1233).

Versprechen des Vorsitzenden Selahattin Demirtaş zurückzuführen ist, Erdogans Vorstoß für das Präsidialsystem zu blockieren, der die linke und liberale Opposition außerhalb der kurdischen Basis zusammenführte – verlor die regierende AKP die absolute Mehrheit, die sie seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2002 innehatte. Im Jahr 2009 war eine von der AKP geführte „kurdische Öffnung“ in Erwägung gezogen worden und war rasch gescheitert. Nun hat das Wahlergebnis vom Juni 2015 gezeigt, dass die HDP die Möglichkeit hat, eine „türkische Öffnung“ zu vollziehen und Wähler:innen im Westen der Türkei für eine säkulare, fortschrittliche und multikulturelle Politik zu mobilisieren und zu gewinnen. Die Stärke der AKP im Parlament bot jedoch immer noch die Mehrheit für eine Fortsetzung des Organisationsputsches durch die Ermächtigung der Exekutive (Bermeo 2016).

Da die AKP nach den Wahlen im Juni 2015 nicht mehr in der Lage war, eine Einparteienregierung zu bilden und ihre Vorherrschaft weiter auszubauen, formulierte sie zwei Maßnahmen. Erstens verhinderte der Präsident, der nicht bereit war, die Macht zu teilen, die Bildung einer Koalitionsregierung (mit oder ohne die AKP) und kündigte dann für November weitere Wahlen an, um die HDP politisch zu neutralisieren. Zweitens zog er die militärische Karte und begann Militäroperationen gegen PKK-Stützpunkte in Südkurdistan/Nordirak. Dies kann als ein gewaltsames Vorgehen der AKP gegen die politische Macht der HDP betrachtet werden. Als direkte Reaktion auf den politischen Erfolg der kurdischen Bewegung machte die AKP die kurdische Frage wieder zu einer Sicherheitsfrage. Diese Sicherheitsfrage wird mit militärischen und politischen Mitteln, mit der Kontrolle über das politische Spielfeld und mit Waffen angegangen. Es handelt sich also nicht um einen Krieg gegen den Terror, sondern um einen Krieg gegen die Politik.

Durch die Kontrolle über die staatlichen Exekutivorgane war Erdoğan in der Lage, die Wahlen vom Juni effektiv zu

annullieren und eine neue Wahl in einem Klima der Angst und des Terrors zu organisieren. Dies ermöglichte ein Rollback der türkischen Nationalist:innen, da ein großer Teil der AKP-Wähler:innen, die zur Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP) gegangen waren, nun „zurückkehrten“. Die HDP wiederholte ihren Erfolg vom Juni im November, wobei sich ihr Stimmenanteil nicht wesentlich verringerte – trotz des Wiederaufflammens des Konflikts (der von den von der Regierung dominierten Medien der PKK angeleitet und somit mit der HDP in Verbindung gebracht wurde) und trotz einer Kampagne der Gewalt und Einschüchterung gegen die lokalen Büros und Wahlkampfaktivitäten der HDP. Der Höhepunkt dieser Kampagne war der doppelte Bombenanschlag auf die von der HDP und mehreren Gewerkschaften organisierte Kundgebung „Arbeit, Frieden und Demokratie“ in Ankara, bei dem 109 Menschen getötet und Hunderte verletzt wurden. Während sich die MHP im Parlament halbierte, konnte die AKP ihre Gesamtmehrheit zurückgewinnen.

Nach der Annullierung der Wahlen vom Juni 2015 und der Wiederaufnahme der kurdischen Frage als Sicherheitsfrage, bekräftigte die kurdische Bewegung ihre Entschlossenheit, sich selbst zu organisieren. Diese Selbstverwaltung, die sich bereits seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre in Form von Versammlungen auf Dorf-, Stadtteil-, Bezirks-, Stadt- und Regionalbene entwickelt hatte, war eine Möglichkeit, die Probleme, mit denen die Menschen in ihrem täglichen Leben konfrontiert sind, zu definieren und zu bewältigen und so in einer Situation struktureller Unterdrückung politisch zu handeln. In der zweiten Hälfte des Jahres 2015 und in der ersten Hälfte des Jahres 2016 und als Ergebnis der gewaltsamen Reaktion der kurdischen Bewegung auf die Gewalt der AKP und des Staates wurde die militärische Dimension jedoch überbetont. Der physische städtische Widerstand der kurdischen Bewegung gegen die Staatsgewalt wurde in der ersten Jahreshälfte 2016 nieder-

geschlagen. Die überwältigende Gewaltausübung des Staates diente dazu, die Barrikaden und Gräben zu durchbrechen, die eine militante Jugend unter der Leitung einer professionellen Guerilla quer durch die Straßen errichtet hatte, um suburbane Territorien oder Zonen der Selbstverwaltung zu schaffen. Diese Militarisierung der Selbstverteidigung wurde von vielen Einheimischen kritisiert, aber in erster Linie aus rein funktionalen Gründen, da sie die staatliche Gewalt in einen Krieg einlud, der nicht zu gewinnen wäre. Natürlich wurden Oppositionsgebiete identifiziert, die dann ins Visier genommen werden konnten; Schulen wurden geschlossen und die Bevölkerung vor die Wahl gestellt, entweder zu verschwinden oder die Konsequenzen zu tragen, wie auch immer diese aussehen würden. Über mehreren kurdischen Städten wurden Ausgangssperren verhängt, die von Zehntausenden von Sicherheitskräften verschiedener Behörden (reguläre Armee, Sonderpolizei, staatlicher Geheimdienst) durchgesetzt wurden, begleitet von der Entsendung obskurer Spezialeinheiten wie den „Löwen von Allah“-Teams (*Eseddulah Timleri*). Im Widerstand wurden Handfeuerwaffen, Sprengfallen und Tunnel eingesetzt; der Staat zerstörte mit schwerem Beschuss Wohngebiete, verhinderte durch Scharfschützenfeuer, dass Menschen ins Krankenhaus kamen oder ihre Toten beerdigten, und es kam zu einer ganzen Reihe weiterer Übergriffe und Verbrechen, die bis zum Einsatz von Vergewaltigungen als Terrorinstrument und Massakern durch Verbrennen bei lebendigem Leib reichten. Den verschiedenen staatlichen und außerstaatlichen Kräften wurde praktisch ein Freibrief für die Säuberung der Gebiete ausgestellt, ungehindert von rechtlichen Bedenken und begünstigt durch eine Nachrichtensperre. Am Ende waren ganze Stadtteile in Schutt und Asche gelegt worden (die nun weitere Möglichkeiten für profitorientierte Stadtumbauten bieten).

Im Sommer kam es dann zum gescheiterten Putsch, der der Exekutive zusätzliche Munition für den Umgang mit der kur-

dischen Bewegung verschaffte. Der Ausnahmezustand wurde mit der AKP-Mehrheit im Parlament kombiniert, um die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten und die Auswahl von Personen für die Leitung von Gemeinden zu erreichen. In der Folge wurden insgesamt 13 HDP-Abgeordnete verhaftet und in 93 der 102 von der HDP geführten Gemeinden zogen von der Regierung ernannte Treuhänder ein (Baydar 2016). 70 Co-Bürgermeister:innen befanden sich im Oktober 2017 im Gefängnis. Wie oben angedeutet, kann dies selbst als (Teil-)Putsch der Exekutive gegen die Legislative und der Zentralregierung gegen die Kommunalverwaltung gewertet werden.

Fazit

Es wird gemeinhin argumentiert, dass die AKP eine Phase des Aufstiegs und dann des Niedergangs in Bezug auf gute Regierungsführung, eine Liberalisierung und dann eine Verschärfung durchlief. Hier habe ich argumentiert, dass der allgemeine Kurs der AKP darin bestand, die Macht zu zentralisieren und den Parteienstaat auszubauen. Reformen waren ein Mittel zur Machtergreifung, nicht zur Demokratisierung. Was sich in der Türkei entwickelt hat, ist eine Form des Autoritarismus, der sich um die Person Erdoğan herum entwickelt hat, der versucht hat, seinen Griff auf Partei und Staat zu festigen, indem er Familienmitglieder und Kumpane in Schlüsselpositionen eingesetzt hat. Dies war jedoch nicht das Ergebnis der Reaktionen auf den Putschversuch von 2016, sondern ein Merkmal von Erdoğan's Politik seit mindestens 2011. Es mag zwar bequem sein, den Putschversuch als Zäsur zu betrachten und an eine entgleiste Demokratie zu denken, aber das hindert uns daran, kritische Fragen zu stellen, zum Beispiel nach der Rolle der EU-Unterstützung oder liberaler Intellektueller beim Erstarken des Autoritarismus in der Türkei in der AKP-Ära.

Es mag den Anschein haben, dass es verschiedene Punkte auf dem Weg gab, an denen Erdoğan und sein Umfeld einen Rückzieher hätten machen können und an denen Persönlichkeiten in der Partei einen unabhängigen, prinzipientreuen Standpunkt hätten einnehmen können, dies aber nicht taten – die Unterdrückung der Gezi-Park-Proteste ist ein offensichtlicher Punkt. Die Weigerung, nach den Wahlen im Juni 2015 eine Einigung herbeizuführen, ein weiterer und die Fixierung auf das Vorantreiben der ermächtigten Präsidentschaft der letzte. Gleichmaßen hätte der Präsident den Friedensprozess mit den Kurd:innen während der Amtszeit von Davutoğlu als Premierminister nicht einseitig beenden müssen. Nach unserer Lesart waren diese Punkte jedoch weniger verpasste Gelegenheiten als vielmehr Phasen, die den Prozess des organisatorischen Umsturzes offenbarten, Punkte, an denen der „Wille zur Macht“ offen zutage trat. Der Mangel an Kompromissen und der Wunsch nach vollständiger Kontrolle sind keine neuen Merkmale der AKP-Ära.

Es wurde ein Lösungsprozess eingeleitet, aber als Mittel, um die kurdische Bewegung mit politischen Mitteln zu besiegen, nicht als Mittel, um die kurdische Frage zu lösen. Reformen wurden von Repressionen begleitet, während gleichzeitig versucht wurde, fromme und konservative Kurd:innen mit einem religiösen Anspruch auf Einheit zu gewinnen. Als die kurdische Bewegung schließlich zu einer politischen Kraft auf nationaler Ebene wurde, die die Ambitionen des Präsidenten vereitelte, wurde sie gewaltsam angegriffen und der Krieg in den Städten eröffnet, um die Wahlen zu gewinnen. Heute wird die politische Opposition im Südosten unterdrückt, und das Land ist wieder zu einer Sicherheitszone mit Straßensperren und Morden geworden, in der die türkischen Staatstruppen erneut zu glauben scheinen, dass sie durch Dominanz und Ausrottung „gewinnen“ können. Diese Gewalt in der Türkei, die sich über die südlichen und östlichen Grenzen ausbreitet,

ist das direkte Ergebnis einer gezielten AKP-Politik, um die kurdische Bewegung als militärische Bewegung zu (re-)produzieren, sodass sie mit Gewalt statt auf politischem Wege bekämpft werden kann – und dies als Teil einer Strategie der Instrumentalisierung für nationale(re) Zwecke, die ihrerseits darauf abzielt, die vollständige Kontrolle über den Staat zu erlangen und zu erhalten.

Der gegenwärtige „Demokratieabbau“ oder Rückschritt bei Rechten und Rechtsstaatlichkeit sollte daher nicht als (bloßes) Attribut der Nachwirkungen des Putsches betrachtet werden. Die Vorstellung, dass ein Demokratisierungsprozess in der Türkei nach dem Putsch entgleist oder unterbrochen worden sei, nährt nur den Mythos, dass es einen solchen Prozess der Demokratisierung vor dem Putsch gegeben habe. In diesem Artikel habe ich argumentiert, dass die Reformen, die oft als „Demokratisierung“ dargestellt werden, eher Instrumente waren, die von der AKP opportunistisch eingesetzt wurden, um den Staat zu erobern, ihn einer kemalistischen Elite zu entreißen und eine kurdische Bewegung zurückzudrängen und einzudämmen, die sich für eine pluralistische Bürgerschaft und die Stärkung der Bürgerrechte einsetzte. Diese haben sich nun in einen offenen Autoritarismus verwandelt, in dem ein Regime der Ausnahmen, das den Kurd:innen und der Region Kurdistan in der Türkei nicht unbekannt ist, zur Norm geworden ist, das Besondere verallgemeinert. Das ist es, was ich als „organisatorischen Putsch“ bezeichnet habe.

Quellen

Ahmad, Feroz: *The Making of Modern Turkey*, London 1993.

Akyol, Mustafa: „How Ataturk became a model for Erdoğan“, in: *Monitor*, 23.10.2016.

Amnesty International: „Turkey: Human rights in grave danger following coup attempt and subsequent crackdown“, in: *Amnesty International*, 2016.

- Amnesty International: „Turkey’s crackdown on human rights“, in: *Amnesty International*, 2017.
- Bahcheli, Tozun und Noel, Sid: *The Justice and Development Party and the Kurdish Question*, in: Casier, Marlies und Jongerden, Joost (Hrsg.): *Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue*, London 2010. S. 101–120.
- Baydar, Yavuz: „How the Failed Putsch in Turkey Evolved into a Counter-coup“, in: *Südosteuropa Gesellschaft*, 4, 2016, S. 6–15.
- Bermeo, Nancy: „On Democratic Backsliding“, in: *Journal of Democracy*, 27(1), 2016, S. 5–19.
- Bozarslan, Hamit: *Violence in the Middle East, the political struggle to self-sacrifice*, Princeton 2004.
- Butler, Judith. *Notes towards a Performative Theory of Assembly*, Cambridge 2015.
- Centre for Policy Research on Turkey: „An Overview of Post-Coup Attempt Measures in Turkey“, in: *Research Turkey*, 10.04.2017.
- Cinar, Menderes: *Turkey’s Present Ancien Regime and the Justice and Development Party*, in: Casier, Marlies und Jongerden, Joost (Hrsg.): *Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue*, London 2010. S. 11–27.
- Cizre, Ümit: „Turkey in a Tailspin: The Foiled Coup Attempt of July 15“, in: *MERIP*, 10.08.2016.
- Cizre, Ümit: „Fear and Loathing in Turkey: The Backstory to Erdoğan’s Referendum“, in: *Middle East Report*, 26.04.2017.
- Commission of the European Communities: *Turkey 2007 Progress Report*, Brüssel 2007.
- Demirel, Tanel: „Lessons of Military Regimes and Democracy: The Turkish case in a comparative perspective“, in: *Armed Forces and Society*, 31(2), 2005, S. 245–271.
- Demirtaş-Milz, Neslihan und Saraçoğlu, Cenk: *Space, Capitalism and Kurdish Migrants in Izmir: An Analysis of Kadifekale’s Transformation*, in: Gambetti, Zeynep und Jongerden, Joost (Hrsg.): *The Kurdish Issue in Turkey: A Spatial Perspective*, London 2015. S. 185–212.
- Devrim, Isikkaya Ali: „Housing Policies in Turkey: Evolution of TOKI (Governmental Mass Housing Administration) as an Urban Design Tool“, in: *Journal of Civil Engineering and Architecture*, 10, 2016, S. 316–326.
- Eligür, Banu: *The Mobilization of Political Islam in Turkey*, Cambridge 2010.

- Esen, Berk und Gumuscu, Sebnem: „Rising Competitive Authoritarianism in Turkey“, in: *Third World Quarterly*, 37(9), 2016, S. 1581–1606.
- European Commission: *Key findings of the 2016 Report on Turkey*, Brüssel 2016.
- European Commission For Democracy Through Law, V.C.: *On the Amendments on the Constitution Adopted by the Grand National Assembly on 21 January 2017 and to be Submitted to a National Referendum on 16 April 2017*, Straßburg 2017.
- Gunter, Michael: „Erdogan and the Decline of Turkey“, in: *Middle East Policy*, 23(4), 2016, S. 123–135.
- Güneş, Cengiz: *The Kurdish National Movement in Turkey: From Protest to Resistance*, London 2012.
- Gürcan, Metin und Gisclon, Megan: *From Autonomy to Full-fledged Civilian Control: The Changing Nature of Turkish Civil-Military Relations after July 15*, Istanbul 2016.
- Gürsoy, Yaprak: „The changing role of the military in Turkish politics: democratization through coup plots?“, in: *Democratization*, 19(4), 2012, S. 735–760.
- Hall, Jacquelyn Dowd: „The Long Civil Rights Movement and the Political Uses of the Past“, in: *Journal of American History*, 91(4), 2005, S. 1233–1263.
- Human Rights Watch: „Turkey: Emergency Decrees Facilitate Torture“, in: *Human Rights Watch*, 2016a.
- Human Rights Watch: „Silencing Turkey’s Media: The Government’s Deepening Assault on Critical Journalism“, in: *Human Rights Watch*, 2016b.
- Human Rights Watch: „Turkey: Crackdown on Kurdish Opposition“, in: *Human Rights Watch*, 2017a.
- Human Rights Watch: „Turkey: Alarming Deterioration of Rights, Coup Attempt No Justification for Crackdown on Peaceful Critics“, in: *Human Rights Watch*, 2017b.
- Human Rights Watch: „Questions and Answers: Turkey’s Constitutional Referendum“, in: *Human Rights Watch*, 2017c.
- Isin, Engin F.: *Citizenship Studies: An introduction*, in: Isin, E. F. Und Turner, B. (Hrsg.): *Handbook of Citizenship Studies*, London 2002a, S. 1–10.
- Isin, Engin F.: *Being Political: Genealogies of Citizenship*, Minneapolis 2002b.

- İçener, Zeyneb Çağlıyan: „July 15: The Siege of Democracy in Turkey and the People’s Unprecedented Resistance“, in: *Bilig*, (79), 2016, S. 107–128.
- Jongerden, Joost: *The Settlement Issue in Turkey and the Kurds: an Analysis of Spatial Policies, Modernity and War*, Leiden und Boston 2007.
- Karaosmanoglu, Ali L.: „The Evolution of the National Security Culture and the Military in Turkey“, in: *Journal of International Affairs*, 54(1), 2000, S. 199–216.
- Laclau, Ernesto und Mouffe, Chantal: *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*, London 2001.
- Larrabee, Stephen F. und Tol, Gonul: „Turkey’s Kurdish Challenge“, in: *Survival: Global Politics and Strategy*, 53(4), 2011, S. 143–152.
- Meijer, Roel und Butenschön, Nils: *Introduction: The Crisis of Citizenship in the Arab World*, in: Meijer, Roel und Butenschön, Nils (Hrsg.): *The Crisis of Citizenship in the Arab World*, Leiden 2017, S. 1–39.
- Müftüler-Baç, Meltem: *Judicial Reform in Turkey and the EU’s Political Conditionality: (Mis)Fit between Domestic Preferences and EU Demands*, Berlin 2016.
- Powell, Jonathan M. und Thyne, Clayton L.: „Global instances of coups from 1950 to 2010: A new dataset“, in: *Journal of Peace Research*, 48(2), 2011, S. 249–259.
- Regnard, Christophe: „Turkey: The End of the Rule of Law“, in: *Research Turkey*, 5(11), 2016, S. 16–22.
- Secor, Anna: „There Is an Istanbul That Belongs to Me’: Citizenship, Space, and Identity in the City“, in: *Annals of the Association of American Geographers*, 94(2), 2004, S. 352–368.
- Somer, Murat: „Understanding Turkey’s Democratic Breakdown: Old vs. New and Indiginous vs. Global Authoritarianism“, in: *South-East European and Black Sea Studies*, 16(4), 2016, S. 481–503.
- Somer, Murat: „Conquering versus Democratizing the State: Political Islamists and Fourth Wave Democratization in Turkey and Tunisia“, in: *Democratization*, 24(6), 2017, S. 1025–1043.
- Toksöz, Meltem: „Turkey’s Democracy is Currently Losing its Way“, in: *Research Turkey*, 5(10), 2016, S. 26–29.
- Yeğen, Mesut: „Prospective-Turks’ or ‚Pseudo-Citizens’: Kurds in Turkey“, in: *Middle East Journal*, 63(4), 2009, S. 597–615.
- Yörük, Erdem: „Welfare Provision as Political Containment: The Po-

- litics of Social Assistance and the Kurdish Conflict in Turkey“, in: *Politics & Society*, 40(4), 2012, S. 517–547.
- Zald, Mayer N. und Berger, Michael A.: „Social Movements in Organizations: Coup d’Etat, Insurgency, and Mass Movements“, in: *American Journal of Sociology*, 83(4), 1978, S. 823–861.
- Zürcher, Erik J.: *Turkey: A Modern History*, London und New York 2004.

Internetquellen

- <https://www.theverge.com/2016/7/16/12205698/turkey-uprising-text-message-sms-streets-democracy> (accessed on 9 October 2017).
- <http://www.al-monitor.com/pulse/en/originals/2016/06/turkey-private-security-companies-on-the-rise.html> (accessed on 9 October 2017).
- <http://bianet.org/english/politics/177508-police-raid-on-no-to-coup-watch-of-hdp-dbp> (accessed on 9 October 2017).
- <http://www.bbc.com/news/world-europe-36818401> (accessed on 9 October 2017).
- <http://www.mynet.com/haber/politika/erdogan-pazara-kadar-geldiler-sonra-trenden-indiler-3019591-1> (accessed on 9 October 2017).
- <https://www.marxists.org/reference/archive/stalin/works/1924/foundations-leninism/ch08.htm>; (accessed on 9 October 2017).
- <http://www.akpartituzla.com/habergoster.aspx?ID=1420> (accessed on 9 October 2017).
- <https://anfenglish.com/women/women-s-cooperative-in-guerpinar-handed-over-to-suemeyye-erdogan-20181>
- www.reflectionsturkey.com/?p=489 (accessed on 9 October 2017).
- www.bloomberg.com/news/articles/2016-08-23.
- <http://mulksuzlestirme.org> (accessed on 9 October 2017).
- <http://www.spiegel.de/international/world/turkish-author-elif-shafak-on-society-under-erdogan-a-1066223.html>; (accessed on 9 October 2017).

Über Frieden reden und Krieg führen: Die Verhandlungen zwischen der Türkei und PKK

Joost Jongerden

Joost Jongerden: *Über Frieden reden und Krieg führen: Die Verhandlungen zwischen der Türkei und PKK*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/1053291/AGFI9651>

Einleitung

Am Abend des 24. Juli 2015 starteten gegen 22:30 Uhr Ortszeit etwa 20 F-16-Kampfbomber von Diyarbakır aus, um Stützpunkte der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in der Region Kurdistan im Irak (KRI) anzugreifen. Die Luftangriffe markierten das Ende von rund zwei Jahren andauernden Treffen zwischen Abdullah Öcalan, dem auf der Gefängnisinsel İmralı in der Türkei inhaftierten Vorsitzenden der PKK; der Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistan, PKK), die in den Qandil-Bergen an der Schnittstelle zwischen Irak, Türkei und Iran¹³¹ ansässig ist; einer politischen Partei, die gegründet wurde, um eine Lösung für die kurdische Frage und eine Demokratisierung der Türkei zu finden¹³²; kurdischen Diplomaten:innen und

131 Qandil wird auch als Metonym für die PKK und ihre Führung verwendet und nicht unbedingt für ihren physischen Standort.

132 Zunächst die Partei für Frieden und Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi, BDP), später die Demokratische Partei der Völker (Halkların Demokratik Partisi, HDP).

Aktivist:innen in Europa; Unterstaatssekretär:innen und Minister:innen der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP); und Mitgliedern des türkischen Inlandsgeheimdienstes (Millî İstihbarat Teşkilatı, MİT). Bei diesen Treffen sollte eine Lösung für die kurdische Frage gefunden werden. Doch die Nacht, in der die F-16 abhoben, um die PKK zu bombardieren, war der Beginn einer erneuten Eskalation der Gewalt.

Während die F-16 ihre Bomben in den Bergen des Grenzgebiets abwarfen, war die Brutalität der Gewalt zuerst in den Städten und Dörfern im Südosten der Türkei zu spüren. Die HDP versuchte verzweifelt, den entgleisten Prozess wieder in Gang zu bringen, und mobilisierte ihre Wählerschaft zur Verteidigung der „Selbstverwaltung“¹³³ – die als demokratische Autonomie bezeichnet wird –, während bewaffnete kurdische Jugendliche auf den Straßen Barrikaden errichteten. Der Staat reagierte mit Ausgangssperren in mehreren kurdischen Städten, die von Zehntausenden von Sicherheitskräften verschiedener Behörden (reguläre Armee, Sonderpolizei, staatlicher Geheimdienst) vollstreckt wurden, begleitet von der Entsendung schattenhafter Spezialeinheiten wie den „Löwen von Allah“-Teams (*Eseddulah Timleri*). Der Widerstand setzte Handfeuerwaffen, Sprengfallen und Tunnel ein; der Staat zerstörte Wohngebiete mit schwerem Beschuss, verhinderte durch Scharfschützenfeuer, dass Menschen ins Krankenhaus kamen oder ihre Toten begraben konnten, und verübte eine ganze Reihe weiterer

133 Als Reaktion auf den Rückzug der AKP aus den Gesprächen über eine politische Lösung beschloss die HDP, einseitig die „Autonomie“ zu verkünden. Interessanterweise kritisiert Öcalan in den Protokollen der Treffen zwischen Öcalan und der BDP/HDP-Delegation die PYD für die Ausrufung einer „demokratischen Autonomie“ in Syrisch-Kurdistan, etwas, was von der Türkei entschieden abgelehnt wurde: „Sie halten sehr stark an der Erklärung der Autonomie fest. Warum?“, fragt Öcalan rhetorisch. „Sie haben es seit zwei Jahren in der Praxis. Welchen Unterschied macht das?“ Das Gleiche gilt für die Erklärung der Demokratischen Autonomie in Diyarbakir im Jahr 2015 durch den Demokratischen Gesellschaftskongress (*Demokratik Toplum Kongresi*, DTK) und die HDP.

Übergriffe und Verbrechen, die bis zum Einsatz von Vergewaltigungen als Terrorwaffe und Massakern durch Verbrennung bei lebendigem Leib reichten. Den verschiedenen staatlichen und außerstaatlichen Kräften wurde praktisch ein Freibrief für die Räumung der Gebiete ausgestellt, ungehindert von rechtlichen Gesichtspunkten und begünstigt durch eine Nachrichtensperre. Bis Ende 2016 wurden ganze Stadtteile in Schutt und Asche gelegt, und die kurdische Frage wurde faktisch re-militarisiert (Jongerden 2019).

Zu Beginn des Jahres, am 28. Februar 2015, nur wenige Monate bevor die F-16 ihren Stützpunkt in Diyarbakir verließen, gaben der stellvertretende Ministerpräsident Yalçın Akdoğan, Innenminister Efkân Ala und die HDP-Abgeordneten Sırrı Süreyya Önder, İdris Baluken und Pervin Buldan eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie erklärten, dass die Gespräche zwischen der PKK und dem Staat einen entscheidenden Punkt erreicht hätten und dass der „demokratische Frieden“, den sie anstrebten, der Türkei gleiche Rechte, Gerechtigkeit und Gleichheit bringen würde.¹³⁴ Dieses Dolmabahçe-Abkommen, benannt nach dem osmanischen Palast, in dem die Roadmap verkündet wurde, sollte einen Prozess einleiten, der einen jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt beenden und die kurdische Frage lösen sollte, die die Republik seit ihrer Gründung belastet hatte.

Dem Dolmabahçe-Abkommen waren 2013 zwei Jahre der Interaktion vorausgegangen. Im selben Jahr wurde die Newroz-Erklärung¹³⁵ von Abdullah Öcalan mit Hoffnung aufgenommen. In dieser performativen Erklärung erklärte er: „Wir haben den Punkt erreicht, an dem die Waffen schweigen können und Ideen und demokratische Politik die Chance haben, zu sprechen“. Schließlich kündigte die PKK 2015 die Organisation eines Sonderkongresses an, auf dem sie über die Niederlegung der Waffen

¹³⁴ www.cumhuriyet.com.tr/haber/dolmabahce-anlasmasi-224047

¹³⁵ An Newroz, dem 21. März, feiern die Kurd_innen das Neujahrsfest und gedenken eines alten Mythos vom Aufstand gegen die unterdrückerische Herrschaft.

beraten wollte. Doch die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der kurdischen Frage wurden durch die Bitterkeit des Krieges ersetzt, als sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und seine AKP an die Nationalisten der MHP wandten, um ihre (parlamentarische) Wahlposition zu festigen, und an die Hardliner in der Armee, die die Gespräche mit den Kurd:innen mit Missbilligung und Bestürzung verfolgt hatten und nun freie Hand bekamen, die kurdische Frage mit Gewalt zu lösen.

In diesem Artikel werde ich die Verhandlungen zwischen der PKK und der türkischen Regierung bewerten und darlegen, warum die von vielen als „Friedensgespräche“ bezeichneten Gespräche gescheitert sind. Dazu gehört eine Diskussion darüber, wie die Gespräche zu definieren sind. Handelte es sich bei diesen „Friedensverhandlungen“, wie sie oft genannt wurden, tatsächlich um solche, oder waren sie aus staatlicher Sicht vor allem geheimdienstliche Operationen im Dienste einer übergreifenden Sicherheits- und Kriegsstrategie? Die Daten für diesen Artikel stammen aus Berichten über die Gespräche zwischen der PKK und der AKP-Regierung, die von der kurdischen Seite veröffentlicht (aber von türkischer Seite nicht bestritten) wurden, sowie aus öffentlichen Erklärungen der Konflikt- und Verhandlungsparteien (hauptsächlich Führungspersönlichkeiten und Sprecher:innen der AKP).

Dieser Artikel beginnt mit einem kurzen Hintergrund zur „kurdischen Frage“ in der Türkei und einer Charakterisierung des Kampfes der kurdischen Bewegung, einschließlich der PKK. Danach wird der Hintergrund des „Friedensprozesses“ erläutert, der sich auf die Treffen bezieht, die 2008–2011 in Oslo begannen und 2013–15 in İmralı gipfelten. Anschließend wird eine kurze Bewertung des Übergangs von Oslo zu İmralı vorgenommen, die aus Sicht des Prozesses einen Rückschritt darstellt. In den nächsten Abschnitten werden die Treffen weiter erörtert, um zu erklären, warum sie nicht zu einer Einigung über eine politische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei geführt

haben. Für das Scheitern der Parteien, eine Einigung zu erzielen, werden fünf mögliche Erklärungen vorgestellt.

Die erste Erklärung bezieht sich auf „Politik“ in der Türkei. Nach dieser Erklärung hat die AKP – und insbesondere Erdoğan, als er die Kontrolle über die Partei übernahm – mit Öcalan und Qandil gesprochen, um ihre Wählerschaft zu erreichen. Das Ziel war nicht, ein Abkommen auszuhandeln, sondern die PKK zu schwächen. Zu diesem Zweck sprachen sie mit der PKK und boten einige kleinere Reformen an, um die kurdischen Wähler:innen zufriedenzustellen, behielten aber die Einstufung der kurdischen Bewegung als terroristische Organisation bei und versuchten so, die türkischen Wähler:innen zu beschwichtigen. Dieser politische Balanceakt führte jedoch nicht zu Wahlerfolgen. Seit den Kommunalwahlen 2009 verlor die AKP unter den Kurd:innen an Stimmen, während die kurdische Parlamentspartei, die Öcalan ideologisch nahesteht und die Unterstützung derselben Anhängerschaft wie die der PKK genießt, stärker wurde. Sie konnte nicht nur ihre Vertretung im Parlament ausbauen und wurde zur drittstärksten Partei, sondern es gelang ihr auch, die türkischen Wähler:innen anzusprechen und eine starke institutionelle Infrastruktur in der Region aufzubauen, indem sie die Wahlkontrolle über die Gemeinden übernahm und eine parallele Struktur der Selbstverwaltung entwickelte, die oft als „demokratische Autonomie“ bezeichnet wird.

Der zweite Grund für das Scheitern der Gespräche ist geopolitischer Natur und hängt mit der sich verändernden Dynamik im Nahen Osten zusammen. In den frühen 2000er Jahren (Akkaya und Jongerden 2012) hatte die PKK begonnen, sich in eine Netzwerk-Bewegung umzuorganisieren, was unter anderem zur Gründung verschiedener Einheiten (Parteien) für jedes Land in der Region führte, in das Kurdistan aufgeteilt war.¹³⁶ Die Par-

¹³⁶ Die Partei für die politische Lösung in Kurdistan (Partiya Çareseriya Demokratik a Kurdistan, PÇDK) wurde 2002 gegründet und konzentrierte sich auf den Kampf in der Region Kurdistan im Irak, gefolgt von der Partei der

teien dieses Netzwerks, welches sich Union der Gemeinschaften in Kurdistan (Koma Civakên Kurdistan, KCK) nennt, gewannen ebenfalls an Bedeutung. In Syrien wurden die PYD und die mit ihr verbundenen militärischen Einheiten, die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (*Yekîneyên Parastina Gel* und *Jin*, YPG/YPJ), zu Schlüsselakteuren, insbesondere nach ihrer Allianz mit den USA im Krieg gegen den Islamischen Staat, damals bekannt als Islamischer Staat Irak und Syrien (ISIS). Im Irak gewann die PKK an Ansehen, als sie die fliehende Bevölkerung von Şengal schützte, die dem Islamischen Staat ausgeliefert war, nachdem die in der Region regierende Kurdische Demokratische Partei (KDP) ihre Peschmerga abgezogen hatte. Parallel und zeitgleich mit der (Wahl-)Mobilisierung und Institutionalisierung der kurdischen Bewegung in der Türkei nahm der Einfluss der KCK sowohl im Irak als auch in Syrien zu. Die wachsende Stärke der KCK-Bewegung brachte die AKP von Erdoğan und die KDP von Masoud Barzani, die beide auf der Verliererseite standen, in die Umlaufbahn des jeweils anderen, während die Türkei in Syrien begann, dschihadistischen Gruppen die Hand zu reichen. Alle drei – die AKP, die KDP und die Dschihadisten – betrachteten die PKK als Bedrohung.

Der dritte Grund ist ideologischer Natur. Die kurdische Bewegung als Ganzes, einschließlich der PKK, strebte eine Demokratisierung der Türkei an, um eine dauerhafte Lösung der kurdischen Frage zu erreichen. Durch die Förderung einer plu-

Demokratischen Union (*Partiya Yekîtiya Demokrat*, PYD) im Jahr 2003, die sich auf den Kampf in Syrien konzentrierte, und der Partei des Freien Lebens Kurdistans (*Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê*, PJAK) im Jahr 2004, die auf den Kampf im Iran ausgerichtet war. Bereits 1999 wurde eine Frauenpartei gegründet, die 2004 in Frauenbefreiungspartei Kurdistans (*Partiya Azadiya Jin a Kurdistan*, PAJK) umbenannt wurde. Die PÇDK wurde 2014 aufgelöst und die politische Partei durch eine im Oktober 2014 gegründete gesellschaftliche Organisation, die Bewegung der Freien Gesellschaft Kurdistans (*Tevgerî Azadî Komelgey Kurdistanê*), ersetzt. Siehe: Jongerden, J. und A. H. Akkaya: *People Beyond the State: Kurdish Movements and Self-Determination in the 20th and 21st centuries*, in H. Bozarslan, C. Gunes und V. Yadirg (Hrsg.): *The Cambridge History of the Kurds*, Cambridge 2021.

realistischen Definition von Gesellschaft und Politik wollte die kurdische Seite einen Raum für eine politische Lösung eröffnen. Die AKP hingegen schwankte hin und her zwischen der Charakterisierung der kurdischen Frage als einerseits nicht existent und andererseits als existenzielle Bedrohung und „Terrorismus“, die eine sicherheitspolitische (militärische) Lösung in Form eines „Sieges“ verlangte.

Die vierte Erklärung bezieht sich auf mangelnde Institutionalisierung. Die Verhandlungen zwischen der PKK und dem Staat fanden unter der Autorität von Erdoğan statt. Dabei hat die AKP-Regierung das Parlament an den Rand gedrängt und die Vermittlung und Beobachtung durch Dritte ausgeschaltet, sodass der Prozess von persönlichen Präferenzen auf der Grundlage der Agenda einer Seite abhängig war.

Die fünfte Erklärung bezieht sich auf Instrumentalisierung (Öcalan 2015: 375) und „Mission Creep“. „Insbesondere die zweijährigen staatlich überwachten Treffen zwischen Öcalan und der BDP/HDP in İmralı erbrachten eine Fülle von Informationen, sowohl auf operativer als auch auf strategischer Ebene, die für die Vorbereitung und Durchführung von Aufstandsbe-kämpfungsoptionen und die Zerschlagung der Organisation der kurdischen Bewegung nützlich waren, unabhängig von der Frage, ob dies von Beginn der Treffen an beabsichtigt war oder eine vom Staat erkannte und genutzte Gelegenheit.

Das Problem und seine Hintergründe

Die kurdische Frage entstand im Zuge des Übergangs vom Reich zum Nationalstaat, in diesem Fall von der osmanischen Herrschaft zur Bildung von Nationalstaaten auf dem Balkan, in Anatolien und im nördlichen Nahen Osten/Westasien. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Kurd:innen in vier dieser neu gegründeten Staaten (Türkei, Iran, Irak und Syrien) aufgeteilt.

Diese Staaten zeichneten sich durch das Bestreben aus, soziokulturelle Unterschiede im Namen der Nation zu unterdrücken, da sie glaubten, ihren Bevölkerungen durch eine Zentralisierung der Verwaltung und durch die Anwendung von Gewalt eine einheitliche kulturelle Identität aufzwingen zu können. In der 1923 gegründeten Türkei musste sich eine Vielzahl von Völkern als eine Bevölkerung definieren, die bestimmte „nationale“ Merkmale aufweist. Um als Staatsbürger zu gelten, musste man sich als Türke qualifizieren (Barkey und Fuller 1998). Bei der Schaffung der modernen Türkei wurden Kurd:innen strukturell als nicht existent definiert und homogen als entartete Türk:innen charakterisiert, die ihre wahre Identität wiederfinden mussten, und als existenzielle Bedrohung für die türkische Nation und ihre singuläre Identität behandelt.

Diese Verleugnung von Identität und Existenz und das Gefühl der existenziellen Bedrohung führten zu dem, was heute in der Türkei als „die kurdische Frage“ (*Kürt sorunu*) bzw. „Frage“ bezeichnet wird. Aus kurdischer Sicht war und ist der Widerstand gegen die Identitätspolitik des türkischen Nationalstaates motiviert durch den Wunsch nach einer eigenen Heimat – einem vereinten Kurdistan – und, insbesondere und in zunehmendem Maße in den letzten zwei Jahrzehnten, nach Öcalans Abkehr vom Nationalstaat (siehe unten), durch eine „Demokratisierung“ oder, besser gesagt, einen Kampf für „das Recht, Rechte zu haben“.

Diese Idee des Rechts auf Rechte lässt sich in zwei Grundprinzipien zusammenfassen. Das erste ist das „Recht, zu einer Art organisierter Gemeinschaft zu gehören“ – ein Gefühl der sozialen Zugehörigkeit. Das zweite ist „das Recht auf Handeln“, wie das Recht, als Bürger:in zu handeln (Arendt 1973: 296–7). Dieser Kampf um das Recht, eine soziale Zugehörigkeit zu beanspruchen und diese durch „staatsbürgerliche Handlungen“ (Isin und Nielsen 2008) aufrechtzuerhalten, ist zum Markenzeichen verschiedener Formen des Widerstands geworden, darun-

ter auch des von der PKK organisierten (Gunes 2012, Jongerden 2019, Jongerden und Akkaya 2021).

Als eine Bewegung, die für das Recht kämpfte, Rechte zu haben, entstand die PKK unter Bedingungen, unter denen es keine erlaubten Wege der echten politischen Meinungsäußerung gab (Bozarslan 2004: 23); ihre Strategie war daher in erster Linie darauf ausgerichtet, politische Räume zu öffnen und die Möglichkeit zu schaffen, politisch zu handeln, unter anderem durch eine politische Verhandlungslösung. Indirekte Kontakte zwischen der PKK und dem türkischen Staat über eine mögliche politische Lösung reichen bis in die frühen 1990er Jahre zurück.

Vermittlungen zwischen der PKK und dem damaligen türkischen Präsidenten führten am 8. März 1993 zur Verkündung eines Waffenstillstands (Çandar 2020). Bei der Verkündung des Waffenstillstands betonte PKK-Vorsitzender Abdullah Öcalan die Notwendigkeit „freien politischen Handelns im Rahmen eines demokratischen Staates“ (Gunter 2011: 94), woran er auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten konsequent festhielt. So bot er 1999 bei einem Prozess vor einem türkischen Gericht zu seiner „Verteidigung“ einen Fahrplan für eine politische Lösung der kurdischen Frage an. Später, bei den Treffen mit HDP-Vermittler:innen, betonte er dasselbe (Öcalan 2011, 2015).

Der Waffenstillstand von 1993 wurde als „historische Chance“ bezeichnet (Gunter 2011), hielt jedoch nicht lange. Es wurden drei Hauptgründe für dieses Scheitern ausgemacht. Erstens interpretierte der türkische Staat den Waffenstillstand der PKK als Zeichen der Schwäche und damit als Gelegenheit, die Bewegung militärisch zu besiegen, und nicht als Chance für eine politische Lösung; die militärische Dominanz wurde einer Verhandlungslösung vorgezogen. Zweitens könnte auch der plötzliche Tod des türkischen Präsidenten Özal, der Kontakten mit der PKK zur Beendigung des gewaltsamen Konflikts offen gegenüberzustehen schien, dazu beigetragen haben, dass diese

Chance vertan wurde.¹³⁷ Drittens führten Provokationen der Armee und die Unnachgiebigkeit von Kommandeuren innerhalb der PKK dazu, dass die PKK im Mai 1993 33 unbewaffnete Soldaten tötete, was den Versuch schließlich beendete (Gunter 2011: 94, Yegen 2011: 74).¹³⁸

Dennoch gab es in den Jahrzehnten nach dem gescheiterten Waffenstillstand regelmäßig Kontakte zwischen der PKK und dem Staat. Diese wurden jedoch geheim gehalten, da man davon ausging, dass keine türkischen Politiker:innen sich auf direkte Verhandlungen einlassen könnten, ohne seine/ihre politische Karriere zu gefährden (Tezcür 2010: 786). Vor diesem Hintergrund war die öffentliche Ankündigung von Recep Tayyip Erdoğan am 28. Dezember 2012, das Treffen mit PKK-Anführer Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel İmrali stattfinden würden, von enormer Bedeutung. Erstens bedeutete dies eine implizite Anerkennung der kurdischen Frage als politische Frage (im Gegensatz zu einer Sicherheitsfrage, die eine militärische Lösung erfordert). Zweitens wurde Öcalan – der in den staatlichen und privaten türkischen Medien routinemäßig verunglimpft wurde – als Gesprächspartner anerkannt, um einen Ausweg aus der Gewalt zu finden (Villellas 2013: 21).

137 Dieser Einschätzung von Özals Absichten stand jedoch ein streng geheimer Brief gegenüber, den er an Ministerpräsident Süleyman Demirel schrieb und in dem er eine Lösung für den PKK-Aufstand vorschlug, die i) die Räumung des Landes, um die PKK zu isolieren und zu immobilisieren, und den Bau von Dämmen, um eine Rückkehr der Bevölkerung zu verhindern, beinhaltete, ii) die Sammlung und Bewertung gesellschaftlicher Informationen (die Gewinnung von Erkenntnissen über die Bevölkerung und die PKK) und iii) eine Umstrukturierung der türkischen Streitkräfte, bei der die Armee mobiler und proaktiver werden sollte (um einen Aufstandsbekämpfungskrieg besser führen zu können). Tatsächlich wurden Özals Vorschläge nach seinem Tod aufgegriffen und umgesetzt, was zu einer neuen Kriegsstrategie der türkischen Streitkräfte führte (Jongerden, J.: *The Settlement Issue in Turkey and the Kurds: An Analysis of Spatial Policies, Modernity and War*, Leiden & Boston 2007).

138 Unnachgiebigkeit der Kommandeure: Sari Baran, Mitbegründer der Splittergruppe PKK-Vijin, stellte sich 1993 in einem Interview gegen die Verhandlungen zwischen der PKK und dem Staat (Interview des Autors, April 1993, Dohuk-Southern Kurdistan).

Die Gespräche und Treffen, die bis 2015 andauerten, wurden und werden allgemein als „Friedensprozess“, „Friedensgespräche“ oder „Friedensverhandlungen“ bezeichnet.¹³⁹ Es ist jedoch wichtig zu bedenken, was hier unter dem Wort „Frieden“ verstanden wird. Wenn man Frieden als ein soziales Projekt betrachtet, das von sozialen Akteuren organisiert wird (Richards 2005), haben mehrere Autor:innen eine Unterscheidung zwischen Frieden als Abwesenheit von Gewalt und Frieden als eine Situation getroffen, in der die Beziehungen zwischen den Menschen durch soziale Gerechtigkeit und Gleichheit gekennzeichnet sind (Aktoprak 2018: 153, Gurses 2018: 116). Frieden als Abwesenheit von Gewalt wird auch als negativer oder schwacher Frieden definiert, während Frieden als Zustand sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit starker oder positiver Frieden ist (Webel und Galtung 2007: 11). Wenn Akteure „Frieden“ im engeren Sinne als Abwesenheit von Gewalt definieren, schließt dies die Möglichkeit aus, Ursachen zu identifizieren, die einem gewaltsamen Konflikt oder Krieg zugrunde liegen (Gurses 2018: 116). Außerdem kann Gewaltlosigkeit auch eine Form der Kriegsführung mit anderen Mitteln sein (Richards 2005). Mit anderen Worten: Waren die Treffen wirklich Teil eines Friedensprozesses oder nur eine geheimdienstlich orientierte Überwachungs- und Aufklärungsmision, die der Staat im Kontext des Krieges durchführte?

Setting und Parteien im „Friedensprozess“

Bei der Erörterung des Prozesses, der zu direkten Kontakten zwischen Vertreter:innen der PKK und dem türkischen Staat führte, ist es schwierig, einen Ausgangspunkt zu bestimmen.

139 Siehe zum Beispiel: Gunter 2013, Villellas 2013, Barkey 2015, Cicek und Coskun 2016, Danforth 2016, Goksel und Mandiraci 2016, Yegen 2016, Ozkahraman 2017, Aktoprak 2018, Dag 2018, Özpek 2018, Toktamis 2018, Gunes 2019, Toktamış 2019, Çandar 2020, Savran 2020.

Verschiedene Autor:innen haben darauf hingewiesen, dass es seit dem Scheitern der ersten Kontakte und des Waffenstillstands im Jahr 1993 Kontakte zwischen den beiden Parteien gab (Kapmaz 2011, Dicle 2017, Çandar 2020). Aber auch die Inhaftierung Öcalans in der Türkei und seine „Zugänglichkeit“ schufen Möglichkeiten für den Staat, und die Kontakte intensivierten sich eindeutig, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Erstens gab es einen impliziten Verhandlungsprozess im Rahmen von Öcalans Rechtsverteidigung. Unterstützt von einer Gruppe von Anwält:innen organisierte Öcalan seine eigene Verteidigung. Seine Verteidigungstexte werden häufig unterteilt in i) die vor türkischen Gerichten eingereichten Texte und ii) die in Europa eingereichten Texte – vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, Frankreich, und vor einem Gericht in Athen (in einem Fall, der seine Ausweisung aus Griechenland betraf). In den ersten Texten argumentiert Öcalan, dass die kurdische Frage durch die Demokratisierung der Republik gelöst werden könnte, und er macht Vorschläge zu diesem Zweck (für Rechtsreformen zur Errichtung einer demokratischen Republik). In der zweiten Gruppe von Verteidigungstexten, die dem EGMR in den Jahren 2001 und 2004 vorgelegt wurden, vertieft Öcalan seine Vorstellung von der demokratischen Republik als pluralistischer und multi-kultureller Konföderation. Dies basiert auf einer Ausarbeitung seiner Kritik am Staat, in der er argumentiert, dass die Befreiung nicht durch den Aufbau eines Staates erreicht werden kann, sondern vielmehr durch Selbstorganisation – was wir als Projekt der demokratischen Autonomie bezeichnen können (Akkaya 2016).

Im Rahmen dieser Verteidigung begannen Politiker:innen in der Türkei und auch der türkische Generalstab, auf Öcalans Erklärungen und Vorschläge zur Lösung der kurdischen Frage zu reagieren. Dies ging so weit, dass Öcalans Äußerungen und die türkischen Reaktionen darauf in den ersten Jahren seiner Inhaftierung zu einem wichtigen Thema in den Medien wurden.

Diese erzählerische Dynamik von Äußerungen und Antworten wird als Periode des „impliziten Verhandelns“ bezeichnet (Gunter 2008: 71–78). Parallel dazu begannen mit der Inhaftierung Öcalans 1999 auch explizite, aber nicht öffentliche Verhandlungen. In İmrali wurde Öcalan von Staatsbeamten – soweit wir wissen, meist MIT-Beamte und Angehörige der Streitkräfte – auf die Möglichkeiten eines Friedens angesprochen, der meist als ein Ende des bewaffneten Kampfes der PKK definiert wurde, aber auch, um zu erfahren, was Öcalan und die PKK unter Begriffen wie „kulturelle Rechte“, dem Konzept der „demokratischen Republik“ und dem Einsatz „internationaler Beobachter:innen“ verstanden – oder, allgemeiner, einer politischen Lösung (Kapmaz 2011: 91, 93, 201, Çandar 2020). Wenn von einem „Friedensprozess“ die Rede ist, beziehen sich die meisten Autor:innen auf die expliziten Verhandlungen oder, genauer gesagt, auf die zwei verschiedenen Gesprächsrunden zwischen der PKK und dem Staat. Dabei handelt es sich um die Osloer und die İmrali-Runden bzw. -Treffen, die zusammen den Zeitraum von September 2008 bis März 2015 abdeckten (Özpek 2018, Toktamış 2019, Savran 2020).

Den beiden Runden waren verschiedene Sondierungen vorausgegangen. Im Jahr 2005 soll der norwegische Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik¹⁴⁰ nach Rücksprache mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan die Bereitschaft der PKK zu einem Dialog mit dem türkischen Staat ausgelotet haben (Çandar 2020: 304). Im selben Jahr wurde auf den Fluren des Europäischen Parlaments, wo die Bürgerkommission der Europäischen Union für die Türkei (EUTCC) ihre zweite Konferenz über die Türkei und die Kurd:innen veranstaltete, eine zweite Initiative ins Leben gerufen. Im Auftrag des KNK wurde Adem Uzun von zwei Teilnehmer:innen kon-

¹⁴⁰ Kjell Magne Bondevik war Ministerpräsident und Vorsitzender der Christlichen Volkspartei (KrF). Im Jahr 2006 gründete er das Oslo Center for Peace and Human Rights.

taktiert, die eine Konfliktlösungsorganisation (KRO) vertraten, die zwischen der PKK und der Türkei vermitteln wollte (Dicle 2017). Cengiz Candar zufolge handelte es sich bei dieser um das in Genf ansässige Henry Dunant Center for Humanitarian Dialogue (Çandar 2020: 138, 171).

Nach Beratungen mit der PKK-Führung in Qandil im Januar 2006 reiste Adem Uzun in Begleitung von zwei ehemaligen kurdischen Abgeordneten, die heute im Exil leben und in der kurdischen Bewegung aktiv sind, Zübeyir Aydar und Remzi Kartal, am 5. Februar nach Genf, um mit der KRO weitere Gespräche zu führen.¹⁴¹ Es folgte ein Besuch der KRO in Qandil im April 2006, wo diese mit Führungskräften der PKK zusammentrafen. Später im Jahr, im September 2006, überbrachte Jalal Talabani, der Vorsitzende der (irakisch-kurdischen) Patriotischen Union Kurdistans (PUK), der den Waffenstillstand von 1993 vermittelt hatte, der Partei der Demokratischen Gesellschaft (Demokratik Toplum Partisi, DTP), der Vorgängerin der BDP, die Nachricht, dass der Vorsitzende des MIT, Emre Taner, um ein Treffen gebeten hatte. Ahmet Türk, der Ko-Vorsitzende der DTP, erklärte sich zu einem Treffen mit Taner bereit. Später im selben Monat traf Taner auch mit dem PKK-Mitglied Sabri Ok zusammen, der von Qandil nach Ankara reiste.

Während die KRO aus Genf seine Vermittlungsbemühungen fortsetzte, fand im November 2007 ein weiteres Treffen in Zaventem, Brüssel, statt (Dicle 2017). Dieses Treffen wurde angeblich von den ehemaligen norwegischen Premierministern Thorbjørn Jagland und Kjell Magne Bondevik vermittelt (Çandar 2020: 163), wobei Letzterer nun dem Osloer Zentrum für Frieden und Menschenrechte vorsteht, das er im Jahr zuvor gegründet hatte. Im Crown Plaza Hotel in Zaventem nahmen Sabri Ok, Adem Uzun und Zübeyir Aydar von der kurdischen Seite teil, während

141 Aydar und Kartal waren nach Europa geflohen, um einer strafrechtlichen Verfolgung wegen ihrer parlamentarischen Arbeit zu entgehen; Aydar war ein führendes Mitglied von KONGRA-GEL, dem legislativen Organ des KNK.

die türkische Seite durch Emre Taner, Afet Güneş (vom MIT) und eine nicht identifizierte Person namens „Yilmaz“ vertreten war. Ein Jahr später, am 3. Juli 2008, fand erneut ein Treffen in Genf statt, das von der dortigen KRO vermittelt wurde. Bei diesem Treffen trafen Remzi Kartal und Zübeyir Aydar mit Emre Taner und Afet Güneş zusammen (Dicle 2017). Kurzum, den Gesprächsrunden zwischen der PKK und dem Staat in Oslo gingen eine Reihe von Treffen in Brüssel, Genf, Ankara und Qandil voraus, die von mindestens zwei verschiedenen KRO mit Büros in Genf und Oslo vermittelt wurden. Während die KRO aus Genf weiterhin als Gesprächspartner fungierte, vermittelte die KRO aus Norwegen die Treffen.

Bei der Osloer Runde handelte es sich um eine Serie von elf Treffen in der norwegischen Hauptstadt zwischen dem 2. September 2008 und dem 7. Juli 2011. Die Zusammensetzung der Delegationen änderte sich. Vonseiten der PKK nahmen die KCK-Exekutivratsmitglieder Mustafa Karasu, Sabri Ok und Sozdar Avesta von „Qandil“ aus an den Treffen teil, während Zübeyir Aydar, Adem Uzun und Remzi Kartal von ihrem Büro in Brüssel aus an (einigen) Treffen teilnahmen. Von türkischer Seite nahmen an (einigen der) Treffen Hakan Fidan (damals stellvertretender Staatssekretär von Premierminister Erdoğan, später Leiter des MIT), Afet Güneş und Muhammet Dervişoğlu (stellvertretende Staatssekretäre des MIT) sowie „Salih“, „Ozan“ und „Serkan“ teil, die auch als MIT-Mitglieder bekannt sind (Dicle 2017). Bei den ersten Treffen wurde die PKK-Delegation von Mustafa Karasu geleitet, während Afet Güneş die Delegation des Staates leitete (Dicle 2017).

Es ist nicht klar, wann die İmrali-Runde der Treffen begann. Das erste Treffen zwischen Öcalan und einer Delegation der BDP (später HDP) fand jedoch am 3. Januar 2013 statt. Das letzte Treffen zwischen Öcalan und türkischen Staatsvertretern fand am 14. März 2015 statt. Insgesamt gab es 25 Treffen in einem Zeitraum von 26 Monaten. Die kurdische Parlaments-

partei (BDP/HDP) war zwar selbst Akteur, fungierte aber auch als Botin und Vermittlerin im Auftrag der AKP. Sie überbrachte Briefe und Botschaften von İmrali (Öcalan) an Ankara (die AKP-Regierung) und Qandil (die PKK-Führung) und nahm schriftliche Botschaften aus Qandil entgegen, die Öcalan über den Staat übergeben wurden. Die kurdischen Abgeordneten, die an den meisten dieser Treffen teilnahmen, waren Sırrı Süreyya Önder, der HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş, Pervin Buldan und İdris Baluken, während Ceylan Bağrıyanık und Altan Tan nur an einigen wenigen Treffen teilnahmen. Es ist nicht klar, mit welchen Vertreter:innen des Staates Öcalan sich getroffen hat und wann genau, aber aus den Protokollen geht hervor, dass er sich 2014 mehrmals mit Hakan Fidan getroffen hat.

Der Rahmen der Osloer und der İmrali-Runde war sehr unterschiedlich.

Erstens fanden die Treffen in Oslo auf neutralem Boden statt, während die Treffen in İmrali in dem Gefängnis stattfanden, in dem Öcalan gefangen gehalten wurde. Was den Ablauf betrifft, so wurden die Treffen in Oslo von einer dritten Partei beaufsichtigt. Die Interaktionen in İmrali wurden von einem Gefängnisbeamten überwacht und fanden somit unter der Kontrolle des Staates statt, der selbst eine Konfliktpartei ist.

Zweitens war der zeitliche Abstand zwischen den Treffen in Oslo länger als in İmrali – in Oslo gab es in der Regel mehrere Monate, in İmrali dagegen nur Wochen.¹⁴² Allerdings erstreckten sich die Treffen in Oslo über zwei bis vier Tage, während die Treffen in İmrali an einem einzigen Tag und den Berichten zufolge immer unter großem Zeitdruck stattfanden. Themen, die auf der Tagesordnung von Öcalan und der kurdischen Delegation standen, wurden übersprungen oder nur kurz gestreift;

142 Bemerkenswerte Ausnahmen waren die kurze Zeitspanne zwischen den Treffen Oslo 4 (1.–3. September 2009) und Oslo 5 (13.–14. September 2009) und die fast fünf Monate zwischen den Treffen 21 (15. August 2014) und 22 (9. Januar 2015) in İmrali.

Gespräche zwischen Öcalan und der Delegation verliefen oft im Eiltempo, zumal die Fähre, die die Delegation zum Treffen auf die Gefängnisinsel brachte, nicht selten einen „Defekt“ hatte und verspätet abfuhr.

Drittens gab es in Oslo einen direkten Kontakt zwischen der PKK und dem Staat, während bei den Gesprächen in İmralli die BDP/HDP, ein am Konflikt beteiligter Akteur, die Rolle des Vermittlers übernahm und die Kommunikation zwischen Öcalan, Qandil und AKP-Vertreter:innen erleichterte. Gelegentlich eröffneten staatliche Vertreter:innen jedoch einen zweiten, direkten Kanal zu Öcalan für unmittelbare Verhandlungen in kritischen Momenten, wie etwa bei der Beendigung des Hungerstreiks von Tausenden von Gefangenen im November 2012.

Viertens: Was den Informationsfluss betrifft, so tauschten die Parteien in Oslo ihre Ansichten direkt aus, während im İmralli-Prozess der Informationsfluss und der Austausch von Standpunkten über mehrere Grenzübergänge erfolgen musste, wobei die BDP/HDP als erste Botin fungierte. Bei mehreren Gelegenheiten wurden schriftliche Botschaften von Qandil nicht an Öcalan weitergegeben, was die Kommunikation zwischen den beiden behinderte.

Von der Roadmap zur (Nicht-)Einigung

Im August 2009, wenige Wochen vor dem ersten Treffen in Oslo, stellte Öcalan einen umfassenden Friedensentwurf fertig, den er „Roadmap“ (*Yol Haritası*) nannte. Darin schlug er eine Demokratisierung der Türkei und eine Lösung der kurdischen Frage vor (Öcalan 2011). Obwohl die Behörden das Dokument beschlagnahmten, wurde sein allgemeiner Inhalt in angemessener Ausführlichkeit veröffentlicht. Die Roadmap wurde schließlich im Jahr 2011 veröffentlicht (Öcalan 2011). Diese Roadmap folgte auf die gerichtlichen „Verteidigungen“, in denen

Öcalan für eine Reform des türkischen Staates plädiert hatte, die die Demokratie vom Staat und vom Ethno-Nationalismus entkoppeln sollte (Casieret al. 2009). Dies bezeichnete Öcalan als „demokratische Republik“. Im Gegensatz zur nationalstaatlichen Form der Republik basiert diese nicht auf der Homogenisierung der Menschen zu einer einzigen kulturellen Identität, sondern auf pluralen und offenen kulturellen Identitäten, die gemeinsames Heimatland teilen. Die demokratische Republik wurde als eine Konföderation von Regionen konzipiert, mit einer starken Zivilgesellschaft und Formen der Selbstorganisation der Bürger:innen.

Vor dem Hintergrund seines Vorschlags, die Republik Türkei wieder als demokratische Republik zu etablieren, formulierte Öcalan einen Aktionsplan. In der ersten Phase dieses Aktionsplans würde die PKK eine dauerhafte Periode der „Inaktivität“ oder „Waffenruhe“ erklären. In der zweiten Phase sollte auf Initiative der Regierung und mit Zustimmung des Parlaments eine „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ eingerichtet werden. In dieser Phase würde sich die PKK unter Aufsicht eines internationalen Überwachungsausschusses aus der Türkei zurückziehen, während die Regierung die wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung der PKK inhaftierten und verurteilten Personen freilassen würde. In der dritten Phase sollten Verfassungs- und Rechtsreformen die Grundlage für eine Demokratisierung der Türkei und die politische Integration der PKK bilden, während die PKK endgültig und dauerhaft ihre Waffen niederlegen sollte. Dies blieb der von der kurdischen Seite vorgeschlagene Rahmen während der Gesprächsrunden von Oslo und İmralı. Im Laufe der fast siebenjährigen Gespräche gab es keine Informationen über einen Vorschlag der AKP, der über die Entwaffnung der PKK hinausging.

Die Erwartungen auf kurdischer Seite schwankten zwischen Hoffnung und Misstrauen hin und her. Zeitweise dachten die kurdischen Delegationen, die Türkei spiele auf Zeit und habe

keine ernsthaften Absichten, doch das zehnte Treffen (12./13. Mai 2011) endete mit der Vorstellung, dass eine Einigung über die Aufnahme formeller Verhandlungen erzielt worden sei (Dicle 2017). Diese Überzeugung wurde scharf zurückgewiesen, als Erdoğan in einem Live-Interview am 9. Juni 2011 sagte, dass er, wenn er an der Macht gewesen wäre, als Öcalan 1999 in die Türkei gebracht wurde, die vom Gericht verhängte Todesstrafe hätte vollstrecken lassen.¹⁴³ Einen Monat später, am 14. Juli 2011, wurden 13 türkische Soldaten bei einer Konfrontation der türkischen Armee mit der PKK getötet. Beide Parteien beschuldigten sich gegenseitig, die Konfrontation provoziert zu haben, und die Gewalt eskalierte. Nach einem Jahr intensiver Kämpfe, die auf beiden Seiten eine hohe Zahl von Todesopfern forderten, wurden die Gespräche in İmralı wieder aufgenommen.

Während der Osloer Gespräche gab es keine staatliche Reaktion auf die Vorschläge der kurdischen Seite. Dieses Schweigen kennzeichnete auch die İmralı-Verhandlungen. Im Frühjahr 2013 kündigte die PKK den Rückzug ihrer Kämpfer:innen aus der Türkei an, in der Erwartung, dass die AKP strukturelle Reformen ankündigen würde. Als die PKK begann, kleine Gruppen von Kämpfer:innen abzuziehen, beobachtete die türkische Armee dies.¹⁴⁴ Die PKK und Qandil sowie die Vermittler:innen der HDP gingen davon aus, dass auf den Rückzug die Freilassung von Gefangenen folgen würde, da dies die ersten Schritte der Roadmap waren. Die Erwartungen wurden jedoch nicht erfüllt, sodass die PKK einen Rückzugsstopp ankündigte, bis der Staat seinen Teil der „Vereinbarung“ umsetzt. Das in den Prozess gesetzte Vertrauen war verloren, und Ministerpräsident Erdoğan

143 www.aljazeera.com/news/2011/6/10/erdogan-kurdish-leader-should-have-hung

144 Erdoğan behauptete, der Rückzug sei nicht ernsthaft, aber die Militärs und Geheimdienste, die den Rückzug überwachten, stellten fest, dass zwischen Mai und August 65 Gruppen oder Einheiten von 14 bis 16 Mann – also insgesamt etwa 1 000 Kämpfer:innen – die Grenze aus der Türkei in den Irak überquert hatten; sie kamen zu dem Schluss, dass der Rückzug unvollständig, aber ernsthaft war.

und die AKP-Regierung unternahmen keine Anstrengungen, es wiederherzustellen; im Gegenteil, Erdoğan betonte, dass er die PKK für eine Lösung der kurdischen Frage nicht brauche.

Erdoğan's AKP war bereits dafür bekannt, dass sie die Demokratie transaktional einsetzte – sie nutzte Wahlen, um ihre Macht zu sichern, ohne die Demokratie als Selbstzweck zu betrachten –, und war aus einer nationalistischen Form des islamischen Konservatismus, der *Millî Görüş*-Bewegung, hervorgegangen. Dennoch war es ihr auch gelungen, die Unterstützung von Kurd:innen und Liberalen zu gewinnen, da sie eine Alternative zum alten kemalistischen Etatismus bot, der auf der autoritären Macht der Armee beruhte. Im Vertrauen auf einen Wahlerfolg bei den kurdischen Wähler:innen rechnete Erdoğan nun damit, dass er die PKK ins Abseits drängen könnte, was der türkischen Rechten und dem Kern der AKP zugutekäme. Mit Blick auf die PKK erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Mehmet Ali Şahin: „Wir haben in der Vergangenheit nicht mit ihnen verhandelt, verhandeln heute nicht mit ihnen und werden auch in Zukunft nicht mit ihnen verhandeln.“

Die AKP nahm zu einem Zeitpunkt eine konfrontative Haltung ein, als die PKK ernsthaft einen Friedensprozess anstrebte. AKP-Sprecher Hüseyin Çelik forderte die PKK geradezu auf, zum bewaffneten Kampf zurückzukehren. „Wenn die PKK will, soll sie zu den Waffen greifen, wenn sie will, soll sie wieder Menschen töten, wenn sie will, soll sie massakrieren“, erklärte er und fügte hinzu, dass die AKP „die PKK nie als Vertreterin des Volkes gesehen“ habe (Jongerden 2014). Während die PKK damit begonnen hatte, ihre Kämpfer:innen aus der Türkei in Stützpunkte im Nordirak abzuziehen, setzte die AKP den Bau neuer Polizeistationen und Sicherheitsdämme fort und stellte neue Paramilitärs in der Region ein. Auch die Intensität der Militäroperationen sowohl der PKK als auch der türkischen Streitkräfte hatte während des Zeitraums der Gespräche generell abgenommen; in der Zeit zwischen dem Ende der Oslo-Runde

und dem Beginn der İmrâli-Runde hatten die türkischen Militärsaktivitäten jedoch ihren Höhepunkt erreicht, und während der Oslo- und der İmrâli-Runde wurden zwei Mordanschläge auf führende PKK-Anführer verübt.¹⁴⁵

Die Gespräche fielen auch mit massiven Verhaftungen zusammen. Unter dem Deckmantel der Operationen gegen die KCK begann die erste Verhaftungswelle im April 2009, einen Monat nach dem großen Erfolg der DTP bei den Kommunalwahlen, als sich die kurdische Wählerschaft von der Unterstützung der AKP abwandte, nachdem die Regierung im Jahr zuvor militärische Angriffe auf PKK-Ziele unterstützt hatte (Casier et al. 2013).¹⁴⁶ Im Dezember 2009 wurde die prokurdische DTP vom Verfassungsgericht aufgelöst. Bis Ende 2012 wurden rund 8 000 BDP-Mitglieder, Funktionäre und gewählte Vertreter:innen verhaftet, darunter Ko-Vorsitzende, Abgeordnete, Provinzräte und Bürgermeister:innen (Ercan 2013). Diese KCK-Operationen wurden auch in den folgenden Jahren fortgesetzt.

Obwohl gezielte und versuchte Tötungen von Mitgliedern der PKK-Führung und ein massives Vorgehen gegen die kurdische Parlaments (und Kommunal-)Partei die Begleiterscheinung

145 Nach dem ersten Treffen in Oslo (am 3.–4. September 2008) hielt die KRP ein Treffen in Qandil (am 5. Dezember) mit den hochrangigen PKK-Vertreter:innen Murat Karayılan, Mustafa Karasu, Sozdar Avesta und Bozan Tekin ab; Minuten nach dem Ende dieses Treffens und der Abreise der KRO-Mitglieder wurde der Ort in einem Präzisionsangriff von türkischen F16 bombardiert; die PKK-Anführer hatten den Ort ebenfalls bereits verlassen, aber mehrere Guerilleros waren noch vor Ort und wurden getötet (Dicle 2017). Am 9. Januar 2013, kurz nach Beginn der Treffen in İmrâli, wurden in Paris drei PKK-Mitglieder durch eine Hinrichtung getötet, darunter Sakine Cansız, ein Gründungsmitglied der PKK.

146 Bei den nationalen Wahlen 2007 gewann die DTP 21 Sitze im Parlament; 2009 konnte sie im Vergleich zu den vorangegangenen Kommunalwahlen im Jahr 2004 einen relativen Zuwachs von über 60 Prozent bei den Bürgermeisterämtern (in Städten und Bezirken) verzeichnen und ihre Stimmzahl in mehreren Provinzen fast verdoppeln; die Großstadt Diyarbakır, die von Erdoğan öffentlich ins Visier genommen wurde, blieb eindeutig bei der DTP. Siehe Casier, M., J. Jongerden und N. Walker: „Fruitless Attempts? The Kurdish Initiative and Containment of the Kurdish Movement in Turkey“, in: *New Perspectives on Turkey*, 44, 2011.

nungen des „Friedensprozesses“ waren, blieben Öcalan und die HDP-Delegation Anfang 2015 optimistisch. Neben anderen mildernden Erwägungen mussten die Absichten der AKP von den Interventionen der Armee- und Polizeikräfte unterschieden werden, die jegliche Friedensbemühungen nicht unterstützten und durchaus gewillt waren, den Erfolg der Regierung zu sabotieren, so die Argumentation, wobei Äußerungen von AKP-Vertretern als politisch motiviert und nicht unbedingt als Absichtserklärungen eingestuft wurden (siehe unten). Es wurden Vorbereitungen für weitere Verhandlungen getroffen, und der Untersekretär für öffentliche Ordnung (Kamu Düzeni), eine dem Innenministerium unterstellte lokale Geheimdienstorganisation, nahm nun ebenfalls an den Treffen teil. Am 28. Februar gaben der stellvertretende Ministerpräsident Yalcın Akdoğan, Innenminister Efkan Ala und die HDP-Abgeordneten Sırrı Süreyya Önder, Idris Baluken und Pervin Buldan bekannt, dass sie sich auf einen Fahrplan für den Frieden geeinigt hätten.

Das Dolmabahçe-Abkommen sollte aus zehn Punkten bestehen, die sich hauptsächlich um die Idee einer demokratischen Republik und eines gemeinsamen Heimatlandes für eine plurale Bürgerschaft drehten – und damit weitgehend Öcalans ursprünglichem Fahrplan (2008) folgten. Auf die Bekanntgabe des Durchbruchs folgten ermutigende Erklärungen – unter anderem von Ahmet Davutoğlu, dem damaligen Ministerpräsidenten, der erklärte, die Verhandlungen seien in eine neue Phase eingetreten, und von Öcalan in seiner Newroz-Erklärung, in der er die PKK aufforderte, die Waffen niederzulegen. Am Tag nach Newroz erklärte Erdoğan jedoch, dass er das Treffen in Dolmabahçe nicht gutheiße (Cicek und Coskun 2016). Vier Monate später, im Juli 2015, lehnte Erdoğan das Abkommen kategorisch ab: „Ich erkenne die Formulierung ‚Dolmabahçe-Abkommen‘ nicht an. (...) Es kann kein Abkommen mit einer politischen Partei geben, die von einer terroristischen Organisation unterstützt wird“ (Kose 2017: 156).

Gründe für das (Nicht-)Abkommen

Die wichtigsten Faktoren, die erklären, warum der vermeintliche Friedensprozess keinen Frieden gebracht hat, lassen sich wie folgt aufzählen: i) die politischen Entwicklungen in der Türkei, insbesondere der Wahlerfolg der HDP und der Rückgang der kurdischen Wählerunterstützung für die AKP, was die AKP dazu veranlasste, ihre Bündnisse mit Verhandlungsgegnern zu stärken; ii) die veränderte geopolitische Lage in Syrien und im Irak, wo der Einfluss der PKK zugenommen hatte, was aber auch die Möglichkeit eröffnete, dass die Türkei unter der AKP mit Stellvertreterkräften im Krieg gegen die PKK zusammenarbeitete; iii) die instrumentell-ideologische Herangehensweise der AKP an den „Friedensprozess“ als Mittel zu ihrer eigenen Macht, in Kombination mit ihrer mangelnden Bereitschaft oder Unfähigkeit, eine politische Lösung mit anderen Begriffen als der freiwilligen Entwaffnung der PKK oder ihrer militärischen Niederlage zu definieren; iv) das Fehlen jeglicher formeller Umrahmung und Institutionalisierung des Prozesses, einschließlich des Verzichts auf die Vermittlung durch Dritte; und v) Mission Creep und die Möglichkeit, geheimdienstliche Informationen über die kurdische Bewegung zu sammeln. Diese Punkte werden in den folgenden Abschnitten kurz erläutert.

Opportunismus und Widerstand

Liest man die Protokolle der Treffen zwischen Abdullah Öcalan und der BDP/HDP-Delegation, so strahlt die Atmosphäre ein Selbstvertrauen in ihre Fähigkeit aus, den Raum zu schaffen, der für die Aushandlung einer politischen Lösung der kurdischen Frage notwendig war. Sie glaubten an ihre eigene Stärke und daran, dass die AKP gar nicht anders konnte, als eine politische Lösung auszuhandeln, da sie keine Alternative hatte. Gleichzeitig

wurde aber auch ein Misstrauen gegenüber ihrem Gegenüber, der AKP, geäußert. Öcalan warnte zwar vor naivem Optimismus und war sich bewusst, dass die AKP die Verhandlungen nutzen könnte, um bei den kurdischen Wähler:innen stärker Fuß zu fassen. Er war sich auch darüber im Klaren, dass der gesamte Prozess ein Täuschungsmanöver sein könnte und dass die kurdische Seite mit dem Ziel der Vernichtung der Bewegung im weiteren Sinne getäuscht werden könnte.

Abgesehen von diesem Verdacht hinsichtlich der Motivation der AKP verwies Öcalan auf den Widerstand gegen eine politische Verhandlungslösung innerhalb des Staates. Aus den Sitzungsprotokollen geht hervor, dass Öcalan bewusst und ständig zwischen der AKP und dem Staat unterschied (Öcalan 2015, Toktamış 2019: 292). Den Widerstand gegen die Gespräche führte er sowohl auf kemalistische Nationalisten als auch auf die Gülen-Bewegung¹⁴⁷ zurück (Öcalan 2015). Bereits 2010 bezeichnete Öcalan die Gülen-Bewegung als eine bedeutende politische Kraft und einen „Parallelstaat“. Er war davon überzeugt, dass sie versuchte, den Friedensprozess zu sabotieren, um die PKK gewaltsam zu beseitigen (Toktamış 2019: 293–294). Bei einem der Treffen in İmralı (14. Oktober 2013) unterschied Öcalan in ähnlicher Weise zwischen drei verschiedenen Machtblöcken und Motivationen, nämlich der AKP-Regierung und ihrem opportunistischen Ansatz, der KCK mit ihrem demokratischen Ansatz (die beide für eine friedliche Lösung offen waren) und dem Parallelstaat, bestehend aus der Gülen-Bewegung und kemalistischen Nationalisten (die gegen die Verhandlungen wa-

147 Die Gülen-Bewegung, angeführt vom selbst ernannten Geistlichen Fethullah Gülen, hatte die gebildeten Kader geliefert, die an Machtpositionen innerhalb des Staates – vor allem bei der Polizei und in der Justiz – gelangten und es der AKP ermöglichten, ihre Macht in der Regierung gegen die Säkularisten auszubauen. Die Bewegung lehnte jedoch die Möglichkeit von Friedensgesprächen strikt ab, und die ehemaligen Partner wurden zu Feinden des jeweils anderen. Die Gülen-Bewegung versuchte angeblich, Erdoğan von der Macht zu verdrängen, einmal im Jahr 2013 mit einer Korruptionsuntersuchung und im Jahr 2016 mit einem gescheiterten Putschversuch.

ren) (Öcalan 2015: 157). Öcalan räumte der AKP den Vorteil des Zweifels ein, war aber überzeugt, dass der Parallelstaat „neutralisiert“ werden müsse, damit der „Lösungsprozess“ erfolgreich ist (Toktamış 2018: 711).

Das erste öffentliche Auftreten dieses Widerstands aus dem Inneren des Staates erfolgte im Juni 2011, als Tonaufnahmen der Osloer Treffen an die Medien gelangten (Toktamış 2019: 289). Es handelte sich um Aufnahmen eines Treffens zwischen Hakan Fidan und Afet Güneş von türkischer Seite sowie Mustafa Karasu, Sabri Ok und Zübeyir Aydar von kurdischer Seite. Der Leak wurde der Gülen-Bewegung zugeschrieben. Öcalan war überzeugt, dass die Gülen-Bewegung und die kemalistischen Nationalisten die PKK gewaltsam beseitigen wollten und damit die Verhandlungen zum Scheitern brachten (Toktamış 2019: 294). Diese Vorstellung wurde von Hakan Fidan genährt, der dem Parallelstaat ein Massaker an kurdischen Zivilist:innen im Jahr 2011 (zur Zeit der Osloer Runden) und die Ermordung der PKK-Mitbegründerin Sakine Cansız in Paris (zur Zeit der İmrali-Treffen) zuschrieb. Öcalan und Qandil waren davon nicht überzeugt und blieben misstrauisch über die Rolle der AKP bei diesen Ereignissen. Wie Öcalan bei einem Treffen mit der HDP-Delegation am 8. Februar 2014 bemerkte, war die kurdische Bewegung jedoch nicht in der Lage, innerhalb des MIT eine Untersuchung einzuleiten, um herauszufinden, wer für was verantwortlich war. Stattdessen musste sich der PKK-Vorsitzende damit begnügen, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass die AKP ein doppeltes Spiel treibt, und alle zur Vorsicht mahnen (Öcalan 2015: 157: 231, Toktamış 2019: 295–6).

Ein Naher Osten im Wandel

Der Nahe Osten sah zu Beginn der Oslo-Runde ganz anders aus als am Ende des İmrali-Prozesses. Einige nennen dies sogar als

Hauptgrund für das Scheitern: „Der Friedensprozess scheiterte an den kontextuellen und strukturellen Veränderungen nach dem Krieg in Syrien und im Irak, die der kurdischen PKK-Bewegung plötzlich, schnell und in großem Umfang Auftrieb gaben“ (Savran 2020).

In der Region Kurdistan im Irak sah sich Barzani mit zunehmenden Herausforderungen für seine politische Legitimität konfrontiert. In den 2010er Jahren kam es in der Region Kurdistan im Irak immer wieder zu Protesten gegen Arbeitslosigkeit und Korruption. Der Rückzug der KDP aus Sinjar im Jahr 2014 ließ die Region und ihre Bevölkerung schutzlos gegen ISIS zurück, was zu einem Völkermord an der êzîdischen Bevölkerung führte, der heute als solcher anerkannt ist. Es war jedoch die PKK, die einschritt, um diejenigen zu retten, die versuchten, der genozidalen Gewalt des IS zu entkommen (Barkey 2015: 6). Barzanis verfassungswidrige Verlängerung seiner Präsidentschaft und die Suspendierung des Parlaments im Jahr 2015 hatten seinen Ruf weiter beschädigt, während das 2017 einberufene Unabhängigkeitsreferendum, ein kühner Versuch, Bagdad unter Druck zu setzen und die Kontrolle über die Region Kurdistan zu stärken, mit politischer Isolation, Gebietsverlusten und einer weiteren Verschärfung der ohnehin schon schlimmen Finanz- und Wirtschaftskrise in der Region nach hinten losging (Barkey 2015: 6, Park et al. 2017).

Barzani sah seine Position untergraben, und aus den Protokollen der Treffen in İmralı geht hervor, dass die KDP besorgt war, dass die PKK an Boden gewinnen und Qandil zu einem politischen Zentrum werden könnte (Öcalan 2015: 179, 196). In Syrien, Rojava, führte die zur KCK gehörende YPG/PYD einen erbitterten Kampf gegen den IS. Dies verschaffte der YPG/PYD internationale Legitimität und führte zur Entstehung und Vertiefung eines taktischen Bündnisses mit den USA. Die AKP war nicht bereit, eine weitere kurdische Einheit an ihrer Grenze zu akzeptieren, schon gar nicht eine mit Verbindungen zur PKK.

Ein erfolgreicher Friedensprozess in der Türkei, der die PKK einschließt, würde die „Öcalan-Linie“ in der Region weiter stärken, was sowohl die AKP als auch die KDP fürchteten. Die AKP und die KDP fanden ineinander einen kritischen Akteur gegen die PKK (Barkey 2015: 5–6, Ozkahraman 2017). Gleichzeitig entstanden als Folge des Krieges neue Milizen in Syrien, die sich derselben Ideologie der Muslimbruderschaft verschrieben hatten wie die AKP. Diese Milizen betrachteten die säkulare und feministische kurdische Bewegung in Syrien als einen Hauptfeind. In der Türkei fanden sie einen großzügigen Gönner, für den sie bereit waren, gegen die Kurd:innen zu kämpfen. Während also Barzani Fehde mit der Zentralregierung in Bagdad und seine Feindseligkeit gegenüber der PKK ihn näher an die Türkei heranführte, wurden die dschihadistischen Gruppen in Syrien zu einem neuen Partner und Stellvertreter der AKP. Damit wurde eine militärische Alternative für politische Verhandlungen mit der PKK geschaffen.

Eine Türkei im Wandel

Während die BDP/HDP während des İmrali-Prozesses eine vermittelnde Rolle gespielt und sich mit der PKK in Qandil getroffen hatte, stellte Erdoğan die Partei nun als verlängerten Arm einer terroristischen Organisation in der politischen Landschaft der Türkei dar. Nachdem die AKP bei den Wahlen 2009 im kurdischen Südosten an Boden verloren hatte, versuchte Erdoğan anschließend, dort Wählerstimmen zu gewinnen, zunächst durch eine „kurdische Öffnung“ (*Kurt Açılımı*), die jedoch scheiterte.¹⁴⁸ Dann versuchte er, seine Partei als die Partei des Dienstes und des Friedens darzustellen, während er die

148 Die kurdische Öffnung der AKP wurde 2009 nach dem Erfolg der DTP bei den Kommunalwahlen angekündigt und schien ein Ad-hoc-Prozess der Politikgestaltung zu sein, wurde aber schnell zu einem Projekt der nationalen Einheit verwässert, als die AKP zur alten Rhetorik zurückkehrte (Casier et al. 2011).

kurdische Parlamentspartei als Partei der Identitätspolitik und die PKK als Partei der Gewalt gleichsetzte (Gunter 2013, Co-rut 2015). Letztendlich verbündete sich Erdoğan mit Barzani, der im November 2013 zu einer politischen Kundgebung in Diyarbakir kam. Auf der Kundgebung stellte Barzani Erdoğan als Friedensstifter dar und rief die Kurd:innen auf, ihn zu unterstützen. Erdoğan mag gedacht haben, dass der für einen Verhandlungsfrieden mit der PKK notwendige Strukturwandel vermieden und seine Machtbasis durch einen Wahlerfolg gestärkt werden könnte (Savran 2020: 785).

In den Monaten vor den Wahlen im Juni 2015 hatte Erdoğan an die Wähler:innen appelliert, ihm 400 Abgeordnete „als Bedingung für die Fortsetzung des ‚Friedensprozesses‘“ zu geben (Özpek 2018: 53). Der einzige Weg zum Frieden sei eine starke AKP mit einem starken Führer, der in der Lage sei, weitreichende Staatsgewalt auszuüben – mit anderen Worten: durch das von ihm angestrebte Präsidialsystem. Die HDP errang jedoch einen historischen Erfolg, indem sie die 10-Prozent-Hürde der landesweiten Stimmen überschritt und als dritte Partei ins Parlament einzog und damit die eigentliche Siegerin der Wahlen vom Juni 2015 wurde. Infolge des HDP-Erfolgs verlor die AKP zum ersten Mal seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2002 ihre Mehrheit im Parlament (Goksel und Mandiraci 2016: 63, Can 2021: 4). Angesichts von Barzanis bedingungsloser Unterstützung für Erdoğan ist anzumerken, dass die Wahlen im Juni 2015 auch „einen verminderten Einfluss der KRG auf die Kurd:innen in der Türkei demonstrierten“ (Barkey 2015: 6).

Da die HDP nun eine Schlüsselposition im Parlament innehatte, war sie zu einem Hindernis für Erdoğan's Bestrebungen geworden und ein härterer Kampf gegen sie könnte seine Siegchancen erhöhen (Can 2021: 2). Da die AKP nach den Wahlen im Juni 2015 nicht mehr in der Lage war, eine Ein-Parteien-Regierung zu bilden und ihre Dominanz weiter auszubauen, und sich weigerte, eine Oppositionskoalition zuzulassen, formulierte

sie eine taktische und eine strategische Antwort. Die taktische Antwort war die Organisation von vorgezogenen Neuwahlen in einer Atmosphäre der Angst – ein Wahlputsch – um die HDP politisch zu neutralisieren und ihre Mehrheit wiederzuerlangen. Obwohl die HDP bei den Wahlen im November erneut die Hürde überschritt, konnte die AKP eine Mehrheit erzwingen und die Regierung wieder übernehmen. Strategisch gesehen hat die AKP als direkte Reaktion auf den politischen Erfolg der kurdischen Bewegung die kurdische Frage wieder zu einer Sicherheitsfrage gemacht und ist gleichzeitig ein Bündnis mit den Ultranationalisten der Partei der Nationalen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) und dem kemalistischen Militär eingegangen, von dem Erdoğan zunehmend abhängig werden würde. So führten „divergierende Interessen nach den Wahlen vom 7. Juni 2015 zum Zusammenbruch des Prozesses“ (Özpek 2018: 33), und – ganz entscheidend – die HDP-Politiker:innen wurden „zu Terroristen erklärt“ (Can 2021: 4).

Es folgte eine weitere Runde von Massenverhaftungen. Seit 2015 wurden mehr als 10 000 HDP-Mitglieder verhaftet, um die Demokratie zu beseitigen und die lokal gewählte Regierung abzusetzen. HDP-Bürgermeister:innen wurden ihres Amtes enthoben und durch Treuhänder ersetzt, und beim Verfassungsgericht wurde ein Antrag auf Auflösung der HDP gestellt, wodurch eine weitere Generation von Politiker:innen mit einem weiteren Verbot belegt wurde (Jongerden 2019, Christofis 2020, Can 2021).

Fehlende Institutionalisierung und politische Reformen

Das schnelle Scheitern des Prozesses wurde durch das Fehlen einer Institutionalisierung begünstigt. Dies ist ein wiederkehrendes Thema bei den Treffen der HDP-Delegation mit Öcalan. Bei

dem Treffen am 18. März 2013 besteht Öcalan auf der Bedeutung einer Rechtsgrundlage für die getroffenen Vereinbarungen, darunter auch die Vereinbarungen über den Rückzug der Guerilla aus der Türkei. Öcalan verweist auf das, was er als Rechtsvakuum (kanuni boşluk) bezeichnet, und auf die Gefahr, dass es sowohl Möglichkeiten für diejenigen schafft, die sich einer politischen Lösung widersetzen, als auch das Risiko birgt, dass die HDP-Boten und Vermittler:innen des „Verrats“ angeklagt werden – im Nachhinein eine Voraussicht (Öcalan 2015: 34). Die fehlende Institutionalisierung kam auch in einer Erklärung des (damaligen) Regierungssprechers Bülent Arınç am 2. April 2013 deutlich zum Ausdruck, in der er lapidar erklärte, die Gespräche mit der PKK würden unter der Autorität der Regierung, ergo Erdogans, geführt und das Parlament habe keine Rolle zu spielen. Der Prozess der Interaktion mit Öcalan und der PKK und die Instrumentalisierung der HDP als Bote fanden nach dem Willen der Exekutive des Staates statt, ohne irgendeine Form der institutionellen Formalisierung. Ob der Prozess fortgesetzt wurde oder nicht, hing allein von der Agenda des zunehmend autoritären AKP-Chefs Erdoğan ab.

Das abrupte Ende kam nach Jahren halbherziger Reformen – Augenwischerei statt echter Demokratisierung. Die Reformpakete der AKP, wie das lang erwartete „Demokratisierungspaket“ von 2013, gingen nicht auf kurdische Belange ein. Abgesehen von der Aufhebung des Kopftuchverbots in öffentlichen Einrichtungen, einer Reform, die auf die Forderungen der frommen Wählerschaft der AKP eingeht, und der Rückgabe eines Klosters an die assyrische Kirche, erlaubte es den Unterricht in kurdischer Sprache an Privatschulen, die Aufhebung des Verbots der Buchstaben Q, W und X (Teil des kurdischen, aber nicht des türkischen Alphabets) und die „Rückkehr“ von Dörfern zu ihren kurdischen Namen. Das Paket war beunruhigend, da es keinen direkten Bezug auf die Kurd:innen oder die sich zuspitzende kurdische Frage nahm und weder die notwendigen,

umfassenderen Sprach- und Bildungsreformen vorschlug noch Änderungen am türkischen Strafgesetzbuch ansprach, die den Weg für eine Freilassung der Tausenden inhaftierten kurdischen Aktivist:innen und Vertreter:innen geebnet hätten. Darüber hinaus wurde das Paket nicht in die Verhandlungen einbezogen, und trotz der langjährigen Interaktionen zwischen der PKK und dem Staat hat Letzterer nie ein politisches Programm für die Zukunft der Türkei vorgelegt. Dies bestärkte nur den Eindruck, dass ihre bruchstückhaften Vorschläge Teil einer parallelen, transaktionalen Schiene waren, bei der die AKP versuchte, kleinere Reformen gegen Wahlunterstützung einzutauschen, um die PKK ins Abseits zu drängen, anstatt ernsthafte Reformen durchzuführen, die die sich zuspitzende kurdische Frage in der Türkei angehen würden.

Mission Creep

In den Beratungen in İmralı erörterten Öcalan und die BDP/HDP-Delegation nicht nur die allgemeinen Grundsätze, die sie umsetzen wollten, sondern auch die praktische Organisation dieser Grundsätze, wobei sie eine klare Vision für die politische Umsetzung ihrer Ideen vorstellten. So diskutierten sie beispielsweise die Rolle und Funktion des Demokratischen Gesellschaftskongresses (*Demokratik Toplum Kongresi*, DTK), einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die als Parlament einer autonomen Region Kurdistan in der Türkei fungieren sollte, die innerhalb einer neuen Türkei, die aus einer Föderation autonomer Regionen besteht, eingerichtet werden sollte (Öcalan 2015: 288). Die Idee einer Türkei als Konföderation von Regionen muss von Erdoğan mit Bestürzung, um nicht zu sagen mit Verachtung aufgenommen worden sein, strebte er doch ein zentralisiertes Präsidialsystem mit direkter Kontrolle über einen Einheitsstaat an.

Bei den Treffen diskutierten Öcalan und die Delegation auch über die Kandidatur für Parteiposten, die Interventionen von Qandil in die Kandidatenlisten für die Kommunalwahlen 2014 (eine Intervention, die Öcalan empörte), die Institutionalisierung des Friedensprozesses, die Vermittlung und Beobachtung durch Dritte, die Spannungen mit der KDP, die mögliche Verlegung des KNK-Büros nach Erbil in der Kurdistan-Region im Irak, den Rückzug der PKK-Guerillakräfte und viele andere Themen. Die Fülle an Informationen, die der Staat in diesen zwei Jahren gesammelt hat, wäre für die Aufstandsbekämpfung von unschätzbarem Wert gewesen, da sie Einblicke in die Bandbreite der Ziele der kurdischen Bewegung auf allen Ebenen der politischen Planung ermöglicht hätten. Wären die Verhandlungen nicht als verdeckte geheimdienstliche Operation des Staates gedacht gewesen, hätten sie sich aufgrund der Fülle an Informationen, die die Treffen lieferten, durchaus zu einer solchen entwickeln können, als Folge der *Mission Creep*.

Schlussfolgerung

In ihrer Analyse des „Friedensprozesses“ argumentiert Elçin Aktoprak, dass die Treffen zwischen den Parteien zwar für relativ kurze Zeiträume zu einer Abwesenheit von Gewalt geführt haben, jedoch nicht einmal den Übergang zu einem dauerhaften negativen Frieden einleiten konnten, geschweige denn zu einem positiven Frieden (Aktoprak 2018: 153). Ein genauer Blick auf den „Friedensprozess“ des türkischen Staates und der Vertreter:innen der kurdischen Bewegung offenbart eine Reihe von verpassten Chancen. Strukturelle Reformen zur Demokratisierung der Türkei, insbesondere die Ablösung einer ethnischen Definition von Staatsbürgerschaft durch eine offene und pluralistische, verbunden mit einer gestärkten Zivilgesellschaft und lokalen Selbstverwaltung, hätten den Krieg beenden können.

Stattdessen ist er nicht beendet, die grundlegenden Fragen sind nach fast 40 Jahren Konflikt immer noch ungelöst.

Die AKP-Regierung reagierte positiv auf den Vorschlag der PKK, sich zurückzuziehen und zu entwaffnen, entkoppelte dies jedoch von den notwendigen Reformen. Damit verlangte sie nichts weniger als die Kapitulation, was nicht einmal annähernd der Definition eines negativen Friedens (keine Kämpfe) entsprach, geschweige denn der positiven Definition des Aufbaus dauerhafterer Regelungen für eine nachhaltige Zukunft. Während der Gesprächsrunden in Oslo und İmrali bezeichneten Erdoğan und hochrangige AKP-Vertreter die PKK weiterhin als terroristische Organisation, mit der sie keinen Deal machen würden. Die AKP scheint dies mit einem transaktionalen Ansatz zu verbinden, der auf die kurdische Wählerschaft abzielt, wobei der Austausch kleinerer Reformen und Dienstleistungen gegen Wählerstimmen als Mittel eingesetzt wird, um der PKK die Unterstützung der Bevölkerung zu entziehen, auf die sich der Aufstand stützt. Dies bestätigt den Gedanken, dass die Interaktionen mit Öcalan und der PKK ein taktisches Moment in einer Kriegsstrategie waren und nicht Teil eines politischen Prozesses der Reformen und der Gerechtigkeit.

Rückblickend auf die beiden Gesprächsrunden in Oslo und in İmrali ist der letztgenannte Prozess als Rückschritt gegenüber dem ersten zu werten. In Oslo fanden direkte Kontakte zwischen Vertreter:innen der PKK und des Staates statt, die von einer unabhängigen dritten Partei überwacht wurden. In İmrali wurden die direkten Kontakte weitgehend durch einen komplizierten indirekten Austausch ersetzt, bei dem die parlamentarische kurdische Partei Nachrichten zwischen Qandil, dem Staat und Öcalan hin- und herschickte, wobei die Delegationstreffen mit Öcalan im Gefängnis stattfanden, vom Staat unter hohem Zeitdruck überwacht und von einem Gefängnisbeamten kontrolliert wurden, wobei Informationen manchmal zurückgehalten wurden und eine Beobachtung durch Dritte fehlte. Darüber

hinaus hat die Türkei durch die Abschaffung der Vermittlung und der Beobachtung durch Dritte den Gesprächen jegliche formale Institutionalisierung genommen und den „Friedensprozess“ in ein parteipolitisches Instrument verwandelt. In Anbetracht der Tatsache, dass Öcalan und die Delegation ein breites Spektrum strategischer und taktischer Fragen im Zusammenhang mit der angestrebten Lösung aus ihrer Sicht, aber auch mit der kurdischen Bürgerbewegung und ihrer sozialen Mobilisierung und Institutionalisierung erörterten, kann die Überwachung der Treffen als wertvolle geheimdienstliche Operation bewertet werden.

Das Scheitern der Parteien, eine Einigung zu erzielen, lässt sich aus fünf sich teilweise überschneidenden Gründen erklären. Die erste Erklärung ist, dass die AKP nicht an einer politischen Verhandlungslösung interessiert war, sondern die Verhandlungen als Wahlkampfstrategie nutzte. Die zweite Erklärung betrifft die sich verändernde geopolitische Realität im Nahen Osten, in der die PKK an Stärke und Ansehen gewann, während dritte Akteure (die KDP und dschihadistische Gruppen) als mögliche Partner der Türkei auftauchten. Der dritte Grund ist instrumentell-ideologischer Natur und hängt mit der Wahrnehmung der kurdischen Frage als politische oder sicherheitspolitische Frage zusammen. Die vierte Erklärung ist die fehlende Institutionalisierung, die es ermöglichte, dass der Prozess durch Erdogans politische Agenda für ihn selbst und seine Regierung aufgelöst wurde. Und die fünfte Erklärung bezieht sich auf die absichtliche und/oder opportunistische Überwachung der Gespräche zur Stärkung der Geheimdienstposition.

Die Verhandlungen fanden vor dem Hintergrund von Gewalt und Massenverhaftungen statt, wobei die Parteivorsitzenden der drei Varianten der kurdischen Parlamentspartei (DTP, BDP und HDP) die Geschichte der Verbote fortsetzten, die den politischen Raum für die Äußerung politischer Forderungen, die überhaupt erst zur Gründung der PKK geführt hatten, negier-

ten. Der Kampf um die Rechte der Kurd:innen wurde immer wieder abgelehnt und vertrieben, selbst bei einem Versuch, der eigentlich auf ihre Anerkennung abzielte. Als die kurdische Bewegung auf nationaler Ebene zu einer politischen Kraft wurde, die die Ambitionen des Präsidenten vereitelte, wurde sie gewaltsam ins Visier genommen, und es kam zu einem Krieg in den Städten, um Wahlerfolge zu erzielen, wobei die Gewalt über die südlichen und östlichen Grenzen hinausging. Letztlich kann dies nur als direktes Ergebnis einer bewussten AKP-Politik gewertet werden, die darauf abzielte, die kurdische Bewegung als militärische Bewegung zu (re)produzieren, um sie mit Gewalt zu bekämpfen, anstatt den Weg zu einer demokratischen Türkei, einer pluralistischen Staatsbürgerschaft und der Stärkung der Bürgerrechte zu beschreiten.

Eine Auswertung der Protokolle und Berichte sowie der Literatur zu diesem Thema zeigt, dass der Kontext eine Rolle spielt. Die sich verändernden Machtverhältnisse im Nahen Osten, das Erstarken der PKK im Nordirak, das Entstehen der PYD, YPG und YPJ sowie die Partnerschaft mit den USA lösten in der Türkei große Bedenken aus. Die Türkei sah sich veranlasst, den politisch in die Enge getriebenen und wirtschaftlich abhängigen Barzani als Partner zu akzeptieren und die in Syrien aufgetauchten dschihadistischen Gruppen als willkommene Stellvertreter zu betrachten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass, obwohl die kurdische Bewegung während der Osloer und auch der İmrâli-Gespräche voller Selbstvertrauen war, ein instrumenteller Ansatz für die „Verhandlungen“, die Partnerschaften mit Anti-PKK-Gruppen im Irak und in Syrien und die gesammelten Informationen und Möglichkeiten, die dies ermöglichten, zusammen die Bedingungen schufen, unter denen die Türkei beschloss, Krieg zu führen, anstatt Frieden zu schließen.

Quellen

- Akkaya, A. H.: *The Kurdistan Workers Party (PKK): National Liberation, Insurgency and Radical Democracy Beyond Borders, Dissertation Presented to the Faculty of Political and Social Sciences Ghent University in Fulfillment of the Requirements for the Degree of Doctor of Political Sciences*, Gent 2016.
- Akkaya, A. H. und J. Jongerden: „Reassembling the Political: The PKK and the project of Radical Democracy. in: *European Journal of Turkish Studies*, 12, 2012.
- Aktoprak, E.: *Between Authoritarianism and Peace: The Kurdish Opening in Turkey (2013–2015)*, in E. Nimni and E. Aktoprak (Hrsg.): *Democratic Representation in Plurinational States: The Kurds in Turkey*, Chaim 2018.
- Arendt, H.: *The Origins of Totalitarianism*. San Diego 1973.
- Barkey, H.: *On the KRG, the Turkish-Kurdish Peace Process, and the Future of the Kurds, Working Paper 12*, Washington 2015.
- Barkey, H. J. und G. E. Fuller: *Turkey's Kurdish Question*, Oxford 1998.
- Bozarslan, H.: *Violence in the Middle East, the political struggle to self-sacrifice*, Princeton 2004.
- Can, O.: *The Motion before Turkey's Constitutional Court to Ban the pro-Kurdish HDP*, Berlin 2021.
- Çandar, C.: *Turkey's Mission Impossible: War and Peace with the Kurds*, London 2020.
- Casier, M., J. Jongerden und N. Walker: „Fruitless Attempts? The Kurdish Initiative and Containment of the Kurdish Movement in Turkey“, in: *New Perspectives on Turkey*, 44, 2011.
- Christofis, N.: *Erdoğan's 'New' Turkey: Attempted Coup d'état and the Acceleration of Political Crisis*, London 2020.
- Cicek, C. und V. Coskun: *The Peace Process From Dolmabahçe to Present-Day: Understanding Failure and Finding New Paths*, Istanbul 2016.
- Corut, I.: *An ethnographic account of compulsory public service by doctors in Hakkari: the limits of the AKP assimilation strategy and the production of space*, in Z. Gambetti und J. Jongerden (Hrsg.): *The Kurdish Issue in Turkey: A Spatial Perspective*, London 2015.
- Dag, R.: „The Spillover Effect of the Syrian Crisis on the Peace Process in Turkey“, in: *Journal of Asian and African Studies*, 53, 2018.
- Danforth, N.: „Why Turkey and the PKK Have Failed to Make Peace“, in: *Foreign Policy Research Institute*, 2016.

- Dicle, A.: *2005–2015 Türkiye-PKK Görüşmeleri*, Neuss 2017.
- Ercan, H.: „Talking to the ontological other: armed struggle and the negotiations between the Turkish state and the PKK“, in: *Dialect Anthropol*, 37, 2013.
- Göksel, N. und B. Mandiraci: „New Turkey-PKK Peacetalks: An inevitability postponed“, in: *Turkish Policy Quarterly*, 15(5), 2016.
- Gunes, C.: *The Kurdish national movement in Turkey: from protest to resistance*, London 2012.
- Gunes, C.: *The Kurds in a New Middle East: The Changing Geopolitics of a Regional Conflict*, Cham 2019.
- Gunter, M.: *The Kurds Ascending: The evolving solution to the Kurdish issue in Iraq and Turkey*, New York 2008.
- Gunter, M.: *Turgut Özal and the Kurdish Question* in M. Casier und J. Jongerden (Hrsg.): *Nationalisms and Politics in Turkey: political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue*, London 2011.
- Gunter, M. M.: „The Turkish-Kurdish Peace Process“, in: *Georgetown Journal of International Affairs*, 14(1), 2013.
- Gurses, M.: *Sociopolitical Impacts of the Kurdish Conflict in Turkey*, Ann Arbor 2018.
- Casier, M. und J. Jongerden, A. Hilton: „Road Maps‘ and Roadblocks in Turkey’s Southeast“, in: *Middle East Report*, 2009.
- Inis, E. und G. Nielsen: *Acts of Citizenship*, London 2008.
- Jongerden, J.: *The Settlement Issue in Turkey and the Kurds: an Analysis of Spatial Policies, Modernity and War*, Leiden & Boston 2007.
- Jongerden, J.: „An ill-managed process“, in: *Turkish Review*, 4(1), 2014.
- Jongerden, J.: „Conquering the state and subordinating society under AKP rule: a Kurdish perspective on the development of a new autocracy in Turkey“, in: *Balkan and Near Eastern Studies*, 21(3), 2019.
- Jongerden, J.: „Learning from Defeat: Development and contestation of the ‚new paradigm‘ within Kurdistan Workers’ Party (PKK)“, in: *Kurdish Studies* 7(1), 2019.
- Jongerden, J.: *Militarization of the Kurdish Issue*, in G. Çelik und R. H. Linden (Hrsg.): *Turkey in Transition: The Dynamics of Domestic and Foreign Politics*, Boulder 2019.
- Jongerden, J. und A. H. Akkaya: *People Beyond the State: Kurdish Movements and Self-Determination in the 20th and 21st centuries*, in H. Bozarslan, C. Gunes und V. Yadirg (Hrsg.): *The Cambridge History of the Kurds*, Cambridge 2021.

- Kapmaz, C.: *Öcalan'ın İmralı Günleri*, İstanbul 2011.
- Kose, T.: „Rise and Fall of the AK Party's Kurdish Peace Initiatives“, in: *Insight Turkey*, 19(2), 2017.
- Öcalan, A.: *Yol Haritası: Türkiye'de demokratikleşme sorunları Kürdistan'da çözüm modelleri*, Neuss 2011.
- Öcalan, A.: *Demokratik Kurtuluş ve Özgür Yasami İnsa: İmralı Notları*, Neuss 2015.
- Ozkahraman, C.: „Failure of Peace Talks between Turkey and the PKK: Victim of Traditional Turkish Policy or of Geopolitical Shifts in the Middle East?“, in: *Contemporary Review of the Middle East*, 4(1), 2017.
- Özpek, B. B.: „Paradigm Shift between Turkey and the Kurds: From ‚Clash of the Titans‘ to ‚Game of Thrones‘“, in: *Middle East Critique*, 27(1), 2018.
- Özpek, B. B.: *The Peace Process between Turkey and the Kurds: Anatomy of a failure*, London 2018.
- Park, B., J. Jongerden, F. Owtram und A. Yoshioka: „On the Independence Referendum in the Kurdistan Region of Iraq and Disputed Territories in 2017“, in: *Kurdish Studies*, 5(2), 2017.
- Richards, P.: *No Peace, No War: An anthropology of contemporary armed conflicts*, Athen 2005.
- Savran, A.: „The Peace Process between Turkey and the Kurdistan Workers' Party, 2009–2015“, in: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*, 22(6), 2020.
- Tezcür, G. M.: „When democratization radicalizes: The Kurdish nationalist movement in Turkey“, in: *Journal of Peace Research*, 47(6), 2010.
- Toktamis, K. F.: „A peace that wasn't: friends, foes, and contentious re-entrenchment of Kurdish politics in Turkey“, in: *Turkish Studies*, 19(5), 2018.
- Toktaşı, K. F.: „(Im)possibility of negotiating peace: 2005–2015 peace/reconciliation talks between the Turkish government and Kurdish politicians“, in: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 21(3), 2019.
- Villellas, A.: „New Peace Talks in Turkey: Opportunities and Challenges in Conflict Resolution“, in: *Insight Turkey*, 15(2), 2013.
- Webel, C. und J. Galtung: *Handbook of Peace and Conflict Studies*, London 2007.
- Yegen, M.: *The Kurdish Question in Turkey: Denial to Recognition*, in

M. Casier und J. Jongerden (Hrsg.): *Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue*, London & New York 2011.

Yegen, M.: „Armed Struggle to Peace Negotiations: Independent Kurdistan to Democratic Autonomy, or The PKK in Context“, in: *Middle East Critique*, 25(4), 2016.

